

Kommune

FORUM FÜR POLITIK · ÖKONOMIE · KULTUR



Der Schrecken von Jedwabne

Anna Leszczynska über die Selbstaufklärungsdebatte in Polen

USA Wildwuchs der Städte

Debatte Pro und Contra Familienpolitik

Balkan Westliche Zerrbilder

Reisen Überall daheim?

**Neue Impulse für Arbeit
und Soziales**
HEINRICH BÖLL STIFTUNG
16 SEITEN EXTRA

editorial

Als in Frankfurt am Main die sich anbahnende schwarz-grün-gelbe Zusammenarbeit wegen der Wahl eines Republikaners in den ehrenamtlichen Magistrat von den Grünen aufgekündigt wurde, war auch Erleichterung zu spüren. Denn der Kreisverband befand sich nur Tage zuvor im Zustand der offenen Spaltung. Da hatte eine Versammlung die Verhandlungsergebnisse einer „kommunalpolitischen Vereinbarung in 88 Punkten“ zwar mit knapper Mehrheit begrüßt, die Entscheidung über ein Zusammengehen mit CDU und FDP jedoch auf September verschoben. Und dafür gab es gute Gründe.

Von Wiesbaden aus, in dem sich die Landesgrünen seit Monaten im Kampf gegen „Schwarzgeld“-Koch eingeklagt haben, mag Schwarz-Grün-Gelb so deplatziert wirken wie für jeden Flughafen-Ausbaugesegner das „Gemeinmachen“ mit Befürwortern. Diese Konstellation kam trotzdem nicht aus heiterem Himmel, selbst wenn Daniel Cohn-Bendit schließlich glauben machen wollte, sie sei „in der Sache schlecht vorbereitet“ und „übereilt“ (dabei hatte er sie selber mit ins Spiel gebracht). Der schwarz-grün (-gelbe) Gedanke resultierte weniger aus durchdachten Farbtheorien, sondern mehr aus den deprimierenden rot-grünen Erfahrungen und aus dem kommunalpolitischen Stillstand während und nach der Auflösung der großen Koalition. Crash und Lähmung entsprangen allerdings nicht tief greifenden politischen Unterschieden zwischen den Parteien, vielmehr waren dafür personalpolitische Intrigen verantwortlich, die auch jetzt wieder zuschlugen (vermutlich seitens der CDU, aber es gibt auch andere Verschwörungstheorien). Um kommunalpolitische Wegscheidungen geht es in der „Mainmetropole“ jedenfalls schon seit Jahren nicht mehr.

So liest sich auch das „88-Punkte-Papier“. Man kann es als ein „Sammelurium“ ohne Konturen bezeichnen. Von den Frauen über Migrati-

on/Integration bis zu Drogenpolitik, Jugend/Soziales und Verkehr – über allem geht ein großzügiger finanzieller Segen mit durchaus grünem Flair nieder. Vor zehn Jahren hätte die CDU einen solchen Katalog nicht einmal mit spitzen Fingern angefasst. Die „Lagerauflösung“ ist nun also weit vorangeschritten, bereitet aber all jenen Grünen/Linken Probleme, die aus prinzipiellen Gründen eine Zusammenarbeit mit der CDU ablehnen. Sie können aber den Mehrheitsverhältnissen nach so wenig eine „linke Reformmehrheit“ (marode SPD) präsentieren wie eine „knallharte linke Oppositionspolitik“ vorschlagen, denn Letztere bringt die in Ämtern befindlichen oder auf solche spekulierenden Grünen in Wallung.

Über die in Frankfurt eingetretene Situation ließe sich also reichlich Häme ausschütten, wenn es sich nur um Ungeschicklichkeiten oder gar Prinzipien-Verrat handeln würde. Dem ist aber durchaus nicht so. Das grüne Problem ist über die Jahre in etlichen Städten und Varianten zu beobachten: Die Erosion linksoppositioneller Positionen zu Gunsten einer pragmatischen Kommunalpolitik, die immer auch macht- und personalpolitisch generiert ist, hat die Partei auch von unten her verwandelt. Deswegen fällt ihr auch eine neue Programmdebatte so schwer (zu den Feldern „Arbeit und Soziales“ siehe aber eine diskussionswürdige Expertise der Heinrich-Böll-Stiftung im Sonderheft dieser Ausgabe). Der Prozess der Verwandlung ist jedoch nicht nur ein Phänomen der Grünen.

Man wird diesen Prozess nun unter speziellen Vorzeichen wohl auch in der Hauptstadt beobachten können: bei den Grünen *und* der PDS. Die Grünen in Berlin werden Schwierigkeiten haben, sich zwischen Wowereit und Gysi im Wahlkampf thematisch ein Plätzchen zu sichern. Ein „Lagerwahlkampf“, in den Kohl „seine“ CDU treiben will, wird die Position der Bündnis-Grünen eher verschlechtern. Als sozia-

lere Partei oder radikalere „Linkspartei“ können sie sich gegenüber der PDS nicht formieren – und die „Sparpolitik“, die sie bis zur Wahl nun mit betreiben müssen, wird ihnen gegenüber der PDS eine weitere offene Flanke besichern.

Der weitere Aufschwung der PDS unter einem alerten und in den Medien beliebten Oberbürgermeisterkandidaten Gysi aber könnte sich nach den Wahlen in einen Pyrrhussieg verwandeln. Jedenfalls dann, wenn sich die Regierungsparteien nicht auf eine „Tolerierung“ durch die PDS einlassen, sondern sie ebenso in die „Verantwortung“ ziehen, wie es den Grünen gerade geschehen ist. Konservative Sirenen sehen in einer solchen Machtbeteiligung der PDS den leibhaftigen Kommunismus über Berlin und bald über einem Deutschland hereinbrechen, in dem Schröders SPD die „Mitte freigibt“. Mag sein, dass ein „Lagerwahlkampf“ solche Gefühle in Teilen der Bevölkerung zu wecken vermag und der CDU wie der FDP einen Mobilisierungsschub gegenüber der SPD verleiht, und natürlich könnte ein Stimmungsumschwung (bei weiter nachlassender Konjunktur et cetera) auch auf den Bund durchschlagen.

Die Berliner Entwicklungen könnten jedoch auch ein anderes Szenario in Gang setzen: Die PDS wird an entscheidender Stelle ihrer „grundsätzlichen Oppositionsrolle“ entkleidet (dort wo sie bislang mitregierte, hat sie bei Wahlen verloren) und wird quasi „in der Mitte“ aufgerieben. Da die Wählergruppen der PDS durchaus heterogen sind, spekuliert Schröders SPD nicht umsonst auf eine „Verdaunungslösung“. Und das Stündchen einer sich links gerierenden PDS hat in Berlin spätestens dann geschlagen, wenn sie an einer Sanierung beteiligt ist, in der „soziale Härten“ kaum zu vermeiden sein werden. Denn im Gegensatz zu Frankfurt am Main gibt es in Berlin nun wirklich nichts mehr zu verteilen.

Michael Ackermann

In diesem Heft

THEMA

- Der Schock von Jedwabne. 6
Eine polnische
Selbstaufklärungsdebatte.
Anna Leszczynska
- Buch: Grüß dich, Sheriff! 10
Jiri Weils Roman „Leben
mit dem Stern“.
Volker Strebel

ZUR ZEIT

- Brief aus Österreich: 13
Nach Irland – Amoklauf.
Gerhard Fritz
- Ereignisse & Meinungen: 14
Europa – USA: Für
Taiwan sterben?
Balduin Winter
- Ein Lobbyist im Truthahn- 16
mist. Bush und der
Energemarkt in den USA.
Robert Heinrich
- Glosse: Schwul oder 18
nicht schwul.
Albrecht von Lucke
- Ein spannendes Mosaik. 19
Bevölkerungs- und Raum-
entwicklung in den USA.
Markus Hesse
- Buch: Der Staatssekretär 20
des Paradieses.
Balduin Winter
- Italien: Die Grünen 22
zanken sich.
Annemarie Nikolaus
- Knowing Your Place – 24
Die Kunst des Sortierens.
Der Traum vom sicheren
Wohnen in einer
unsicheren Welt.
Eike Hennig
- Kommentar: Die Kamera, 25
die ist schon da.
Lutz Rathenow
- Kommentar: Ökologie 26
zweiter Klasse:
Das Künast-Siegel.
Ulrich Häpke
- Südwest-Boulevard: 28
Koloniale Vorboten aus
dem Süden.
Gerd Held
- Realismus – eine neue 29
Variante des Afrika-
Pessimismus?
„Schwerpunktsetzung“
wäre eine fatale Strategie.
Roger Peltzer

Der Schock von Jedwabne

Nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion wurde in mehreren polnischen Städten die jüdische Bevölkerung fast restlos vernichtet. Die Täter waren die polnischen Nachbarn. Ihre Verbrechen geschahen aus freien Stücken und waren nicht von den Nazis veranlasst. „Nachbarn“ ist der Titel des Buches von Jan Tomasz Gross, das eine breite Debatte über die Vergangenheit und den Antisemitismus in Polen ausgelöst hat. **Anna Leszczynska** berichtet über die historischen Vorfälle und über die aktuelle Diskussion.

Seite 6



Foto: Markus Kirchgeber

USA - Wildwuchs der Städte

Die US-Bevölkerung wächst stark, in der Folge auch der Energiehunger - **Robert Heinrich** vermutet die Energiefrage zukünftig im Zentrum der politischen Debatten in der USA. Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung zeigt **Markus Hesse** auf und stellt fest: Die Städte wachsen, das Bild der Suburbanisierung stimmt nicht mehr. **Eike Hennig** präsentiert neue Wohnformen in der städtischen Unübersichtlichkeit. „Gated Communities“, bewachtes Wohnen, Freiheit hinter Mauern, Individualität in Zitadellen-Ästhetik ...

Seite 16, 19, 24

- Nord-Süd: Wasser 32
– das Thema des
21. Jahrhunderts.
Uschi Eid
- Niederlande: 34
Dr. Musters Sorgen.
Frank Eckardt
- Der Drache und der Tiger. 35
Chinas Starrheit und die
Widersprüche der
US-Politik verunsichern
Taiwan.
Brigitte Voykowitsch
- Peru: Niederlage der 36
Amnesie. *Albert Sterr*
- Rechts-Kommentar: 38
Biotechnik und
Menschenwürde.
Uwe Günther

SONDERTEIL

- Neue Impulse für I-XVI
Arbeit und Soziales.
Eine Expertise der
Projektkommission Arbeit
und Soziales der
Heinrich-Böll-Stiftung

DEBATTE

- Wirklich 39
familienfeindlich?
Deutscher Wohlfahrtsstaat
und Familienpolitik.
Peter Bleses
- Kinder oder Cash? 43
Familienpolitik in der
neuen Arbeitswelt.
*Nora Damme/
Daniel Dettling*

SÜDOSTEUROPA

- Splendid Isolation. 45
Über unseren Umgang mit
dem Balkan und
seinen „Wirren“.
Ernst Köhler
- Der Balkan als fliegende 48
Untertasse. Charles Simic
im Gespräch mit
Petar Lukovic
- Ökonomische Heraus- 53
forderungen. Gespräch mit
dem Vorsitzenden der
serbischen Gewerkschafts-
konföderation „Nezavis-
nost“ (Unabhängigkeit)
Branislav Canak.
Peter Scherrer
- Makedonien: Milosevics 54
Schüler. *Dunja Melcic*

KULTUR

- Seine Wüste als Heimat und Metapher. In der Welt des Ibrahim al-Koni. *Hartmut Fähndrich* 56
- Buch: Wüste – Untergang und Dünenklang. *Michael Ackermann* 58
- Reiselust. Historisch und aktuell. *Klaus-Jörg Siegfried* 60
- Endlich daheim! Die Verwandlung der Reisenden in Sesshafte durch Tourismus. *Christel Burghoff/Edith Kresta* 63
- Fotobuch: Auf dem schmalen Grad zwischen Alltag und Propaganda. *Helmut Veil* 65
- Die Ostlichterkette. 98. Kerze. *Wilhelm Pauli* 67
- Bücherfenster (I): Virtualität und Realität. *Joscha Schmierer* 68
- Bücherfenster (II): Nachzügler. *Joscha Schmierer* 69
- Untaten & Orte: Zwei Arten von Norden. *Michael Schweizer* 70
- Film-Schnitte: Des Lebens Lauf. *Michael Ackermann* 71
- Sport & Körper: Shine on me. *Thomas Gehrman* 72
- Aufgelesene Töne: Manhattan Brothers – Musik im Exil. *Christoph Wagner* 73

RUBRIKEN

- Editorial 3
- Briefe & Repliken 74
- Bücher & Termine 74
- Autorinnen & Autoren 74



Foto: Ija C. Händel

Familienpolitik - Pro und Kontra

Eine Expertise der Projektkommission „Arbeit und Soziales“, der Heinrich-Böll-Stiftung stellt „Neue Impulse für Arbeit und Soziales“ vor. **Peter Bleses** befindet die Familienpolitik zwar ausreichend dotiert, doch ineffektiv und ineffizient, **Nora Damme** und **Daniel Dettling** wollen überhaupt andere Modelle umgesetzt wissen. **Sonderteil und Seite 39-44**

Balkan - westliche Zerrbilder

Ein leidenschaftliches Plädoyer für eine nüchterne und exakte Sichtweise exjugoslawischer Staaten hält **Ernst Köhler** in seinem Essay. Aus der westlichen Vogelperspektive wird viel zu sehr vereinfacht, verallgemeinert und mystifiziert. Wie Realität heute etwa in Serbien aussieht, erfragt **Peter Scherrer** vom Vorsitzenden der serbischen Gewerkschaft „Nezavisnost“, Branislav Canak. **Seite 45-55**

Reisen - überall daheim?

Reisen als Chance aktiver Lebensgestaltung, wie **Klaus-Jörg Siegfried** schreibt - oder ist es völlig dem Tourismus unterworfen, in dem **Christel Burghoff** und **Edith Kresta** das „heimatföhlige Pendant der Globalisierung“ sehen. Oder gibt es noch Welten zu entdecken, vielleicht jene Wüsten des Tuareg-Schriftstellers al-Koni, denen **Hartmut Fähndrich** nachforscht. **Seite 56-66**

Impressum

Kommune. Forum für Politik, Ökonomie und Kultur – Monatszeitschrift

ISSN 0723-7669

Herausgeber:

M. Ackermann, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla

Redaktion:

Michael Ackermann (ma), Karin Dienst (kd) Balduin Winter (bw) – Verantwortlich i. S. d. Presserechts: Michael Ackermann

Gestaltung: Karin Dienst (Michael Ackermann)

Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anschrift der Redaktion:

Kommune-Redaktion, Postfach 90 06 09, 60446 Frankfurt/M. oder: Kasseleer Straße 1 a, 60486 Frankfurt/M., Tel. 0 69/79 20 97-81/82, Fax 79 20 97-83
E-Mail: kommune@oeko-net.de
CompuServe: 101 332,1355
<http://www.oeko-net.de/kommune/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

18. Juni 2001

Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 90 06 09, 60446 Frankfurt/M., Tel.: 0 69/79 20 97-81/82, Fax 79 20 97-83

Anzeigenverwaltung: Agenturbüro für Marketing Horst Loetschert, Westendstr. 4, 65391 Lorch/Rheingau, Tel.: 0 67 26/83 09 67, Fax: 0 67 26/81 20 28, E-Mail: Agenturbuero@t-online.de, Mobil: 01 75/154 83 93

Es gilt die Anzeigenpreisliste 18/2000

Druck: CARO Druck GmbH, Ffm.

Vertrieb, Bestellungen und

Abonnements: Kommune, Postfach 90 06 09, 60446 Frankfurt, Telefon 0 69/ 79 20 97-81, Fax -83, Postgiroamt Ffm. (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 48 4200-603

Bezugsbedingungen: Einzelheft 12 DM, Jahresabo 130 DM, Halbjahresabo Studenten 50 DM; Auslands-Jahresabo 140 DM, Förderabo ab 170 DM. – *Abos verlängern sich auf unbestimmte Zeit, sofern nicht 6 Wochen vor Ablauf des Mindestbezugszeitraums gekündigt wird. Danach ist die schriftliche Kündigung jederzeit und fristlos möglich.*

Spendenkonto (nur für Spenden!): Kommune, Frankfurter Volksbank (BLZ 501 900 00), Konto-Nr. 271 691

Titel: *In der Libyschen Wüste – Foto von Markus Kirchgeßner*

U 3: *Fotos von Markus Kirchgeßner*

Redaktionsschluss 8/01: 23. Juli 01

Erscheinungstermin 8/01: 3. August 01

Umschlag und Einlage gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.



Der Schock von Jedwabne

Eine polnische Selbstaufklärungsdebatte

ANNA LESZCZYNSKA

„Dieses Buch ist wie eine Atombombe mit verzögerter Zündung. So ist es auch von seinem Autor Jan Tomasz Gross geplant und geschrieben worden. Der Autor verhehlt nicht, dass er die emotionale Ladung, die in seinem Buch **Nachbarn** enthalten ist, in die polnischen Gewissen einschleusen und dort zur Detonation bringen möchte. Dadurch soll das selbstgerechte Bild der Polen von sich selbst, ihr falscher Hochmut, die Gerechten Europas während des Zweiten Weltkriegs gewesen zu sein, die als Einzige nichts mit den Verbrechen Hitlers zu tun hatten, zu Fall gebracht werden.“

Bild oben:
Foto aus dem Buch „Nachbarn“ von Thomas Gross

So schreibt im November 2000 der Journalist Jacek Żakowski in einer der ersten publizistischen Reaktionen auf das Buch *Nachbarn* von dem polnisch-amerikanischen Historiker und Soziologen Jan Tomasz Gross (*Gazeta Wyborcza*, 18./19.11.00). Die „Bombe“, auf die er sich bezieht, ist ein Büchlein von knapp 120 Seiten Text, das im Mai 2000 in Polen erschienen ist. Es handelt von der Auslöschung der Juden im Städtchen Jedwabne in der Wojewodschaft Białystok, Region Łomża, am 10. Juli 1941. In dem Städtchen, das in einer reizvollen, durch ausgedehnte Moore geprägten Landschaft ungefähr 200 Kilometer nordöstlich von Warschau liegt, lebten bei der letzten Volkszählung vor dem Krieg 2167 Bürger, davon waren über 60 Prozent Juden. Die Beziehungen zwischen der polnischen und der jüdischen Bevölkerung sollen vor dem Krieg „gut nachbarschaftlich“ gewesen sein, was nur heißt, dass es trotz großer Spannungen zwischen den

beiden Bevölkerungsgruppen nie zu Ausbrüchen von Pogromen gekommen ist. Zu den Spannungen trug sicher bei, dass die Partei der Nationaldemokraten die stärkste politische Gruppierung in dieser Region war. Ihr antisemitisches Programm, das auf ökonomischen Boykott und schließlich Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Polen abzielte, gewann in den Dreißigerjahren zunehmend Einfluss auf die polnische Politik. Auch die ausgesprochen nationalistische Orientierung des Klerus in der Region verstärkte die antisemitische Stimmung der Bevölkerung.

Im September 1939 gehörte das Städtchen Jedwabne zu dem Teil Polens, das nach dem Hitler-Stalin-Pakt unter sowjetische Herrschaft geriet. Zu den bisher wenig hinterfragten Vorstellungen des polnischen Geschichtsbilds in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg gehörte die Überzeugung, dass die jüdische Bevölkerung die Sowjetarmee mit „Salz und Brot“ begrüßt habe und im großen Umfang zur

Kollaboration mit dem sowjetischen Okkupanten bereit war. Feindschaft und Gewalt seitens der Polen gegenüber den Juden wird in diesem Geschichtsbild als Reaktion auf diesen vermeintlichen „Verrat“ der jüdischen Bürger an der polnischen Staatlichkeit erklärt. Entsprechende Legenden kreisen auch um das Verhalten der Juden in Jedwabne. Mit der Frage der Haltung der Juden zur sowjetischen Herrschaft hat sich Jan Tomasz Gross schon in seinem vorigen Buch *Die gespenstische Dekade* beschäftigt und aufzuzeigen versucht, dass die Unterstellung des „jüdischen Verrats“ angesichts der sowjetischen Okkupation mehr mit den in der Vorkriegszeit präformierten antisemitischen Wahrnehmungsmustern des „jüdischen Bolschewismus“ zu tun hatte als mit signifikanten historischen Fakten. So weist er auch im Fall von Jedwabne nach, dass die Rolle der Juden bei der Zusammenarbeit mit der sowjetischen Verwaltung in keiner Weise den gängigen Vorstellungen entspricht. An der berüchtigten Begrüßung der sowjetischen Truppen waren drei kommunistische Familien aus dem Ort beteiligt, eine jüdische und zwei polnische. Die Juden spielten auch keine nennenswerte Rolle in den sowjetischen Verwaltungs- und Repressionsorganen, die wie überall im sowjetisch besetzten Polen massenhafte Deportationen der örtlichen – polnischen und jüdischen – Bevölkerung organisierten. Eine Besonderheit von Jedwabne unter sowjetischer Okkupation war die intensive Aktivität einer Partisanengruppe, die unter großen Verlusten vom NKWD aufgerieben wurde. Wie Dokumente belegen, wurde diese Aktion des NKWD durch einen Verrat aus der Gruppe ermöglicht – der Verräter war natürlich Pole, da Juden in eine polnische Partisanengruppe gar nicht aufgenommen wurden. Nichtsdestotrotz spielte bei dem, was später in Jedwabne geschehen sollte, die Vorstellung, dass die Juden an der sowjetischen Okkupation und dem Terror des sowjetischen Regimes schuld seien, eine Rolle.

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 marschierten die Deutschen bereits am Abend des 23. Juni in Jedwabne ein. Über das Schicksal der Juden in dieser Region sind in deutschen Archiven trotz intensiver Recherchen keine substanziellen Angaben zu finden. Als die Juden von Jedwabne ihren Tod fanden, waren die berüchtigten Einsatzgruppen der SS, die täglich ihre Mordaktionen an das Reichssicherheitshauptamt berichteten, bereits in der Gegend von Minsk. Die Hauptquellen, aus denen sich das Bild der Ereignisse erschließt, sind Zeugnisse von Überlebenden, die 1945 und 1946 von der Jüdischen Historischen Kommission der Wojewod-

schaft Białystok gesammelt wurden, vor allem der Bericht von Szmul Waserstajn, der den Untergang der Juden in Jedwabne schildert, und der Bericht von Menachem Finkelsztajn, der die Vernichtung der Juden in dem nahe gelegenen Städtchen Radziłów beschreibt. Auf diese beiden Berichte sowie auf die Akten eines Prozesses von 1949, bei dem einige Hauptakteure des Mordes in Jedwabne von einem Gericht in Łomża wegen Kollaboration mit den Deutschen zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, stützt sich Gross in seiner Darstellung. Gross schildert, wie er erst einige Jahre später, nachdem er zum ersten Mal den Bericht von Szmul Waserstajn gelesen hatte, seine volle Bedeutung erfasste. Zunächst verstand er den Bericht als Darstellung polnischer antisemitischer Exzesse während der deutschen Mordaktionen an der jüdischen Bevölkerung. Erst als er die Interviews sah, die die Dokumentarfilmerin Agnieszka Arnold mit Zeugen der Mordaktion in Jedwabne geführt hatte, begriff er, wovon der Bericht Waserstajns handelt – von der Ermordung der gesamten jüdischen Bevölkerung von Jedwabne, die zwar von den Deutschen gewünscht und gebilligt war, aber von einer großen Zahl der polnischen „Nachbarn“ durchgeführt wurde. Und wie der Film von Agnieszka Arnold zeigt, war das Wissen um dieses Verbrechen 60 Jahre lang vor Ort auf quälende Weise präsent. Man kann also sagen, dass die Geschichte bekannt und dokumentiert war und dennoch wie nicht existent schlummerte, solange sie nicht in das Bewusstsein der Historiker und der Gesellschaft vordrang. Von den Widerständen und Schmerzen angesichts der Konfrontation mit dieser Wahrheit handelt die Diskussion, die seit Erscheinen des Buches tobt.

Jedwabne ist zwar inzwischen zum Symbol für das Schicksal der Juden in dieser Gegend geworden, aber um das Geschehen richtig zu erfassen, muss man sich ein Bild der Ereignisse machen, die vor dem 10. Juli 1941 in den benachbarten Orten stattfanden. Finkelsztajn berichtet in seinem Zeugnis, dass mit dem Einmarsch der Deutschen die Bedrohung für die Juden sich durch die offen feindselige Haltung der polnischen Bevölkerung steigerte. In seinem Heimatort Radziłów seien die deutschen Truppen von der polnischen Bevölkerung mit einem Triumphbogen als Befreier vom „jüdischen Bolschewismus“ begrüßt worden. Dieses Bild eines triumphalen Empfangs fremder Truppen, das sonst als Vorwurf des Verrats gegenüber den Juden fungiert, taucht hier in einer neuen Variante auf und veranlasst Gross zu der Frage, ob es sich bei diesem antisemitischen Klischee

nicht um eine projektive Verkehrung der eigenen Kollaboration mit den Deutschen handelt. Finkelsztajn schildert ein Zusammenwirken der Deutschen und der polnischen „Hooligans“ bei der Verfolgung der Juden vom ersten Tag an. Da die Juden in dieser Gegend keine Chassidim waren, wären sie ohne Mithilfe der polnischen Bevölkerung für die Deutschen nicht ohne weiteres identifizierbar gewesen. Finkelsztajn beschreibt gemeinsame Plünderungen, sadistische Exzesse, die Weigerung des ortsansässigen Priesters, auf seine Gemeinde einzuwirken und die Gewalt gegen die Juden zu verurteilen. Die Juden seien alle durch die Bank Kommunisten, habe der Priester gesagt, und so könne er kein gutes Wort für sie einlegen. Durch die Weigerung der polnischen Bevölkerung, den Juden Lebensmittel zu verkaufen, verschlechterte sich ihre Lage dramatisch. Die weitere Steigerung der Gewaltexzesse gegen die Juden geschah zunehmend in polnischer Regie, da die deutschen Truppen weitergezogen waren. Viele Polen machten sich die Mission zu Eigen, das Land von den Juden zu befreien, die Jesus gekreuzigt und christliches Blut für Matzen ausgesaugt hätten. In den hasserfüllten Lehren der antisemitischen Priesterschaft sieht Finkelsztajn eine Hauptquelle für die Bereitschaft zur Unmenschlichkeit. „Viel schmerzlicher als die Wunden ... war für uns das Bewusstsein, dass unsere Lage durch die feindselige Haltung, die die polnische Bevölkerung gegenüber den Juden eingenommen hat, um so viel schlechter geworden ist“, schreibt Finkelsztajn in seinem Bericht. Am 6. Juli erreichte die Juden in Radziłów die Kunde, dass im benachbarten Wąsosz alle jüdischen Einwohner bestialisch erschlagen worden sind. Die Mörder zogen weiter nach Radziłów, um ihre „Mission“ fortzusetzen. Eine Rettung durch Flucht oder durch Interventionen bei örtlichen Honoratioren war nicht möglich. Am 7. Juli wurden alle noch lebenden jüdischen Bewohner von Radziłów auf den Marktplatz getrieben, wo sie auf jede erdenkliche Weise gedomütigt wurden. Schließlich wurden alle in eine Scheune getrieben und verbrannt. Die Anzahl der Opfer kann nicht mit letzter Sicherheit angegeben werden, die Schätzungen schwanken zwischen 500 und 800.

Ein ähnliches Szenario des Mordes schildert Szmul Waserstajn in seinem Bericht aus Jedwabne. Seit dem Einmarsch der Deutschen lebten die Juden terrorisiert durch sich steigernde Gewaltexzesse der polnischen „Banditen“. Am 10. Juli 1941 seien acht Gestapoleute in Jedwabne eingetroffen. Die örtliche Gemeindeverwaltung sei mit den Deutschen übereingekommen alle Juden auszulöschen. Mit Gewalt wurden alle Juden des Ortes auf

ine Umfrage hat kürzlich ergeben, dass 83 Prozent der Polen über die Ereignisse in Jedwabne informiert sind. An der öffentlichen Debatte beteiligen sich alle seriösen Zeitungen und Zeitschriften. Bemerkenswert an der Diskussion ist ihr hohes Niveau, die Intensität, mit der über Verantwortung für die nationale Geschichte gestritten wird, und die Bereitschaft, etablierte Muster des kollektiven Selbstbilds zu revidieren.

den Marktplatz getrieben. Einige Dutzend junge Männer wurden gezwungen, das Lenindenkmal, das die Russen hinterlassen hatten, zu tragen und dabei zu singen: „Wir sind schuld an diesem Krieg“. Sie mussten das Denkmal begraben und wurden anschließend ermordet und in derselben Grube begraben. Das Städtchen wurde umzingelt, sodass eine Flucht nicht möglich war. Schließlich wurden alle in Viererreihen aufgestellt und mit dem Rabbiner an der Spitze in eine Scheune am Rand des Ortes getrieben, wo sie eingesperrt und verbrannt wurden. Die jüdischen Häuser wurden geplündert und nach Kranken und Kindern abgesucht, die dann auch ins Feuer geworfen wurden. Die Anzahl der Opfer in Jedwabne wird auf 1600 geschätzt. Überlebt haben nach der Schilderung von Waserstajn sieben Juden von Jedwabne, die alle von der Polin Antonina Wyrzykowska den ganzen Krieg über auf ihrem Hof versteckt wurden. Das Schicksal dieser einsamen Heldin von Jedwabne, die in Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern geehrt wird, ist ein Kapitel für sich in der ganzen Tragödie.

Gross gelingt es, eine beklemmende Nähe des Geschehens zu vermitteln, wie sie auch in dem Titel „Nachbarn“ zum Ausdruck gebracht wird. Die Lektüre macht wund. So waren auch die ersten Reaktionen auf das Buch reflexartige Versuche, dem Schmerz der Konfrontation zu entgehen. Für die Strategien des Ausweichens standen bewährte Muster bereit, die in vorhergegangenen Diskussionen über polnisch-jüdische Beziehungen immer

gute Dienste geleistet hatten. Als Lanzmanns Film *Shoah* polnische Bauern zeigte, die unverblümt die höhnischen Gesten wiederholten, mit denen sie den Juden ihren bevorstehenden Tod angezeigt hatten, war die Reaktion vor allem von nationaler Kränkung geprägt. Ein verzerrtes Bild sei das, wurde moniert, das unterschlägt, wie sehr die Polen selbst unter der deutschen Besatzung gelitten haben, und wie viele von ihnen trotz des tödlichen Risikos, das damit verbunden war, Juden gerettet haben. Und das stimmt auch – in keinem der westlichen besetzten Länder war das deutsche Besatzungsregime so terroristisch wie in Polen; wer Juden half, riskierte sein Leben. Doch nicht von unterlassener Hilfeleistung oder Anspruch auf Heldentum war in Lanzmanns Film die Rede. Was er andeutete, war die dichte, nie in Frage gestellte Schicht einheimischer Feindschaft gegenüber den Juden. Diese Feindschaft und ihre Wirkung in der Geschichte anzuerkennen und zu untersuchen, das war im kommunistischen Polen ein Tabu und blieb es auch nach der Wende zur Demokratie. Ihre Existenz wurde zum Teil mit dem Hinweis auf die vielen heldenhaften Polen, die Juden gerettet haben, geleugnet und/oder mit der Behauptung der jüdischen Kollaboration unter sowjetischer Besatzung „erklärt“. Ein anderer Abwehrmechanismus beruhte darauf, nicht zu leugnende Akte der Gewalt gegenüber Juden als marginal, als Taten des „gesellschaftlichen Abschaums“ abzutun. Diese Abwehrfront wurde sofort aufgebaut, als 1994 der Journalist Michał Cichy in der größten polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* Untersuchungen über Verbrechen an Juden veröffentlichte, die während des Warschauer Aufstands von einem bestimmten Aufständischen-Bataillon begangen wurden. Mit den beunruhigenden Fakten hielt man sich kaum auf, man empörte sich mit Vorliebe über die Beschmutzung des nationalen Mythos des heldenhaften Aufstands.

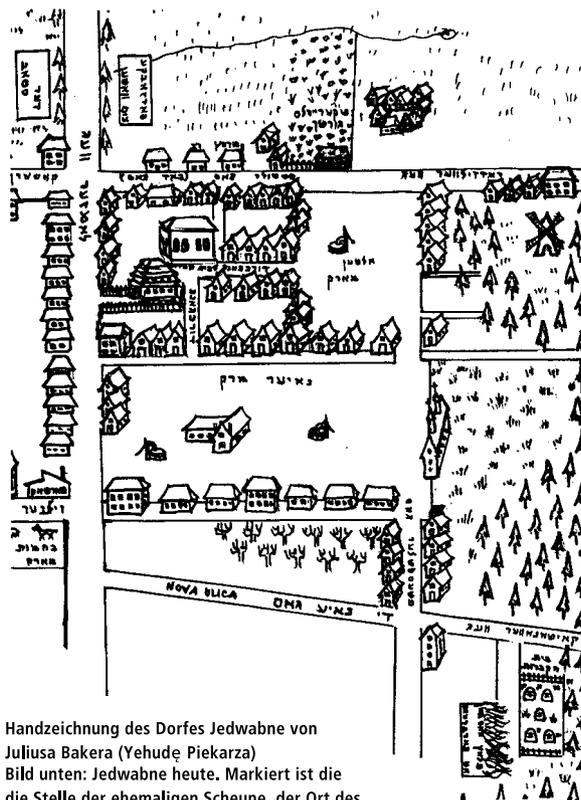
Doch diesmal ist alles anders. Die „Bombe“ ist detoniert und hat die größte öffentliche Diskussion ausgelöst, die Polen nach dem Krieg je erlebt hat. Eine Umfrage hat kürzlich ergeben, dass 83 Prozent der Polen über die Ereignisse in Jedwabne informiert sind. An der öffentlichen Debatte beteiligen sich alle seriösen Zeitungen und Zeitschriften. Natürlich mischen auch diverse rechtsnationale und antisemitische Blättchen auf ihre Weise in der Diskussion mit. Doch bemerkenswert an der Diskussion ist ihr hohes Niveau, die Intensität, mit der über Verantwortung für die nationale Geschichte gestritten wird, und die Bereitschaft, etablierte Muster des kollektiven Selbstbilds zu revidieren.

Wie ist diese im Vergleich mit früheren Diskussionen so viel größere Bereitschaft zur Selbstaufklärung, die von allen Beobachtern übereinstimmend betont wird, zu erklären?

Ein Teil der Antwort liegt sicher in der Wucht der Tatsachen selbst, aber auch in der besonderen Art, in der es Gross gelungen ist, sie zu erzählen.

Das Ausmaß des Verbrechens und seine Einbettung in eine Reihe ähnlich gelagerter Ereignisse macht es unmöglich, das Geschehen als etwas Marginales abzutun, das dem Bild einer ansonsten im Widerstand gegen Hitler geeinten und gegen Kollaboration immunen Nation nichts anhaben könnte. Der Historiker Tomasz Szarota, der sich in seinen Arbeiten mit der Zeit der deutschen Okkupation beschäftigt hat, reagierte zwar zunächst abwehrend und relativierend auf das Buch von Gross, musste aber eingestehen: „Selbst mich als Historiker, der viel über schändliches Verhalten von Polen unter der deutschen Besatzung gelesen und geschrieben hat, zwingen die unbestreitbaren Fakten zu neuen Schlussfolgerungen. Bisher wussten wir nur über die ‚szmalcowniki‘ (Leute, die von Juden Geld erpresst haben mit der Drohung, sie an Deutsche zu verraten. A. L.) Bescheid, darüber, dass relativ wenige Polen den Mut hatten, Juden zu verstecken, über antisemitische Ausschreitungen nach dem Einmarsch der Deutschen in Warschau 1939, über Halbstarke, die Juden überfielen, ausraubten und schlugen. Aber es war uns nicht klar, dass die Polen auch am Holocaust beteiligt waren. Und in Jedwabne waren sie es. Und zwar nicht irgendwelche vereinzelt Verbrecher, sondern ein erheblicher Teil der Bewohner des Städtchens unter Führung des Magistrats. Gross hat uns mit seinen Veröffentlichungen zu einer Änderung unserer Sicht vom Verhalten der Polen während des Zweiten Weltkriegs gezwungen.“ (*Gazeta Wyborcza*, 18./19. November 2000)

In einer tief greifenden Reflexion über den polnischen Antisemitismus schreibt die Soziologin Hanna Swida-Ziamba: „Nach der Lektüre des Buches von Gross musste ich mich mit dem Gedanken abfinden, dass in der polnischen Gesellschaft ein Massenmord möglich war, der von einer Menge ganz gewöhnlicher Menschen begangen wurde. Es ist mir nicht mehr möglich das Verbrechen von Kielce (ein Pogrom 1946, bei dem es ca. 40 Opfer gab, A. L.) als einen isolierten Zwischenfall zu betrachten ... Wenn wir



Handzeichnung des Dorfes Jedwabne von Juliusa Bakera (Yehudę Piekarka)
Bild unten: Jedwabne heute. Markiert ist die die Stelle der ehemaligen Scheune, der Ort des Massakers. – Foto: Gumowski/Agencja Gazeta aus „Die Welt“ vom 13.6.01



noch die Information über Radziłów hinzufügen, sehen wir eine Folge von Ereignissen, die verdeutlichen, dass die verbrecherischen Impulse der polnischen Gesellschaft gegenüber den Juden keine marginalen Einzelfälle waren, sondern auf dem Boden weit verbreiteter Haltungen entstanden sein müssen.“ (*Gazeta Wyborcza*, 11. April 2001)

Auf dem Hintergrund des Massenverbrechens von Jedwabne wirken die bisher für einen großen Teil der polnischen Öffentlichkeit akzeptablen Verweise auf eine angebliche prosowjetische Kollaboration der Juden, mit denen irgend etwas „erklärt“ werden soll, nur noch obszön. In einer Replik auf solche Versuche sowie Behauptungen, dass die Rolle der Deut-

schen bei dem Verbrechen zentraler gewesen sei, als er es dargestellt hat, schreibt Gross: „Nehmen wir an, dass an diesem Tag tatsächlich ein deutsches Polizeibataillon in Jedwabne anwesend war, und dass die Polen unter äußerem Druck ... und verbittert durch die Überzeugung, dass die Juden unter der sowjetischen Besatzung mit dem NKWD zusammengearbeitet hätten, ihre jüdischen Nachbarn ermordet haben – Frauen, Kinder, Greise – alle, derer sie habhaft werden konnten. Gibt es irgendwelche Parameter – der Verbitterung oder des äußeren Drucks – die bewirken könnten, dass der Mord von Jedwabne, der durch Polen an Juden verübt wurde, in irgendeiner Weise ‚verständlich‘ wird?“ (*Gazeta Wyborcza*, 25. November 2000)

Das Buch von Gross ist aber nicht nur eine historische Monographie von beklemmender Wirkungskraft, es ist auch

ein publizistisches Traktat, in dem Gross die polnische Historikerkunft und Öffentlichkeit mit herausfordernden Fragen konfrontiert. „Kann man gleichzeitig Täter und Opfer sein?“, heißt ein Kapitel seines Buches, in dem er die Frage formuliert: „Ist die öffentliche Meinung in Polen bereit, ihr tief verankertes Wissen über das Martyrium der polnischen Gesellschaft während des Zweiten Weltkriegs, das auf den furchtbaren Erfahrungen der Mehrzahl polnischer Familien in dieser Zeit beruht, um das Wissen über die Leiden zu erweitern, die Polen damals den Juden zugefügt haben?“

Wenn man weiß, welche Bedeutung für die Abwehrfront gegenüber solchen Fragestellungen der Hinweis auf die vie-

Der Autor Jiri Weil, Jahrgang 1900, hat den Hereinbruch der Katastrophe in seine Heimatstadt Prag selbst erlebt. Als Jude hatte er die deutsche Besetzung nur durch einen fingierten Selbstmord überlebt. Die Schilderung des ehemaligen Bankbeamten Josef Roubícek ist ihm im vorliegenden Roman umso authentischer gelungen. „Ich ging nach Hause und säumte die Zacken des Sterns ein. Es waren sechs, und von dem Stern grinste mich die Aufschrift in der fremden Sprache an, sie war krumm und geduckt. Ich ertastete auf meinem Rock die Stelle, hinter der das Herz schlug, und bezeichnete sie mit Stecknadeln, das Herz schlug ganz regelmäßig.“ Josef Roubícek erlebt die Blicke der fremden Leute beim Einkaufen, „sie blieben stehen und betrachteten mich, ich gehörte nicht mehr zu ihnen“. Ruzena, Josef Roubíceks Geliebte, war schon lange nicht mehr bei ihm und dennoch begleitete sie den einsamen, ausgegrenzten Juden in seinen Gedanken, begleitete ihn somit auf seinen wenigen Ausflügen in die Stadt. „Grüß dich, Sheriff!“, rief mir ein kleiner Junge zu. Und alle lachten, aber ich wusste, dass sie nicht über mich lachten, ich lachte auch, das war eine unterhaltsame Sache, mit einem solchen Abzeichen herumzulaufen, eine Maskerade war das, die

überhaupt nicht in eine Welt gehörte, in der Menschen arbeiten, sie gehörte auf einen Rummel, in eine Jahrmarktsbude, zu ihr gehörten Purzelbäume, gepuderte Gesichter und Fußtritte.“

Fiktionen der Phantasie wie Ruzena prägen das Leben von Josef Roubícek. Auch die Verantwortlichen dieser entsetzlichen Situation werden nicht weiter beschrieben. Die Bezeichnung „Tiergesichter in Uniform“ geht deutlich über das Übliche, kursiv Gedruckte hinaus. Ein Reduktionismus, welcher auch die äußeren Lebensumstände Josef Roubíceks prägt. Schritt für Schritt wird die Bewegungsfreiheit beschnitten, ein Erlass nach dem anderen reglementiert immer kleinlicher das Alltagsleben, bis hin zum Verbot der Tierhaltung oder der Begehung bestimmter Straßen und Plätze. Und Zug um Zug werden jüdische Freunde und Bekannte vor den Augen einer schweigenden Öffentlichkeit abtransportiert: „Aber offenbar waren wir für sie nicht mehr da, weil sie sich wünschten, dass wir nicht mehr da wären, dass sie uns nicht mehr anzuschauen brauchten, denn sie gingen schnell an uns vorbei und wandten die Gesichter ab; es war eben doch nötig, alles schnell zu vergessen und niemals etwas zu wissen und gewusst zu haben.“

Die Herausgabe des Romans *Leben mit dem Stern* in der verdienstvollen Reihe der „Tschechischen Bibliothek“ wird durch den von Bettina Kaibach übertragenen „Klagegesang für 77 297 Opfer“ ergänzt und ist mit einem kundigen Nachwort von Urs Heftrich versehen.

Jiri Weil konnte im Jahre 1949 seinen autobiographischen Roman gerade noch der Öffentlichkeit vorlegen, bevor er abermals zum Schweigen verurteilt wurde. Dabei hatte Jiri Weil bereits in der Zeit vor der deutschen Besetzung schlimme Jahre hinter sich gehabt. Als überzeugter Kommunist waren ihm als Kominternangestelltem in der Sowjetunion aufschlussreiche Einblicke in die Säuberungsapparatur des Stalinismus gegeben, die er 1937 in seinem Roman *Moskau – die Grenze* veröffentlichte. Diese deutliche Abrechnung mit den Zerstörern seiner Jugendträume hatten Jiri Weil auch prompt die zeitweilige Verbannung nach Sibirien eingebracht. Fortan blieb Jiri Weil seinen früheren Genossen als „Antisowjetist“ in Erinnerung, seine Bücher wurden zu seinen Lebzeiten auch so gut wie nicht mehr veröffentlicht. Jiri Weil starb 1959 in Prag. Volker Strebel

Jiri Weil, *Leben mit dem Stern*. Roman. Aus dem Tschechischen von Gustav Just, Stuttgart (DVA) 2000 (389 S., 44,00 DM)

len polnischen „Gerechten unter den Völkern“ hat, kann man die schockierende Wirkung einer weiteren Frage ermes- sen, die Gross in seinem Buch stellt: „Warum mussten die Wyrzykowskis, die sieben Juden das Leben gerettet haben, nach dem Krieg von ihrem Hof fliehen?“ Und er gibt eine Antwort, die bisher in dieser Klarheit in Polen nie öffentlich ausgesprochen wurde: „... die Juden, die überlebt haben, die Wyrzykowskis und andere Polen, die im ganzen Land Juden versteckt haben und nach dem Krieg mit entsetzlicher Angst diese Tatsache vor ihren Nachbarn verbargen, waren un- bequeme Zeugen begangener Verbrechen, von deren Früchten man immer noch profitierte; sie waren das wandelnde schlechte Gewissen und eine potenzielle Gefahr.“

Dass die Herausforderung angenom- men und die von Gross gestellten Fragen mit Leidenschaft aufgegriffen wurden, hat aber mit dem durch Demokratisierung und Pluralisierung bewirkten Wandel der polnischen Gesellschaft zu tun. Polen hatte zwar schon vor dem Umbruch 1989 eine starke Opposition, die sich nach der Niederschlagung der Solidarność-Bewegung fest etabliert hatte und über ein aus- gebautes illegales und halblegales Publi- kationswesen verfügte. Doch in der Frontstellung gegen die kommunistische Macht gedieh ein dichotomes Denken, in

dem eine scheinbar geeinte, idealisierte Gesellschaft den Gegenpol zu der finsternen kommunistischen Diktatur bildete. Während das kommunistische Regime die Geschichte verbog, um aus ihr eine pseudowissenschaftliche Legitimation seiner Machtusurpation abzuleiten, interes- sierte sich die Opposition vor allem für die Entlarvung kommunistischer Lügen und für Traditionen, die die eigene Wi- derstandsmoral stärken sollten.

An der aktuellen Diskussion ist eine neue Generation von Intellektuellen beteiligt, die mehr von dem Jahrzehnt gelungener Demokratie als von der alten Festungsmentalität geprägt ist. Ihnen ist es zu verdanken, dass aus dieser Debatte ein Lernprozess zu werden scheint, im Zuge dessen die polnische Gesellschaft „ihr infantiles Verhältnis zur Geschichte durch ein reiferes ersetzt“, wie Zbigniew Gluza, der Leiter von *Karta*, einer Ein- richtung, die Zeugnisse zur Zeitgeschich- te sammelt, meint. Die Jungen drängen auf einen Bruch mit der „Obsession der Unschuld“, die die Ethnologin Joanna Tokarska-Bakir der polnischen Gesell- schaft bescheinigt, die verantwortungs- lose Tendenz, nur projektiv mit dem de- struktiven Potenzial der eigenen Gesell- schaft umzugehen.

Natürlich ist das Verbrechen von Jed- wabne nicht getrennt vom Kriegsgesche-

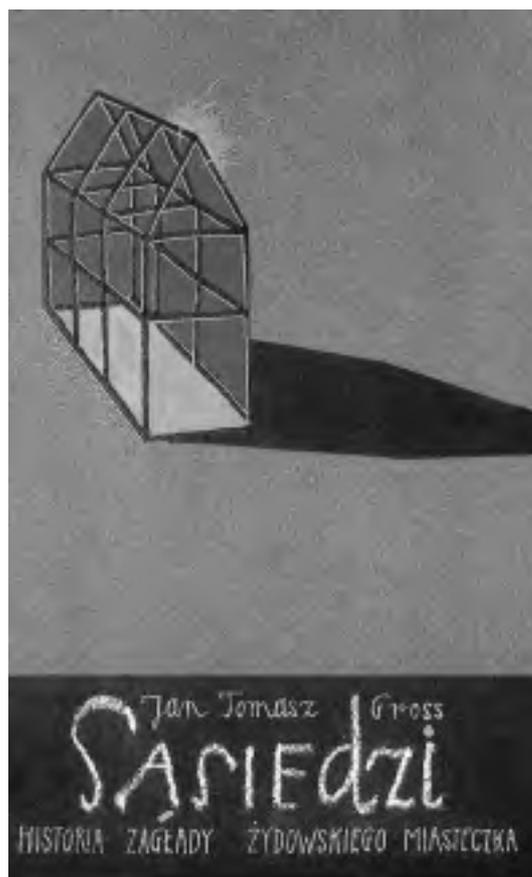
hen zu betrachten. Die fast zweijährige sowjetische Okkupation hat zu einer mas- siven Destabilisierung der gesellschaft- lichen Verhältnisse beigetragen und einen Stau von Hass produziert. Dass dieser Hass sich so mörderisch an den Juden ent- lud, hatte mit den traditionellen antisemi- tischen Welterklärungsmustern vor Ort zu tun, wäre aber ohne die Deutschen, die sich dieses Hasses bedienten, um ihr Völkermordprojekt voranzubringen, nicht möglich gewesen. So schreibt Gross: „Die Herren der Lage in Jedwabne waren natürlich die Deutschen. Nur sie konnten eine Entscheidung über die Ermordung der Juden treffen. Sie wären auch jeder- zeit in der Lage gewesen, das Verbrechen zu verhindern, was sie nicht taten ... Die Tragödie der Juden in Jedwabne ist nur eine Episode in dem Krieg auf Leben und Tod, den Hitler dem Weltjudentum er- klärt hat. Im übergeordneten, historisch- metaphysischen Sinn trägt er also die Verantwortung für dieses Verbrechen. Doch der unmittelbare Anteil der Deut- schen an der Aktion am 10. Juli 1941 be- schränkte sich aufs Fotografieren ...“

Die Deutschen billigten und ermutigten zwar Pogrome in den von ihnen besetzten Gebieten, zwangen aber niemanden zur Beteiligung an Mordaktionen. „Die so ge- nannte einheimische Bevölkerung, die sich an Judenmorden beteiligt hat, tat dies auf eigenen Wunsch.“

Das verweist auf die einheimische Tradition des politischen und religiösen Antisemitismus, dessen Verbreitung und mörderisches Potenzial erst in dieser Diskussion als Teil der eigenen Geschichte anerkannt und reflektiert wird. Diese Tradition verfügt, laut Joanna Tokarska-Bakir, über ein eisernes Repertoire antisemitischer Klischees, die bis heute aktiviert werden, sobald die polnisch-jüdische Geschichte zur Sprache kommt. Darin ist das traditionelle religiöse Klischee von den Juden als Christumörder enthalten, wie das Bild des Juden, der die polnischen Bauern zum Alkoholismus verleitet, die polnische Nation wirtschaftlich aussaugte, um dann die Sowjets mit „Brot und Salz“ zu begrüßen, das Land einer kommunistischen Diktatur zu unterwerfen und schließlich nach der Wende 1989 sich an die Spitze der Finanzmafia zu setzen. Den polnischen Historikern wirft Tokarska-Bakir vor, dass sie aus Konformismus eher den Mythos von der nationalen Unschuld bedient als zur Aufklärung beigetragen haben. Diese „seriösen“ Historiker, meint sie, melden Bedenken an und warnen vor voreiligen Schlüssen, wenn jemand wie Gross sich vorwagt. Derweilen sterben die letzten Zeitzeugen aus, „die etwas erzählen könnten über die polnische Blaue Polizei ..., über den Warschauer Pogrom Ostern 1940, über Leute, die den in Viehwaggons zusammengepferchten Juden ein Glas Wasser für Goldmünzen verkauft haben ... oder auch über die Nachkriegsmorde an den zurückkehrenden Juden, über die Pogrome in Krakau und Kielce 1946 ...“ „Die Zeugen werden all das mit ins Grab nehmen – es sei denn, wir überlassen die Historiker ihrer Seriosität und machen das, was Jan Tomasz Gross getan hat, nämlich endlich darüber zu reden.“ (*Gazeta Wyborcza*, 13./14. Januar 2001)

Als „Hüter des unschuldigen Polens“ bezeichnet folgerichtig der Journalist Artur Domosławski den Historiker Tomasz Strzembosz, der verzweifelt einen wissenschaftlichen Beweis antreten möchte, dass alles, was Gross schildert, nicht ganz so gewesen sein kann. Strzembosz hat sich insbesondere mit dem bewaffneten Widerstand gegen die Deutschen in genau der Gegend beschäftigt, in der Jedwabne liegt. Insofern tangiert es seine Reputation als Historiker, wenn sich in keiner seiner Arbeiten ein Hinweis auf das Schicksal der dortigen Juden finden lässt. So sucht er nach Beweisen, dass alles nur unter Druck der Deutschen geschehen sein konnte, dass nur wenige Polen beteiligt gewesen seien und dass die prosovjetsche Kollaboration der jüdischen Bevölkerung nicht nur in einem großen Umfang existiert habe, sondern im Zusammenhang dieses Massenmords auch irgendet-

was erklären könne. Domosławski versucht das Weltbild dieses Historikers zu verstehen, der mit solch fraglichen Argumenten dabei ist, sich um sein wohlverdientes wissenschaftliches Ansehen zu bringen. Strzembosz gehört einer Altersgruppe an, die noch zu jung war, um am Widerstand gegen die Deutschen und am Warschauer Aufstand 1944 teilzunehmen, aber alt genug, um die paar Jahre älteren Kollegen, die gekämpft haben, zu bewundern und zu beneiden. „Dieser Junge wird nach dem Krieg zum Wächter der Gräber der Aufständischen, zum Bewahrer des Mythos der Armia Krajowa“ (die gegen die Deutschen kämpfende Untergrundarmee, A. L.). Sein Patriotismus ist verknüpft mit einem heroischen Bild der eigenen kämpfenden, sich im Kampf op-



Anstoß für die große gesellschaftliche Debatte in Polen: Das Buch „Nachbarn“ von Jan Tomasz Gross

fernden Nation. Er kann nicht anders, als die Enthüllungen über polnische Gewalttaten an Juden als eine Attacke auf alles zu empfinden, was ihm heilig ist. Wenn er die polnische Unschuld verteidigt, hat er das Gefühl, aus Pflicht gegenüber seinem bedrängten Vaterland zu handeln. Domosławski thematisiert die Generationskluft zwischen Leuten wie Strzembosz und ihm selbst: „Für mich, der ich Strzembosz' Enkel sein könnte ..., entwerfen Verbrechen bestimmter Leute aus der AK nicht das Heldentum anderer

Kämpfer der AK, die nie Schande über sich und ihre Organisation gebracht haben; sie sind mir nur Anlass, der mir nahen Tradition näher ins Gesicht zu schauen, um sie ungeschminkt wahrnehmen zu können. Aber ich weiß, dass ich das aus einer Perspektive zwei Generationen später tue. Ich habe nicht die Bilder vor Augen, die Prof. Strzembosz hat. Ich habe den Feuerschein des brennenden Warschau nicht gesehen.“ (*Gazeta Wyborcza*, 31. Mai 2001)

Für diejenigen unter der älteren Generation, die sich den nationalen Mythen der Unschuld verbunden fühlen, muss manches, was in den letzten Monaten in den Zeitungen zu lesen war, als unerträgliche Zumutung erscheinen. Da werden nicht nur unrühmliche Kapitel der nationalen Geschichte aufgeschlagen, sondern es wird auch noch eine Auseinandersetzung über Verantwortung gegenüber der Geschichte gefordert, zu der Präsident Kwaśniewski mit seiner Erklärung, er werde bei der Gedenkfeier am 10. Juli in Jedwabne die Opfer und Gott um Vergebung bitten für die Verbrechen, die Polen an Juden begangen haben, einen für viele Polen schockierenden Beitrag geleistet hat.

Aus deutscher Perspektive ist gerade die Auseinandersetzung über gesellschaftliche Verantwortung gegenüber der Geschichte ein besonders interessanter Teil dieses Diskussionsprozesses. Begriffe, die in Deutschland so sehr zu emotionsentleerten und routinieren Formeln geworden sind, dass Walsers Plädoyer für die Rückkehr in die ungestörte Innerlichkeit des Gewissens als Befreiungsschlag bejubelt werden konnte, füllen sich im Kontext der polnischen Diskussion auf eine neue Weise mit Sinn und Bedeutung.

Man kann nicht, so wird immer wieder argumentiert, positive Taten der Nation für seinen Narzissmus beanspruchen, negative aber leugnen, beziehungsweise dem „Abschaum“ zuschreiben und sie so aus dem Bild des eigenen Kollektivs verbannen. Man kann auch nicht der Kränkung des kollektiven Narzissmus entgehen, indem man die Frage der Verantwortung so eng fasst, dass sie nur die unmittelbaren Täter betrifft.

„Ich erkenne nur die individuelle Verantwortung an“, schreibt die Soziologin Hanna Świda-Ziomba. „Aber ich meine,

dass wir zugleich für die gesellschaftliche Resonanz und die sozialen Folgen unseres Tuns verantwortlich sind. Ein verantwortungsbewusster Mensch ist deshalb verpflichtet, die gesellschaftlichen Mechanismen in der Welt zu verstehen, in der er seine Entscheidungen trifft. Er darf nicht die ihm unbequeme Realität verleugnen oder sich von ihr abwenden. Aus diesen Prämissen folgt, dass ein verantwortungsbewusster Mensch die Geschichte seines Volkes kennen und verstehen muss. Erstens, weil die Geschichte universelle gesellschaftliche Mechanismen aufzeigt, die es erlauben, die Gegenwart zu verstehen ... Zum anderen gibt es das Phänomen der gesellschaftlichen Tradierung von Haltungen. Die Geschichte ist ein kontinuierlicher Prozess, die Gegenwart umfasst die Vergangenheit.“ (*Gazeta Wyborcza*, 7./8. April 2001)

Der Ethnologe Dariusz Czaja drückt es so aus: „... nicht anerkannte Schuld, nicht bewusst gewordene Niedertracht lösen sich nicht in Luft auf. Sie bleiben im Unbewussten haften und zersetzen es von innen. Das betrifft sowohl das Unbewusste des Einzelnen wie des Kollektivs ... die nicht aufgeklärten Bestialitäten führen früher oder später zur Selbstvergiftung der Erinnerung und des gesellschaftlichen Bewusstseins.“ (*Gazeta Wyborcza*, 16./17. Januar 2001)

Eine so verstandene Verantwortung bedeutet, dass man sich dem mörderischen Potenzial des polnischen Antisemitismus stellen muss, der bis heute das politische Denken vieler Polen besetzt. Nur durch das ungebrochene Wirken antisemitischen Denkens ist es möglich, sich des Arguments vom „jüdischen Kommunismus“ und der „prosovjetschen jüdischen Kollaboration“ mit so viel Überzeugung zu bedienen, dass man die Juden auffordert, sich bei den Polen für sowjetische Verbrechen zu entschuldigen, wie das zum Beispiel Primas Kardinal Glemp wiederholt getan hat. Sich von der Logik dieses Denkens zu distanzieren, nach der verbrecherische Polen „Abschaum“ und damit keine richtigen Polen mehr sind, jüdische Anhänger des Kommunismus aber „Juden“, die das ganze kommunistische Projekt zu einem „jüdischen Kommunismus“ machen, würde für die Kirche bedeuten, die verhängnisvolle Rolle zu reflektieren, die sie beim Schüren des antisemitischen Hasses gespielt hat. Zu diesem Schritt ist sie als Institution bisher nicht fähig gewesen. Einzelne Kirchenvertreter wie auch einige hervorragende katholisch-intellektuelle Zeitschriften spielen schon lange eine ausgesprochen aufklärerische Rolle in diesem Bereich. Doch die Kirche als Ganzes windet sich, die Erklärungen von Glemp sind mehr als

zweideutig, antisemitische Priester werden nicht ausreichend gemäßigelt und ein Gemälde in der Kathedrale von Sandomierz, das einen Ritualmord von Juden an einem christlichen Knaben darstellt, wird mit Verweis auf Denkmalschutz nicht entfernt. Bei der Gedenkfeier am 10. Juli wollen die höchsten Repräsentanten der Kirche nicht anwesend sein, dafür haben sie am 27. Mai einen Gottesdienst für die Opfer von Jedwabne abgehalten, zu dem auch der Warschauer Rabbiner eingeladen war. Peinlicherweise war aber dieser Gottesdienst am jüdischen Feiertag Schawuot anberaumt und zudem in einer Kirche, die sich bisher durch üppig mit antisemitischer Literatur bestückte Büchertische hervorgeraten hat. Während die einen die ganze Angelegenheit als verpatzte Geste ansehen, stellt sie für andere doch einen Schritt in die richtige Richtung dar. Wie dem auch sei, die moralische Glaubwürdigkeit der Kirche erleidet im Zuge dieser Auseinandersetzung einen schweren Schaden.

Dabei hätten die Menschen in einem Land wie Polen, in dem das religiöse Denken immer noch sehr lebendig ist, moralischen Beistand der Kirche gebraucht, um die Anerkennung einer schuldbehafteten Realität besser verarbeiten zu können. Dass die durch Jedwabne aufgeworfenen Fragen das Verhältnis von Mensch zu Gott tangieren, ist im religiösen Polen auch für die Intellektuellen nahe liegend. Die Bitte um Vergebung, die dem Anerkennen des Bösen folgt, ist nicht nur an die Opfer, sondern immer auch an Gott gerichtet. Gegenüber Gott besteht eine menschliche Gesamthaftung, was das Böse anbetrifft. Aber auch eine Verpflichtung zur echten Reue ohne Ausreden und Relativierungen, wenn auf Vergebung gehofft wird. Wenn Walser die „ständige Präsentation unserer Schande“ beklagt, dann liege das „an der unaufrichtigen Trauer und Reue“, schreibt Joanna Tokarska-Bakir in einem für die *FAZ* bestimmten Artikel, „und daran, dass das ‚Gebet des Herzens‘ durch Lippenbekenntnisse ersetzt worden ist. Wenn er schreibt, dass das deutsche Gebet um Vergebung auf Grund der ‚Instrumentalisierung von Auschwitz‘ und unter der Drohung der ‚Auschwitzkeule‘ einer Entleerung und Ritualisierung erlegen sei, dann verwechselt er Ursache und Wirkung.“ Gott lässt sich nicht durch „politische Korrektheit“ täuschen.

Die Bezugnahme auf Gott, ohne die Gedenkrituale in Polen undenkbar wären, bedeutet nicht nur einen hohen ethischen Anspruch, sondern trägt auch die Hoffnung auf Vergebung in sich, auf Erlösung von quälenden Schuldgefühlen, die das Anerkennen der Realität erträglich wer-

den lässt. Ohne diesen göttlichen Beistand ist nur schwer auszuhalten, womit Jedwabne die Menschen konfrontiert. Denn obwohl die polnische Schuld leichter wiegt als die Verantwortung der Deutschen für den Völkermord an den Juden, so lastet sie in einer gewissen Weise schwerer auf den Menschen. Die Nazis haben in ihrem Mordprojekt eine Spaltung eingebaut, die es den Deutschen nach dem Krieg ermöglichte zu behaupten, sie hätten nichts gewusst, und sich das selbst fast zu glauben. Denn das Morden fand weit weg statt, keiner ist in Deutschland durch die Todesschreie seiner einstigen jüdischen Nachbarn um den Schlaf gebracht worden. Doch in Polen gab es kein Entrinnen vor dem Grauen des Mordens. Manchmal mordeten auch Polen, wie Jedwabne lehrt, doch nirgends konnten sie der Zeugenschaft des Verbrechens entkommen, zumal über drei Millionen der ermordeten Juden polnische Bürger waren. Zurück blieben entvölkerte Städtchen und Straßenzüge. Das hinterlassene Hab und Gut der Juden war für das „deutsche Reich“ wertlos, stellte aber für die polnischen Nachbarn oft eine willkommene Erweiterung des Hausstands dar. Auch jene, die nicht geplündert haben, nahmen von den verwaisten Hinterlassenschaften Besitz. Und seither spuken die Juden im Lande. Ihre entweihten Gotteshäuser verfallen in den Städtchen, in denen sie einst die Bevölkerungsmehrheit bildeten. Die jetzigen Bewohner fantasieren von Juden, die wieder kommen, alles aufkaufen und die Leute aus ihren Häusern vertreiben werden. Die Bilder von Vertreibung und Mord vergehen nicht und wandeln sich in Angst vor Rache und eigener Vertreibung. Man hat in Polen versucht, dem Spuk durch Leugnen und Lügen beizukommen. Man sorgte sich mehr um das eigene Ansehen in der Welt als um sein beschädigtes Gewissen, und versuchte an einem geschönten Bild seiner Selbst zu basteln. Das hat keine Erlösung gebracht.

Michael Schudrich, der Rabbiner von Warschau, hat gesagt: „Wichtiger als was die Welt über diese Tragödie sagen wird, sollte für die Polen sein, was sie Gott sagen werden ...“ Die aktuelle Debatte zeigt, dass inzwischen ein wichtiger Teil der polnischen Öffentlichkeit und Politik das begriffen hat. ■

Das Buch von Jan Tomasz Gross kommt im Herbst in deutscher Übersetzung beim Beck Verlag heraus. In der englischen Übersetzung liegt es bereits vor. Der polnische Verlag von Gross hat unter der Adresse www.pogranicze.sejny.pl einen Internet-Service eingerichtet, über den man alle Pressestimmen zu der Diskussion bekommen kann, darunter auch deutsche und englische Artikel.)

Wohl nicht die knappe Ablehnung, sondern die niedrige Wahlbeteiligung war das eigentlich katastrophale Signal der irischen WählerInnen beim Referendum über Nizza. Was immer an Motiven herausdestilliert oder hineininterpretiert wurde und wird: Mir scheint es vor allem zu beweisen, dass der Reichsfürstenrat in Nizza wirklich unter aller Sau gepfuscht hat. Dass die europäische politische Struktur ein Legitimitätsproblem, also – da eine direkt-demokratische Legitimation durch einen europäischen *demos* (noch) nicht möglich ist – ein *Akzeptanzproblem* hat (vgl. *Kommune* 6/01), weil sie sich zunehmend als intransparent und ineffizient erweist.

Das wurde in Göteborg, in den europäischen Staatskanzleien und Medien vielfach be- und zerredet. Den Vogel abgeschossen hat dabei zweifellos wieder einmal Österreich: Ihr hättet euch das mit der Aufhebung der „Maßnahmen der 14“ doch besser überlegen sollen ...

Die Iren hatten gerade fertig gezählt, da schoss Jörg Haider schon aus der Hüfte: Eine Volksabstimmung muss her. Nicht über die Ratifizierung des Nizza-Vertrags; das ließe sich ja noch verfassungsrechtlich und politisch argumentieren. Nein, über die EU-Erweiterung. Ein 8-Millionen-Volk soll drüber abstimmen, ob ein anderes Land der 300-Millionen-BürgerInnen-Union beitreten darf? Auf eine so beschauerte Idee kann nur die FPÖ kommen? Schön wär's. Mittlerweile zeigen Umfragen, dass zwar die Mehrheit der ÖsterreicherInnen für die Erweiterung ist, aber auch 48 (gegen 45) Prozent für eine Volksbefragung dazu sind (70 % der FPÖ-AnhängerInnen übrigens).

Der Außenministerin, die gerade die KollegInnen der Beitragsländer zu einer „strategischen“ Konferenz der mitteleuropäischen Beitrittskandidaten geladen hatte (vermutlich, um ihnen zu erklären, dass wir sie zwar eigentlich nicht in der EU wollen, aber falls doch, dann unter unserer Führung als Gegengewicht gegen das deutsch-französische Direktorium oder vielleicht gegen das perfide Albion, Gott erhalte, Gott beschütze unseren guten Kaiser ...), fiel einmal das angeklebte Lächeln aus dem Gesicht, der Bundespräsident (der gerade die anderen Präsidenten seiner mittelosteuropäischen Kleinstaaterei traf) war hörbar verzweifelt.

Haiders Statthalterin als Parteibfrau, Riess-Passer, Finanzminister Grassler und der unvermeidliche Fraktionsvorsitzende Westenthaler hatten endlich (weil: Steuerreform wegen schwacher Konjunktur abgesagt, in der Regierung vor allem durch Pannen aufgefallen) ein Thema: Kein Tag ohne Forderung nach Volksbefragung zur

drohenden Erweiterung. Nach einer bloß mehrere Tage dauernden Schrecksekunde (und nachdem der grüne MdEP Voggenhuber die Vizekanzlerin schon als „europapolitische Amokläuferin“ gescholten hatte) meldete sich der Kanzler persönlich zu Wort: Abstimmung über die Erweiterung? „Mit mir als Kanzler nicht.“ (*Kurier*, 17.6.) Er stehe dafür, dass „die Linie gehalten werde“, also: Augen zu und durch.

Darauf hatte die FPÖ gerade gewartet. Na dann halt ohne Schlüssel als Kanzler, biss die Parteichefin und Vizekanzlerin

Nach Irland: Amoklauf



GERHARD FRITZ

Riess-Passer (wegen innerparteilichen Killer-Instinkts auch als „Königskobra“ tituliert) in der „Pressestunde“ des ORF, auch am 17. Juni, zurück. Erstens strebe die FPÖ ohnehin an, 2003 stärkste Partei zu werden und den Kanzler zu stellen, zweitens sei eine Regierungsbeteiligung der FPÖ an die Bedingung gebunden, dass über die EU-Erweiterung das Volk befragt werde, und drittens müsse jetzt endlich Schluss sein mit der „Eliten“-Abstimmung in Europa: In einer Demokratie gebe es keine Frage, die dem Volk nicht zur Entscheidung vorgelegt werden könne ...

Verfassungsrecht: Nicht genügend, setzen, Frau Vizekanzlerin. Es zeichnet einen Verfassungsstaat sehr wohl aus, zum Unterschied von der Volksdemokratie Leninschen Typs oder der nationalpopulistischen Referendumsdemokratie, dass es Fragen gibt (z. B. die Menschenrechte, die grundlegenden Spielregeln der Gewaltenteilung ...), die konstitutionell außer Streit gestellt und nicht mehr der Mehrheitsherrschaft unterworfen sind. Und dass Österreich nicht darüber abstimmen kann, ob Tschechien, Polen oder Slowenien unter Übernahme des *acquis* und nach Erfüllen der Beitrittsbedingungen der EU beitreten kann, ist eigentlich durch den EU-V (der in Österreich Verfassungsrang genießt) auch schon geklärt.

Der Unterschied zwischen in Göteborg Autos anzündenden Antieuropäern und der Parteiobfrau der FPÖ besteht offenbar darin, dass die Vizekanzlerin straflos mehr Schaden anrichten kann.

Die WirtschaftsforscherInnen mögen in dicken Bänden beweisen, dass Österreich wirtschaftlich zu den Hauptgewinnern der Erweiterung zählt und dass jeder unfreundliche Akt gegenüber den Beitrittsländern nur schaden kann. Der slowenische Präsident mag darauf hinweisen, dass heute schon viel mehr EU-BürgerInnen in Slowenien arbeiten, als jemals slowenische ArbeitsemigrantInnen im heutigen EU-Raum arbeiten werden. Die große Mehrheit der jungen ÖsterreicherInnen (je gebildeter, desto mehr) mag ihre Zukunft in Frieden und Demokratie und ihre Job-Chancen nur durch mehr Integration gesichert sehen.

Der geheimnisvolle „kleine Mann“, den die FPÖ zu vertreten strebt, hat angeblich Angst vor slowakischen Frisuren und polnischen Bauarbeitern, die ihm den Arbeitsmarkt ruinieren, hat jedenfalls Angst vor Veränderungen, hat Angst vor AusländerInnen im Allgemeinen und Brüssel im Besonderen, hasst „die da oben“, auch wenn er einen Führer braucht, der erstens ihm sagt, wo's langgeht, und zweitens es „denen“ schon zeigt, und er braucht irgendjemanden, auf den er hinuntertreten kann. Und solche gibt's überall, ob sie nun „ModernisierungsverliererInnen“ heißen oder „autoritäre Persönlichkeiten“ oder Multimillionäre als „Rächer der Enterbten“ auf Stimmenfang.

Das Elend mit Österreich ist: Hier sitzen sie in der Regierung. Hier gibt es einen Kanzler, der sie gewähren lässt. Der dafür, dass er den Kanzler mimen darf, alles aufgibt, wofür seine Partei – sei es in ihrer christsozialen Tradition, sei es als der liberale Wirtschaftsflügel – jemals gestanden hat. Der einzige Trost ist: Kein Kanzler seit 1945 hatte jemals so schlechte Umfragergebnisse. – Oder halt, es gibt noch einen Trost: Kärnten hat einen Beauftragten der Landesregierung, der sich von Amts wegen für Ausländer einzusetzen hat. Im Dreiländer-Eck Kärnten/Friaul/Slowenien tummeln sich unter der Patronanz des WWF slowenische Bären. Dass denen kein Härchen gekrümmt werde, und dass die Bauern für allfälligen Honigraub entschädigt werden, statt nach dem Jäger zu rufen, darum kümmert sich der Bären-Ombudsman der Kärntner Landesregierung. Wenigstens slowenische Bären haben's gut in Kärnten, kommentierte *help*, das Konsumentenschutzmagazin des ORF, süffisant. ■

Europa – USA: Für Taiwan sterben?

Eine Woche lang politische Operette in Brüssel und Göteborg, in Ljubljana und Shanghai. Die Regierungschefs strategisch wichtiger Länder trafen sich, sprachen Interessen aus, äußerten sich kontrovers über die Welt verändernde Pläne der Supermacht, schlossen Bündnisse oder erweiterten sie. Der Ablauf ist bekannt. Schauen wir uns im Vor- und Umfeld um.

Am 24. April veröffentlichten *The New York Times* und *El Pais*, Madrid, ein gemeinsames Supplement. Die USA stellten sich vor. In einigen Artikeln präsentiert sich die neue Regierung, sie spricht über ihre neue Energieverschwendungspolitik und entwirft eine Grobskizze der neuen US-Militärstrategie. Großen Wert legt sie auf die spanisch sprechende Minderheit. Unter dem Titel „Die Hispanos verändern das Konzept der Minorität“ heißt es: „Die Bevölkerungsgruppe der Hispanos in den Vereinigten Staaten ist seit dem letzten Zensus um über 60 Prozent von 22,4 Millionen im Jahr 1990 auf 35,5 Millionen gewachsen.“ Und weiter: „In Kalifornien werden sie 2021 die stärkste ethnische Gruppe sein.“ Kein Wunder, dass Bush und Gore im Wahlkampf auch spanische Ansprachen hielten. „Nach demographischen Schätzungen jedoch wird die angloamerikanische Mehrheit in fünfzig Jahren in der Minderheit sein“, weiß das *NZZ Folio* vom Mai 2001 zu berichten. Die Hispanos im eigenen Land, das mehrheitlich spanischsprachige Amerika in Gestalt der FTAA (Free Trade Area of America) stehen wesentlich im Blickfeld dieser Regierung.

Ein neuer Vormarsch des Spanischen nach den Konquistadoren? Die erste Station Bushs in Europa war Spanien. Eine Woche nach dem Besuch berichtet *El Pais*: „Spanien wünscht, an der seegestützten Version der US-Raketenabwehr teilzunehmen. Die zukünftigen F-100-Fregatten können mit ihrem Aegis-System eine von Libyen ausgelöste Attacke überwachen und abwehren“ (21.6.). Ende

Mai wurde in Gesprächen zwischen den Verteidigungsministerien das Geschäft eingeleitet, das Bush bereits als erstes Mosaiksteinchen für sein geplantes Raketenabwehrsystem betrachtet.

Ich bin bereit nach Europa zu gehen und ich freue mich darauf“ (*Daily Telegraph*, 9.6.). Aus Bushs Höflichkeitsfloskeln wurde eine mediale „Charme-Offensive“ aufgebaut, die die *Washington Post* konterkarierte, indem sie Courtoisie-Zitate der europäischen Presse den handfesten Widersprüchen zwischen Europa und den USA gegenüberstellte. Charme beiseite. Wohl vermerkte man die Einwände Schröders und Chiracs gegen MD: „Wir müssen diese strategische Balance bewahren, deren Pfeiler der ABM-Vertrag ist“ (Chirac in der *Washpost*, 13.6.), die *Los Angeles Times* zitierte gar Schröders Einwand, „Russland und China müssen einbezogen werden“ (13.6.). Aber sowohl die regierungskritische Ostküstenzeitung als auch das Westküstenblatt mit Bush-Sympathie registrierten Fortschritte bei der Raketenabwehr. Im Blickfeld beider Betrachtungen steht, entsprechend der Vorgehensweise des US-Präsidenten, weit mehr die bewährte NATO als die politisch labile EU. „Schließlich teilen die Begleiter des Präsidenten seinen Optimismus, dass sich in Übereinstimmung für den amerikanischen Plan ein ‚center of gravity‘ zu bewegen beginnt. Sie stellen fest, dass Ungarn, Italien, Polen und Spanien offen zustimmen, während von Seiten Englands stillschweigende Sympathie kommt“ (*Washpost*, 14.6.). Der Prager Gipfel der 19 NATO-Mitglieder im November 2002 wird nicht nur in Hinblick auf weitere Neuaufnahmen osteuropäischer Länder angesprochen. Das Hauptproblem spricht die *LATimes* direkt an: „Russland steht in scharfer Opposition zur NATO-Erweiterung bis an die eigenen Grenzen. Unter den Kandidaten befinden sich die balti-

schen Staaten Lettland, Estland und Litauen, die sich von der ehemaligen Sowjetunion losgetrennt haben, ebenso wie die ehemaligen Warschauer-Pakt-Mitglieder Rumänien und Bulgarien“ (13.6.). Bushs Engagement wird betont, die NATO müsse „offen sein für alle europäischen Demokratien“. Von diesen Staaten erwarten sich die USA Unterstützung ihres Raketenprogramms. Auch mit der Osterweiterung der EU wird die MD-Diskussion in Europa zusehends kontroverser werden. Schon Ende April kommentierte das konservative Wochenblatt *Weekly Standard*: „Wir haben die Dominosteine doch schon überall in Europa fallen sehen.“

Immerhin vermutete die *FAZ* noch vor dem Bush-Besuch am 11.6.: „Die nahezu einzige positive Reaktion auf die amerikanischen Pläne war aus Indien gekommen, während die Pekinger Führer die Entwertung ihres noch kleinen Atomarsenals voraussehen und schon mit einer Nachrüstung gedroht haben.“ Eine Fehleinschätzung, wie sich gezeigt hat, auch wenn die Zustimmung verhalten ist. Ein Sonderfall ist Italien. Medienzar und Fininvest-Chef Berlusconi, neuerdings Vorstandsvorsitzender der Italia AG, beeilte sich, bei seinem ersten internationalen Auftritt auf dem EU-Gipfel in Göteborg, die Widersprüche zwischen Europa und der USA zu verringern: „Hinsichtlich des Systems der Raketenverteidigung, wie es die USA vorschlagen, entdeckte ich keine Differenzen, die an zwei unterschiedliche Positionen denken lassen“, zitiert ihn *Corriere della Sera* am 14. Juni. Am nächsten Tag ließ die Turiner *La Stampa* eine Erhebung mit einem Sample von über 5300 Befragten durchführen; 65 Prozent sprachen sich gegen Bushs MD-Pläne und eine Beteiligung der Europäer aus. Da es schwierig ist, aus der Italia AG Entlassungen durchzuführen, wird sich der „Cavaliere“ noch einiges einfallen lassen müssen.

Bush hat in Europa so sondiert, wie es US-Politiker in der Innenpolitik machen: Wie stehen Massachusetts, Wyoming, Kansas, California, Alabama zu den MD-Plänen? Wen gewinnt man für seine Lobby, um andere zu überstimmen? Aber geht es nur um das Pro und Kontra für ein Raketenabwehrprogramm? Ist damit schon alles erklärt, wenn Thérèse Delpech vom Studienzentrum für Internationale Forschungen in Paris (Ceri) von der „ewigen Wiederkehr“ amerikanischer Raketenprogramme spricht: „Seit den Sechzigerjahren zählt man in der Tat circa alle zehn Jahre eine amerikanische Initiative ... Mit der Raketenabwehr (MD) sind wir nun in der

fünftens Generation“ (*Libération*, 14.6.). Reichen Grobaster, wie sie die *Kölnische Rundschau* am 16. Juni präsentiert? „Danach ähneln die Beziehungen zwischen Europäern und Amerikanern mittlerweile einem Ehepaar, das sich auseinander gelebt und sich nichts mehr zu sagen hat.“

Weder geht es um Wiederholungstäter noch um Liebesbeziehungen. Auch kann man nicht so ohne weiteres „USA“ und „Europa“ gegenüberstellen. Der Bostoner Professor Angelo M. Codevilla, Berater der Luftfahrtindustrie, wohl ein Antieuropäer, wirft im *NZZ Folio* vom Mai 2001 eine brisante Frage zur ersten Osterweiterung der NATO auf: „Zumindest jedoch hätten die Amerikaner sich die Frage stellen sollen, ob sie bereit waren, für Danzig zu sterben, so wie sie bereit waren, für Frankfurt oder Paris zu sterben. Aber nichts dergleichen geschah.“

Natürlich, die Amerikaner sterben nicht aus reinem Altruismus für Danzig, und der Umbau der NATO folgt keinen moralischen Motiven. Aber: „Der amerikanische Horizont umfasst den Globus. Der Große Nahe Osten, Zentralasien und Fernost nehmen Washingtons strategische Aufmerksamkeit gefangen. Die Europäer schauen gerade noch bis aufs Mittelmeer und sind beschäftigt mit den labyrinthischen Prozeduren der Vertiefung, der Erweiterung – und der Ratlosigkeit über den Euro“, schreibt Michael Stürmer in der *Welt* am 20. Juni. Und die *Neue Zürcher Zeitung* sekundiert: „Europa ist der alte Kontinent; mit Veränderungen an politischen und strategischen Denkweisen tut er sich schwer. Wenn der tschechische Präsident Havel darauf hinweist, dass die gegenseitige nukleare Abschreckung durch die ‚wechselseitig zugesicherte Zerstörung‘ überholt sei und dass die Nato schließlich eine defensiv orientierte Verteidigungsallianz sei, die sich über Abwehrstrategien einig werden müsse, deutet er an, dass der Denkprozess Wurzeln geschlagen hat“ (16.6.).

Andere sehen sich lieber in Augenhöhe mit der Supermacht. „Weder die EU noch die USA haben sich schon ganz in die neuen Rollen, Verantwortungen, aber auch Grenzen gefunden“, analysiert die *Frankfurter Rundschau* (13.6.). „Diesseits wie jenseits des Atlantiks muss man sich also von altem Denken und lieb gewordenen Traditionen lösen. Das dauert.“ Während die *FR* den Neoliberalismus in die Kuschelecke schickt und „freundschaftliche Konkurrenz“ erhofft, gibt sich ein Kommentator der *Welt* eurokosmopolitisch und machiavellistisch. Er kann die neue Supermacht Europa kaum noch erwarten. „Das eigene außen-

und wirtschaftspolitische Interesse wird wichtiger als eine gemeinsame weltpolitische Mission. Diese Tendenz wird sich massiv verstärken, sobald die EU im Verlaufe des Jahrzehnts die ganze gewaltige Dimension ihres Einigungsprojekts zu spüren bekommt. Die Europäer werden den Amerikanern unverblümt bedeuten, dass dies und jenes im EU-Interesse liege und deshalb nach europäischem Gusto zu geschehen habe, basta.“ (23.6.)

Basta? Inzwischen war Japans Ministerpräsident Koizumi in Washington, küm-

waffen in den Händen von Diktatoren in ‚rogue nations‘ abstellt (unter Bush wird dieser Begriff wieder benutzt)“. Sind wirklich nur Nordkorea, Irak, Iran, Libyen gemeint?

Das alles spielt sich fern der europäischen Halbinsel der Seligen ab, die „nur“ ihren Balkankonflikt zu bewältigen hat, für den Bush eine „neue Arbeitsteilung“ sehen möchte – worauf die Europäer, Schwäche zeigend, empfindlich reagierten. Außerdem liegt zwischen Eu-



SZ-Zeichnung: Murschetz

merten sich die USA um die japanische Bankenkrise, wird ein japanisch-amerikanisches Ministerforum gegründet (*Financial Times Deutschland*, 20.6.), erklärt ein Pharmakonzernchef die Schrumpfung der Marktanteile der europäischen Konzerne und prognostiziert: „Die Kluft zwischen Europa und den USA werde sich in Zukunft wohl eher noch vergrößern“ (*NZZ*, 19.6.). Basta ...

Aber das sind, laut Robert S. Nye von der Harvard University im *NZZ Folio*, „unvermeidbare Reibungen“. Denn „nicht zuletzt sucht Amerika in Europa auch einen Partner bei der Bewältigung globaler Herausforderungen“. (Mai 2001) Peter Rudolf von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin führt über dieses „strategische Denken“ in der *FAZ* aus: „Die Annahme, daß Asien und nicht Europa in den nächsten Jahrzehnten Schauplatz militärischer Rivalitäten ist, findet weithin Anklang in der ‚strategic community‘. ... Es wird damit gerechnet, daß China in den nächsten 15 Jahren zu einem ernstzunehmenden regionalen Rivalen in der pazifischen Region heranwächst“ (16.6.). Zuvor legt er dar, dass ein traditioneller Sicherheitsbegriff der Außenpolitik der Bush-Regierung zugrunde liegt, der „die Bedrohung durch Massenvernichtungs-

ropa und Fernost jenes Land, das nach wie vor ein wesentliches Gewicht in die Weltpolitik einbringt. „In seinem Interview zog der Kremlchef im Weiteren die amerikanische Begründung für die Raketenabwehrpläne offen in Zweifel. Die sogenannten Schurkenstaaten seien zu einem Angriff gegen die USA auf Jahrzehnte hinaus nicht in der Lage“ (*NZZ*, 21.6.). Zuvor schon hatte Russland mit vier zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der VR China die „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ gegründet, eine „eurasische Front gegen den Islamismus“ (*NZZ*, 15.6.), die sich gleich auch entschieden gegen die amerikanischen Pläne wandte. Allerdings: „Eine konzertierte Aktion mit China ist unterdessen kein Beweis für eine langfristige strategische Partnerschaft mit Peking“ (*taz*, 15.6.).

Europa selbst ist weit davon entfernt, „den Amerikanern unverblümt zu bedeuten“, was nach seinem „Gusto zu geschehen habe“. Darum geht es auch nicht. Der Bush-Besuch hat gezeigt, dass es noch keine europäische Außenpolitik gibt. „Die Europäer schauen gerade noch bis aufs Mittelmeer.“ Taiwan ist fern. Mallorca ruft ...

Redaktion: Balduin Winter

Ein Lobbyist im Truthahnmist

Bush und der Energiemarkt in den USA

Die Stromkrise in Kalifornien offenbart, was Experten längst ahnten:
Amerikas Energiemarkt gerät aus den Fugen. Während der Westen
unter Rekordpreisen stöhnt, streitet Washington, wie die Vereinigten Staaten
den enormen Energiebedarf der Zukunft decken können.

Ein Strategiepapier der Bush-Regierung eröffnet die vielleicht wichtigste
US-Debatte der nächsten Zeit.

ROBERT HEINRICH

S tell dir vor, du sitzt in einem Chrysler Cherokee und jagst über den nächtlichen Nevada State Highway 94 nach Norden. Ringsum nichts als dunkle Berge und schwarzer Himmel. Die Straße windet sich um eine scharfe Rechtskurve. Plötzlich sind deine Augen geblendet: Vor dir liegt ein funkelndes Lichtermeer, eine Fata Morgana, ein glühender Diamant in der Wüste ... Wer einmal Las Vegas bei Nacht erblickt hat, weiß, dass der amerikanische Traum ein Gesicht hat: Die rundum beleuchtete, voll klimatisierte Großstadt inmitten trostloser Wildnis.

Leider nur scheint die Zeit für Träume vorläufig vorbei zu sein. Seitdem die Energiepreise um 40 Prozent gestiegen sind, herrscht Katerstimmung in der Stadt, in der ein einzelnes Hotel mehr Strom verbraucht als 9000 Wohnhäuser. Dabei geht es Las Vegas noch vergleichbar gut. Das benachbarte Kalifornien erlebte den Black-out ganzer Metropolen. Im Silicon Valley mussten die Kapitane der Online-Industrie die Notstromaggregate anschalten, die horrenden Stromrechnungen bedrohen klein- und mittelständische Unternehmen mit dem Bankrott. Auch sieben weitere Bundesstaaten stöhnen unter der Energieknappheit. Von San Diego bis Seattle droht dem Westen der USA der Lebenssaft auszugehen. Trudelt Amerika in eine Energiekrise?



Ed Stein - Rocky Mountain News

An dieser Frage reibt sich das Establishment in Washington seit mehreren Monaten. Nur wenige haben das komplexe Problem wirklich verstanden, doch im Interessenkampf liefert es bereits scharfe Munition. Aber woher kommt nun, was US-Vizepräsident Dick Cheney als „Sturmwolke am Horizont der Wirtschaft“ heranziehen sieht? In Wahrheit entstand die Energieknappheit im Westen an der Schnittstelle von Entwicklungen, die nur bedingt miteinander verknüpft sind.

Die Wurzeln des Übels

In Kalifornien wurde die Krise zunächst durch die halbherzige Strommarktliberalisierung von 1996 verschuldet. Damals privatisierte die Staats-Regierung zwar die ursprünglich kommunalen Stromversorger und gab die Preise im Großhandel zwischen Produzenten, Versorgern und

Geschäftskunden frei, schützte aber mit Rücksicht auf mächtige Verbraucherverbände Privatkunden durch eine Preisbindung, die noch bis 2002 besteht. So geriet der geplante Triumph des freien Marktes zum Desaster: Die Großhandels-Preise stiegen, erst langsam, später dramatisch. Im Dezember hatten sie das dreißigfache des Vorjahresstandes erreicht. Dies traf vor allem die großen Energieversorger Pacific Gas and Electric Co. (PG&E) und Southern California Edison. Sie hatten es versäumt, rechtzeitig finanzielle Rücklagen zu bilden. Im April musste PG&E Konkurs anmelden und zwang die Regierung, für 10 Milliarden Dollar Strom aufzukaufen, um die Versorgung zu sichern.

Der plötzliche Preisanstieg offenbart jene klaffende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage, die sich in Kalifornien wie in anderen Staaten des Westens schon seit Jahren andeutete. Auf Grund strenger Auf-

lagen, langwieriger Genehmigungsverfahren und der allgemeinen Marktunsicherheit bauten die Produzenten keine neuen Kraftwerke, zehrten schon zu lange von ihren Stromreserven. Dürftige Schnee- und Regenfälle bremsen zudem die gerade für diese Region so wichtigen Wasserkraftwerke. Amerikas westlicher Energiemarkt trocknete buchstäblich aus.

Parallel zum sinkenden Angebot verlief eine Entwicklung, durch die sich die regionale Krise bald zur landesweiten und langfristigen Plage entwickeln könnte: Seit Jahren steigt die Energienachfrage drastisch. Ursache ist einerseits die wachsende Bevölkerung – allein in Kalifornien vermehrte sich die Zahl seit 1980 von 23 auf 35 Millionen. Weitaus stärker noch belasten Stadtflucht und Zersiedlung den Energiemarkt. Trotz der Initiativen der Clinton-Gore-Regierung ist das suburbane Amerika auf dem Vormarsch. Immer weiter frisst sich der Kranz der Vorstädte in die Wildnis – schier endlose Agglomerationen von Einfamilienhäusern, Swimmingpools und Einkaufszentren sind so entstanden. Zur Versorgung dieser Siedlungen sind gigantische Flotten von Trucks unterwegs. Für den täglichen Pendelverkehr und die Wege durch die Nachbarschaft stehen Erst-, Zweit- und Drittwagen in der Garage – oft sind es *Sport*

Utility Vehicles (SUVs), Jeeps und Minivans mit besonders hohem Benzinverbrauch. Hinzu kommt, dass immer mehr Siedlungen in den heißen Regionen des Südwestens entstehen, wo das Leben nur durch verschwenderischen Einsatz von Klimaanlagen erträglich scheint.

Auch die US-Wirtschaft trägt ihren Teil zum neuen Energiehunger bei. Zwar führten die Ölpreisschocks von 1973 und 1979 zu deutlichen Effizienzsteigerungen – der Energieverbrauch kletterte seit 1980 um nur 26 Prozent, während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 90 Prozent wuchs. Doch im Vergleich zu den Volkswirtschaften der Europäischen Union liegt der Energieaufwand für die Erwirtschaftung eines BIP-Dollars noch immer um ein Viertel höher. Zudem haben die Computer der boomenden IT-Branche gerade in Kalifornien einen neuen Stromhunger entfacht.

■ Cheneys Plan

Ganz andere Begehrlichkeiten weckt das Energieproblem in Washington. Sowohl Republikaner als auch Demokraten hoffen, mit dem Thema im Kampf um Wählerstimmen entscheidende Punkte sammeln zu können. Bereits im Februar wurde Vizepräsident Cheney, der starke Mann der neuen Regierung, persönlich zum

Chef einer Kommission ernannt, die den Weg aus der Krise weisen sollte – ein Indiz für die ungeheure Relevanz des Problems. Am 17. Mai präsentierte sein Präsident George W. Bush die Ergebnisse:

Der *National Energy Policy Report* sieht die Energiekrise in erster Linie als Angebotsproblem. In den nächsten zwanzig Jahren sollen deshalb bis zu 1900 neue Kraftwerke gebaut werden. Um die regionalen Engpässe in Zukunft besser überbrücken zu können, schlägt der Report den Bau neuer Strom- und Gasleitungen sowie den Aufbau eines nationalen Netzes vor – dies liegt bisher in der Kompetenz der Einzelstaaten. Um den Bau von Kraftwerken zu forcieren, will die Regierung Genehmigungsverfahren erleichtern, Umweltauflagen lockern. In Alaska würde sie gerne das Naturschutzgebiet Arctic National Wildlife Refuge (ANRW) für Ölbohrungen öffnen. Besonderes Aufsehen erregte außerdem der Vorschlag, den Aus- und Neubau von Atomkraftwerken zu erleichtern und Laufzeiten zu verlängern.

Gerade wegen der letzten beiden Punkte lehnen Demokraten und Umweltverbände den Bush-Plan, der mit durchaus grünem Vokabular aufwartet, vehement ab. Sie verurteilen das Papier als Versuch, die Krise für die Interessen der Energie-

Ein Gespenst geht um in Berlin: der Lagerwahlkampf. Was längst als politisch überholt gegolten hatte, feiert fröhliche Urständ. Nur einen Haken hat die Sache, keiner weiß: Wo stehen die Lager? Nachdem Gregor Gysi sich mit Berliner Schnauze in die Herzen der einstigen Kommunistenfresser getalkt hat, scheint das linke Lager ins Nirwana götlichen Vergessens eingegangen zu sein. Gebt uns ein Lager, schallt es deshalb aus Berlin.

Doch in der größten Gefahr winkt der Retter bekanntlich auch. „Ich bin schwul, und das ist auch gut so“, lautet seine Botschaft. Und derweil die gesamte intellektuelle Klasse noch über die Güte des Wowerit'schen Mirakels nachsinnt, hat die Realität bereits Fakten geschaffen.

Schwul oder nichtschwul, das ist heute die Frage. Womit die Politik nur nachholt, was im wahren Leben längst zum Allgemeinplatz geworden ist. Schließlich kommt heute keine Kreativabteilung mehr ohne ihre homosexuellen High Potentials aus, von den Paradiesvögeln im Show-Biss ganz zu schweigen. Der Sozialwissenschaftler Wolfgang Joop spricht von einer „schleichenden Homosexualisierung der Gesellschaft“. Nun hat der Schleichvorgang also endlich auch die Politik eingeholt. Und tatsächlich: Spricht nicht einiges dafür, dass ein Schwuler wesentlich kreativer dem maroden Berliner Haushalt zu Leibe rücken könnte als seine konventionellen Genossen? Kläglicher als die Armada von Berliner Heteros kann er jedenfalls auch nicht scheitern.

Die stets innovative *taz* erkannte als erste die einzigartige Chance für die Hauptstadt: Ganz Berlin ein Meer von Regenbogenfahnen. Jeder Tag ein Christopher-Street-Day. Wowerit als der Verkünder eines neuen Berliner Toleranz-Edikts.

Da konnten sich die schwarzen Bataillone natürlich nicht lumpen lassen. Wenn in den Siebzigerjahren die hessischen Rahmenrichtlinien für den Untergang des Abendlandes gut gewesen waren, dann sollte ein schwuler Bürgermeister in der deutschen Hauptstadt allemal reichen, um Sodom und Gomorrha an die Wand zu malen. Und als dann SPD-General Muntefering in gewohnt tief sinniger Manier noch einen draufsetzte: „Im Prinzip sind Schwule und Lesben für alles geeignet –

sogar als Papst“, kannte die Kritik kein Halten mehr. „Unverschämtheit“ und „Skandal“ schallte es aus den Reihen der Konservativen. Allein der stets tolerante Jörg Schönbohm wahrte die Contenance: „Jetzt kann Wowerit ja eine eingetragene Lebensgemeinschaft mit den Grünen eingehen.“

Wie aber reagieren die Grünen, wenn in ihrem einstigen Lager gewildert wird? Schließlich hatten die Alternativen bisher so etwas wie einen Alleinvertragsanspruch in Sachen ein- und ausgetragene homosexuelle Lebensgemeinschaft. Die grüne Antwort auf Wowerit steht ebenso aus wie die der Liberalen. Vielleicht erleben wir ja noch so etwas wie einen Wettlauf um das beste Coming-out? Das Private ist bekanntlich politisch, und auch die FDP muss sich in Acht nehmen. Wowerit schickt sich bereits an, in die letzte Domäne der Liberalen, gewissermaßen in den heiligen Gral der Besserverdienenden, vorzustoßen. Der Shootingstar der SPD hat jetzt den Golfsport für sich entdeckt. Golf ist nach Ansicht Wowerits durchaus für Sozialdemokraten geeignet, da es durch die Handicapregelung eine Art Gleichmacherei gebe: „Schlechte Spieler mit einem hohen Handicap können gegen gute Spieler ja durchaus gewinnen.“ Golf sei deshalb ein geradezu „sozialistischer Sport“. Die Generation Golf wird's freuen.

Auch für die CDU heißt es aufgepasst. Allrounder Wowerit beweist, dass der Golfplatz auch für die Christenheit ein heiliger Ort sein kann, „denn man wird demütig, wenn der Ball nicht so fliegt, wie man will“. Und so sieht man sie bereits vor sich, die Wahlsiegfeier des ganz großen Brückenbauers Wowerit auf dem Gelände des Golf- und Land-Clubs Berlin-Wannsee e. V.: Die Genossenschaft ist geschlossen angetreten, kämpferisch geschultert nicht mehr die Dachlatte als Zeichen der Proletenmacht, sondern das heiße Golf-Eisen als Signum der neuen kreativen Mitte; derweil betreiben die letzten Ökologen ornithologische Feldforschung auf den wundervollen Biotopen, während Kirchenvertreter das heilige Grün demütig beschreiten und neureichen Immobilienspekulanten kalte Getränke reichen. Versöhnen statt spalten! Es lebe die Wirk-Gesellschaft!

Albrecht von Lucke

GLOSSE

Schwul oder nicht schwul?

lobby auszuschlachten. Alden Meyer von der *Union of Concerned Scientists* nannte den Plan ein „Festmahl für die Öl-, Gas- und Kohleindustrie, das fürs Energiesparen und grünen Strom nur die Speisereste übrig lässt“.

In der Tat klaffen die Rhetorik des Papiers und die politische Realität weit auseinander. So fordert der Report zwar die Förderung von Sparprogrammen, seine Verfasser haben aber erst vor kurzem die unter Clinton eingeführten Effizienzstan-

dards für Klimaanlagen aufgehoben. Zwar wird vollmundig die Förderung erneuerbarer Energien gefordert, die entsprechenden Gelder im Haushalt kürzte die Regierung jedoch um etwa 50 Prozent. Nun sollen die Mittel ausgerechnet aus den Lizenzgebühren für die Ölbohrungen in Alaska fließen – ein perfider Trick, der den Gegnern dieses Projektes den schwarzen Peter in die Schuhe schiebt, wenn es in Amerika kein Geld für grüne Energie gibt.

Die Demokraten setzen den langfristig angelegten, angebotsorientierten Plänen der Regierung kurzfristige Eingriffe und nachfrageorientierte Sparprogramme entgegen. Privathaushalten soll der Kauf energieeffizienter Häuser und Autos durch steuerliche Anreize schmackhaft gemacht werden, Unternehmen der Einsatz sparsamer Technologien. Kurzfristig wollen sie die Teuerung in Kalifornien durch vorübergehende Preisobergrenzen mildern – für die Vertreter der reinen Marktlehre im Weißen Haus ein Instrument sozialistischer Kommandowirtschaft.

■ Wer profitiert von der Krise?

Angebot oder Nachfrage? Bauen oder Sparen? Um diese Schlagworte gruppieren sich in Washington derzeit die politischen und ökonomischen Interessen. Das Strategiepapier ist nicht das Ergebnis, sondern eher die Eröffnung einer Debatte, deren Sieger wohl erst die Kongresswahlen im Herbst 2002 küren werden. Hinter Bush steht nicht nur die mächtige Energielobby, sondern auch Teile der Gewerkschaften. Transport-, Stahl- und Bauarbeiter hoffen auf lukrative Aufträge durch den Bau neuer Kraftwerke und Transportsysteme. Hinter den Demokraten sammeln sich Umweltverbände und die Gewerkschaften diverser Dienstleistungsbranchen. Wer gewinnt den Kampf um die Energiepolitik der Zukunft?

Schon jetzt klar: Es ist enger geworden für die Regierung, haben Bush, Cheney & Co. die politische Bedeutung des Umweltschutzes doch sträflich unterschätzt. Die allzu offensichtliche Einflussnahme der Industrielobby bei den Themen Klimapolitik und Landnutzung hat den Präsidenten politisches Kapital gekostet, in der Bevölkerung finden die Kernprojekte des Energieplans bisher keine Mehrheit. Als Senator James Jeffords am 25. Mai seinen Austritt aus der Republikanischen Partei ankündigte, galt die Umweltpolitik der Regierung als Hauptgrund. Die Mehrheit im mächtigen Senat, der den meisten Punkten des Energieplans zustimmen muss, hat damit gewechselt, den Konservativen im Weißen Haus sitzt nun der linksliberale Energieausschussvorsitzende Jeff Bingaman gegenüber.

Für Bush scheint in der Umweltpolitik die Zeit neuer Rücksichtnahmen anzubrechen, und zumindest symbolisch wedelte er schon mit dem Olivenzweig: Einen Tag vor Verkündung des *National Energy Policy Report* besuchte der Präsident ein Kraftwerk, das seine Energie mustergrün aus Holzschnitzeln, Ernteabfällen und Truthahnmist gewinnt. ■

Nähere Informationen:

Lars Finneisen: *Bush's Energy Policy*. Heinrich-Böll-Stiftung, Washington, 2001, www.boell.org.



Ein spannendes Mosaik

MARKUS HESSE

Im Census 2000 wurden in den USA 281,4 Millionen Einwohner gezählt. Damit stieg die amerikanische Bevölkerung seit 1990 um 13,2 Prozent.¹ Als Ursache dieses starken Wachstums gelten sowohl eine positive natürliche Entwicklung als auch starke Netto-Einwanderung; beides ist nicht zuletzt auch im Kontext der beispiellosen Wohlstandsperiode der Neunzigerjahre zu sehen.²

Die Bevölkerungsgewinne und -verluste verändern die Kulisse im nationalen Kontext (siehe Kasten), vor allem aber in den Metropolregionen. Im Jahr 2000 leben 80,3 Prozent der amerikanischen Bevölkerung in diesen Ballungsräumen, davon ein Drittel in Regionen mit mehr als 5 Millionen Einwohnern. Der Anteil der Ballungsräume an der Gesamtbevölkerung ist seit 1990 leicht gestiegen, die Wachstumsrate war dort mit 14 Prozent größer als außerhalb der Ballungsräume (10 Prozent). An der Spitze der Rangskala liegt der Großraum New York/New Jersey/Long Island, gefolgt von der Metropolregion Los Angeles und dem Großraum Chicago. Der Korridor Washington D. C.-Baltimore sowie die San Francisco Bay Area (mit Oakland und San Jose) folgen auf den nächsten Plätzen, vor den alt-industrialisierten Regionen des Nordostens wie Philadelphia, Boston und Detroit sowie Dallas-Fort Worth im Westen.

Die Städte und ihr Umland

Die positive Bevölkerungsbilanz auch solcher Städte des altindustrialisierten Gürtels im Nordosten, die über Jahrzehnte von massiver Abwanderung geplagt

waren, hat manche Kommentatoren schon von einer Renaissance der (Kern-)Städte sprechen lassen. Für ein solches Urteil ist es aber sicher zu früh, zumal viele regionale Daten erst im Laufe dieses Jahres vorliegen werden. Es ist eher das Stimmungsbild, das sich geändert hat, denn in den Neunzigerjahren waren viele Diskussionen vom scheinbar säkularen Niedergang der Kernstadt, vom endlosen „sprawl“ und den aufkommenden Edge Citys an der Peripherie der großen Ballungsräume geprägt. Nun werden die Kernstädte wieder positiv assoziiert, was zunächst einmal eine Frage der Bilder ist, die in den gesellschaftlichen Interpretationsraum transportiert werden – sei es über Anekdoten, sei es über statistisch ablesbare Makro-Trends.

Hinter dieser Stimmung und den Statistiken steckt natürlich empirische Substanz – weniger der populär gewordene „New Urbanism“ und sein Plädoyer für die neotraditionelle Kleinstadt, sondern

Bevölkerungs- und Raumentwicklung in den USA

Die Ergebnisse der Volkszählung 2000 in den USA werfen ein interessantes Licht auf die Bevölkerungs- und Raumentwicklung der Neunzigerjahre. Diese Dekade war die einzige des vergangenen Jahrhunderts, in der alle Bundesstaaten Einwohner gewonnen haben. Während einige große Städte (New York, Chicago), zum Teil erstmals seit Jahrzehnten, wieder durch Bevölkerungsgewinne von sich reden machen, wachsen die Stadtregionen nach innen und außen: Viele Suburbs urbanisieren, unterdessen expandieren die Ränder. Spätestens jetzt stimmt das klassische Bild der Suburbanisierung nicht mehr.

eine in der Tat bemerkenswerte Rückbesinnung auf den vorhandenen besiedelten Raum, in der Innenstadt und darüber hinaus. Standortentscheidungen von Unternehmen und Haushalten werden zunehmend auch in der Kernstadt realisiert, wie Shoppingcenter und Entertainment Districts zeigen, oder tertiäre Nutzungen und Mischformen zwischen Wohnen und Arbeiten (Loft Living). Dies gilt besonders für neue Arbeitsplätze im Sektor Medien und Technologien, denen eine große Nähe zu attraktiven urbanen Räumen nachgesagt wird. Es ist sicher kein Zufall, dass ein erheblicher Teil des Internet-„Content“ nicht im virtuellen Nirwana, sondern in den großen Metropolen erstellt wird.³ In der Nachkriegszeit stark gewachsene Regionen, etwa in Kalifornien, zehren von der rapiden Urbanisierung der Sechziger- und Siebzigerjahre und bieten Reserven zur Nachverdichtung. Diese wurden im Licht des extrem angespannten Bodenmarktes nun offenbar genutzt,

Der Staatssekretär des Paradieses

Christian G. Priber, ein unbekannter deutscher Aufklärer, gründete 1737 bei den Cherokee-Indianern den idealen Staat

Eine Frau recherchiert in einer Amsterdamer Bibliothek für eine Rundfunksendung. In einer Wartepause blättert sie zerstreut im *Dictionary of American Communal and Utopian History*. Ein Eintrag weckt ihre Neugier: Ein Mr. Priber aus Sachsen kommt 1735 nach Charlestown (South-Carolina), damals britische Kolonie, zieht 1737 weiter westwärts über die Appalachen zu den Cherokee und errichtet nach aufklärerischen Motiven ein „Kingdom of Paradise“. Von den Engländern als französischer Spion verfolgt, gerät er 1743 in ihre Gefangenschaft, in der er stirbt ...

In diese quellenarme Geschichte – auch in den USA findet sie nur wenige Unterlagen – wühlt sich Ursula Naumann akribisch hinein. Sie geht den sächsischen Spuren bis zum biografischen Bruch nach. Eine Handwerkerfamilie, die sozial aufsteigt, Kinder, aus denen was wird, ein Sohn, der das Gymnasium absolviert. In Leipzig studiert er Naturrecht und dissertiert 1722 in Erfurt, seine Arbeit mit Vorschlägen zu einer Rechtsreform ist erhalten. Er heiratet eine gute Partie, hat vier Kinder, wird 1728 Anwalt beim Oberamtsgericht in Bautzen. Ein kleiner Aufstieg, ein saturiertes Familienleben, eine langweilige Geschichte.

Es gibt keine Erklärung, warum Priber Hals über Kopf seine Familie verlässt und nach Amerika geht. Naumann stellt die Biografie – und das bekommt der Geschichte ausgezeichnet – in einen komplexeren Rah-

men: Der Mensch, die Verhältnisse, die Zeit, ihr Geist. Tatsächlich ist es eine äußerst bewegte Zeit. Die deutschen Lande laborieren noch an den Folgen des Dreißigjährigen Krieges; die geistigen Verhältnisse sind provinziell, während in England, Frankreich und in den Niederlanden die Aufklärung fortgeschrittener ist. Leipzig und Halle sind akademische Zentren, hier unterrichten Christian Wolff und Christian Thomasius. Hier etabliert sich auch das *Ius Naturae* 1700 als akademische Disziplin, jene Auffassung, dass es allgemeine, für alle Menschen geltende Rechtsgrundsätze gibt, die sich später in der Erklärung der Menschenrechte niederschlagen werden.

Auf der anderen Seite entrollt sich aus Akten des Kurfürstentums ein Bild von Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Zwangsrekrutierungen, Denunziationen, kurz: ein Tableau bedrückender Verhältnisse. Ist es der Widerspruch zwischen den neuen Lehren von Menschenrechten und diesen niederschmetternden Zuständen, der Priber zu seinem ungewöhnlichen Schritt bewegt? Vielleicht ausgelöst durch ein konkretes Ereignis, als in Zittau 1722 „zwei Wilde indianische Printzen aus America“ zum Vergnügen der Leute vorgeführt werden? Hat Priber vielleicht *Utopia* von Thomas Morus auf der Uni gelesen? Oder ist gegen ihn ermittelt worden? Staatsfeindliche Verbindungen? – Nichts, die Quellen geben keine Auskunft. Priber taucht ab, verschwindet, Schnitt.

Amerika wird im 18. Jahrhundert mehr und mehr zur Projektionsfläche für neue Ideen und Lebensentwürfe, für Glücksritter und religiöse Neuerer. Die Auswanderung nimmt zu, auch wenn sich zwischen Erwartungen und kolonialer Wirklichkeit eine weite Kluft öffnet. Naumann mag dieses Milieu des Aufbruchs, der Enttäuschungen, des radikalen Eiferertums, des zügellosen Abenteuerertums. Es sind Europäer, die sich diese „Neue Welt“ unterwerfen, die ihre europäischen Gewohnheiten und ihre Lebensart mitbringen, und doch ist es anders als Europa. Naumann gelingt zweierlei: ein lebhaftes Bild dieser Kolonien zu skizzieren, und zweitens, aus der Randlage der Kolonien heraus die Perspektive auf die europäische Aufklärung zu werfen, eingebettet in das, worum es englischen, französischen und spanischen Herrschern geht: um Hausmacht und um imperiale Gewinne.

Der französische Marineschreiber Antoine de Bonnefoy wird von Cherokees gefangen und trifft auf Priber. Er flüchtet und berichtet von diesem seltsamen Deutschen, der sich in Kleidung und Sitten ganz den Indianern angepasst hat. Priber ist keine Heldenfigur, eher klein und untersetzt, jedoch von einnehmendem Wesen. Er spricht mehrere Sprachen, Französisch, Englisch, Latein, Cherokee. Beim Stamm ist er nicht nur akzeptiert, sondern auch angesehen, seine Stimme zählt bei den Beratungen.

Die Prinzipien seines Staates sind einfach und wenig an Zahl:

und sei es durch die zweigeschossige Nutzung von Wohnhäusern.

Hinter diesen empirischen Indizien, die zunächst eindeutig für die Städte zu sprechen scheinen, verbirgt sich aber noch keine umfassende Re-Urbanisierung. Denn bisher präferieren noch durchweg alle Altersklassen und sozialen Milieus *in der Mehrheit* suburbane sowie zunehmend exurbane, also weiter von der Kernstadt entfernt gelegene Standorte für das Wohnen, bevorzugt im eigenen Haus und in angenehmer grüner Umgebung.⁴ Dies zeigt sich auch im statistischen Befund des Census 2000, allerdings räumlich stark differenziert: Während die Kernstädte Terrain gutmachen, altern die klassischen Suburbs. Teilweise zeigen sie Tendenzen zur ausgereiften Urbanisierung, mit allen positiven und durchaus erwünschten Begleiterscheinungen von Verdichtung, Anreicherung und „social mix“, auf Kosten einer zunehmend überlasteten Infrastruktur. Teilweise folgen sie einer sich selbst verstärkenden Abwärtsbewegung (selektiver Wegzug des Mittelstands, Deinvestment, tendenzieller Verfall benachteiligter Quartiere) und

entwickeln sich zu solchen Problemgebieten, wie sie bis dato eher die Inner Citys darstellten.

■ Auf dem Weg in die Exurbs

Die zweite Bevölkerungsbewegung verläuft also in die entgegengesetzte Richtung: in die so genannten Exurbs und in ländliche Gebiete, teilweise in größerer Distanz zur Kernstadt. Das Paradebeispiel hierfür ist Nevada, dessen stürmisches Wachstum der letzten Jahrzehnte

auch auf Wachstumsgrenzen und Überlastungserscheinungen der beiden kalifornischen Großräume Los Angeles und San Francisco Bay Area (inklusive des Silicon Valley) zurückgeht. Da die Landreserven an der Küste knapp (= teuer) und planerisch stark reguliert sind, steigt der Druck auf das Inland. Hier geschieht nun das „leapfrogging“: eine entfernungsintensive Variante des zeitgenössischen Urban Sprawl. Die Besiedlung dieser periurbanen Räume erzeugt eine „Neue Geogra-

Wachstumstrends

Zu den zehn am schnellsten wachsenden Ballungsräumen der Neunzigerjahre gehören – gemessen am nordamerikanischen Level – mittelgroße Städte wie Las Vegas, Naples/Florida oder Austin/Texas und Phoenix/Arizona. Diese Stadtregionen mit zwischen 2 und 5 Millionen Einwohnern weisen die höchsten Wachstumsraten auf. Dagegen haben die großen Metropolräume beziehungsweise deren Kernstädte durch die Tatsache des Wachstums an sich

Aufmerksamkeit erlangt. Dies gilt beispielsweise für New York City, das mit erstmalig über 8 Millionen Einwohnern weiterhin die größte Stadt der USA darstellt und in den Neunzigerjahren einen Zuwachs von mehr als 9 Prozent verzeichnen konnte, oder Chicago, mit einer seit Jahrzehnten erstmals positiven Bevölkerungsentwicklung *in der Stadt* (plus 4 %). Keine Überraschung ist, dass starke Zugewinne erneut in der City of Los Angeles registriert wurden, ebenso wie in Phoenix/Arizona und Houston/Texas. Eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung gab es

– Jeder soll nach seinen Fähigkeiten am Wohl der Republik teilnehmen. Alle Menschen sind gleich. Alle Güter sind gemeinschaftliches Eigentum.

– Das Recht eines jeden soll ebenso wie die Freiheit vollkommen gewährleistet sein, die Republik ist ein herrschaftsfreier Raum. In die Gemeinschaft kann jeder aus anderen Stämmen aufgenommen werden, auch jeder, der einer anderen Rasse oder Farbe angehört.

– Jeder soll alles bekommen, was er für seinen Unterhalt braucht. Kinder sind Gemeineigentum und werden von der Gemeinschaft versorgt und unterrichtet.

– Gleiche Rechte gelten für Frauen und für Männer. Es gibt keine Heiratskontrakte, Auflösung der Ehe, die Frauen können beliebig die Männer wechseln.

– Verstöße sollen durch ihr Gegenteil bestraft werden; doch soll alles außer Mord und Faulheit toleriert werden.

– Gründung einer Republik, regiert von einer „société générale“, die keinen Herrscher hat und nur deshalb von Pribler als „Staatssekretär“ geleitet wird, weil er der Gründer ist.

„Mit Campanella, Thomas Morus und Rousseau hat man ihn verglichen“, schreibt Hans Magnus Enzensberger über Pribler. „Soviel steht fest, daß er die einzige säkulare, naturrechtlich begründete Kommune des 18. Jahrhunderts gegründet hat.“ Für die britischen Gouverneure der Kolonien und für General Oglethorpe, der Georgia abzuschern und den Kolonialkrieg gegen die Spanier in Florida zu führen hat, ist dieser Mann ein Staatsfeind, ein Jesuit, ein französischer Spion. Dem General gelingt es, Pribler recht undramatisch festzunehmen, ins Gefängnis

von Frederica auf der Saint-Simons-Insel zu sperren, wo er unbekanntem Datums stirbt.

Möglich, dass seine Ideen einen gewissen Einfluss auf die zukünftige geistige Entwicklung der Cherokees genommen haben. Auf jeden Fall ist Pribers Projekt, ein Mix



aufklärerischer Gedanken und indianischer Traditionen, eine libertäre und interkulturelle Utopie, friedlich, vernünftig, humanistisch, fantastisch und insgesamt geeignet, unter den führenden Leuten der Kolonien massive Ängste vor einem gesellschaftlichen Umsturz auszulösen. *Balduin Winter*

Ursula Naumann: *Pribers Paradies. Ein deutscher Utopist in der amerikanischen Wildnis*, Frankfurt a. M. (Die Andere Bibliothek im Eichborn Verlag) 2001 (320 S., 54,00 DM)

phie“, die Joel Kotkin am Beispiel gut situiert Kreise aus dem informationstechnischen Milieu beschreibt.⁵ Sie sind an ihren attraktiven peripheren Wohnstandorten mit den ökonomischen Zentren vernetzt. Sie wohnen nicht mehr in der Agglomeration und verbringen nicht etwa das Wochenende oder den Urlaub am See, sondern verhalten sich räumlich genau umgekehrt. Mengenmäßig weitaus bedeutsamer als diese „upper-class nerds“ sind jedoch die Haushalte der Mittel-

schicht, die aus finanziellen Gründen immer weiter von den Kernstädten entfernte Wohngebiete verdrängt werden. Sie können sich das teure Wohnen in den Zentren und vielen Suburbs einfach nicht leisten. Um das eigene Haus zu einem Preis von vielleicht 300 000 US-Dollar oder weniger zu realisieren, müssen sie immer weiter an den Agglomerationsrand ziehen. Es spricht derzeit wenig dafür, dass beide Trends substantiell an Bedeutung verlieren.

unter den großen Städten in Philadelphia (minus 4,3 %) und in Detroit (minus 7,5 %).

Großräumig betrachtet zieht sich ein Korridor von teilweise deutlichen Einwohnerverlusten in Nord-Süd-Richtung quer durch die Mitte der USA, von der kanadischen Grenze bis nach Texas. Demgegenüber sind die Regionen der Westküste wie auch des Nord- und Südostens durchweg durch Zugewinne gekennzeichnet. Diese fielen im Westen und im Südosten mit 19,7 beziehungsweise 17,3 Prozent relativ stark, im Mittelwesten (7,9 %) und Nordosten (5,5 %) schwächer aus. Allein der District

of Columbia – die Bundeshauptstadt Washington D. C. – hatte einen Bevölkerungsrückgang in Höhe von 5,7 Prozent zu verzeichnen. Damit hat sich der Schwerpunkt der Bevölkerung in den USA in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts vom Mittelwesten und Nordosten in Regionen im Süden beziehungsweise Westen verlagert. Die Anteile dieser Regionen an der Gesamtbevölkerung sind daher stark gestiegen. Der Bundesstaat mit der stärksten Wachstumsrate in den Neunzigerjahren war Nevada. Dort betrug der Zuwachs 66,3 Prozent (fast 800 000 Einwohner); Nevada

Als Prototyp dieser Entwicklung, die das gewohnte Bild von Kernstadt und Suburb definitiv verändert, gilt der Korridor entlang des Interstate Highways I-85 zwischen North und South Carolina beziehungsweise Georgia. Im Unterschied zu den schon sehr viel früher und dichter besiedelten Regionen etwa Kaliforniens verfügt der Südwesten, einst klassisches Agrarland, über großzügige Raumreserven und ist weniger stark durch natürliche Faktoren begrenzt (wie Wüsten, Küstenlinien, Gebirgszüge). Daher sind die Ausbreitungsbedingungen hier deutlich besser – kein Wunder, dass die Wachstumsraten beachtliche Größenordnungen erreichen. Früher ländliche Gebiete in größerem Abstand zu den Städten haben kontinuierlich an Bevölkerung gewonnen, füllen die unbesiedelten Teilräume zwischen den alten Zentren auf und erzeugen „sprawl beyond sprawl“ – also jene hybriden Strukturen, die nur schwer zu den traditionellen Kategorien der Stadtanalyse passen wollen.⁶

In der Interpretation dieser Muster sind sich Beobachter allerdings uneinig: Während der Historiker Kenneth Jackson schon einen neuen Trend in Richtung urbaner Dichte verkündet, der das Jahrhundert der Suburbanisierung ablöse, erwarten andere das Entstehen einer suburbanen Megalopolis, die es bisher so noch nicht gab. Konsens scheint aber darüber zu bestehen, dass die traditionellen Begriffe nicht mehr taugen: „The geographical definition of suburb is outdated and has to be changed.“⁷

Ein deutlicher Unterschied zu den Siebziger- und Achtzigerjahren ist zweifellos, dass das Wachstum dieser „Suburbs“ nicht mehr auf Kosten der Central Citys erfolgt. Die massive Immigration in den Neunzigerjahren hat eine neue Dynamik in die Kernstädte gebracht. Sie profitieren von der Einwanderung etwa der Hispanics, deren soziale Netzwerke offenbar eine Vorliebe für die Innenstädte besitzen. In den meisten Großstädten stellen die Weißen heute bereits nicht mehr die Bevölkerungsmehrheit. Im Grunde

liegt nun schon seit vier Dekaden an der Spitze des Bevölkerungswachstums in den USA. Auch die nächstplatzierten, sich dynamisch entwickelnden Bundesstaaten liegen im Westen: Arizona, Colorado oder Idaho. Mengenmäßig bedeutsam sind dabei auch die Wachstumsraten bevölkerungsreicher Bundesstaaten wie Texas und Kalifornien; starke Zuwächse gab es außerdem in Washington State, Florida, Georgia und North Carolina. Die Bewegung vom Rustbelt des Nordostens in den südlichen Sunbelt hält an, wenn auch modifiziert.

Das, was für die Umweltpartei der Moment der Wahrheit sein sollte, hat offiziell eine Zersetzung bestätigt, die seit über einem Jahr umging, bislang beschwichtigt im Namen der Wahlen.“ Vernichtend die Einschätzung einer Kommentatorin über die zweitägige Sitzung des nationalen Koordinierungsausschusses der *Verdi* Mitte Juni.

Vier Wochen nach den Wahlen hatten die italienischen Grünen Bilanz ziehen wollen; man hatte sich viel vorgenommen für dieses Wochenende: Herausfinden, warum und wie es zu einem derart negativen Wahlergebnis kommen konnte; die eigene Zukunft reflektieren und über den Weg zur Konstituierung des „neuen grünen Subjekts“ entscheiden; Klarheit schaffen über die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei und die sich abzeichnende innere Spaltung ...

In der Presseankündigung dazu war festgestellt worden, dass seit dem Vorschlag des Ex-Landwirtschaftsministers Alfonso Pecoraro Scanio am Tag nach den nationalen Wahlen, die Partei aufzulösen und stattdessen eine neue Verbraucher-Bewegung ins Leben zu rufen, eine nicht mehr enden wollende Debatte entstanden sei.

Einige der „historischen Vertreter“ der Bewegung – darunter Ex-Umweltminister Edoardo Ronchi und der frühere Parteisprecher Luigi Manconi –, von denen viele nicht wieder aufgestellt worden waren, hatten Anfang Juni eine eigene Gruppe ins Leben gerufen, um über die Zukunft des Ambientalismus in der italienischen Politik zu diskutieren. Sie hatten angekündigt, sofern nicht ein echter demokratischer Kongress anberaumt werde, autonom einen solchen einzuberufen und ein politisches und organisatorisches Netz ins Leben zu rufen, welches, ausgehend von den lokalen Gegebenheiten, die grüne Identität wieder aufwerfe.

Herausgekommen ist auf dieser Sitzung der Erhalt des Status quo inklusive des bisherigen Leitungsgremiums und eine Vertagung aller perspektivischen Fragen auf einen Kongress gegen Ende des Jahres.

An den Beschlussfassungen am zweiten Tag hatten allerdings zahlreiche innerparteiliche Kritiker wie der frühere Umweltminister Edo Ronchi gar nicht mehr teilgenommen. Eine Reihe von Regionsabgeordneten war mit der Erklärung gegangen, sie würden diese Leitung nicht mehr anerkennen und eine eigene nationale Versammlung einberufen. Giorgio Gardiol zog gar den Vergleich, der *ACI* (der italienische nationale Automobilclub) sei demokratischer als die *Verdi*. Einziges „Ergebnis“ war, dass die *Verdi* ihre Autonomie bekräftigt haben und einen *Ulivo* „mit nur zwei Beinen“ ablehnen.

Der bisherige Ministerpräsident Giuliano Amato hatte zuvor nämlich in einer Erklärung zur weiteren Arbeit des *Ulivo* festgehalten, dass so wichtige Fragen wie die Globalisierung gemeinsam in Angriff genommen werden müssten. Und

Francesco Rutelli hatte die Grünen ziemlich unverblümt aufgefordert, sich dem Projekt der *Margherita* anzuschließen, welches darauf hinauslaufen soll, aus dem Wahlbündnis eine Partei zu machen. Der Umweltschutz sei längst kein ureigenes grünes Thema mehr, sondern insgesamt in der *centrosinistra* verankert.

Ex-Landwirtschaftsminister Alfonso

Pecorario Scanio freute sich dagegen, dass sie nun, da sie in der Opposition sind, keine Kompromisse mehr eingehen müssten. Da die Grünen nun nicht mehr Teil der Regierung sind, würden sie wieder Grüne werden. In Anspielung auf den Misserfolg des Wahlbündnisses mit den Sozialisten – „Niemand ist so dumm, den gleichen Fehler zweimal zu machen.“ – sieht er die Zukunft der Grünen in der Autonomie, wenngleich er Flexibilität bei Wahlen für sinnvoll hält – also doch Wahlbündnisse.

Der Rest bestand in gegenseitiger Schuldzuweisung: Massimo Scalia warf der Leitung vor, sie klebe an ihren Ämtern; Grazia Francescato bescheinigte den Kritikern kindisches Verhalten. – Gardiol behauptete, der größte Mangel der Grünen sei, dass sie zentralistisch geworden seien und ihre Exponenten sich „vergoldet“ hätten. Maurizio Pieroni dagegen, der größte Irrtum sei die exzessive Anbindung an den *Ulivo* gewesen, die gerade Manconi und Scalia zu ihrer Zeit (*Anm.: bis zu den Europa-Wahlen*) betrieben hätten, und dass die Kurswendung in der nachfolgenden Phase nicht entschieden genug erfolgt sei. Kritikern wie Scalia und Manconi wird unterstellt, sie seien sauer, weil sie keine sicheren Wahlkreise bekommen hatten und nicht wieder im Parlament vertreten seien.

Neue politische Perspektiven sehen die Kritiker aus der Gruppe vom 2. Juni darin, von der lokalen Ebene her die Initiative zu ergreifen. In diesem Sinne wollen sie mit Provinz- und Regionsversammlungen ihren zukunftsweisenden Kongress für den Herbst vorbereiten. – Grazia Francescato hatte nach dem kleinen Erfolg des *Ulivo* bei den lokalen Stichwahlen Ende Mai schon erklärt, dass „von unten“ wieder begonnen werden müsse, Terrain zu gewinnen, und die *Verdi* eine Strategie ausarbeiten müssten, um vor allem lokal zu agieren.

Im Moment wird allerdings erst einmal „global“ agiert: An erster Stelle steht zur Zeit das G8-Treffen in Genua. Francescato hat an Medien und Regierung appelliert, den Protest nicht als eine Frage der öffentlichen Ordnung zu behandeln. Bei der Regierung rannte sie damit offene Türen ein: Silvio Berlusconi hat in seiner Antrittsrede nicht nur den Dialog mit den Gegnern der Globalisierung befürwortet, sondern sich auch mit vielen ihrer Prinzipien einverstanden erklärt und eine Initiative der italienischen Regierung angekündigt.

Annemarie Nikolaus

haben Asiaten und Hispanics – vorläufig – die Stadt gerettet. Währenddessen hält der Exodus der weißen Mittelschichten aus den alternden Suburbs der ersten und zweiten Generation in die entfernt gelegenen Exurbs und die aufkommenden mittleren Großstädte an, teilweise begleitet von Re-Migration in die Zentren (etwa im Zuge weiterer Gentrifizierung) sowie von der Suburbanisierung bisheriger Minderheiten. Diese Überkreuz-Bewegungen sind offenbar weit verbreitet.

So hat New York City mit dem Magneten Manhattan eine Dekade der Prosperität hinter sich. In seinem weiteren Einzugsbereich in Upstate New York, New Jersey und Connecticut konnten einige Kernstädte stark zulegen, vor allem aufgrund der Immigration. Doch liegen die Kreise mit der höchsten Wachstumsrate an der äußeren Peripherie.

■ Boom-Region San Francisco Bay Area

In der San Francisco Bay Area zeigen sich die Grenzen des Wachstums wie in einem Brennglas. Aufgrund des außerordentlichen Booms im Silicon Valley der Achtziger- und Neunzigerjahre ist dieser Einzelfall zwar schwer verallgemeinerbar, doch machen seine Extreme das ganze Problem sehr anschaulich. Die Bevölkerung der Gesamtregion der Bay Area (9 countys nördlich und südlich von San Francisco sowie auf der Westseite der Bay) hat in den Neunzigerjahren um 12,6 Prozent von circa 6,2 auf über 7 Millionen Einwohner zugenommen. An diesem Wachstum hatten die älteren Großstädte San Francisco und Oakland eher geringen Anteil. San Jose ist mittlerweile die größte Stadt der Region, wenn auch nicht die bedeutendste; sie erfüllt aber weit mehr als nur die Funktion eines Hinterlandes für San Francisco.

Am schnellsten gewachsen sind die kleineren Städte in den Randbereichen der Bay Area. Brentwood am östlichen Rand, fast schon im Central Valley gelegen, verdreifachte seine Bevölkerung in zehn Jahren auf nunmehr über 23 000; Windsor im nördlichen Sonoma County wuchs um 70 Prozent auf über 22 000. Concord im östlichen Contra Costa County, mit Anschluss an die BART-Metro, war einst die ultimative Bedroom-Community, mit 86 Prozent weißer Bevölkerung. Von den 121 780 Einwohnern im Jahr 2000 sind nunmehr allein 22 Prozent Hispanics. Stadtbild und Stadtleben sind immer mehr von Einwanderern aus Mexiko, Asien, Osteuropa und Afrika geprägt. In vierzig Jahren, so eine regionale Prognose, hat die gesamte Region 57 Prozent mehr Einwohner als 1990, wovon der überwiegende Teil östlich und südlich der Bay sowie – vor allem – draußen im Central Valley wohnen wird.⁸

■ Und wohin geht's?

Die bisher vorliegenden Ergebnisse des Census 2000 vermitteln ein interessantes Mosaik der demographischen Entwicklung in den USA. Daten zum sozialen Status, zur Zusammensetzung der Haushalte oder zu Pendlerbeziehungen ergänzen dieses Bild. Als Zwischenfazit seien vorläufig folgende Punkte notiert:

– Sub-, Ex- und Reurbanisierung in den Metropolen Nordamerikas verlaufen parallel und zunehmend heterogen; es stellt sich die Frage, inwieweit hier noch von einem einheitlichen Muster die Rede sein kann („Amerikanisierung“). Das Bild der gesamten Stadtregionen wird räumlich und sozial komplexer, vor allem als Folge der Immigration und durch beschleunigte Verwertungszyklen der einzelnen Standorte.

– Dies zeigt sich im Mikromaßstab an den klassischen Suburbs. Sie machen einen Zyklus durch, der teilweise der Entwicklung der Kernstädte in der Nachkriegszeit entspricht. Das stereotype Bild der „bedroom community“, ohnehin ein zweifelhaftes Klischee, wandelt sich zu einem heterogenen, kaum typisierbaren Patchwork.

– Dieses Patchwork verändert natürlich auch das tradierte Bild der ganzen Stadt (-region). Anker der städtischen Konzentration ist schon lange nicht mehr ein Zentrum; den Ausschlag gibt eher das feinjustierte Spiel des Bodenmarktes – vor dem Hintergrund der politisch-ökonomischen Randbedingungen. Eine zentrale Rolle spielt offenbar das Diktat von Erreichbarkeit und Motorisierung: Rückgrat der entstehenden Raumnutzung ist in den meisten Fällen ein Highway-Korridor.

– Der oft beschworene „Sprawl“ ist zwar die Projektionsfläche von Umweltgruppen und kritischer Stadtforschung und -planung: richtigerweise in der Kritik des endlosen Flächenwachstums, aber als Begriff und Konzept zur Analyse des dokumentierten Wandels schon zu undifferenziert. Und auch als argumentatives Vehikel für „Smart Growth“ und „New Urbanism“ scheint er immer weniger geeignet.

Die Interpretation und Bewertung dieser Entwicklung stehen unter dem Vorbehalt weiterer empirischer Befunde. Aus Sicht der Raumforschung interessiert weniger die Überprüfung der „großen“ Trends („Sprawl“ vs. Reurbanisierung), sondern



eher der Blick hinter die Kulissen der fragmentierten Stadtlandschaft: Wie Stadträume strukturiert sind, wie sie raumzeitlich genutzt werden, welchen Lebenszyklus konkrete Orte haben – das sind die offenen Fragen.

Unklar ist auch noch, welche Konsequenzen aus dieser neuen städtischen Realität für Politik und Planung resultieren können. Es spricht viel dafür, dass die soziale Polarisierung der Städte auch unter den skizzierten Bedingungen fortschreiten wird. Dass der ökologische Fußabdruck die vorhandenen Ressourcen aufzehrt – wie auch immer dies zu definieren ist – scheint ebenso gewiss. Infrastrukturu-

ren im Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung arbeiten extrem am Limit. Die amerikanischen Stadtregionen demonstrieren insofern nicht nur eine Wiederkehr der Städte, sondern auch – und das par excel-

lence – Welch hohen Druck ökonomische Prosperität regional ausübt und wo sich dieser Druck entlädt. Auch offensichtliche Wachstumsgrenzen werden dort, wo es eben noch geht, systematisch hinausgeschoben und überschritten. Und dann stellt sich die Frage immer wieder neu: Wohin? ■

- 1 U. S. Census Bureau (2001): Population Change and Distribution 1990 to 2000. Census 2000 Brief, released April 2001. By M. E. Perry, P. J. Mackun et al., Washington D. C. (im Web unter: factfinder.census.gov). Diese Statistik bezieht sich nur auf die Veränderung der Bevölkerung in den Raumeinheiten; sie macht keine Aussagen über Art und Umfang der Flächennutzung und ob die zusätzliche Bevölkerung neu urbanisierte Fläche beansprucht oder nicht.
- 2 Außerdem wird vermutet, dass eine bessere Erfassung der Bevölkerung zu diesem statistischen Bild beigetragen hat, verglichen mit früheren Zählungen. Dieser Punkt ist zugleich Gegenstand kontroverser Diskussion. Kritiker bestreiten, dass der Census tatsächlich die Gesamtbevölkerung erreicht hat. Angeblich sind bis zu 3 Mio. Menschen aufgrund statistischer Fehler nicht mitgezählt worden, insbesondere Immigranten und Farbige (zudem konnte bei dieser Zählung erstmals mehr als eine Rasse angegeben werden, was die Konfusion erhöht hat). Der dokumentierte Trend dürfte aber insgesamt relativ eindeutig sein.
- 3 Vgl. Matthew A. Zook (2000): „The web of production: the economic geography of commercial Internet content production in the United States“,

in: *Environment and Planning A*, 32 (3), S. 411-426.

- 4 Martha Farnsworth Rich (2001): The implications of changing U. S. demographics for housing choice and location in cities. Discussion paper, prepared for the Brookings Institution Center on Urban and Metropolitan Policy (im Web unter: brookings.edu/urban).
- 5 Joel Kotkin (2000): *The New Geography. How the Digital Revolution Is Reshaping the American Landscape*, New York (S. 38 ff.).
- 6 „Bands of Suburbs have started to merge with each other along Southern Transportation Corridors, in some cases forming almost unbroken chains of medium-density areas hundreds of miles long – from Atlanta to Raleigh along Interstate 85, or from Washington to Norfolk“; in: „The New Look Suburbs: Denser or More Far-Flung“, *The New York Times*, 17.4.2001, S. A1/A14. – Zum Beispielfall Atlanta/Georgia siehe auch *Kommune* 8/00.
- 7 Zit. nach: Leon Bouvier, ebd. (*NYT*).
- 8 Daten zur Bay Area auf Basis des Census 2000, nach Zusammenstellungen des *San Francisco Chronicle*, März/April 2001 (im Web unter sfgate.com).

Knowing Your Place – Die Kunst des Sortierens

Der Traum vom sicheren Wohnen in einer unsicheren Welt¹



Im Großen geht es um den Weg vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat, im wirklichen Leben entspricht dem der Wechsel zur Wohnburg, zum Ausschluss „gefährlicher Klassen“ aus Räumen der Macht. Es geht um Traumwelten, die den Alpträumen der städtischen Unübersichtlichkeit widerstehen mögen. Es geht um „Gated Communities“.

EIKE HENNIG

„Ich wohne an einem ruhigen Ort, wo jedes nächtliche Geräusch bedeutet, dass etwas passieren wird: Man erwacht sehr schnell - überlegt: Was hat das zu bedeuten? Gewöhnlich nichts. Aber manchmal...“

Hunter S. Thompson, Angst und Schrecken in Las Vegas, Frankfurt 1977, S. 97

Zur Einstimmung einige Schlagzeilen: „Träume werden Wahrheit ...“ – „Manche Leute bauen Wohnungen, wir schaffen Gemeinschaft.“ – „Es dreht sich um Freiheit und Sicherheit.“ – „Zeigen Sie Ihren Kindern, was ein Leben an der Spitze tatsächlich bedeutet. Sie werden die Wärme und Freiheit einer Nachbarschaft wie dieser verstehen – ein Platz, wo Fahrradfahren und Wandern alltägliche Vergnügungen sind. Schwimmpartys und sonntägliche Grillfeste verwandeln die neuen Nachbarn in Freunde fürs Leben.“² „Gated Communities“ sind eine der (vielen) Erscheinungen, die zeigen, wie schwierig das Sortieren von Ursachen, Intentionen und Folgen geworden ist. Hobbesianische Sicherheitsträume ohne Staat, Geschichten von Städten mit Bürgersteigen, kommunäre und sozial-kapitalistische

Wünsche nach Zusammenhang gegenüber den Ängsten einsamer Kegler sind ebenso Stoff jener Träume, aus denen geschlossene Wohnkomplexe entstehen, wie Bodenrenten, chauvinistische Ausgrenzung, Sehnsüchte gegenüber neuen Unübersichtlichkeiten und Kriminalitätsangst. Einfache Gegenüberstellungen nach dem Muster Frieden und Ästhetik seien postmaterielle, Ordnung und Sicherheit materielle Werte sind simplifizierende Mythen mit Wahrheitsanspruch, sie versagen jedoch vor realen Prozessen und Deutungen.

■ Mauern gegen Städte

Bewachtes Wohnen wird gepriesen als Rückzug und Neubeginn. Aus der bösen Welt wird ein kleiner Frieden aus- und abgegrenzt, um dem Ansturm der Außenwelt zu widerstehen. Bildern der multikulturellen und kriminellen „Global City“ – einer „Heteropolis“ voller Versatzstücke – werden Sehnsüchte einer gemeinschaftlichen Idylle und Sicherheit gegenübergestellt. Die Grenze von Barbarei und Zivilisation geht durch die Stadt. „No-Go-Areas“, „gefährliche Räume“, „Decline“ und „Restructuring“: „alles“ kommt zusammen, das

„Inner-City Getto“ liegt neben dem „Front Office“, „gefährliche Klassen“, „städtische Arme“, „White Trash“, marginale Gruppen, Migranten aller Herren Länder stoßen an und in die „normale“ Stadt; Balkan, Bantustan, Apartheid, „Our Vietnam“, „soziale Brennpunkte“ finden sich, dringen selbst in vormals verschlafene Vorstädte ein: Bildern der angstbesetzten Stadt beziehungsweise des unbehausbaren Wildwuchses („Urban Sprawl“³) werden Bilder der „Gefahrenabwehr“ und der „Zitadellengesellschaft“ gegenübergestellt. Steht „Stadt“ früher für Schutz und Freiheit gegenüber der unbeherrschten, drohenden Natur, dem dumpfen flachen Land und feudaler Willkür, so wird sie nun zum Besitziarium. Los Angeles etwa avanciert von Orangenhainen mit weißen Rentnerstädten zu einer Hauptstadt der Dritten Welt und zum symbolisch vielfach zerstörten Zentrum der „Ökologie der Angst“ (Davis). Bewachte Wohngebiete, kontrollierte Räume der Macht und Überwachungsfantasien sind Reaktionen auf den Verfall.

Vor dem Hintergrund der Ware Sicherheit lassen sich Zielgruppen unterscheiden: Stillstand, Ruhe, Vertrautheit und die

Beschaulichkeit einer mittelstädtischen, „neu-urbanen“ Idylle wird Alten (55+) und jungen Familien mit Kindern offeriert; ganze Kleinstädte – etwa Celebration, die von Disney geplante Privatstadt neben dem „World Theme Park“ in Florida – werden angeboten. Singles und Funktionseliten werden auf bewachte Apartments verwiesen, Eleganz, Annehmlichkeit und Sicherheit werden betont. Ein Objekt wirbt zum Beispiel neben Kostbarkeiten der Alten Welt mit handverlesenen Sicherheitskräften in drei Schichten, einem elektronischen Schutzschild, 16 Videokameras, dem eigenen Löschwassertank, Heliport und der günstigen Verbindung zu LAX. Die Preispalette reicht von 200 000 bis 3,9 Millionen Dollar, bei durchschnittlichen 204 000 Dollar für ein Haus in Südkalifornien (1999). Keineswegs beschränkt sich Einmauern also auf „Superreiche“, es gibt schicht- und zielgruppenspezifische Offerten. Noch in armen Stadtgebieten findet sich Stacheldraht gegen noch Ärmere und weitere Nachzügler.

■ Grenzen gegen „gefährliche Klassen“

Die Rede ist von geschlossenen Wohngebieten, Apartments, privaten Straßen, abgeschlossenen Parkanlagen und Toiletten, Freizeitanlagen und Konsumtempeln, von „Gated Communities“, „Security Villages“ oder „Gated Model Towns“ des „New Urbanism“; es geht um Räume der Macht. All diese halböffentlichen oder privaten Anlagen möchten Gefahren abwehren und Frieden stiften. Gleichzeitig leben die Slumbewohner in der Angst, dass trojanische Pferde eingeschmuggelt werden und die Abwehrschilde durchlöchern. Unkontrollierte, öffentliche Räume, „der Pöbel“, suspekte Individuen werden ausgegrenzt, privatrechtliche Regelungen zu Schutz und Kontrolle werden eingeführt und in der Regel privaten Sicherheitsdiensten überantwortet. Mehr oder weniger setzen diese privaten Befestigungen einen Naturzustand voraus, gepaart mit Misstrauen gegenüber dem staatlichen Gewaltmonopol. Selbst ein Festungsstaat wird verworfen, weil er der Kontrolle großer Räume anhängt. Überwacht werden kleine, homogene Gebiete, einzelne Plätze, Blöcke, Gebäude oder Straßenräume. Die Bewohner oder Nutzer solcher geschlossener Kontrollräume betreten in der Regel aufwändig gestaltete Welten, geben dabei – gegen gutes Geld – klassische Freiheitsrechte freiwillig ab. Dafür handeln sie die Fiktion einer sortierten, bewachten und angstfreien Welt ein. Die klassisch bürgerliche Figur der Verstaatlichung der Gewalt zum Staatsmonopol auf physische Gewalt weicht der Privatisierung, die Produktion von Sicherheit wird zur Ware. Im Idealfall bewegt man sich, unterbrochen durch Fahrten im verriegelten Auto oder geschützten öffent-

Vor kurzem hing plötzlich in unserem Fahrstuhl eine Überwachungskamera. Rechts oben in der Ecke angeschraubt, befand sie sich nur in jenem Lift, der auch zu den Geschäftsräumen einer Bank führte. Aber eben auch zu den Etagen mit privaten Wohnungen. Es waren zuvor kleinere Graffiti im Fahrstuhl aufgetaucht, einer hatte sein Erbrochenes hinterlassen. So gab es nicht nur Proteste beim plötzlichen Auftauchen dieser Kamera. Einige Mieter wollten ihr etwas Positives abgewinnen. Andere zeigten sich irritiert, weil nichts und niemand auf sie hingewiesen hatte. Anders als zum Beispiel in der „Prager Straße“ in Dresden, in der Schilder bekannt geben: Hier wird überwacht. Drohend freundlich. Freundlich drohend.

Die Fahrstuhlinassen machten witzige Bemerkungen über potenzielle Mitwirkungshonorare, die wir als ständig Fahrende zu bekommen hätten. Öfter dachte jemand darüber nach, ob die Kamera im jeweiligen Moment eingeschaltet sei. Andere benutzten häufiger als früher die Treppe. Es hätte alles auch ein aufwändiger Scherz sein können. Diese Kamera bewegte sich nicht und verbreitete vor allem eins: Ungewissheit. Die Ersten fragten bei der Bank nach, was das solle. Auch die Kamerageeigneten dachten sich zu der Frage vor, ob hier die Aufnahmen gespeichert würden. Und wie lange. Unter den Mietern gab es Kunden dieser Bank. Einer musste in jenen Tagen zu einem Kreditgespräch in den zwölften Stock. Er stand mir, vor dem Spiegel eine Weile seinen zuversichtlichen Blick trainiert zu haben. Denn würden die von der Bank nicht die Möglichkeit nutzen, anhand der Ausstrahlung der Kunden schon im Fahrstuhl Rückschlüsse auf deren Kreditwürdigkeit zu ziehen? Ich begann die Kamera zu beobachten, erst verschämt von der Seite. Dann blickte ich bewusst trotzig, weil ich meine Unabhängigkeit beweisen wollte. Schon innerhalb weniger Tage veränderte sich mein Verhalten im Fahrstuhl. Ich konnte mich nicht entscheiden, ob ich bewusst rebellisch oder demonstrativ unauffällig auftreten sollte. Eine Kamera macht nur Sinn, wenn sie bei Sachbeschädigungen Beweismittel produziert. Falls nicht der vermutet eintretende Sprayer zuerst die Linse zusprüht. Überwachung lässt offenbar die Kriminalität eskalieren. Sie spornt an. Selbst wer sich in der Überwachungssituation zurückhält, reagiert sie andernorts um so problematischer ab.

Ich wurde auf mich langsam wütend, weil ich auf die Kamera Rücksicht nahm. Ich spuckte einen Kaugummi nicht aus,

den ich auch ohne Kamera nicht ausgespuckt hätte. Jetzt gab ich ihr die Schuld. Ich kratzte mich nicht in der Nase, als es juckte. Bevor ich mich unter diesem gläsernen Auge zum Staatsfeind entwickelte, wollte ich die Mitbewohner zu einem Brief an die Bank ermuntern. Dieses Ding muss weg. Am nächsten Tag, ich hatte den Brief zur Hälfte fertig, war die Kamera plötzlich weg und drei Löcher rechts oben in der Kabinenecke erinnern an sie.

KOMMENTAR

Die Kamera, die ist schon da

Sonst breiten sich solche Gerätschaften ungehemmt aus im Land. Sie vermitteln einen trügerischen Eindruck größerer Sicherheit. Dabei können sie wirklich harte

Straftaten gar nicht verhindern, da müsste an jede Kamera ein mobiles Einsatzkommando gekoppelt sein. Was bei dem einzelnen Geldautomaten noch plausibel wirkt, verliert bei der Überwachung größerer Räume seinen Sinn: die Ermittlung potenzieller Straftäter. Sie können gar nicht zu erkennen sein. Kameras verringern die Kriminalität nicht, sie verdrängen sie nur. Je mehr Orte mit Überwachungstechnik bestückt sind, desto mehr werden die ohne zu zweit- und drittklassigen deklassiert. Sie sind sozusagen freigegeben zur Straftat. Die Städte zerfallen in überwachte und vernachlässigte Zonen. Die Kameras gefährden die innere Sicherheit und verändern unsere Psyche. Zählt jemand die Zahl der Neurosen oder Psychosen, die sie erzeugen oder zum Ausbruch bringen? Wie soll ein Arzt einen Kranken vom Verfolgungswahn heilen, wenn der sich ganz real beobachtet fühlen darf? Auch wenn im Zeitalter der Big-Brother-Medien-Gesellschaft das Motto für manchen lautet: Lieber überwacht werden als gar nicht beachtet sein. Auch eine Art der Depression: Menschen, die sich nur noch wohl fühlen, wenn eine Kamera auf sie gerichtet ist.

Für die umfassende Kriminalitätsbekämpfung wäre natürlich die in den Körper verpflanzte Kamera am besten. Jeder sieht, was jeder sieht. Nur wie das alles auswerten? Das flächendeckende Beobachtungssystem allein tut es nicht. Daran ist vor kurzem schon ein deutscher Überwachungsstaat mit gescheitert. Er hätte eine noch größere Parallelbevölkerung als Sicherheitskräfte benötigt. Und wer kontrolliert die? Wenn die restliche Weltbevölkerung sich in ein raffiniert ausgestuftes Beobachtungssystem einbauen lässt, dürfte es mit der lückenlosen Beobachtung aller in Deutschland Lebenden klappen. Samt ihrer öffentlichen Plätze und Fahrstühle.

Lutz Rathenow

lichen Verkehrsmitteln, von der bewachten Wohnung zum bewachten Office. Shopping, Kultur, Themenpark und, wenn man's hat, Kindergarten, Schule und Universität sind ebenfalls in Sicherheit und Verbindungskorridore einbezogen. Es dominiert ein schwarzes, aber ästhetisiertes

„Privatopia“, das den lästigen, gefährlichen, dreckigen Rest der Welt verbannen möchte. Diesem Ziel dient die freiwillige Segregation. „Living the Global City“ ist kein Ziel derartiger Anlagen – im Gegenteil, es geht gegen die Stadt als den Ort der Dritten Welt. Insofern verwundert es nicht,

Als Ziel der Agrarwende gilt die Stärkung des biologischen Landbaus, der derzeit 11 000 Betriebe mit 450 000 Hektar umfasst. Ihr Anteil von bisher 2,4 Prozent soll sich in zehn Jahren auf 20 Prozent fast verzehnfachen. Hierfür müssten sich an die 10 000 Landwirte pro Jahr auf ökologischen Anbau umstellen – bisher sind es rund tausend jährlich –, und die Verbrauchernachfrage müsste um den Faktor 10 wachsen ...

Als ob es nicht schon genug Bio-Markenzeichen gäbe, kreiert Ministerin Künast nun ein neues Ökosiegel. Dabei löst sie noch nicht einmal ihr Versprechen von der „Einheitlichkeit und Klarheit“ ein, sondern fügt den vorhandenen Logos nur ein weiteres hinzu. Dass man dieses Siegel bräuchte, „um zu wissen, ob Bio drin ist“, stimmt nicht. Seit der EU-Verordnung von 1991 über den ökologischen Landbau dürfen Nahrungsmittel nur dann als „biologisch“ oder „ökologisch“ bezeichnet werden, wenn sie wirklich aus kontrolliert biologischem Anbau stammen: Nur wo „bio“ drin ist, darf auch „bio“ draufstehen. Zudem muss auf allen Bio-Lebensmitteln (außer Fisch) der Name oder die Codenummer der verantwortlichen Kontrolleure, etwa „DE-001-Öko-Kontrollstelle“ vermerkt sein.

Was also um Himmels Willen soll ein neues Ökosiegel? Tatsächlich beachten nur wenige KonsumentInnen die Kontrollvermerke. Dies gilt für die übergroße Mehrheit derer, denen Ökologisches völlig gleichgültig ist, genauso wie für überzeugte Bio-KundInnen. Wichtiger sind – neben dem Vertrauen zum jeweiligen Hof- oder Naturkostladen – die Markenzeichen der ökologischen Anbauverbände, denen auch drei Viertel aller bundesdeutschen Bio-Bauern angehören. Da die Logos von Demeter, Bioland, Naturland, Ecovin und anderen älter, bekannter, glaubwürdiger und strenger sind, können diese Landwirte und der Naturkosthandel auf ein neues Siegel getrost verzichten. Dies ist auch ein Grund, weshalb sich das bereits 1999 eingeführte bundeseinheitliche „Öko-Prüfzeichen“ praktisch nicht durchsetzen konnte.

Demgegenüber bringt das Künast-Siegel eine Aufwertung für Bio-Produkte zweiter Klasse mit verwässerten Standards, unübersichtlicher Herkunft und – niedrigeren Preisen. Im Hintergrund ste-

hen offensichtliche ministerielle Aversionen gegen Naturkostläden und eine geradezu zwanghafte Ausrichtung auf die Supermärkte. Diese wiederum haben erst vor kurzem ihre Verlässlichkeit bewiesen, als sie tiefgefrorenes Rindfleisch ohne BSE-Tests aufgetaut und als Frischfleisch verkauft haben. Solche Lebensmittelhändler, Importeure und eine bisher erst kleine Gruppe von Landwirten werden die Nutznießer des Künast-Siegels sein, weil sie ansonsten kein Markenzeichen vorweisen können. Ursache hierfür ist, dass sie zwar die EU-Bio-Verordnung, nicht aber die strengeren Regeln der Anbauverbände erfüllen. Dabei liegt der wichtigste Unterschied

in der sogenannten „Teilumstellung“. Während die Verbandsmitglieder ihre Betriebe vollständig ökologisch bewirtschaften müssen, reicht es nach der EU-Bio-Verordnung aus, einzelne, zum Beispiel besonders lukrative Betriebsteile, umzustellen. So kann ein konventioneller Landwirt durchaus ökologischen Spargel anbauen. Ein anderer mäset vielleicht Bio-Schweine, die er mit ökologischem Futter ernährt, das er aber nicht selbst anbaut, sondern – womöglich als Importfutter – zukaft. Überdies sind die EU-Regeln für den Zukauf konventionell aufgezogener Jungtiere, die natürlich weniger kosten als etwa Bio-Ferkel, großzügiger als die Anbauverbände. Teilökologische Landwirte haben also größere Spielräume, um Kostenvorteile auszunutzen, und können entsprechend preiswerter produzieren. Zugleich aber wird die Kontrolle solcher Gemenge aus ökologischen und konventionellen Betriebsteilen immer verzwickter – ob sie jeder innerbetrieblichen Grenzverletzung auf die Spur kommt?

Genau diese schwer durchschaubare ökologisch-konventionelle Mischwirtschaft wird, gestützt auf die Beliebtheit der Ministerin, durch das Künast-Siegel ausgezeichnet. Ob die bestehenden, vollständig umgestellten Bio-Betriebe, ihre Hof- und die Naturkostläden dieser billigeren Konkurrenz standhalten können, ist noch nicht ausgemacht. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Wegbereiter des Fortschritts von Trittbrettfahrern überrollt werden.

Ulrich Hápke

KOMMENTAR

Ökologie zweiter Klasse: Das Künast-Siegel

wohner: Gegen diese Stadträume „helfen“ einerseits entsprechende Informationen, um die Zeichen richtig zu deuten (man muss vermeiden zum „wrong man“ am „wrong place“ zur „wrong time“ zu werden), andererseits mauert man sich qua Zitadellenkultur ein. Ferner werden die neuen Ereignisräume und Stile geschützt, hier setzt die Gefahrenabwehr ein. Ohne den direkten Anlass einer Straftat wird der Augenschein zum zwingenden Tatverdacht, auf Grund bestimmter Zeichen (Kleidung, Alkohol, Fastfood, Zusammenrottung) werden bestimmte Personen auffällig und aussortiert. Solche Personen und Gruppen gelten als Störenfriede, die das angepasste Publikum einträchtigen. Mauern, Ordnungsschemata und Kontrollen ergänzen sich wechselseitig und vermitteln dem Überwachungsregime seine weit reichende, stets aber bedrohte Geltung. Die offene Stadt, die sich öffnende Architektur, heterogene Raumnutzungen schwinden dem Nebeneinander kontrollierter Räume. Bedrohung wird entlang der zugerechneten Kaufkraft und „Marken“-(-artikel) definiert: Im „Wohlstandschauvinismus“ verschmilzt dies, es eröffnen sich vorbeugende Überwachungsaktionen. Der Ermessensraum von Polizei und Sicherheitsdiensten wird diffuser und weitet sich in ein Sicherheitsvorfeld aus.

■ Die Ästhetik der Zitadelle

Weil Teufel (und Götter) nur im Detail leben, gibt es kein Schwarz-Weiß. Weißen Auswegen aus der postnationalen Konstellation steht keine schwarze Zitadellenkultur, keine Festung Los Angeles (so Mike Davis) gegenüber. Weder – noch: L. A. umfasst beides (und mehr) mit seinen Räumen und Gruppen (Hennig 1998). Beide Deutungen existieren abgekoppelt, treffen sich aber in einer Ästhetisierung des Sozialen, wie sie die Zitadellenkultur und „Heteropolis“ charakterisiert: Loyola Law School, eine katholische Privatuniversität, eine „Gated University“, die Frank Gehry im Downtown-Vorfeld von L. A. gebaut hat, sei erwähnt, um dieses Zusammentreffen und diese Ästhetik zu veranschaulichen.⁵ Schwarz: Die Außen-seiten sind schroff, als Fremder kann man die Universität nur durch das Parkhaus betreten (wenn man dies weiß). Weiß: Im geschützten Innenraum öffnet sich der Campus zur Piazza, hier herrschen Ruhe und Einkeh. Ästhetik: Feuertreppen, Wachtürme, Metallfassaden, Zeichen der Ungastlichkeit werden bewusst eingebaut und umdefiniert, ästhetisiert. Fronten weichen einem Wechselspiel, Räume werden sortiert. Erst die weißen und die schwarzen Seiten ergeben jenes diffuse Krisenbewusstsein, aus dem die In- und Exklusionen gebaut werden. Alte Szenari-

dass diese Tendenzen insbesondere in Los Angeles, Süd-Kalifornien und dem „Sun-Belt“ der USA zu finden sind. Reale Erfahrungen und cyberreale Bilder werden kaum unterschieden. Wissen wir doch: „Irgendwo bei Barstow“, am Interstate 15 hinter Las Vegas, vor Los Angeles, war es, „als die Drogen zu wirken begannen.“ Seitdem baut man dort, nicht nur, aber immer öfter (handelt es sich doch seit 1970 um eine Wachstumsindustrie), geschlossene Wohnquartiere, grenzt ganze Blöcke in der Stadt ab.

„Globalisierung“, „Postmoderne“ und „Postfordismus“ mit ihrer Verdichtung von Zeit und Raum, das heißt auch von Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten, zerstören großflächige sozioökonomische Einheiten. Hiermit verbinden sich notwendig – denn die neuen Räume sind verletzlich, müssen gepflegt werden und setzen ein (kauf-)bereites, angstfreies Publikum voraus – Akte des Sortierens und Disziplinierens. Lash und Urry verbinden mit dieser Ökonomie das Konstrukt unregulierbarer Räume und entsprechender Be-

en mit schroffen, offensichtlichen Grenzbeziehungen werden obsolet, man weiß, wo man hingehört, weiß man's nicht, helfen ästhetische Zeichen. Das Soziale nähert sich einem Piktogramm. Physische Kontrolle wird verdeckt durch „freundliche Helfer“.

Sicherheit und Risiko werden Schlüsselworte, die zwar Materialität brauchen, sich aber, vergleichbar der Angst, aus verschiedensten Feldern nähren können. Viele Konstrukte und Eindrücke führen in die Zitadelle. Ihre anti-gesellschaftlichen und anti-multikulturellen Botschaften nähren sich auch aus weißen Erzählungen zur Erneuerung erfahrbarer, begehrter Städte und aus sympathischen Vernunftbildern zur „Solidarität der Weltbürger“. Wenn schon – Jane Jacobs sei's geklagt – keine ganze Stadt wiederbelebt wird und Habermas' „kosmopolitische Gemeinschaft“ schwer vorstellbar ist, warum soll nicht ein besonderer Gemeinschaftssinn im Einzelnen, eben in der „Gated Community“, realisiert werden? Ummauerte Wohngebiete und Sicherheitszonen um alle sozialen Funktionen sind bemüht, eine kleine Antwort für solche Sehnsüchte zu finden. In einer Stadt des Verfalls (Beaugard), der Fronten (N. Smith) oder des Kontextes für Gewalt (Eisner) – um einige kritische Autoren anzuführen –, in einer fragmentiert und gespalten angesehenen Stadt scheint ein „gutes Leben“ der hier und heute nur einmal Lebenden im Ganzen unmöglich. Halbe Lösungsversuche verlagern sich vom Universellen zum Partikulären, zum gerade ausgelebten Stil oder Milieu. Halbheiten obsiegen, wenn Politik und Staat verzichten oder unfähig sind, die im Konzept der „Gated Communities“ verborgenen Gesellschaftsbilder zu realisieren.

Förderlich, weil legitimierend, für den zynischen Abschluss ist es, dass die obwaltende Ökonomie der Zeichen „unregierbare Räume“ mit wahrhaft Benachteiligten oder das Privatisieren vormaliger Gemeingüter als Sachzwänge darstellt. Die Wende zum Einschluss und damit zum Ausschluss der Fremden erhält den Geschmack des Notwendigen, mindestens



der Schwachen, der Kinder und Alten wegen muss es sein. Die „Gated Community“ wird zum behüteten Familienanwesen („gated family estate“) gegen zunehmende ethnische Vielfalt bei einer sich vertiefenden sozialen Kluft.⁶ Rifkin unterstreicht, dass geschlossene Gemeinden Lebensstil verkaufen und dabei – entgegen der Wahrheiten innerhalb ihrer Mauern⁷ – die Werte von Familie, Kindheit, Alter, überschaubare Klein- und Mittelgemeinden sowie „bessere, alte Zeiten“ hervorkehren.

■ Die private Festung und das staatliche Gewaltmonopol

Auf Foucaults topologischer Karte der Schlachtfelder der Macht bildet das „Forting Up“ der „Gated Communities“ einen Endpunkt gegenüber dem staatlichen Gewaltmonopol. Oder sind sie ein Startpunkt, der vom „globalen Naturzustand“ ausgeht? Wohin? Aus Sicht der Moderne versprechen sie eine Aufhebung des Universalismus, eine Reduktion von Öffentlichkeit, Politik und grenzüberschreitender Erfahrungen in der Dialektik schützender und begrenzender Mauern. Damit öffnet sich das Thema der Akzeptanz von Differenz und von Lernprozessen, die ohne Abspaltung im Mittelmaß von Grau auskommen. „Gated Communities“ als reaktionäre Provinz zu verspotten ist leicht,

greift aber zu kurz, wenn eine universelle Antwort aufgegeben wird. „Gated Communities“ leben von Sehnsüchten, verstehen sich als Antwort auf ein falsches Leben, auf eine entfremdete Umwelt. Ihre Absage an das staatliche Gewaltmonopol, ihre Privatisierung von Sicherheit fordert Politik und Staat heraus. Das ist ein offener Schluss. Brecht glaubt in *Der gute Mensch von Sezuan* (1938/39): „Es muss ein guter [Schluss] da sein, muss, muss, muss!“ Geht es heute nur um ein Späßchen vor dem Sonnenuntergang am Santa Monica Boulevard?⁸ Wenn zugleich der Staat versagt, gewinnen dann geschlossene Wohn- und Macht-Komplexe? ■

LITERATUR

- Blakely, Edward J./Snyder, Mary Gail (1997): *Fortress America*, Washington/Cambridge
- Davis, Mike (1990): *City of Quartz*, London (Berlin 1994)
- Ders. (1998): *Ecology of Fear*, New York (München 1999)
- Frug, Gerald (1999): „The Emergence of Private City in America“, in: *Kritische Justiz* 32, S. 578-586
- Glasze, Georg (2001): „Geschlossene Wohnkomplexe“, in: Heike Roggenthin (Hrsg.), *Stadt – Der Lebensraum der Zukunft?*, Mainz, S. 39-55
- Heitmeyer, Wilhelm (1998): „Versagt die Integrationsmaschine Stadt?“, in: ders., Rainer Dollase, Otto Backes (Hrsg.): *Die Krise der Städte*, Frankfurt, S. 443-467
- Hennig, Eike (1998): *Fortress L. A. = „Die Engelsburg?“*, in: *Vorgänge* 37(4), S. 52-61
- ders. (2001): „Einmauern“, in: Schader-Stiftung (Hrsg.): *Wohn-Wandel*, Darmstadt, S. 294-301
- Lash, Scott/Urry, John (1994): *Economies of Signs and Space*, Thousand Oaks/London/New Delhi
- Marcuse, Peter (1998): „Ethnische Enklaven und rassische Gettos in der postfordistischen Stadt“, in: Heitmeyer/Dollase/Backes: *Die Krise der Städte*, S. 176-193
- Marinis, Pablo de (2000): *Überwachen und Ausschließen*, Pfaffenweiler
- McKenzie, Evan (1994): *Privatopia*, New Haven/London
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone*, New York u. a.
- Rifkin, Jeremy (2000): *Access*, Frankfurt/New York
- Ruddick, Sue (1994): „Sub-Liminal Los Angeles“, in: Bernd-Peter Lange, Hans-Peter Rodenberg (Hrsg.): *Die neue Metropole*, Hamburg/Berlin, S. 44-62
- Soja, Edward W. (1989): *Postmodern Geographies*, London/New York
- Sorkin, Michael (Hrsg.) (1992): *Variations on a Theme Park*, New York
- Werckmeister, Otto K. (1989): *Zitadellenkultur*, München/

1 Grundlage ist ein Vortrag vom 22.5.01 im Rahmen der Mannheimer Tagung „Wohn-Wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens“ – Vgl. Hennig 2001.

2 Es handelt sich um Zitate aus Anzeigen, die etwa in der *Los Angeles Times* laufend zu finden sind. Vgl. *LAT*: 20.10.1996, S. K5, 27.7.99, S. 4 (advertising supplement), 2.8.1999, S. S3 und www.unikassel.de/fb5/politikwissenschaft/LA/gated.html. – Suchmaschinen wie AltaVista liefern zahlreiche Informationen, wenn „gated community“ als Suchwort eingegeben wird. – Das letzte Zitat entstammt einer Werbung für ein „gated family estate living atop Topanga Canyon“, eine vormalige Hippie-Hochburg: *LAT*, 20.10.96, S. K5, vgl. Hennig 2001, S. 295.

3 Unter anderem diese ausufernde Besiedlung macht Putnam (2000) für die Abnahme des sozialen Kapitals bzw. sozialer Zusammengehörigkeit verantwortlich, explizit erwähnt er „gated communities“ als Gegenreaktion (S. 204-215).

4 Dies bezieht sich auf das Apartmenthaus The Wilshire (Westwood, L. A., 10580 Wilshire Blvd.): *LAT*, 18.10.96, S. D4, www.the-wilshire.com.

5 Vgl. die Illustration zur „Globalisierung“ in: *Kommune* Heft 12/2000, S. 45.

6 Hierauf weist die Auswertung des US-Census 2000 hin (*LAT*, 30.3.01, S. U1).

7 Zur Kriminalität in den „Gated Communities“ vgl. Blakely/Snyder 1997, S. 97 f., 120 ff.

8 Dies singt Sheryl Crow, „All I wanna do“, auf: Tuesday Night Music Klub, A&M Rec. 1993.

26 '01

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wandte sich der irische Publizist und Spanienkenner Bernard Ward gegen ein falsches Lob der legendären Genügsamkeit der Bewohner der iberischen Halbinsel: „Es gibt manche missverstandenen Tugenden, die politische Laster sind und ein großes Hindernis für die Wirtschaft darstellen. Die Genügsamkeit der Spanier ist weithin die Ursache ihrer Trägheit: Wer sich mit wenig Nahrung und Kleidung zufrieden gibt, wird, wenn er in drei Tagen verdient, was er für sechs Tage braucht, nicht mehr als drei arbeiten.“ Ward klagt die Genügsamkeit dort an, wo sie als Entschuldigung der Trägheit dient. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte Spanien 10 Millionen Einwohner, von denen 1,4 Millionen dem Adel und mehr als 200 000 dem Klerus und religiösen Orden angehörten. Juan Goytisolo, aus dessen Buch *Spanien und die Spanier* (Frankfurt/M. 1982) das obige Zitat von Ward stammt, schreibt, dass in Altkastilien auf jeden dritten Einwohner ein Adelstitel kam und in Navarra auf jeden fünften. Nur in Katalonien war der Anteil der Nobilität mit 0,33 Prozent erheblich geringer. Die von Ober- und Unterklassen weitgehend geteilte Genügsamkeit ist in diesem Zusammenhang weder erzwungen noch naturnotwendig, sondern scheint in Tiefenschichten „des Südens“ angelegt zu sein, die nur zivilisationsgeschichtlich verstanden und aufgebrochen werden können. Jedenfalls dokumentiert die Kritik Wards eine wachsende Differenz zwischen nördlichen und südlichen Ländern, die der frühen Neuzeit noch weitgehend unbekannt war. Diese Differenz scheint sich erst mit der industriellen Revolution, die als Revolution der Verbrennungsenergie vor allem in Ländern der nördlichen Hemisphäre griff, wirklich durchgesetzt zu haben. Den Norden riss die industrielle Revolution definitiv aus seiner Trägheit. Sie veränderte die Bevölkerungszahlen, die Städtegrößen, die Verkehrsbebewegungen und -massen grundlegend. Mit einem Wort: Sie kolonisierte den Norden. Eine entsprechend tiefe, zivilisatorische Kolonisierung des Südens hat bisher nicht stattgefunden. Sie hätte auch an ganz anderen Elementen – etwa dem Wasser – ansetzen müssen. Die Koloniebildung im Süden, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts einsetzte, war nicht eine wirkliche zivilisatorische Überformung, sondern nur eine vordergründige Aneignung. Aber unser Begriff und unsere Vorstellung der „Kolonie“ kommt von dieser oberflächlichen Landnahme und Rohstoff-Aneignung im Süden durch industrialisierte Nordländer. Diese Nordländer

wiederum – welch eine Verwirrung – halten sich selber gerne für organisch gewachsene Nationen, obwohl gerade sie in einem tiefen Sinn Koloniebildungen in der Erdgeographie darstellen.

Die Frage ist nun nicht, ob es im Norden vielleicht erstrebenswert sein könnte, in die grüne Ursprünglichkeit vorkolonialer Energie-Armut zurückzusinken, sondern ob es im Süden vielleicht Anzeichen dafür gibt, dass eine wirkliche, zivilisatorisch eigenständige Kolonisierung im Gange ist. Indizien dafür wären

Koloniale Verbote aus dem Süden

■
GERD HELD

weniger in großen Erfindungen und Ereignissen zu suchen, sondern vielmehr in feinen, fast unmerklichen Verschiebungen.

27 '01

Die spanischen Küstenprovinzen von Alicante über Murcia bis Almeria sind in jüngster Zeit durch zwei Arten von Meldungen aufgefallen: Durch den hohen Anteil von Arbeitsimmigranten, der zu Unfällen und sozialen Konflikten führte. Durch den gestiegenen Wasserbedarf, der zum Projekt einer weiträumigen Wassertransfusion vom Ebro nach Südspanien führte. Die beiden Neuigkeiten gehören zum gleichen Phänomen: einer geradezu frenetischen Aktivität in diesen Provinzen. Eine neue Anpassungsform der Gemüse-Landwirtschaft an südliche Breiten (Kulturen unter Plastik), weiterverarbeitende Industrien, Tourismus-Erschließungen, Massenkonsum und Wohnungsbau kommen zusammen. Die – im Niedriglohnsektor liegende – Beschäftigung von Immigranten und der – durch das Plastiksystem relativ niedrig gehaltene – neue Wasserbedarf bilden zwei Seiten derselben Medaille. Ohne Wassertransfusion keine Immigrations-Arbeitsplätze, ohne Immigration keine Wasser- und Bodennut-

zung. Es ist leicht, heute gegen die schlechten Arbeitsbedingungen der Immigranten zu protestieren und morgen gegen die großen Wassertransfusionen. Würde sich der Protest durchsetzen, gäbe es überhaupt keine Aktivität. Die wachsende aktive Bevölkerung wäre unter sozialen und ökologischen Fanfaren schlicht wegsaniert. Das Immigranten-Leben ist hart, die Projekte erscheinen manchmal wie plumpe Fossile, aber diese Gegend ist ein ziemlich einmaliges Beispiel einer Nord-Süd-Verbindung von Kapital und Arbeit im Mittelmeer-Raum. Vielleicht handelt es sich um Vorboten einer zivilisatorischen Süd-Kolonisierung. Die Techniken können noch wechseln, und was heute in Spanien geschieht, kann morgen von Marokko fortgesetzt werden.

28 '01

George W. Bush hat seinen Europa-Besuch also in Spanien begonnen. Das war nicht nur ein hübscher Affront gegen die kerneuropäische Trägheit, sondern könnte auch eine tiefergründige atlantische Parallele enthalten. Die Ergebnisse des US-Bevölkerungszensus des Jahres 2000 sind nämlich für Europa interessant. Nach dem Zensus ist die Bevölkerung der USA in den Neunzigerjahren um 32,7 Millionen (13,2 %) gestiegen – ein Rekord in der Geschichte der USA. Die Zunahme geht sowohl auf Geburtenüberschüsse als auch auf Immigration zurück. Dabei ist die hispanostämmige Bevölkerung der Hauptmotor. Sie ist seit 1990 um 60 Prozent gewachsen und ist dabei, die afrostämmigen US-Bürger als stärkste ethnische Minorität abzulösen. Die Hispano-Bevölkerung ist nicht nur im Durchschnitt jünger, sondern auch urbaner. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass die großen US-Städte, die in den Siebziger- und Achtzigerjahren als Auslaufmodelle zu Gunsten einer unaufhaltenden Suburbanisierung galten, in den Neunzigerjahren wieder gewachsen sind: New York etwa wuchs von 7 auf 8 Millionen Einwohner. Von den zehn größten Metropolen der USA haben nur zwei – Philadelphia und Detroit – Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen. Alle anderen sind gewachsen. Chicago ist zum ersten Mal seit den Fünfzigerjahren wieder gewachsen, die Hispanos bilden ein Viertel der Bevölkerung (1990 ein Fünftel). Die wachstumsstärksten Regionen und Städte liegen wiederum im Süden der USA: In Texas sind die drei größten Städte Houston, Dallas, San Antonio im Schnitt um 20 Prozent gewachsen, Phoenix (in Arizona) sogar um 34,3 Prozent. ■



eine neue Variante des Afrika-Pessimismus?

ROGER PELTZER

Die überwiegende Anzahl der „schwarz“-afrikanischen Staaten sei auch längerfristig ohne jede Aussicht auf „Entwicklung im herkömmlichen“ Sinne, konstataren die Autoren des Memorandums¹. Auf Basis dieser Diagnose fordern die Autoren für eine „neubegründete Afrikapolitik“ unter anderem eine ganz klare Schwerpunktsetzung, die substanzielle Ressourcen auf wenige Länder mit Potenzial konzentriert.

So wichtig es ist, sich anhand von Fakten der ernüchternden Tatsache bewusst zu werden, dass in weiten Teilen Afrikas in den letzten Jahrzehnten keine Entwicklung, sondern eine Regression stattgefunden hat, möchte ich doch einigen zentralen Thesen der Autoren widersprechen.²

Weil Moral heute selbst bei den Grünen einen eher untergeordneten Stellenwert in der außenpolitischen Debatte hat, bemühen sich die Autoren des Afrika-Memorandums die Interessen zu identifizieren, die eine Beschäftigung der deutschen Politik mit Afrika begründen könnten. Nachdem ein ökonomisches Interesse als nicht vorhanden konstatiert wurde, bleiben „aufgeklärte Interessen und eine Wertorientierung“ als Bezugspunkte deutscher außenpolitischer Zieldefinition.

Frankreich bildet mit Deutschland die Achse des sich vereinigenden Europas. Und genauso wenig, wie es sich Deutschland schon aus innenpolitischen Gründen

„Schwerpunktsetzung“ wäre eine fatale Strategie

Die Wechselbäder in der Entwicklungs(hilfe)politik sind ebenso Legende wie diejenigen in der internationalen Politik überhaupt. Nach der Skepsis über die Wirkungen von Entwicklungspolitik breitete sich zwischenzeitlich auch mal wieder Optimismus etwa in der Afrikapolitik aus. Neuerdings hat sich die Diskussion über die deutsche Afrikapolitik intensiviert. Angestoßen wurde sie auch von einem Memorandum, das seinerseits zu ernüchternden Schlussfolgerungen kommt. Unser Autor nimmt den Tenor des Memorandums – „Schwerpunktsetzung“ – zum Anlass für ein Plädoyer für die Kontinuität in der Entwicklungspolitik. Diese allerdings muss auf die Hilfe zur Selbsthilfe setzen – und auf die Institutionenförderung in den afrikanischen Staaten.

leisten kann, sich nicht intensiv mit der Entwicklung in der Türkei auseinander zu setzen, können Frankreich, Großbritannien, Belgien oder Portugal und damit Europa es sich leisten, angesichts von Millionen von weißen und farbigen Menschen, die gleichzeitig in Europa und in Afrika zu Hause sind, Afrika links liegen zu lassen.

Die Alternative für Deutschland und Europa ist nicht, ob beträchtliche menschliche und materielle Ressourcen in eine Afrika-Politik investiert werden sollen oder nicht. Es gibt nur eine Alternative zwischen einer ad-hoc-Politik, die sich von den Ereignissen, Krisen und Katastrophen treiben lässt, und einer Politik, die sich um mehr Konsistenz und Langfristigkeit bemüht.

■ Schwerpunktsetzung – neues Leitbild für die Entwicklungs- und Außenpolitik?

Über einen Punkt scheinen sich heute alle einig zu sein: An die Stelle der Gießkanne soll die Schwerpunktsetzung treten. AA und BMZ bemühen sich bereits eifrig, das umzusetzen, was etwa auch die Autoren des Afrika-Memorandums fordern: Die deutsche Zusammenarbeit mit Afrika soll sich auf ausgewählte Schwerpunktländer konzentrieren.³

Nun benötigt eine Schwerpunktsetzung Auswahlkriterien. Wie schwierig die Definition solcher Kriterien ist und wie fragwürdig Aussagen seien können, die auf „objektiven“ Daten beruhen, zeigt aber gerade das Memorandum anschaulich. Das von den Autoren aufgestellte ökonomische

mische Ranking platziert etwa Äquatorialguinea – in dem seit einigen Jahren in bedeutendem Umfang Erdöl gefördert wird – unter den zehn Ländern, denen ein Entwicklungspotenzial zuerkannt wird. Weit abgeschlagen landet demgegenüber Nigeria, das in die Kategorie „verharrende Niedrigeinkommensländer langfristig ohne Entwicklungschancen“ eingeordnet wird. Diese zugegebenermaßen zuge-spitzte Auswahl zeigt, wie problematisch Schlussfolgerungen auf Basis „objektiver“ und gewichteter Daten sein können. Die Zusammenarbeit mit Nigeria – dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich potentesten Land Schwarzafrikas – auf Not- und Krisenhilfe⁴ zu begrenzen, wie es die Autoren des Memos auf der Grundlage ihres Rankings nahe legen, scheint doch etwas weltfremd.

Hinzu kommt, dass die Beurteilung einer möglichen Entwicklungsdynamik anhand zum Teil weit zurückliegender statistischer Daten an sich problematisch ist. Die Aktienmärkte mit einer Funktionsweise, die auch vielen Sozialwissenschaftlern zunehmend vertraut ist, beurteilen die Entwicklungschancen von Unternehmen anhand der letzten Quartalszahlen und wichtiger qualitativer Faktoren, die die Wachstumsdynamik der nächsten Jahre bestimmen. Dies auf Afrika übertragen, kann man schon heute mit einiger Sicherheit vorhersagen, dass etwa der Tschad aufgrund der bald zu bauenden Ölpipeline, oder auch Mozambique aufgrund einer großen Aluminiumschmelze und eines Stahlwerkes (die in Kürze in Betrieb gehen) ähnliche Wachstumsraten wie Äquatorialguinea aufweisen werden. Aber auch für diese beiden Länder gilt die Frage, ob sie dann plötzlich gewichtigere Potenzialländer als etwa die Côte d'Ivoire mit ihrem relativ hohen Einkommensniveau und der überragenden wirtschaftlichen Bedeutung für die Nachbarländer Burkina Faso, Mali und Niger sind?

Tatsächlich zeigt eine nähere Analyse der afrikanischen Ökonomien zweierlei. Diese Ökonomien sind so schwach – der Haushalt Kameruns entspricht dem einer deutschen Großstadt –, dass schon wenige größere Investitionen oder politische Entscheidungen die relative wirtschaftliche Bedeutung eines afrikanischen Landes im Verhältnis zu einem anderen schnell und deutlich ändern können. Hinzu kommen die erratischen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. So findet sich derjenige, der vor anderthalb Jahren seine Schwerpunktsetzung in Zentral- und Westafrika auf die damals prosperierende und stabile Côte d'Ivoire ausgerichtet hat, heute mit der Tatsache konfrontiert, dass sich die interessanteren Investitionsmöglichkeiten in Ländern wie Nigeria oder Kamerun finden, die noch

Diese Ökonomien sind so schwach - der Haushalt Kameruns entspricht dem einer deutschen Großstadt -, dass schon wenige größere Investitionen oder politische Entscheidungen die relative wirtschaftliche Bedeutung eines afrikanischen Landes im Verhältnis zu einem anderen schnell und deutlich ändern können.

vor kurzem in die „No-go“-Kategorie eingestuft wurden. Geht man nach ausschließlich politischen Kriterien (s. u.) ergibt sich ein ähnliches Bild. Der „Konsens“ der Konzentration auf Schwerpunktländer verdient es, nochmals gründlich in Frage gestellt zu werden.

Auf der anderen Seite macht es sicher Sinn, die Afrikapolitik an Regionen⁵ auszurichten und für jede dieser Regionen spezifische Zielsetzungen zu formulieren, anstatt auf eine einheitliche Politik für den ganzen Kontinent zu setzen. Insofern und auch im Plädoyer für eine stärkere europäische Kooperation und Arbeitsteilung ist dem Memorandum zu folgen.

■ **Stabilität und Demokratie Hand in Hand?**

Ein Großteil der afrikanischen Länder lebt im oder am Rande des Bürgerkrieges. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die formale Demokratisierung in einer Reihe von Ländern die Zuspitzung zuvor nur latent vorhandener ethnischer Konflikte befördert hat. Das jüngste dramatische Beispiel ist die Côte d'Ivoire, wo die alte und neue Machtelite im demokratischen Kampf reale Konflikte, Interessengegensätze („Wem gehört das Land?“) und darauf aufbauende Ressentiments nutzt. Dieses Kalkül – den Deutschen aus der Asyldebatte nicht fremd – führt im Zusammenhang mit der proklamierten Ivoirité dazu, dass Millionen von „Gastarbeitern“ und der moslemische Norden des Landes von der politischen Teilhabe de facto ausgeschlossen werden. Den ethnisierten politischen Auseinandersetzungen sind bereits hunderte von Menschen zum Teil in regelrechten Massakern zum Opfer gefallen. Zehntausende wurden aus dem Land vertrieben.⁶ Erfasst ein politisches Ranking des so genannten Freedom Hou-

se, das die Côte d'Ivoire mit „teilweise frei“ einstuft, diese Verhältnisse in angemessener Form? Kamerun, dessen brisante ethnische Vielfalt von einem Präsidenten mit einer Art „kontrollierter Demokratisierung“ so gemanagt wird, dass es seit Jahr und Tag nicht zu relevanten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien kommt, erhält dagegen die Kategorie „unfrei“.

An dieser Stelle soll nicht für autoritäre Regierungsformen plädiert werden, die ja ihrerseits die eigentliche Gefährdung von Frieden und Stabilität darstellen. Der unvoreingenommene Beobachter wird allerdings zugestehen müssen, dass der notwendige Weg zu mehr Demokratie vielfach schwierig ist, und in der Ausgestaltung und der Wahl der Zeiträume eine größere Bandbreite zugelassen werden sollte. Außerdem sind Ungleichzeitigkeiten zu sehen. Ein Mehr an Demokratie kann zumindest vorübergehend mit mehr Korruption einhergehen. Eine kritische Presse muss nicht unbedingt mit Chancengleichheit im Wettstreit der Parteien einhergehen. Teilbereiche der Regierungsarbeit können recht gut organisiert sein, während sich Teile der Armee Menschenrechtsverletzungen schuldig machen et cetera.

Diese Vielschichtigkeit inklusive der politischen Dynamik mit einem Kriterienkatalog zu erfassen, dessen Auswertung dann etwa darüber entscheidet, ob sich ein Land für mehr oder weniger Zusammenarbeit qualifiziert, scheint schwierig. Auch vor diesem Hintergrund ist ein kontinuierliches Engagement, das konsequent und langfristig auf verlässliche Bündnispartner vor Ort setzt, sinnvoller. Drastische Sanktionen sollten auf wenige klare und eindeutige Fälle begrenzt, dann aber auch, wie beispielsweise bei der Ermordung von Ken Saro Wiwa durch das mörderische Abacha-Regime in Nigeria, ohne Zögern zum Einsatz kommen.

■ **„Black Empowerment“ – Schlüssel jeder tragenden Afrika-Strategie**

In der politischen Diskussion um und über Südafrika ist unumstritten, dass Black Empowerment – so schwierig und schmerzhaft sich die Umsetzung im Detail darstellt – der Schlüssel für eine langfristige gesellschaftliche und politische Stabilisierung des Landes ist. Nur wenn die schwarzen Südafrikaner in allen gesellschaftlichen Bereichen und damit auch in der Kontrolle der wirtschaftlichen Ressourcen des Landes eine bedeutende Stellung einnehmen, wird sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht auf Dauer ausgeschlossen fühlen, erhält das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Rassen eine belastbare Basis.

So akzeptiert Black Empowerment für Südafrika ist, in der entwicklungspoliti-

schen Zusammenarbeit mit Schwarzafrika wird dieses Thema kaum oder zu wenig thematisiert.

Während die deutsche und die europäische Außenpolitik stark auf die afrikanische Diplomatie bei der Krisenprävention und -bewältigung setzen und vereinte Anstrengungen unternommen werden, die militärischen Kapazitäten afrikanischer Länder bei der Bereitstellung von Kriseninterventionskräften und Friedenstruppen zu verbessern (was sehr wichtig ist), machen sich IWF und Weltbank bei den anstehenden Privatisierungsprogrammen kaum Gedanken, wie sichergestellt werden kann, dass zumindest ein Teil des privatisierten nationalen Reichtums in schwarzem lokalem Besitz bleibt. Dieses Kriterium ist nicht Bestandteil der Auflagenkataloge. Wenn die betroffenen Länder auf lokaler Beteiligung am Aktienkapital privatisierter Gesellschaften beharren, wird dies vielfach nur unter dem Gesichtspunkt gesehen, dass dies anstehende Privatisierungen natürlich zunächst erschwert. Dabei liegt es auf der Hand, dass es eine langfristige Gefährdung der gesellschaftlichen Stabilität eines Landes darstellt, wenn sich 90 Prozent der Schlüsselsektoren der Ökonomie im ausländischen Besitz befinden.

Eine Analyse, die versucht, qualitative Faktoren strukturellen Wachstums und struktureller Stabilität herauszufiltern, müsste deshalb unter anderem darauf abstellen, in welchem Umfang Schwarzafrikaner an den Schlüsselsektoren der Ökonomie (im Kapital und im Management) ihrer jeweiligen Länder teilhaben. Und da hätte man in Côte d'Ivoire (ganz anders als z. B. in Nigeria und Ghana) schon zu Zeiten, als sich das Land noch als eines der Hoffnungsträger des Kontinents präsentiert hat, markante Defizite konstatieren können.

Schwarze Unternehmer sind mit einer Vielzahl von strukturellen Hindernissen konfrontiert: Ihre europäischen Konkurrenten haben klare Konkurrenzvorteile im Hinblick auf Zugang zu Finanzierungen, Märkten, Marktmacht, Know-how et cetera. Die Zeiten, in denen der privilegierte Zugang zu Importlizenzen oder gesetzlich vorgeschriebene Jointventures mit lokaler Mindestbeteiligung eine „ursprüngliche Akkumulation“ erlaubt haben, sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – vorbei. Während aufstrebende dynamische schwarze Unternehmer vielfach das Opfer willkürlich handelnder Behörden sind, gelingt

es den Tochtergesellschaften großer multinationaler Unternehmen – nicht zuletzt mit tatkräftiger Hilfe ihrer jeweiligen Regierungen –, die Auswüchse solcher Willkür weitgehend einzugrenzen.

Vor diesem Hintergrund tun sich auch Institutionen, die die Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern zum Ziel haben (Entwicklungsbanken), mit der Förderung lokaler Unternehmer schwer. Die Finanzierung der Tochtergesellschaften größerer multinationaler Unternehmen erscheint vielfach einfacher und risikoloser.

■ Ohne funktionierende Institutionen kein Fortschritt

Funktionierende Institutionen, die gewährleisten, dass Konflikte und unterschiedliche gelagerte Interessen unparteiisch und qualifiziert bearbeitet werden, sind der Schlüssel zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität und damit zu anhaltendem Wachstum.

Es ist nicht so, dass es in dieser Hinsicht nicht positive Ansätze gäbe: Die Privatisierungskommission in Côte d'Ivoire hat professionell und recht zügig gearbeitet.



Das gilt in einem anderen Zusammenhang auch für die Umsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Auftragsvergabe an ein deutsches Unternehmen ist de facto vorgegeben. Und eine Politik, systematisch lokale Subunternehmen und Fachkräfte einzuschalten, gibt es nicht, was nicht ausschließt, dass dies aus Gründen ökonomischer Rationalität des Öfteren dennoch erfolgt. Wenn das BMZ hingehen würde und bei der Beschaffung des gesamten Materials und aller Dienstleistungen seines Vorfeldes eine Vorgabe zur Bevorzugung lokaler Unternehmer machen würde, hätte dies einen volkswirtschaftlichen Effekt, der gegebenenfalls höher einzuschätzen ist als die originäre entwicklungspolitische Leistung.

Die Frage, wie das gesamte Instrumentarium der deutschen Zusammenarbeit mit Schwarzafrika so ausgestaltet werden kann, dass die lokalen Eliten systematisch gefördert und in die Lage versetzt werden können, einen Großteil der anstehenden Aufgaben selbst durchzuführen, ist eines der Schlüsselfragen jedweder langfristig angelegten Afrikastrategie.

Die sehr transparente und professionelle Vergabe der Mobilfunklizenzen in Nigeria gilt kontinentweit als beispielhaft. Die Minerals Commission of Ghana ist kompetent besetzt und agiert im Kampf um die begehrten Bergbaulizenzen weitgehend professionell. Nicht zuletzt arbeiten die Zentralbanken der FCFA-Zone – eines der gelungenen Beispiele französisch-afrikanischer Kooperation – unabhängig und auf hohem Niveau.

Andererseits ist offensichtlich, dass es sich dabei um vereinzelte Beispiele handelt und dass die Summe funktionierender Institutionen in fast allen Ländern (eine Ausnahme ist Senegal) weit entfernt vom kritischen Minimum ist.

Deshalb ist Institutionenförderung eines der Kernthemen der entwicklungspolitischen Debatte geworden. In der täglichen Förderungspraxis wird diese Notwendigkeit allerdings oft auf die Bereitstellung von Expertise und Fachkräften verkürzt. Nur ist dies nicht das Kernproblem. Die Tatsache, dass die Justiz in Schwarzafrika weitgehend korrupt ist, hat

Während sich der Himmel über Berlin wolkenbruchartig ergoss und die Straßen wegen Überflutung nicht mehr passierbar waren, diskutierte die Entwicklungspolitische Gemeinde das Problem der Verknappung von Wasser in den verschiedenen Regionen der Welt: die Austrocknung des Aral-Sees, die industrielle Verschmutzung in Indien, die Dürre in der Sahel-Zone und die Verknappung in der 20-Millionen-Metropole von Mexiko-Stadt. So unterschiedliche Personen wie der Italiener Riccardo Petrella, weltbekannter Autor des „Wassermanifestes“, Vertreter deutscher Wasserversorgungsunternehmen wie Aquamundo, Mannheim, der Generalsekretär der World Commission on Dams, Regierungsvertreter, Wissenschaftler und Aktivisten aus Bürgerorganisationen diskutierten über die zentrale Bedeutung des Wassersektors im Rahmen der Förderung einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Trockenheit, Dürre und von Menschen direkt oder indirekt beeinflusste Umstände führen dazu, dass 1,3 Milliarden Menschen keinen angemessenen Zugang zu Wasser haben. Doppelt so viele, also 2,6 Milliarden Menschen, haben keinen Zugang zur Abwasserentsorgung. Schätzungen zufolge werden bis zum Jahre 2025 zwischen 3 und 4 Milliarden Menschen keine sichere Versorgung mit sauberem Wasser haben, sollten sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich in Entwicklungsländern die alltägliche Mühe, den überlebensnotwendigen Zugang zu Wasser zu sichern, „koste es, was es wolle“. Das heißt, vor allem für Frauen, stundenlange Wege, um überhaupt an Wasser zu kommen, den „fliegenden Händlern“ Wasser zu hohen Preisen abzukaufen oder in der Angst zu leben, durch unreines Wasser die Gesundheit der eigenen Kinder zu gefährden.

Die Versorgungsprobleme in vielen Entwicklungsländern sind nur zum Teil auf widrige Natur- und Klimaverhältnisse zurückzuführen, zum Teil sind sie „hausgemacht.“ In vielen Ländern werden die Wasserpreise aus politischen Gründen niedrig gehalten. Ein großer Teil des billigen Wassers kommt den Mittelschichten und den Reichen, vor allem in den Städten, zugute. Arme und abgelegene Regionen bleiben vielfach von der Wasserversorgung ausgeschlossen, zumal von dort kaum politischer Druck zu erwarten ist. Auch fehlen den Wasserbetrieben in der Regel die Mittel zur Versorgung der Wohngebiete der Armen. Ambulante Wasserhändler übernehmen oft die Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung und verlangen häufig die höchsten Preise. Wegen maroder Versorgungssysteme gehen auf dem Weg zum Verbraucher in ländlichen Regionen circa 40 Prozent, in den Städten noch mehr verloren.

Auf Grund der skizzierten Problemlage ist es richtig, dass der Wassersektor im Rahmen unserer Entwicklungskooperati-

on höchste Priorität hat. Denn die Versorgung mit Wasser ist ebenso wie das Recht auf Nahrung ein menschliches Grundbedürfnis und eines der wichtigsten Entwicklungsziele. Laufende Projekte und Programme werden mit 600 bis 800 Millionen DM jährlich unterstützt. Damit ist Deutschland der größte europäische bilaterale Geber auf diesem Gebiet.

NORD-SÜD

Wasser - das Thema des 21. Jahrhunderts

Die Kooperation verfolgt die Ziele: Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser; Schutz der natürlichen Ressourcen; effiziente Verwendung des Wassers; Entsorgung der Abwässer; Effizienzsteigerung landwirtschaftlicher Bewässerung sowie die Unterstützung der Partner bei der Weiterentwicklung öffentlicher Institutionen. Vielfach liegt die größte Schwäche in völlig unzureichenden politischen Rahmenbedingungen. Es fehlen klare politische Vorgaben für ein nachhaltiges Management der Wasserressourcen, es mangelt an Kompetenz in den Versorgungsbetrieben und an klaren Zuständigkeiten zwischen kommunalen, regionalen und nationalen Stellen. Deshalb ist Beratung bei Reformen des Wassersektors eine wichtige Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit.

Der jährliche Investitionsbedarf für Wasserversorgung wird in Entwicklungsländern auf 60 Milliarden US-Dollar geschätzt. Daher reichen sowohl die nationalen Kapazitäten der Partnerländer als auch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit nicht aus, um die großen Herausforderungen zu bewältigen. Privates Kapital und Know-how sind dringend erforderlich, auch die Privatwirtschaft muss mit einbezogen werden. Der Privatsektor kann erheblich zur Entschärfung der Versorgungsdefizite beitragen.

Auch in Berlin wurde diese international drängende Frage kontrovers diskutiert: Ist Wasser ein öffentliches Gut, das jedem Menschen kostenlos zur Verfügung stehen muss? Die Balance zu finden zwischen dem Zugang zu Wasser und seiner Preisgestaltung ist eine Aufgabe, die in den Ländern diskutiert und entschieden werden muss. Eines scheint mir jedoch klar: Wasser hat einen Preis, einen Preis als knappes, schützenswertes Gut. Einen Preis, weil es Kosten verursacht. Es muss transportiert, aufbereitet, gereinigt, verteilt und seine Qualität muss kontrolliert werden. Erfahrungen deuten darauf hin, dass die Wasserversorgung am ehesten nachhaltig ist, wenn die Verbraucher in einem sozialverträglichen Tarifsystem für die Kosten der Wasserversorgung mit aufkommen. Allerdings ist Wasser auch ein öffentliches Gut, zu dem jeder Zugang haben sollte. Deshalb ist es Aufgabe des Staates, die angemessenen Rahmenbedingungen für ein effizientes Wassermanagement und Versorgungssystem zu sorgen – das allerdings nicht allein das Recht des Menschen auf Wasser anerkennt, sondern auch das Recht der Natur auf Wasser spektiert.

Uschi Eid

nichts damit zu tun, dass die Richter mangelhaft ausgebildet wären. Im Gegenteil: Wer bereit ist, dafür zu zahlen, wird von den in England, Frankreich und USA ausgebildeten Juristen Urteile auf einem hohen juristischen und intellektuellen Niveau bekommen. Es gibt heute kaum noch relevante Berufe, in denen es nicht genügend qualifizierte und gut ausgebildete Afrikaner gäbe.

Die Frage ist vielmehr, wie die Herausbildung einer gesellschaftlichen Dynamik gefördert werden kann, die Transparenz, Unparteilichkeit und Kontrolle verstärkt. Dabei muss klar sein, dass externe Einwirkung im Regelfall nur begrenzt Nutzen stiften kann, die Hauptarbeit muss von den Afrikanern selbst geleistet werden.

Mit Blick auf die Institutionenförderung erscheinen mir neben der Entwicklung und Implementierung von rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, wie etwa die Etablierung einer unabhängigen Bankaufsicht, vier Elemente zentral:

Kontinuität und Verlässlichkeit der Zusammenarbeit Gerade weil die afrikanischen Ökonomien und Gesellschaften wesentlich anfälliger für externe Schocks sind, sollte sich Entwicklungszusammenarbeit durch ein hohes Maß an Kontinuität und Verlässlichkeit auszeichnen. Die vielfach praktizierte Stop-and-go-Politik von deutscher Seite – etwa mit dem Mittel der FZ-Sperre oder sich ändernder Schwerpunkte kultiviert –, die Ausrichtung der Zusammenarbeit an der Tagesaktualität, läuft Gefahr, überspitzt gesagt, das allgemeine Chaos noch zu vergrößern und die strukturelle institutionelle Überforderung der Partner weiter zuzuspitzen. Politische und wirtschaftliche Auflagen müssen aber berechenbar und erreichbar bleiben sowie Kontinuität aufweisen. Die Keule der Unterbrechung der wirtschaftlichen Kooperation sollte nur im Extremfall angewendet werden.

Vorhandene Institutionen stärken Die meisten afrikanischen Staaten haben gewählte Parlamente. Ihre Bedeutung und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Regierungen und Präsidenten ist unterschiedlich ausgeprägt. Im Regelfall sind sie allerdings repräsentativer als alle Alternativen.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als unglücklich, wenn etwa im Rahmen des aktuellen Entschuldungsprozesses und seiner Umsetzung neue Strukturen an den gewählten Parlamenten vorbei entwickelt werden. Es kann nicht sein, dass noch so gut organisierte NGOs im Namen der Zivilgesellschaft an die Stelle von Parlamenten treten, auch wenn diese vielfach schwerfälliger operieren. Ansonsten erreicht man das Gegenteil von struktureller Stabilität.

Sicherung von Einflussmöglichkeit und Mitsprache Der Regelfall der finanziellen Zusammenarbeit gestaltet sich so, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die die deutsche Kapitalhilfe abwickelt, Wasserversorgungs- und Abwassersysteme, Hafenanlagen oder auch Stromleitungen über Jahre finanziert, aber in den Aufsichtsgremien der jeweiligen Wasser-, Strom- und Hafengesellschaften nicht vertreten ist. Das ist ein Fehler. Wichtiger als die Finanzierung des einen oder anderen Wasserrohres ist es, dafür zu sorgen, dass das Management dieser Gesellschaften berechenbar, transparent agiert. Die Wahrnehmung eines Aufsichtsratsmandates kann, auch wenn es nur ein Sitz in einem zehnköpfigen Gremium ist, dabei wertvolle Hilfestellung leisten. Man nimmt Einfluss auf die Wahl des Wirtschaftsprüfers, kann auf bestimmte Regeln bei der Vergabe größerer Aufträge achten, die Diskussion über die Preisfestsetzung mit beeinflussen, darauf achten, dass sich Dienstwagen und Erster-Klasse-Flüge in Grenzen halten et cetera. Das ist Institutionenförderung par excellence.

Dieser Vorschlag steht nicht im Gegensatz zu einer stärkeren Förderung afrikanischer Eigenverantwortung. Im Gegenteil: Viele Afrikaner werden zustimmen, dass die Präsenz neutraler Dritter hilft, ethnische Zwänge, Rücksichtnahme auf den Willen einzelner Minister, Patronage et cetera einzudämmen, kurz: die Praxis von „Good Management“ zu fördern. Die Kooperation braucht deutlich weniger Consultants, aber mehr gute Fachleute, die in die Entscheidung von privaten, parastaatlichen Unternehmen oder auch Be-

hörden eingebunden sind, vorausgesetzt es ist klar, dass die afrikanische Seite die Federführung hat.

Bedeutende Privatinvestitionen: Inseln struktureller und institutioneller Stabilität Die Bewertung von ausländischen Direktinvestitionen fällt differenziert aus. Der mit vielen Mitteln geführte Kampf um den Erhalt von Bergbaukonzernen kann erheblich zur Destabilisierung von bereits schwachen Regierungen beitragen. Auf der anderen Seite sind größere ausländische Unternehmen, die regelmäßig Steuern zahlen, die ihren Angestellten und deren Familien feste Arbeitsplätze mit abgesicherten Sozialleistungen bieten, die ihren schwarzen Mitarbeitern Aufstiegs- und Entwicklungschancen bieten, die ihr Kapital für lokale Investoren öffnen und ihre Beziehung mit den angrenzenden Gemeinden und Regionen vernünftig regeln, die jährlich geprüfte Bilanzen mit Jahresbericht erstellen und veröffentlichen, „Inseln struktureller Stabilität“. Mit ihnen können Umweltaktionspläne vereinbart werden, die für die örtlichen Behörden Maßstäbe setzen. Sie können über Qualitätsstandards und Ausbildung von zuliefernden lokalen Unternehmern und Bauern entwicklungspolitisch mehr erreichen als noch so gut gemeinte Entwicklungshilfeprogramme. Mit ihren multikulturell zusammengesetzten Belegschaften haben sie ein massives Eigeninteresse an rationalen und politischen Lösungen ethnischer Konflikte. In der Zusammenarbeit mit diesen in der Regel nicht deutschen Unternehmen bieten sich viele nicht genutzte Ansatzpunkte für eine „Private Public Partnership“. ■

- 1 Das Memorandum zur Neubegründung der deutschen Afrika-Politik erschien im Oktober 2000 und wurde verfasst von Ulf Engel, Robert Kappel, Stephan Klingebiel, Stefan Mair, Andreas Mehler und Siegmund Schmidt (c/o Institut für Afrikanistik der Universität zu Leipzig, Burgstraße 21, 04109 Leipzig).
- 2 Der folgende Text ist wesentlich von meinen langjährigen beruflichen Erfahrungen in der Projektfinanzierung in West- und Zentralafrika geprägt.
- 3 Selbstkritisch ist anzumerken, dass der Autor ebenfalls ein „Einstiegspapier zur Reform der entwicklungspolitischen Institutionen“ der BAG Nord-Süd von Bündnis 90/Die Grünen mit verfasst hat, das eine solche Schwerpunktsetzung fordert.
- 4 So wird es auf Seite 2 des Memorandums gefordert. Wie wenig eine Kategorisierung Nigerias als „verharrendes Niedrigeinkommensland“ ein zutreffendes Bild der Realität vermittelt, mag die folgende Beobachtung veranschaulichen. Bei meinem kürzlichen Besuch in Lagos waren alle Hotels vollständig ausgebucht. Der Grund: Nach der Versteigerung der Mobilfunklizenzen hatten sich dort Teams mit dutzenden von Spezialisten der einschlägigen Telekom-Ausrüster dort eingemietet. Sie, wie z. B. die Firmen Ericsson und Siemens, erwarten in den nächsten Jahren in Nigeria Investitionen in Milliardenhöhe. Wenn es Nigeria schaffen sollte – was nicht sicher ist –, in einigen wenigen Schlüsselbereichen (Strom, Raf-

finerien, Telekommunikation) seine Wirtschaft zu liberalisieren, wird es eine Investitionsdynamik auslösen, die weltweit erhebliche Beachtung auslösen würde. Eine solche Entwicklung ist nicht sicher, aber auch nicht ausgeschlossen.

- 5 Die von den Autoren vorgeschlagene Regionenaufteilung wäre allerdings noch zu diskutieren. Angesichts bestehender wirtschaftlicher und politischer Bindungen macht es aus meiner Sicht z. B. wenig Sinn, das frankophone West- und Zentralafrika auf zwei Regionen aufzuteilen. Gegen diese Aufteilung spricht zudem strategisch, dass es viele gute Gründe dafür gibt, Nigeria und Ghana in die FCFA-Zone mit Kopplung an den Euro einzubinden.
- 6 Der Vollständigkeit halber muss allerdings gesagt werden, dass es in der Côte d'Ivoire auch starke gesellschaftliche und politische Kräfte gibt, die dieser Polarisierung entgegenarbeiten.
- 7 Im Afrika-Memorandum spielt dieses Thema eine völlig untergeordnete Rolle. Die von den Autoren bewusst akzentuierte Feststellung, dass der überwiegende Teil Afrikas überhaupt keine Entwicklungsperspektiven hätte, hat vielmehr psychologisch genau den gegenteiligen Effekt. Welcher qualifizierte Afrikaner soll sich denn motiviert fühlen, sein Human Capital oder sein Geld in Afrika zu investieren, wenn die Perspektiven hoffnungslos sind? Da macht es doch allemal mehr Sinn, die eigenen Entwicklungsperspektiven in Europa oder den USA zu suchen.

An der Franselaan liegt seine Praxis: unauffällig, eingezwängt zwischen Zeitungstand und Gemüseladen. Lange Sprechzeiten, telefonische Beratung und Hausbesuche sind in Gerard Musters Leben eine Selbstverständlichkeit. Seit Jahren geht er seiner Arbeit als Hausarzt mit Leidenschaft nach. Kleiner Warteraum, winziges Vorzimmer, so sieht kein Großverdiener aus. Fleißig rund um die Uhr, kann er sich dennoch einen längeren Urlaub kaum leisten. Mindert das sein Engagement für die Patienten? Wohl kaum, denn Ärzte verstehen sich in den Niederlanden als Dienstleister. Ein Plausch über die schöne Zeit, als er in Deutschland stationiert war, ist aber immer drin: „Die Deutschen mussten sich sehr an unsere Diskutierlust bei Befehlen gewöhnen ...“

Sicherlich leben niederländische Hausärzte nicht alle so bescheiden wie ein Doktor für die Rotterdamer *volksbuurt*, einem Stadtteil einfacher Leute. Dennoch dürfte es vielen ähnlich gehen. Calvinistische Zufriedenheit mit den kleinen Freuden des Alltags und das Ethos des Helfenden haben aus der niederländischen Ärzteschaft eine angenehm umgängliche Gruppe von Zeitgenossen gemacht. Für die Durchsetzung eigener Interessen helfen diese Eigenschaften aber wenig. Im Gegenteil, alle Reformen im Gesundheitswesen der letzten zwanzig Jahre sind fast ohne politische Gegenstimmen aus der Zunft entgegengenommen worden, denn eine Zunft wollen sie ausdrücklich nicht sein. Entsprechend schwach ist ihre Position: Die *Landelijke Huisartsen Vereniging* (LHV) hat kaum Bekanntheit in der Öffentlichkeit, ihre Selbstsicherheit ist meilenweit von einem Marburger Bund entfernt. Wartelisten in den Krankenhäusern, streikendes oder fehlendes Pflegepersonal, strenge Budgetierungsvorgaben, eine entstehende Zwei-Klassen-Medizin und vieles mehr haben sie klaglos über sich ergehen lassen, womit das neue Sozialstaatsverständnis ab den Neunzigerjahren relativ reibungslos auch auf das Gesundheitswesen übertragen werden konnte.

Nun scheint der Rubikon überschritten zu sein. Im Mai drohte der LHV zum ersten Mal einen dreitägigen nationalen Streik gegen die Erstattungsbudgets der Regierung an. Die Gesundheitsministerin Borst hatte sich das Gespräch mit der Ärztekammer als eine Routineangelegenheit vorgestellt. Immerhin hatte sie 250 Millionen für dieses Jahr und 300 Millionen Gulden für das Jahr 2002 als Vergütung für die 7200 Hausärzte im Land aus dem nationalen Haushalt mitgebracht. Doch aus der gemütlichen Konsensrunde –

nach niederländischer Diskursethik verlassen alle am Ende eines Gesprächs zufriedenen den Verhandlungstisch – wurde nichts. Der LHV fordert einen Betrag von 1,3 Milliarden, nicht gerade wenig im Vergleich zum Gesamthaushalt von 3,1 Milliarden Gulden, die für alle Ausgaben des Gesundheitswesens wegen des Haushaltsüberschusses extra zur Verfügung stehen. In Zeiten, in denen das staatliche Füllhorn überquillt, wollen endlich auch diejenigen besser bezahlt werden, die bisher alle Sparkuren mitgemacht haben.

Dr. Musters Sorgen

FRANK ECKARDT



Zugleich wurden Aufgaben, die sonst vom Gesundheitssystem nicht mehr geleistet wurden, auf die Schultern der Hausärzte abgeladen. Wenn sich Deutschland wieder – betont nach niederländischem Vorbild – den Hausarzt als Schleuser und erste Anlaufstelle für den Patient wünscht, so ist dies nur zum Preis eines chronisch überforderten Allgemeinmediziners zu haben. Wann soll der Spezialist eingeschaltet werden, wann darf eine Krankenhaus-Einweisung vorgenommen werden? Ohne zusätzliche Untersuchungsinstrumente und vermittelte Fachkenntnis stehen die Hausärzte den restriktiven Überweisungsvorgaben, den wenigen Fachärzten und ellenlangen Wartelisten hilflos gegenüber. Dies betrifft auch die Gynäkologie und Pädiatrie, Spezialgebiete, für die sich kaum ein Hausarzt besonders gut ausgebildet fühlt. Wer mit einem Besorgnis erregenden Husten des Sohne-

mannes zum Kinderarzt möchte, wird auf die wochenlange Warteliste gesetzt. Da die Wahl des Hausarztes nicht frei ist, sondern an den Wohnort gebunden, sind diese auch gezwungen, alle Patienten aufzunehmen. Eine angenehme Aufgabe in ländlichen Gebieten, eine Plackerei in den Hochhaussiedlungen. Daran will Ministerin Borst nicht rütteln. Alle sollen sich mit einer einmaligen Extra-Vergütung von 10 000 Gulden pro Praxis zufriedengeben. Der Ärzteverband hat nun empfohlen, dass Ärzte sich gegen die Aufnahme von weiteren Patienten verweigern sollen, wenn sie bereits mehr als die Durchschnittszahl in ihre Kartei aufgenommen haben. „Die Ministerin zaubert“, findet Tom Slagter vom LHV. „Wir wissen zwar, dass wir nicht alles sofort haben können. Aber für das bisschen Extra-Geld, das zur Hälfte schon vom Inflationsausgleich aufgefressen wird, sollen wir weiter unvergütet Abend- und Nachtdienste betreiben?“ Auch hierfür wird der LHV in Aktion treten und ab Juli den Ärzten Dienst nach Vorschrift empfehlen. Wer nach Feierabend krank wird, ist dann auf das Krankenhaus angewiesen. „Ich fühle mich auch nicht wohl bei diesen Maßnahmen“, meint der LHV-Vorsitzende. „Ich fürchte nur, dass uns nun wirklich keine andere Wahl mehr bleibt. Krankenkassen und Minister arbeiteten jahrelang daran, dass unser Berufsstand abnimmt. Alles zu Gunsten eines neuen, kleinen Systems von Hausarztversorgung. Jetzt brennt es überall lichterloh.“ Auf viel Verständnis ist er jedoch noch nicht getroffen. Die Krankenkassen attestieren ihm Realitätsferne, die Ministerin rechnet vor, dass eine Durchschnittspraxis für die Erledigung ihrer Aufgaben 35 000 Gulden pro Jahr zugewiesen bekomme – und das reiche doch wohl. Auch sie muss zugeben, dass es einfach andere politische Prioritäten sind, die wirklich zählen: Investiert wird stattdessen in die Krankenhäuser. „Wir fühlen einen schönen Frühling“, meint van der Plank, Vorsitzender der Niederländischen Krankenhausgesellschaft. Unterdessen werden den Hausärzten weitere Aufgaben zugeschustert, wie die Umsetzung der Euthanasie-Gesetze.

„Nur ein Rezept“, ruft vom Fahrradsattel ein junger Mann Dr. Muster zu. Der Hausarzt springt zum geöffneten Praxisfenster und überreicht den hastig ausgefüllten Zettel. „Geht alles gut?“, ruft er ihm noch hinterher. Zufriedenes Lächeln, schon vom Gemüseladen her, kommt als Antwort. „Ja, so geht es oft hier“, resümiert er nachdenklich. „So können wir leider nicht mehr weitermachen.“

Der Drache und der Tiger

Chinas Starrheit und die Widersprüche der US-Politik
verunsichern Taiwan

BRIGITTE VOYKOWITSCH

Taiwan – yes, China – no“, rufen die Kundgebungsteilnehmer. Viele tragen gelbe Stirnbänder mit roten Lettern: „Die Taiwanesen erheben sich.“ „Wer Taiwan liebt, soll sich zur Unabhängigkeit bekennen“, fordert ein Sprecher vor den mehreren tausend Menschen, die sich an der Chiang-Kai-shek-Gedenkstätte im Zentrum der taiwanesischen Hauptstadt Taipeh versammelt haben, um zum Präsidentenpalast zu marschieren.

„Taiwan – yes, China – no“. Ständig wiederholen die Menschen diese vier Worte, ihr politisches Credo, das besagen will: Taiwan solle sich offiziell als unabhängiger Staat deklarieren und seinen bisherigen Namen, nämlich Republik China auf Taiwan, in Republik Taiwan umändern. Diese Forderung wollen die Kundgebungsteilnehmer an Chen Shui-bian herantragen, den im Vorjahr gewählten neuen Staatspräsidenten.

Die Kundgebung, bei der symbolisch „Pässe“ dieser unabhängigen Republik Taiwan verteilt werden, dürfe nicht als Protest gegen Chen missverstanden werden, betonen Teilnehmer. „Wir unterstützen ihn“, sagen sie und fügen hinzu: „Doch wir haben auch Sorge, dass er zu kompromissbereit ist.“ Man ist enttäuscht, dass ausgerechnet Chen, der erste Präsident der bislang oppositionellen Demokratischen Fortschrittspartei (DPP),

dezidiert zu einer Politik der Mitte steht. Mit dem Ruf nach der Unabhängigkeit war die DPP 1986 gegründet worden, ein Jahr, bevor das Kriegsrecht aufgehoben und ein rascher Demokratisierungsprozess in Taiwan eingeleitet wurde. Nun, da die DPP die Macht von der seit einem halben Jahrhundert ununterbrochen regierenden, nationalistischen Guomindang-Partei (KMT) erobert hat, will ihr Präsident Kompromisse schließen und der Realpolitik das Wort reden?

Genau das sei für ihn der einzig gangbare Weg, erklärt Chen. Er wolle Taiwans „Souveränität, Würde und Sicherheit“ garantieren, dabei aber die Volksrepublik China in keiner Weise provozieren. Es gelte zu unterscheiden zwischen seiner Rolle als Präsident aller Taiwanesen – auch wenn ihm bei der Wahl nur 39 Prozent ihre Stimme gaben – und den Unabhängigkeitsaktivisten auf der Insel wie auch den Auslandstaiwanesen, von denen mehrere hundert an diesem Wochenende nach Tai-

peh gekommen waren, um die erste Tagung des jüngst gegründeten und in Washington ansässigen „Weltkongresses der Taiwanesen“ (WTC) abzuhalten. Sie alle hätten das gute Recht, ihre Ansichten zu äußern; er, Chen, aber vertrete sie genauso wie die wesentlich kleinere Gruppe von Befürwortern einer baldigen Wiedervereinigung mit Festlandchina und die große Mehrheit der Taiwanesen, die laut allen Umfragen der vergangenen Jahre den Status quo – de facto unabhängig, de iure nicht – befürworten. Würde heute ein Referendum über eine offizielle Unabhängigkeitserklärung seitens Taipehs abgehalten, so würden nach Ansicht von Experten keine 15 Prozent für solch einen Schritt stimmen, nur rund fünf Prozent würden eine baldige Wiedervereinigung mit dem Festland befürworten, der Rest würde die Beibehaltung des Status quo eintreten. Chen selbst hat sich in einer versöhnlichen Geste gegenüber Peking ausdrücklich dazu bekannt, während seiner Amtszeit

peh gekommen waren, um die erste Tagung des jüngst gegründeten und in Washington ansässigen „Weltkongresses der Taiwanesen“ (WTC) abzuhalten. Sie alle hätten das gute Recht, ihre Ansichten zu äußern; er, Chen, aber vertrete sie genauso wie die wesentlich kleinere Gruppe von Befürwortern einer baldigen Wiedervereinigung mit Festlandchina und die große Mehrheit der Taiwanesen, die laut allen Umfragen der vergangenen Jahre den Status quo – de facto unabhängig, de iure nicht – befürworten. Würde heute ein Referendum über eine offizielle Unabhängigkeitserklärung seitens Taipehs abgehalten, so würden nach Ansicht von Experten keine 15 Prozent für solch einen Schritt stimmen, nur rund fünf Prozent würden eine baldige Wiedervereinigung mit dem Festland befürworten, der Rest würde die Beibehaltung des Status quo eintreten. Chen selbst hat sich in einer versöhnlichen Geste gegenüber Peking ausdrücklich dazu bekannt, während seiner Amtszeit

Eine knappe Mehrheit der peruanischen Wählerschaft verhinderte gerade noch, dass ein von Interpol gesuchter Bankrotteur, Ex-Staatschef Alan García, in sauberen Wahlen wieder das höchste Amt im Staat übertragen bekam. Wahlsieger Alejandro Toledo hatte sich als Oppositionspolitiker beim Sturz des Ex-Präsidenten Alberto Fujimori einige Verdienste erworben, begann aber kurz vor der Ziellinie zu straucheln. In einer üblen Schmutzkampagne kübelten ehemals Fujimori nahe stehende Medien gegen den Wirtschaftsfachmann, der aus einer äußerst armen Provinzfamilie mit indianischen Wurzeln kommt. Politische Unterschiede zwischen den Kandidaten sowie Verdienste für die Demokratisierung gerieten gegenüber wechselseitigen persönlichen Anschuldigungen und prompt folgenden Dementis in den Hintergrund. Während sich der lange unumstrittene Führer der wenig kohärenten Sammlungsbewegung *Peru posible* auf Nebenschauplätzen verlor, drängte APRA-Chef Alan García immer mehr in den Mittelpunkt. Als Mitglied der weißen städtischen Oberschicht Limas gab er den geläuterten, auf Ausgleich bedachten Staatsmann, sprach vage von „Fehlern“ in seiner ersten Amtsperiode (1985–1990) und kündigte an, wieder an die staatsinterventionistische Politik der APRA anzuknüpfen. Versprechen wie staatliche Wirtschafts- und Agrarförderung, billige Gesundheitsversorgung und kostenloser Schulbesuch kamen bei den 15 Millionen Wahlberechtigten gut an, zumal die APRA, eine populistische Partei par excellence, seit Jahrzehnten für diese Inhalte steht.

Die Stichwahl entschieden aber doch jene Wähler, die sich noch daran erinnern konnten, dass derselbe Alan García dasselbe schon 1985 versprochen und dann nach wenigen Monaten der Hoffnung das Land schrittweise in ein Wirtschaftschaos mit knapp 8000 Prozent Hyperinflation, Produktionseinbrüchen in allen Sektoren, Währungsabwertung und internationale Isolation manövriert hatte. Dazu waren die endemische Korruption, massive Menschenrechtsverletzungen und ein sich ausbreitender Guerillakrieg des *Sendero Luminoso* gekommen. Die eigentliche Überraschung der ersten sauberen Wahlen der Nach-Fujimori-Ära ist der Erfolg des Herausforderers Alan García. Nach achtjährigem Auslandsaufenthalt ist er erst seit Januar wieder im Land und stieß von anfänglich 2 Prozent Zustimmung binnen weniger Wochen auf zunächst 9 Prozent vor. Beim ersten Wahlgang im April eroberte er den zweiten Platz und machte die APRA, die zuvor mit 1,5 Prozent Zustimmung völlig am Boden lag, zur zweitstärksten Parlamentsfraktion.

Dies ist nur mit den politischen und mentalen Verwüstungen zu erklären, welche die „verlorene Dekade“ unter dem autoritären Zwillingsspaar Fujimori/Montesinos hinter-

ließ. Fujimori hatte 1990 in einem vergleichbar überraschenden Wahlsieg das alteingesessene und unter Alan García völlig abgewirtschaftete politische Establishment düpiert. Ein Jahrzehnt lang regierte ein als Anti-Politik verkaufter neoliberaler Autoritarismus. Ein enger Machtzirkel, dem neben dem Präsidenten und seinem Berater auch die Führung der Streitkräfte angehörte,

unterwarf sich Gesellschaft und Staat, zerschlug *Sendero Luminoso* und reaktivierte die Ökonomie. Dieses Machtdreieck konnte sich bis Ende der Neunzigerjahre auf die Zustimmung nicht nur der peruanischen Unternehmerschaft, sondern auch der internationalen Finanzinstitutionen sowie

der westlichen Regierungen verlassen. Neben dem abenteuerlichen Ausmaß an Korruption – Fujimori soll sich mehrere hundert Millionen US-Dollar unter den Nagel gerissen haben, Montesinos eine Milliarde, die Generäle ein- bis zweistellige Millionenbeträge – sowie brutaler Unterdrückungsmethoden gehören die Korruption der staatlichen Institutionen sowie die Zerstörung des traditionellen Parteiensystems und die erhebliche Schwächung unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen zu den Erblasten der Ära Fujimori.

Damit hat Alejandro Toledo nun zu kämpfen. Die beginnende Rekonstruktion rechtsstaatlicher Ansätze unter der Übergangsregierung Paniagua, die Inhaftierung des früheren Armeechefs General Hermoza Ríos und Dutzender anderer hoher Offiziere wegen Verwicklung in den Drogenhandel, die Aufdeckung illegaler Machenschaften der Regierung Fujimori, das Ausheben des Korruptions- und Repressionsnetzes des Geheimdienstmannes Montesinos oder die Einrichtung einer Wahrheitskommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen sind als positive Schritte zu werten. Es ist jedoch die Frage, ob der neue Staatschef, der weder auf eine fest gefügte politische Partei noch auf eine parlamentarische Mehrheit zurückgreifen kann – von einem konsistenten politischen Programm ganz zu schweigen –, den Übergang zur Demokratie weiter vorantreiben kann. Neben begründeten Zweifeln an der politischen Substanz des als Fujimori-Gegners bedeutsam gewordenen Aufsteigers müssen auch der desaströse Zustand des Parteiensystems sowie die tief greifende politische und moralische Verunsicherung Perus nach dem Fujimori-Abgang in Rechnung gestellt werden.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der Burgfrieden, den die Parteien der überparteilichen Interimsregierung gewährten, nach dem Amtantritt Toledos trotz anders lautender Beteuerungen von einer neuen Welle populistischer Demagogie und autoritär unterfüttertem Klientelismus abgelöst wird.

Albert Sterr

wertiger Partner anerkannt zu werden. Denn als die bis dahin regierende Guomindang-Partei (KMT) unter Chiang Kai-shek im Jahre 1949 den Bürgerkrieg gegen Mao Zedongs Kommunisten verlor und mit rund zwei Millionen Militärs und Anhängern in Taiwan Zuflucht suchte, wurde China in zwei Teile gespalten – das von der KP beherrschte Festland und die von der KMT kontrollierte Insel. So wie die KMT keinen Einfluss mehr auf dem Festland hatte, so gelang es der KP nie, Macht über Taiwan auszuüben. Nach Ansicht Taipehs und internationaler Rechtsexperten ist die These der Volksrepublik haltlos, wonach Peking die Zentralregierung des einen China sei, Taiwan somit eine abtrünnige Provinz.

Doch die Volksrepublik hat aus ökonomischen wie sicherheitspolitischen Gründen den Großteil der Staatengemeinschaft hinter sich, die Pekings Ein-China-Prinzip nicht in Frage stellt. Taiwan wird nur von zweieinhalb Dutzend zumeist kleineren lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten sowie dem Vatikan als unabhängiger Staat anerkannt. Ganz anders war das noch 1949 und während des folgenden Kalten Krieges. Taipeh mit dem Anspruch, das Festland eines Tages zurückzuerobern, nahm den Sitz Chinas in der UNO ein. Doch die Realpolitik setzte sich durch. Die Volksrepublik war zu groß und strategisch zu wichtig. 1971 verlor Taipeh seinen UN-Sitz, nach dem Besuch von Nixon in China brach Washington Ende der Siebzigerjahre seine diplomatischen Beziehungen mit Taipeh ab und nahm sie mit Peking auf. Die USA akzeptierten die These Pekings, dass es nur ein China gebe und Taiwan Teil dieses einen China sei. Sie bestanden aber darauf, eine Wiedervereinigung müsse friedlich vonstatten gehen, und verpflichteten sich im Taiwan Relations Act von 1979, die Selbstverteidigungskraft der Insel gegen einen möglichen Angriff seitens der Volksrepublik zu sichern. Während Taipeh sein einstiges Ziel, die Kommunisten vom Festland zu vertreiben, längst aufgegeben hat, bleibt Peking bis heute dabei, die Insel unter Umständen mit Gewalt zum Mutterland zurückzuführen.

■ Trapezakt zwischen militärischer Absicherung, Konjunkturflaute und politischer Instabilität

Taiwan hat gelernt, mit den verbalen Drohungen der Volksrepublik zu leben. Kaum ein politischer oder militärischer Experte rechnet damit, dass Peking tatsächlich einen Krieg beginnen würde, zumal die Insel in einigen wichtigen Rüstungsbereichen wie etwa bei Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen qualitativ noch immer überlegen ist. Frühestens 2010 oder 2015 wird Peking zu jener Art von technologi-

weder eine offizielle Unabhängigkeitserklärung zu verabschieden noch eine Volksabstimmung darüber abzuhalten.

Taipeh besteht aber darauf, bei Gesprächen über eine eventuelle Wiedervereinigung von Taiwan mit Festlandchina als gleich-

scher Kriegsführung in der Lage sein, der die wirkliche Sorge Taiwans gilt. Die Gefahr, wie sie Andrew Yang, Leiter eines unabhängigen Think Tanks in Taipeh, sieht, bestünde dann darin, dass Peking mit gezielten Raketenangriffen die strategischen Nervenzentren des Landes lahm legt und danach eine rasche Invasion startet. Dagegen muss Taipeh jetzt neue Waffen wie das Aegis-Radarsystem, ein hoch entwickeltes Raketenabwehrsystem, und neue U-Boote erwerben, betonen Analysten wie Lin Chong-pin vom Rat für Festlandsangelegenheiten, dem höchsten für die Beziehungen zur Volksrepublik zuständigen Organ. Denn es werde mindestens fünf bis acht Jahre brauchen, um diese Waffen einsatzfähig zu machen.

Entsprechend lang war die Bestellliste, die Taipeh dem US-Kongress übermittelt hatte. Der musste zwischen ökonomischen und sicherheitspolitischen Überlegungen in seinem Verhältnis zu Peking auf der einen Seite und den Erfordernissen des Taiwan Relations Act auf der anderen Seite entscheiden. Das chinesische Regime unter Jiang Zemin hatte Washington dagegen seit Monaten vor weiteren Waffenverkäufen an Taiwan gewarnt, die im äußersten Fall gar als Kriegsgrund gelten könnten. Dass sich der US-Kongress bei seinen Verhandlungen im April dafür entschied, Taiwan ein großzügiges Waffenpaket zum Verkauf anzubieten, hatte dann ganz entscheidend mit der Kollision vor der Südküste Chinas zu tun, bei der ein US-Aufklärungsflugzeug gerammt und zur Notlandung gezwungen wurde – ein Vorfall, der zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen den USA und der Volksrepublik beigetragen hat.

Das Aegis-System ist allerdings nicht im Paket, die inkludierten U-Boote dagegen erzeugen die USA nicht selbst, und die Europäer, die darüber verfügen, sind ihrerseits nicht bereit, den Zorn Pekings zu riskieren. In Taiwan ist dazu nun eine Debatte darüber entbrannt, ob man einerseits über das nötige Know-how verfüge, um alle diese Waffen zu integrieren und einsatzfähig zu machen, und ob andererseits die Annahme des gesamten Pakets finanziell wirklich zu rechtfertigen sei.

Ökonomisch ist der Tiger Taiwan nicht so fit, wie es die Taiwaner erwarten, was nicht zuletzt mit der Entwicklung der Welt- und US-Wirtschaft zusammenhängt, von der die stark exportorientierte Insel abhängig ist. Als Wirtschaftswunder galt Taiwan lange, das binnen weniger Jahrzehnte den Aufstieg vom Agrar- zum hoch industrialisierten Land vollzog. An zweistellige Wachstumsraten gewöhnt, können sich die Taiwaner mit Zahlen zwischen zehn und fünf Prozent nur schwer abfinden. Wenn dann noch die Arbeitslosenrate auf – für hiesige Verhält-

nisse enorme – 3,7 Prozent ansteigt, läuten bei vielen die Alarmglocken.

Die Bewahrung und Ausweitung des Wohlstandes sind – neben der Beibehaltung des politischen Status quo – das große Ziel der 23 Millionen Inselbewohner. Doch der Handlungsspielraum Chen Shui-bians war von Anfang an beschränkt. Zwar steht mit ihm erstmals ein Vertreter der DPP an der Staatsspitze, im Parlament hat sich aber nichts geändert, dort hält die KMT weiter die Mehrheit der Sitze. Chen stünden schwierige Jahre bevor, warnten Analysten sofort nach der Präsidentenwahl, aber ihre Worte gingen in der Begeisterung der Chen-Anhänger zunächst unter. Zum Jahrestag von Chens Amtsantritt ist nun freilich die große Ernüchterung eingeleitet. Die un-

gen geben musste. Vieles wird auch davon abhängen, ob Soong bereit ist, mit der KMT eine Art Allianz einzugehen, um der DPP den vollen Triumph – Präsidentenamt und eine Mehrheit im Parlament – zu verwehren. Rund 30 Prozent konnte die DPP in den vergangenen Wahlen stets für sich gewinnen. Bewegt sie sich noch mehr in Richtung der politischen Mitte, läuft sie Gefahr, jene Unabhängigkeitsbefürworter unter ihren An-



Fotos: Margarete Neundlinger



ter der KMT endemische Korruption lässt sich nicht so rasch beseitigen. Ohne die Kooperation der KMT lassen sich zugleich viele wirtschaftliche Maßnahmen nicht durchsetzen. Die Nationalisten aber boykottieren die DPP, wo sie nur können, was bei der unglücklichen Mischung aus präsidialem und parlamentarischem System recht leicht geht. Manche Analysten werfen der KMT, der weltweit reichsten Partei, sogar die Manipulation der Börse vor, um Chens Image anzukratzen.

Unsicher ist, ob die Ende dieses Jahres anstehenden Parlamentswahlen klarere Machtverhältnisse schaffen werden. Neben der DPP und der KMT wird die neue Partei von James Soong eine wichtige Rolle spielen. Soong, lange Jahre führendes KMT-Mitglied, war im parteiinternen Zwist geschieden und als Unabhängiger bei der Präsidentenwahl angetreten, wo er sich Chen Shui-bian nur knapp geschla-

hängern endgültig zu vergrämen, die schon jetzt die politische Vernunft der Partei in Frage stellen.

■ Semantische Spielwiese: Der Begriff „ein China“

Doch während die Taiwaner bei allen Schwierigkeiten und Ungereimtheiten stolz sind auf ihre Demokratie, findet sich Peking nur schwer damit ab, und noch viel schwerer mit der Wahl des DPP-Kandidaten Chen Shui-bian. Bis dato hat das Regime von Jiang Zemin keine Bereitschaft zum Dialog mit dem neuen Präsidenten von Taiwan erkennen lassen. Als Voraussetzung für Kontakte fordert es von Chen die Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“, auf das sich die beiden Seiten während eines kurzzeitigen Tauwetters Anfang der Neunzigerjahre geeinigt hätten.

Hätten, nicht hatten, denn was so einfach klingt – „ein China“ –, ist zu einem der komplexesten semantischen Spielfelder der Zeitgeschichte geworden. Was hatte man denn 1992 in dem so genannten Konsens erreicht? Wenn sowohl Peking wie auch Taipeh wirklich dem „Ein-China-Prinzip“ zugestimmt hatten, hatte man nicht zugleich auch anerkannt, dass jede Seite eine unterschiedliche Interpretation habe und haben dürfe? Vertreter des Rats für Festlandsangelegenheiten (MAC) sagen heute, dass es bei dem so genannten

In der Berliner Rede des Bundespräsidenten vom Mai 2001: „Wird alles gut? Für einen Fortschritt nach menschlichem Maß“, heißt es: „Wo die Menschenwürde berührt ist, zählen keine wirtschaftlichen Argumente.“ Dieser Satz kann sich allgemeiner Zustimmung sicher sein, auch deswegen, weil er in einem philosophischen Sinne und in einem juristischen Sinne gemeint sein kann. Ist aber die Menschenwürde durch die Forschung an Stammzellen und die Präimplantationsdiagnostik verfassungsrechtlich berührt?

Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Der Verfassungsgesetzgeber hat sich mit dem juristischen Inhalt dieser Norm nicht beschäftigt. Auf dem Hintergrund einer dunklen Vergangenheit schien der Norminhalt klar und leuchtend. Der Abgeordnete Heuß hielt den Begriff der Menschenwürde für eine „nicht interpretierbare These“. Der Wortlaut der Verfassung scheint ihn zu bestätigen. In Art. 1 Abs. 3 GG heißt es, dass die „nachfolgenden“ Grundrechte Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung binden. Offenbar ist eine solche Bindung für den Art. 1 Abs. 3 GG vorstehenden Art. 1 Abs. 1 GG nicht angeordnet und diese Bestimmung könnte daher eher als moralisch-ethischer Appell denn als Rechtsnorm zu verstehen sein.

Ungeachtet des Normtextes hat das Bundesverfassungsgericht die Menschenwürde als tragendes Konstitutionsprinzip der Grundrechte verstanden. Sie verbiete es, „den Menschen zum bloßen Objekt des Staates zu machen und ihn einer Behandlung auszusetzen, die seine Subjektqualität prinzipiell in Frage stellt.“ Diese Definition mag geeignet sein, Sachverhalte wie Judenverfolgung und Sklavenarbeit zu erfassen und zu inkriminieren; für Konflikte, wie sie sich etwa im Zusammenhang mit der Biotechnik stellen, taugt eine solche Definition jedoch nicht als überzeugende und nachvollziehbare Entscheidungshilfe.

1993 hat das Bundesverfassungsgericht die Feststellung getroffen, dass schon dem ungeborenen Leben Menschenwürde zukomme. Das Urteil ist zu Recht heftig kritisiert worden. Schon der Text des Grundgesetzes legt einen anderen Schluss nahe: Das Menschsein beginnt erst mit der Geburt und nicht vorher und nur für den

lebenden Menschen ist die Kategorie „Würde“ angebracht. Überdies ist widersprüchlich, dem ungeborenen Leben über die Zuerkennung der Menschenwürde rechtlichen Schutz zu gewähren, ihm diesen jedoch bei Vorliegen bestimmter Indikationen wieder zu entziehen. Dass der Schwangerschaftsabbruch dann als verfassungswidrig, allerdings straffrei, bezeichnet wird, ist aus der Perspektive des „Subjekts“, dessen ungeborenes Leben beendet wird, nur als zynisch zu bezeichnen.

Statt Schutz von Rechtsgütern bewirkt eine solche Rechtsprechung Gängelung des Gesetzgebers nach extralegalen Maßstäben.

Wenn man die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Menschenwürde des ungeborenen Lebens für begründet hält, mag die These der Bundesjustizministerin, „die Würde des Embryos ist unbezweifelbar“, konsequent erscheinen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist allerdings höchst zweifelhaft. Deren eklektischer Charakter wird deutlich, wenn man andere Lebenssachverhalte zum Vergleich heranzieht: Wenn bereits der Schwangerschaftsabbruch an sich einen Eingriff in die Menschenwürde des ungeborenen Lebens darstellt, ist es nur konsequent, den Mörder nicht bloß des Mordes, sondern auch der Verletzung der Menschenwürde zu bezichtigen; eine Aussage, die keiner treffen würde wegen ihres fast absurden Gehalts. Müsste man als Konsequenz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts überdies nicht auch den Autoverkehr, der jährlich zu Tausenden von Toten führt, wegen Verletzung der Menschenwürde als verfassungswidrig, wenngleich straffrei, bezeichnen? Die Beispiele zeigen, dass die Ausweitung des Begriffs der Menschenwürde lediglich zur Verwirrung dessen beiträgt, was Menschenwürde ausmacht. Überdies dürfte ein sehr weiter Begriff der Menschenwürde letztlich nicht zu einem sehr weiten Rechtsgüterschutz, sondern zugleich zu sehr weiten Ausnahmen von eben diesem Schutz führen.

Sicherlich wirft die Biotechnik moralisch-ethische Fragen auf. Sicherlich muss der Gesetzgeber der Biotechnik rechtliche Grenzen setzen. Wer glaubt, sich Fragen ersparen zu können, weil er Antworten der Verfassung glaubt entnehmen zu können, wird weder dem Problem noch der Verfassung gerecht.

Uwe Günther

RECHT

Biotechnik und Menschenwürde

lerdings könne nur mit einem demokratischen und ökonomisch florierenden China stattfinden.

Während die Investitionen taiwanesischer Geschäftsleute auf Festlandchina ständig steigen und bereits an die 40 Milliarden US-Dollar ausmachen, hat Peking zugleich das Gefühl, dass die Insel politisch immer weiter wegdriftet. Tatsächlich bleiben immer weniger von denjenigen, die 1949 mit Chiang Kai-shek auf die Insel kamen, die so genannten „Mainlander“ oder Festlandchinesen. Eine neue Generation mit einer taiwanesischen Identität ist nachgewachsen. Im weiteren Sinne gehören auch sie dem chinesischen Kulturkreis an, doch die demokratisierte und ökonomisch erfolgreiche Insel Taiwan ist ihre Heimat, die Volksrepublik der große und bedrohliche Nachbar.

Chen hat eine Reihe versöhnlicher Gesetze gesetzt und von einer langfristigen Integration mit dem Festland gesprochen, doch das genügt Peking nicht. Über ein Commonwealth oder eine Konföderation könne man verhandeln, heißt es in der DPP-Abteilung für internationale Angelegenheiten. Das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“, wie es für Hongkong gelte, aber sei inakzeptabel, da Würde Taiwan seine Selbstbestimmung und Freiheit verlieren. Ungewiss ist somit, unter welchen Voraussetzungen es doch noch zu einem Dialog zwischen dem Regime Jiang und der Regierung Chen kommen könnte. Das würde auf beiden Seiten guten Willen und Flexibilität im Umgang mit Begriffen wie: „ein China“ erfordern. Noch lässt Peking freilich keinerlei Bereitschaft zu einer Abschwächung seiner starren Begriffsdefinition erkennen.

Bald, so kalkulieren viele Taiwanesen, werde in Peking eine neue, jüngere Führungsschicht nachrücken. Vielleicht wird sie offener sein, vielleicht schafft auch das Festland den Übergang zu einem demokratischen System. Dann wäre der Dialog über eine Wiedervereinigung um vieles leichter – oder er könnte sich gar erübrigen. Doch das sind Gedankenspielerien. Die Volksrepublik, mit der Chen eine Annäherung zustande bringen muss, ist die von heute – eine, die massiv aufrüstet und stets aufs Neue den Taiwanesen mit Gewalt droht. Taipeh muss mit der Gefahr vom Festland weiterleben. Sollte, entgegen der Überzeugung von Experten, Peking doch plötzlich einen Angriff gegen die Insel starten, wird sie sich dann verteidigen können? Werden die USA wirklich zu Hilfe kommen? Die widersprüchlichen Aussagen der Bush-Regierung in den ersten vier Monaten ihrer Amtszeit lassen keine klaren Schlüsse zu. „Es gibt keine Antwort auf diese Fragen“, sagt Andrew Yang. „Wir müssen mit dieser Unsicherheit leben.“ ■

Konsens eher um die damals ungewöhnlich versöhnliche Atmosphäre gegangen sei. Auch Spekulationen aus jüngster Zeit, wonach Chinas Vizepremier Qian Qichen eine großzügigere Interpretation der „ein China“-Formel zulassen wolle – derzufolge das Festland wie auch die Insel Teil eines nicht näher definierten, größeren chinesischen Gebildes seien –, wurden zunichte gemacht, als Staatspräsident

Jiang Zemin die alte Formel als einzig gültige unterstrich, kurz: Taiwan bleibt für ihn die abtrünnige Provinz, deren Weigerung, zum Mutterland zurückzukehren, man nicht ewig dulden werde. Taipeh hat sich unter Chens Amtsvorgänger Lee Teng-hui in den so genannten „Richtlinien für die Wiedervereinigung“ zu einer stufenweisen Integration mit dem Festland bekannt, eine Wiedervereinigung al-

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur mangelnden Berücksichtigung von Familienlasten bei der Finanzierung der Pflegeversicherung hat frisches Wasser auf die Mühlen derer gespült, die den deutschen Wohlfahrtsstaat als „strukturell rücksichtslos“ gegenüber der Familie verdächtigen.¹ Die Klage darum, dass der deutsche Wohlfahrtsstaat sich zu wenig um die Familien kümmere, ist alles andere als neu. Sie stammt bereits aus den späten Siebziger- und Achtzigerjahren.² Unser Autor zweifelt an diesem Urteil und führt durch die Entwicklungen der Sozialpolitik und der veränderten Erwerbs- und Familienrealitäten. Eine Konzentration und Neugliederung der Familienpolitik scheint notwendig.

Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist in seiner Grundkonzeption auf abhängige Erwerbsarbeit, also auf beitragspflichtige Beschäftigte konzentriert.³ Seine historischen Kernbestandteile, die Sozialversicherungen, spiegeln das deutlich wider. Allerdings ist das nur eine Seite der Medaille. Der Einbezug der Familie war seit langem die andere, oft sehr viel weniger beachtete Seite. Das mag daran liegen, dass die Einbeziehung der Familie in den Wohlfahrtsstaat lange Zeit weniger sichtbar war oder sogar zweitklassig erschien. Denn die Integration der Familie verlief im Wesentlichen über die Erwerbstätigen selbst. Familie wurde als abhängige Größe des (in aller Regel) männlichen Erwerbstätigen definiert.⁴ Sie wurde so zwar in verschiedener Weise mit in die Sozialversicherungen integriert, doch immer nur durch den Erwerbstätigen hindurch.

In der sozialen Sicherung setzte sich die Abhängigkeit der Familie (sprich der nicht erwerbstätigen Frauen und Kinder) vom männlichen Alleinernährer fort. Sie partizipierte an seinem aktuellen Erwerbseinkommen und an einigen seiner durch Beiträge erworbenen Ansprüche. Die Höhe der Ansprüche richtet sich nur in der Krankenversicherung nach dem Bedarf; in der Rentenversicherung richtet sie sich nach dem Einkommen und der Beitragsdauer der Erwerbstätigen. Je höher beide Komponenten, desto höher die Ansprüche der Versicherten und darüber vermittelt auch die Ansprüche der Hinterbliebenen. Ihre geringere Wertigkeit im Vergleich zu den Versichertenansprüchen und ihr Charakter als

Sicherung gegen den Ausfall der Versorgung durch den Erwerbstätigen spiegelt sich in der prozentual zum Teil sehr viel niedrigeren Höhe der Hinterbliebenenansprüche.

Dieses Modell der Integration der Familie in die soziale Sicherung (allein) über die Erwerbstätigen und nicht aus eigenem Recht erreichte in den Fünfziger- und Sechzigerjahren seinen Höhepunkt. Es entsprach damals allerdings auch der Familienrealität, die treffend mit dem Begriff der „Normalfamilie“ beschrieben werden kann. Die Normalfamilie besteht aus verheirateten Eltern, einem erwerbstätigen Vater und einer nicht oder nur geringfügig erwerbstätigen Mutter, die sich um Aufgaben der Reproduktion der Familie kümmert, sowie zwei bis drei Kindern. Dieses Modell verlor zwar seit den Siebzigerjahren in Deutschland deutlich an Verbindlichkeit, wie unter anderen die steigenden Scheidungszahlen, die Zunahme Alleinerziehender und nichtehelicher Lebensgemeinschaften, die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen und die ab-

nehmenden Kinderzahlen zeigen.⁵ Es ist allerdings immer noch für einen Teil der Familien kennzeichnend. Die auf dieses Familienmodell zugeschnittene Sozialpolitik für die Familie ist damit zwar in den Teilen fehlgesteuert, in denen sie die Familien verfehlt, die nicht mehr dem tradierten Familienmodell entsprechen; sie ist es aber beileibe noch nicht in Gänze. Was sind die wesentlichen Bestandteile dieser „alten“ Familienpolitik, die bis heute besteht?

■ Familie in der deutschen Sozialpolitik

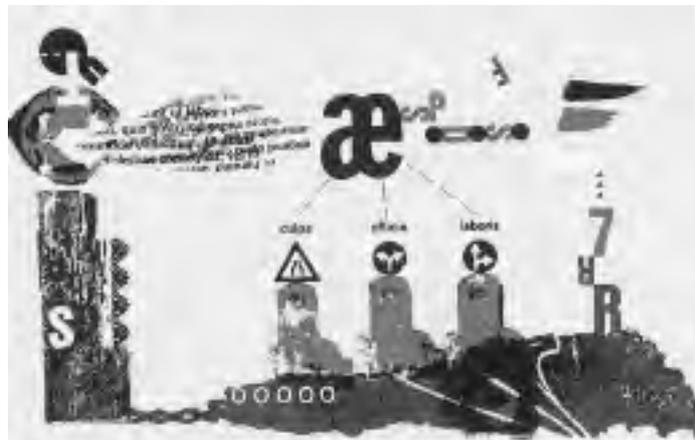
Ich nenne im Folgenden nur ihre wichtigsten Bestandteile:

– Der Kinderlastenausgleich mit seinen beiden Hauptkomponenten des Kindergeldes und der steuerlichen Kinderfreibeträge. Die Geschichte des Kinderlastenausgleichs ist wechselhaft, was das Zusammenspiel dieser beiden Hauptkomponenten und deren jeweilige Gestaltung und Höhe betrifft. Heute existiert ein System der Wahl: Je nachdem, was für die jeweiligen Eltern günstiger ist, kann zwischen Kindergeld und steuerlichen Kinderfreibeträgen gewählt werden. Derzeit beträgt das unabhängig von sonstigem Einkommen gewährte Kindergeld monatlich 270 DM für das erste und zweite Kind, 300 DM für das dritte Kind und 350 DM für jedes weitere Kind. Gegenwärtig wird eine Er-

Wirklich familienfeindlich?

Deutscher Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik

PETER BLESES



höhung des Kindergeldes um wahrscheinlich 30 DM ab dem Jahr 2002 debattiert.

– Die kostenfreie Mitversicherung von Familienangehörigen in der gesetzlichen Krankenversicherung stellt einen wenig berücksichtigten Teil der familienbezogenen Sozialpolitik innerhalb der beitragsbezogenen Sozialversicherungen dar. Hier stehen alle Versicherten, unbesehen ihres Familienstandes, mit ihrem einheitlichen Beitrag dafür ein, dass abhängige Familienangehörige – Kinder und nicht erwerbstätige Ehepartner – Krankenversicherungsschutz genießen.

– Die Hinterbliebenensicherungen in der gesetzlichen Rentenversicherung – wie übrigens auch in der Beamtenversorgung – erfolgen für die Versicherten ebenfalls ohne Mehrkosten. Die Kosten der Witwen- und Witwerrente sowie der Waisen- und Halbweisenrente werden ebenfalls von allen Versicherten unbesehen davon getragen, ob sie selbst Kinder oder Ehepartner haben.

– Arbeitslosengeld und -hilfe differenzieren bei der Leistungshöhe ebenfalls zwischen Personen mit sowie Personen ohne Kind(er). Mit mindestens einem Kind beträgt die Lohnersatzrate beim Arbeitslosengeld 67, bei der Arbeitslosenhilfe 57 Prozent. Kinderlose erhalten lediglich 60 oder 53 Prozent. Auch hier zahlen Eltern den gleichen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wie Kinderlose.

– Das steuerliche Ehegattensplitting stellt verheiratete Paare unter bestimmten Bedingungen steuerlich besser als unverheiratete Paare sowie Alleinstehende. Das Ehegattensplitting wird zwar vielfach deshalb für problematisch gehalten, weil es nicht direkt auf die Förderung von Kindern zielt, sondern nur den Tatbestand Ehe berücksichtigt. Diese Kritik ist richtig und es sollte überlegt werden, ob diese Mittel nicht in eine direktere Förderung

von Gemeinschaften mit Kindern umgelenkt werden können. Allerdings ist es auch unsinnig zu behaupten, dass das Ehegattensplitting Gemeinschaften mit Kindern gar nicht erfasse.⁶

Die bisherige Aufzählung ist nicht abschließend. Des Weiteren gibt es etwa noch das Mutterschaftsgeld, den Mutterschutz, das Baukindergeld, Vergünstigungen für Familien in zahlreichen Lebensbereichen, kostenlose Schulausbildung und Studienplätze, Unterstützung des Studiums durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz, öffentliche oder öffentlich geförderte Kindertagesstätten. Auch damit ist zwar noch nicht alles erfasst, wie Familien von möglichen Belastungen durch Kinder ganz oder teilweise befreit werden, doch sind die wesentlichen Komponenten angesprochen.

■ Neuere Komponenten in der Familienpolitik

Der alte Familienlastenausgleich bezog sich infolge der geschilderten normativen Grundausrichtung des deutschen Wohlfahrtsstaates in seinen Kernelementen folgerichtig auf jene, welche die Familien mit ihren Einkommen ernährten, und er bezog sich vorrangig auf die „Ehefamilie“. Seit circa eineinhalb Jahrzehnten haben sich hier durch einige Innovationen wesentliche Veränderungen ergeben. Im Jahre 1986 wurden das Erziehungsgeld, der Erziehungsurlaub und die Anerkennung von Erziehungszeiten sowie Zeiten privater Pflege Tätigkeiten in der Rentenversicherung eingeführt. Alle diese neuen familienbezogenen Komponenten wurden – sieht man einmal von der Höhe des Erziehungsgeldes ab, das seither im Wesentlichen auf einer Höhe von 600 DM verharrt – bis heute ausgebaut.

– Heute werden pro Kind drei Jahre Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung anerkannt. Das Gleiche gilt für Zeiten privater Pfl ege Tätigkeit. Diese Zeiten sind rentenbegründend. Die Erziehungszeiten stehen damit Zeiten beitragspflichtiger Erwerbsarbeit gleich. Da in der Rentenversicherung ein Anspruch nach fünf Beitragsjahren entsteht, führen bereits zwei Kinder zu einem Rentenanspruch, selbst wenn die Erziehungsperson niemals erwerbstätig gewesen ist. Für die Kindererziehung wird heute ein Beitrag in Höhe des Durchschnittsverdienstes der Versicherten fingiert. Wird zusätzlich zur Kindererziehung gearbeitet, werden der Beitrag aus Erwerbstätigkeit und jener für die Kindererziehung bis zur oberen Beitragsbemessungsgrenze zusammengerechnet.

– Erziehungsurlaub kann bis zu drei Jahren beansprucht werden. Danach besteht eine Wiedereinstellungsgarantie beim vorherigen Arbeitgeber. Der gleiche Arbeitsplatz ist jedoch nicht gesichert. Das Erziehungsgeld wird für maximal zwei Jahre gewährt, hängt allerdings von der Bedürftigkeit der Eltern ab. In den ersten sechs Monaten sind die Bedürftigkeitsgrenzen höher, sodass ein Großteil der Eltern in den Genuss der Leistung kommt. In den folgenden 18 Monaten sind die Grenzen niedriger, sodass weniger Eltern Erziehungsgeld beziehen können. Die jüngsten Veränderungen des Erziehungsgeldes und -urlaubs (jetzt: Elternzeit) durch die neue Bundesregierung zielen auf eine Belohnung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile ab.⁷

Bei diesen familienpolitischen Innovationen fällt zweierlei auf. Erstens wurden diese Veränderungen bald nach Einsetzen des Wandels diskutiert, umgesetzt und weiterentwickelt, die das familiäre Zusammenleben seit den Siebzigerjahren erlebt. Die Sozialpolitik scheint also durchaus reaktionsfähig zu sein. Sie unterstützt die Familie dann verstärkt, wenn sich Probleme andeuten. Zweitens fällt auf, dass die Neuerungen in der familienbezogenen Sozialpolitik die Familie oder Leistungen, die in und für die Familie erbracht werden, nicht über den Familienernährer, sondern aus eigenem Recht einbeziehen. Für Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung ist unerheblich, welches Familienmodell gelebt wird. Erheblich ist vor allem, ob Kinder da sind und dass man sich um die Kinder kümmert.

Das hat Rückwirkungen auf das Modell des deutschen Wohlfahrtsstaates. Er entwickelt sich sukzessive weg von der alleinigen Ausrichtung auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, und immer mehr hin zu einem Modell, das neben der Erwerbstätigkeit vor allem auch die Fa-

Blases, Peter/Rose, Edgar (1998): *Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs*, Schriften des Zentrums für Sozialpolitik, Bd. 8, Frankfurt/Main; New York: Campus

Blases, Peter/Seeleib-Kaiser, Martin (1999): „Zum Wandel wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland: Zwischen Lohnarbeit und Familie“, in: *Zeitschrift für Soziologie* 28, S. 114-135

Blases, Peter/Vobruba, Georg (2000): „Institutionelle Normen und individuelle Handlungsoptionen im sozialstaatlichen Wandel“, in: Metzke, Regina; Mühlner, Kurt; Opp, Karl-Dieter (Hrsg.), *Normen und Institutionen: Entstehung und Wirkungen*, Band 2 der Reihe Leipziger Soziologische Studien, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 269-297

BMFuS (Bundesministerium für Familie und Senioren) (Hrsg.) (1994): *Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens*, Bonn: Bundesministerium für Familie und Senioren

Esping-Andersen, Gösta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford: Oxford University Press

Geißler, Heiner (1976): *Die Neue Soziale Frage*, Frei-

burg im Breisgau: Herder

Herlth, Alois/Brunner, Ewald Johannes/Tyrell, Hartmann/Krizet, Jürgen (Hrsg.) (1994): *Abschied von der Normalfamilie? Partnerschaft kontra Elternschaft*, Berlin/Heidelberg: Springer

Hinrichs, Karl (1996): „Das Normalarbeitsverhältnis und der männliche Familienernährer als Leitbilder der Sozialpolitik“, in: *Sozialer Fortschritt* 45, S. 102-107

Kaufmann, Franz-Xaver (1995): *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen*, München: C. H. Beck

Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (1995): „Die institutionelle Dynamik ‚dritter Wege‘ – Zur Entwicklung der Familienpolitik in ‚katholischen‘ Wohlfahrtsstaaten am Beispiel Deutschlands und Frankreichs“, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 41, S. 780-803

Marschallek, Christian (2000): *Sozialstaat und demographischer Wandel – Warum gerät der Generationenvertrag unter Druck? Hausarbeit am Institut für Soziologie der Universität Leipzig: Ms.*

Vobruba, Georg (1990): „Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik in der Krise der Lohnarbeit“, in: Vobruba, Georg (Hrsg.), *Strukturwandel der Sozialpolitik*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 11-80

milie und Familienleistungen gleichberechtigt einbezieht. Wie weit diese Entwicklung gehen wird, inwieweit sie nicht nur von der Entwicklung der Familie, sondern auch von den Dauerproblemen des Arbeitsmarktes beeinflusst wird, sollte Gegenstand weiterer Forschung sein. Ebenso die Art und Weise, wie die politischen Akteure diese Veränderungen wahrnehmen und wie sie gesetzgeberisch darauf reagieren. Erste Erkenntnisse liegen hier bereits vor.⁸

■ Familienfeindlichkeit versus Familienfreundlichkeit

Ich komme nun auf den Vorwurf der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ des deutschen Wohlfahrtsstaates gegenüber der Familie zurück. Der Vorwurf, der deutsche Wohlfahrtsstaat würde die Belange der Familie missachten, wäre gar in allen seinen Gliederungen familienfeindlich und würde auf die Veränderungen der Familienrealität nicht reagieren, muss zurückgewiesen werden. Im Gegenteil existiert ein weit verzweigtes – leider unübersichtliches – Netz von familienbezogenen Leistungen und Diensten, die in vielen Bereichen soziale Sicherungen für Kinder und Eltern etabliert haben. Es bedarf schon einiger Suche, um Bereiche zu identifizieren, in denen die Familie *nicht* berücksichtigt wird.

Natürlich ist die Bewertung, was an Familienpolitik ausreichend ist und was nicht, schwierig. Welche Aufwendungen und Nachteile sind überhaupt unter dem Begriff „kinderbezogene Kosten“ zu fassen? Was sind geeignete Maßstäbe der Bemessung des Lastenausgleichs? Hier kommen nur politische Gerechtigkeitskriterien in Frage. Und die sind erstens nicht allgemein gültig und zweitens vielfältig. Sollen die Lasten, die Kinder verursachen, in Gänze von der Gesellschaft getragen und damit den Eltern genommen werden? Es gibt kaum ein Beispiel in der sozialen Sicherung, bei dem das der Fall ist. Auch die Lohnersatzleistungen decken in aller Regel nur einen Teil des versicherten Risikos ab, etwa des Alters oder der Arbeitslosigkeit. Wenn verneint wird, dass es tatsächlich alle kinderbezogenen Kosten sein sollen, die von der Gemeinschaft zu tragen sind, dann gerät man natürlich sofort in die Schwierigkeit festzulegen, wie hoch der individuelle Anteil der Eltern und wie hoch derjenige der Gesellschaft sein soll. Vielleicht könnte das Lohnersatzniveau der Rentenversicherung als Maßstab dienen. Dann wären vielleicht 67 bis 70 Prozent der Kosten öffentlich auszugleichen.

Das ist aber nur eine Frage. In Zeiten knapper öffentlicher Kassenlagen, der Konkurrenz zahlreicher verschiedener Interessen und Interessengruppen sowie gesellschaftlicher Bedarfe um öffentliche Berücksichtigung werden all jene, die mehr für die Familie fordern, auch sagen müssen, in welchem Bereich gespart werden soll, welche Interessen zukünftig weniger wert sein sollen als jene der Familie. Gern werden hier – ich vereinfache ein wenig – Zukunftsausgaben (u. a. für die Familie) gegen jene für die Gegenwart (u. a. die Versorgung älterer und alter Menschen) aufgerechnet. Für die Zukunft, sprich: für die Kinder, werde zu wenig, für die Gegenwart, sprich: für die heute und morgen Alten, werde zu viel ausgegeben. Soll das dann heißen, dass – neben anderen Veränderungen – weniger Geld für die Renten und mehr für das Kindergeld bereitgestellt werden soll? Wenn das so ist, dann sollte man das erstens offen sagen. Zweitens muss man dann auch über die Konsequenzen für das System der Sozialversicherungen und der Versorgung alter Menschen sprechen. Die werden im Kontrast zu bedürftigen Familien gerne als „überversorgt“ dargestellt. Es lässt sich zwar kaum ergründen, ab wann denn „überver-



Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

PROBEABONNEMENT

LESEN SIE DEN FREITAG 3 WOCHEN LANG KOSTENLOS UND UNVERBINDLICH FÜR SIE.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

Plz, Ort

Telefon

COUPON AUSFÜLLEN, AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN AN:
FREITAG VERLAG, POTSDAMER STR. 89, 10785 BERLIN

sorgt“ wird beziehungsweise wie lange die Versorgung akzeptable Größenordnungen nicht übersteigt. Dass in der Rentenversicherung hohe Sicherungsniveaus erreichbar sind, liegt nicht daran, dass das Rentenversicherungssystem ausgebeutet wird, sondern am Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Wer hohe Renten erhält, hat vorher auch viel eingezahlt. Durch die Rentenversicherung allein werden jedoch nur relativ wenige Gruppen weit über ihren Bedarf hinaus abgesichert. Vielmehr ist es so, dass bei vielen alten Menschen erst das Zusammenwirken verschiedener Einkommen im Alter ein ausreichendes oder sogar hohes Versorgungsniveau bietet.

■ Familienpolitische Steuerung?

Gewarnt werden sollte übrigens auch vor zu viel familienpolitischem Steuerungs-optimismus. Erstens ist die Entwicklung der Familie der vergangenen Jahrzehnte keine direkte Folge politischer Steuerung, sondern vor allem veränderter ökonomischer Bedingungen sowie gesellschaftlicher Lebens- und Wertvorstellungen. Zweitens wird eine veränderte Familienpolitik allenfalls über lange Zeiträume und dann auch nur vergleichsweise wenig dazu beitragen können, dass Menschen wieder mehr Kinder bekommen. Betrachtet man die Geburtenentwicklung im internationalen Vergleich und setzt man sie mit den Ausgaben für die Familie und das Alter ins Verhältnis, so ergeben sich kaum eindeutige Schlussfolgerungen. Nicht überall dort, wo die Leistungen der Familienpolitik hoch sind, sind auch die Geburtenraten besonders hoch (Luxemburg); umgekehrt sind aber vor allem auch nicht überall dort, wo die Leistungen für die Familien niedrig und/oder die Leistungen für das Alter hoch sind, die Geburtenraten besonders niedrig (Irland; Griechenland).⁹ Öffentliche Förderung kann dem historischen Trend sinkender Geburtenzahlen in Europa wahrscheinlich nur wenig entgegensetzen. Zu viele andere Einflussfaktoren spielen hier eine Rolle. Was erreicht werden könnte, wäre eine den Wünschen der heutigen Familien an-

gepasste Familienpolitik, die wiederum den Entschluss für Kinder erleichtern könnte. Das allein bringt aber sicher noch keine demographische Wende.

Ergebnisse der international vergleichenden sozialwissenschaftlichen Forschung lassen es bezüglich der Herstellung familienfreundlicher Lebensarrangements vor allem geraten erscheinen, neben den Ausgabenhöhen in der Familienpolitik die verschiedenen familienpolitischen Ausrichtungen zu beachten.¹⁰ Wenn hier der Vorwurf der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ des deutschen Wohlfahrtsstaates gegenüber der Familie zwar insgesamt zurückgewiesen wird, so soll damit hinsichtlich der Ausrichtung der deutschen Familienpolitik keine Schönfärberei betrieben werden. Selbstverständlich bestehen fortlaufend Probleme der Anpassung gesetzlicher Maßnahmen an die gesellschaftliche Realität. Das ist in der Familienpolitik nicht anders als in anderen Politikbereichen. Ein Sektor, in dem die Probleme zwar bereits bekannt sind und im deutschen Fall – im Unterschied vor allem zu den skandinavischen Staaten – noch keine umfassende gesetzgeberische Antwort gegeben wurde, ist die flächendeckende und bedürfnisgerechte Versorgung mit Kindertagesstätten. Wie einige skandinavische Staaten zeigen, bedeutet eine hohe Frauenerwerbsquote zumindest dann nicht unbedingt auch einen Rückgang der Geburtenzahlen, wenn ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen der Kinderbetreuung besteht. In Deutschland bestehen hierbei Probleme vor allem in den alten Bundesländern und hier wiederum vorwiegend in den ländlichen Gebieten sowie bei Einrichtungen, die ausreichend lange und durchgehend geöffnet haben sowie Kinder aller Altersgruppen wenigstens bis zur Vollendung der Grundschule aufnehmen können. Das Defizit an solchen Einrichtungen lässt vielen Eltern keine Wahl, ob und in welchem Rahmen sie neben der Kindererziehung erwerbs-

tätig sein wollen. Die Familienpolitik orientiert sich hier nach wie vor stark an dem Idealbild des einen Elternteils, der möglichst vollzeitig für die Kinderbetreuung zur Verfügung steht. Sie ist damit zumindest in dieser Beziehung wenig bedürfnisgerecht, vor allem weil sie den wachsenden Wünschen von Frauen nach Erwerbstätigkeit keinen ausreichenden Raum bietet. Das muss nicht bedeuten, dass der Staat nun die vollständige Finanzierung solcher Einrichtungen übernehmen soll. Es erfordert aber eine Initiative des Staates zur Unterstützung des Aufbaus und der Garantie des Bestandes ausreichender Angebote. Bislang ist das durch den Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren erst in Ansätzen geschehen. Weitere Entwicklungen in dieser Richtung sind das neue „Teilzeitgesetz“ sowie die beschriebene Umwandlung des Erziehungsurlaubs in die Elternzeit, die beiden Elternteilen zugleich Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung ermöglichen kann.

Bleibt abschließend die Frage, ob die starke Ausdifferenzierung der Familienpolitik in den verschiedenen sozialpolitischen Bereichen, denen das Bundesverfassungsgericht mit der Beitragsdifferenzierung zwischen Kinderlosen und Eltern jetzt ein weiteres Element hinzufügen will, sinnvoll ist. Damit kann zwar auf verschiedene Lasten der Familien in verschiedenen Lebensbereichen vergleichsweise zielgenau reagiert werden. Der Nachteil besteht aber darin, dass das System für die Öffentlichkeit immer weniger überschaubar wird. Hier könnte die alte Weisheit, dass weniger mehr ist, zutreffen. Weniger muss sich dabei nicht auf die Höhe der öffentlichen Transfers und Dienstleistungen für die Familie beziehen. Es meint vielmehr: Konzentration auf einige wenige, dafür aber klar geregelte und öffentlich gut sichtbare Transfers und Dienstleistungen, direkt für Erziehende und für Kinder. ■

1 Der Begriff „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ entstammt dem Fünften Familienbericht (BMFuS 1994, S. 21 f.). Er findet sich ebenfalls in der Familiensoziologie bzw. Familienpolitikforschung (v. a. Kaufmann 1995).

2 Das Thema wurde zunächst vor allem durch die Entdeckung der „Neuen Sozialen Frage“ in den Siebzigerjahren seitens der damaligen CDU-Opposition aufgebracht (Geißler 1976).

3 Vgl. Vobruba 1990; Bleses/Vobruba 2000.

4 Bleses/Rose 1998; Hinrichs 1996; Lessenich/Ostner 1995.

5 Zur Bedeutung und Entwicklung der „Normalfamilie“ siehe Herlth et al. (Hrsg.) 1994.

6 Auch heute noch wächst ein großer – wenngleich abnehmender – Teil der Kinder in Ehen auf. Und in diesen Gemeinschaften erwirbt oft ein Elternteil auf Grund geringerer Arbeitszeiten infolge Kindererziehung weniger Einkommen als der andere Elternteil. Genau dieser Umstand wird mit dem Ehegattensplittung berücksichtigt, da mit zunehmender Einkommensdifferenz auch der steuerliche Begünstigungseffekt steigt. Arbeiten wieder beide Ehepartner vollzeitig, und verdienen sie gar vergleichbar, dann sinkt auch der Begünstigungseffekt des Ehegattensplittings.

7 Wird das Erziehungsgeld nur ein Jahr lang beansprucht, wird es auf bis zu 900 DM aufgestockt. Zudem können beide Eltern zugleich die Elternzeit beanspruchen, wobei Erwerbstätigkeit beider Partner bis zu 30 Stunden in der Woche zulässig ist. Erziehungsgeld kann *zusätzlich* zu bedürftigkeitsgeprüften Leistungen (v. a. Sozialhilfe) bezogen werden. Nach der letzten Novelle des Bundeserziehungsgeldgesetzes wird das Erziehungsgeld auf Lohnersatzleistungen (v. a. Arbeitslosenhilfe und jetzt auch Arbeitslosengeld) dann nicht angerechnet, wenn die vorangegangene Beschäftigung 30 Stunden pro Woche nicht überstieg.

8 Siehe hierzu vor allem Bleses/Seeleib-Kaiser 1999.

9 Ich verdanke eine solche Zusammenstellung einschlägiger Daten einer Hausarbeit am Institut für Soziologie der Universität Leipzig (Marschallek 2000).

10 Vgl. Esping-Andersen.

fekt steigt. Arbeiten wieder beide Ehepartner vollzeitig, und verdienen sie gar vergleichbar, dann sinkt auch der Begünstigungseffekt des Ehegattensplittings.

7 Wird das Erziehungsgeld nur ein Jahr lang beansprucht, wird es auf bis zu 900 DM aufgestockt. Zudem können beide Eltern zugleich die Elternzeit beanspruchen, wobei Erwerbstätigkeit beider Partner bis zu 30 Stunden in der Woche zulässig ist. Erziehungsgeld kann *zusätzlich* zu bedürftigkeitsgeprüften Leistungen (v. a. Sozialhilfe) bezogen werden. Nach der letzten Novelle des Bundeserziehungsgeldgesetzes wird das Erziehungsgeld auf Lohnersatzleistungen (v. a. Arbeitslosenhilfe und jetzt auch Arbeitslosengeld) dann nicht angerechnet, wenn die vorangegangene Beschäftigung 30 Stunden pro Woche nicht überstieg.

8 Siehe hierzu vor allem Bleses/Seeleib-Kaiser 1999.

9 Ich verdanke eine solche Zusammenstellung einschlägiger Daten einer Hausarbeit am Institut für Soziologie der Universität Leipzig (Marschallek 2000).

10 Vgl. Esping-Andersen.

Siehe zum Thema in der Kommune auch:

→ Sozialstaat mit Zukunft. Eine Serie von Harry Kunz.

Teil 1: Generationen- und soziale Gerechtigkeit (4/00)

Teil 2: Die Zukunft der Gesundheit (6/00)

Teil 3: Soziale Hilfen (8/00)

Teil 4: Soziales Europa (10/00)

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu den Kosten der Kinderbetreuung aus dem Jahre 1998 und zuletzt zur Pflegeversicherung bedeuten für den Gesetzgeber die Wende von einer zukunftsblinden hin zu einer generationengerechten und nachhaltigen Politik. Fraglich ist aber, ob ein Kurieren an den Symptomen (Kindergeld, Erziehungszeiten) den drängenden Problemen noch gerecht wird. Bisher wurde Familienpolitik immer als Transferpolitik interpretiert. In Form des Familienlastenausgleichs hat es diese Politik aber weder vermocht, die Geburtenrate noch die Erwerbsquote der Frauen zu steigern. Beides hängt unmittelbar zusammen.

Eine Antwort auf das zentrale Problem der doppelten Kinderarmut – immer weniger Kinder werden geboren und immer mehr Kinder leben unter wirtschaftlich prekären Bedingungen – steht politisch auch unter der neuen Bundesregierung aus. Während die SPD es bis zur nächsten Bundestagswahl bei einer Erhöhung des Kindergeldes belassen will, fordern die Grünen eine flächendeckende Ausstattung mit Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagschulen. Das zentrale Problem – eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wird damit aber nicht annähernd gelöst.

Nicht „entweder – oder“ sondern „sowohl – als auch“ lautet heute die Devise. Jeweils drei Viertel der in der Shell-Studie befragten Jungen und Mädchen zwischen 15 und 24 Jahren nannten Familie *und* Beruf als zentrale Lebenskonzepte.

Mit der Geburt des ersten Kindes steht jedes Paar vor der Frage nach dem „Wie“ der Vereinbarkeit. In 98 Prozent der Fälle ist es die Frau, die zunächst aus dem Erwerbsleben ausscheidet – nicht ohne Folgen. Nur knapp die Hälfte aller Mütter von Kindern im Vorschulalter arbeitet, neunzig Prozent davon Teilzeit. Je länger die Unterbrechung, umso schwieriger gelingt der Wiedereinstieg. Die deutsche Gesellschaft leistet es sich so, auf einen wesentlichen Teil seiner teuer ausgebildeten Arbeitskräfte zu verzichten.

Alle demografischen und individuellen Entwicklungen ignorierend, wurde dagegen das politische Leitbild – Familie ist dort, wo Mütter bei ihren Kindern sind – bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Betreuungs- und Erziehungsbedarf aus dem Jahr 1998 nicht aufgegeben. In diesem Urteil bestätigte das Gericht, was politisch lange offenkundig

Kinder oder Cash?

Familienpolitik in der neuen Arbeitswelt

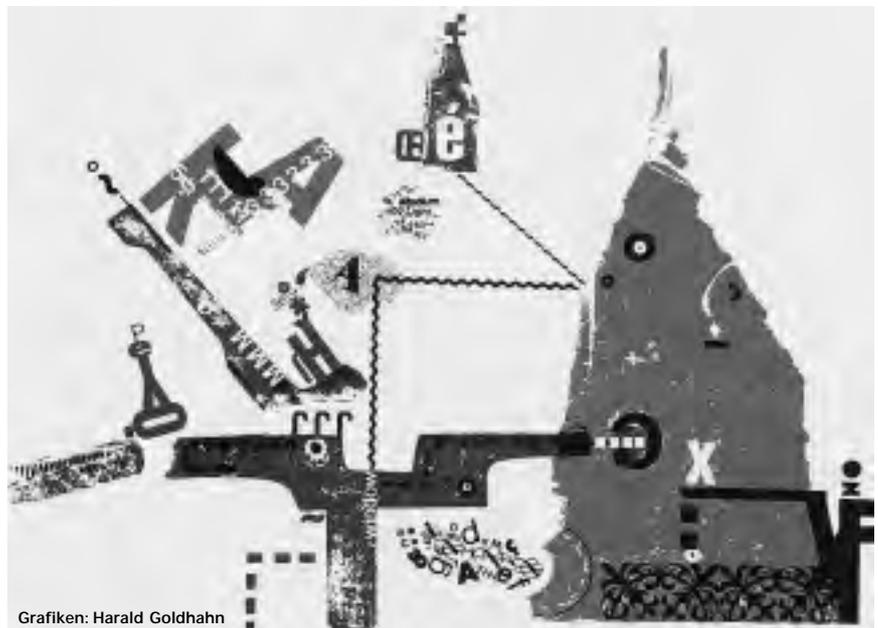
NORA DAMME / DANIEL DETTLING

war: Weder Splittingvorteile noch doppeltes Erwerbseinkommen sind in der Lage, die Kosten für die Betreuung von Kindern auch nur annähernd auszugleichen und stärkere Anreize für mehr Kinder zu setzen.

Das Problem der Familienpolitik ist ein Problem der Fehlanreize. Die gegenwärtige Politik stellt für die Bürger keinen Anreiz dar, das „Risiko Kind“ einzugehen. Ein Teil der Kinderlosen verfolgt eine Strategie der präventiven Gegenausbeutung: Sie verlassen die gesetzlichen, kollektiven Institutionen und flüchten in private Sicherungssysteme, die als demografieresistent, das heißt kinderresistent, gelten. Familienpolitik hat in Deutschland noch immer die Konnotation von Armuts- und Almosenpolitik. Deren

Erfolgsgrad bemisst sich nach der Großzügigkeit der Parteien beim Kindergeld: Wer bietet mehr? Dabei ist es höchst fraglich, ob Kindergeld, Steuernachlässe und staatliche Unterstützung überhaupt einen Einfluss auf die Geburtenrate haben. Zu komplex sind die Motive und individuellen Rahmenbedingungen der privaten Entscheidung für ein Kind. So ermittelte der „Fertility and Family Survey“ der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, dass zwar 78 Prozent der westdeutschen Befragten mit dieser staatlichen Unterstützung rechnen. Doch nur ein Viertel gab an, davon ihren Kinderwunsch abhängig zu machen.

Familienpolitische Ziele können nicht ohne Zusammenhang mit dem System der sozialen Sicherung gesehen werden. Unter verbesserten Rahmenbedingungen



Grafiken: Harald Goldhahn

für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stieg in Frankreich die Geburtenrate innerhalb der letzten fünf Jahre von 1,7 auf 1,9. Damit hat Frankreich die höchste Rate innerhalb der Europäischen Union. Doch haben die Rahmenbedingungen vor allem Einfluss auf die ökonomische Situation der Familien. Fast 70 Prozent aller Französisinnen sind berufstätig. Ebenso lässt sich die Tatsache, dass in Ostdeutschland verheiratete Mütter verglichen mit denen in Westdeutschland seltener sozialhilfebedürftig sind, auf das noch immer dichtere Angebot an Kinderbetreuung und eine andere Einstellung zur Müttererwerbstätigkeit zurückführen.

In Deutschland wird der Ruf nach besseren Kinderbetreuungsmöglichkeiten laut. In einer aktuellen Allensbach-Befragung gaben 64 Prozent der Frauen in Westdeutschland und 56 Prozent im Osten an, dass die Öffnungszeiten von Kindergärten besser auf die Arbeitszeiten von Müttern und Vätern abgestimmt werden sollten. Zwar hat seit 1996 jedes Kind ab drei Jahren einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Für unter Drei- und über Sechsjährige sind passende Angebote jedoch knapp oder kaum bezahlbar. Hier lohnt ein Blick nach Skandinavien: Neben Ganz- und Halbtagskindergärten gibt es ein gut ausgebautes Netz an Tagespflege, Schulhorten und Schülertagesstätten. Eine Vielfalt, die den Bedürfnissen berufstätiger Eltern wesentlich besser entgegen kommt.

Mit der differenzierten Gestaltung ihrer Pflicht zur Sicherstellung der Kinderbetreuung tun sich die Kommunen hier zu Lande noch schwer. Die Forderung nach einem verstärkten Ausbau der sozialen Dienstleistung „Kinderbetreuung“ oder gar ihre völlige Freistellung von Kosten überlastet die kommunalen Haushalte. Die Entlastung im Bereich der Sozialhilfe kompensiert bei weitem nicht das Finanzierungsloch in den Kommunen. Zusätzliche Quellen der Finanzierung müssen erschlossen werden. Quellen, an denen sich jeder Bürger – unabhängig davon, ob kinderlos oder nicht – wird beteiligen müssen.

Die Vorbildfunktion sollte hier der Bund mit einer kurzfristigen Reform übernehmen: Die vom Familienministerium vorgesehene Unterstützung der Kinderbetreuung in Höhe von zwei Milliarden DM jährlich sollte dazu genutzt werden, Anreize für alle Kinderbetreuungseinrichtungen zu setzen, eine Betreuung über die Mittagszeit hinaus anzubieten. Dieses Geld würde ausreichen, allen Einrichtungen und Grundschulen 2500 DM pro Monat zur Finanzierung dieser Betreuung anzubieten.

Politökonomisch bleibt unklar, warum an den Kosten eines öffentlichen Guts, der Reproduktion von Humankapital, nicht die gesamte Gesellschaft beteiligt werden soll. Während die vorrangig männlichen Risiken im Erwerbsleben – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter – im deutschen Sozialstaat überdurchschnittlich gut abgesichert sind, gilt die Geburt von Kindern vor allem für die Mütter immer noch als Privatsache, mit all ihren Folgen.

Ein Vorschlag kommt von der Hans-Böckler-Stiftung, welche die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Organisation und Finanzierung von Kinderbetreuung jetzt in einem Buch darlegt (Kreyenfeld u. a.: Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Luchterhand 2001). Als verlässlichere Alternative zur Steuerfinanzierung plädieren die Autoren für eine *Kinderkasse*. Analog zur gesetzlichen Renten- oder Krankenversicherung zahlt jeder erwachsene Bundesbürger, gestaffelt nach Einkommen, in die selbst verwaltete Kinderkasse ein. Die Eltern erhalten für das Kind einen Betreuungsgutschein, den sie bei einer (geprüften) Einrichtung ihrer Wahl einlösen können, wodurch ein bedarfsgerechtes Angebot entsteht.

Staatliche Betreuungsangebote können aber nur eine Stütze der kinderfreundlichen Gesellschaft sein. Familienpolitik muss sich vom Leitbild des „Mutter-Kind-Programms“ verabschieden. Das seit Anfang des Jahres gültige Elternzeit-Gesetz ermöglicht es prinzipiell beiden Eltern, diese Zeit flexibel untereinander aufzuteilen. Grundsätzliche Veränderungen sind aber kaum zu erwarten. In einer Studie des Familienministeriums gaben drei Viertel der Väter an, dass das Erziehungsgeld nicht ausreichen würde, den Einkommensverlust durch Erziehungsurlaub auszugleichen. Ist ein Kind unter drei Jahren im Haus, tendiert knapp die Hälfte der Väter sogar dazu, ihre Arbeitszeit auszuweiten, um die Familie ökonomisch abzusichern.

Im Unterschied zur deutschen Taschengeld-Regelung (600 DM für maximal drei oder 900 DM monatlich für ein Jahr) bezahlt in Schweden die Sozialversicherung ein so genanntes Elterngeld, welches 80 Prozent des Bruttoeinkommens für ein Jahr beträgt. Die Folge: Während in Deutschland gerade einmal zwei Prozent aller Väter in Elternurlaub gehen, sind es in Schweden zehn Prozent, die die Leistungen der Elternversicherung nutzen. Sinnvoll wäre es zudem, den Anspruch auf Erziehungszeit individuell und nicht übertragbar für beide Partner zu gestalten. Nimmt der eine die Erziehungszeit nicht in Anspruch, verfällt sie auch für den anderen.

Steuertopf oder Familienkasse? Es wird auf den richtigen Mix ankommen. Die Antwort liegt in der Verbindung beider Finanzierungsformen. Aus den bisherigen sozialen Systemen müsste langfristig eine *Bürgerversicherung* werden, wie sie die SPD bereits als Erwerbstätigenversicherung fordert. Im Unterschied zu dieser bezieht die Bürgerversicherung jedoch alle, auch Beamte und Selbstständige, ein. Diese Bürgerversicherung berücksichtigt den „Faktor Kind“ stärker. Wer auf diesen Faktor verzichten will, muss zusätzlich privat vorsorgen, indem er seine eingesparten Gelder am Kapitalmarkt anlegt.

Mit einer bloßen Erhöhung der staatlichen Leistungen und einer Anrechnung von Erziehungszeiten wird man jedoch langfristig wenig erreichen, wenn nicht Beziehungen und Bedingungen vor Ort, in den Kommunen, verbessert werden. Da nützen auch keine gut gemeinten Appelle an das Gewissen der Väter. Wer in seiner unmittelbaren Umgebung und Nachbarschaft nicht über soziale Angebote vernetzt ist oder von diesen erst gar nicht erreicht wird, wird mit Geld wenig anfangen können. Der Schlüssel zum Erfolg – eine höhere Geburtenrate und bessere finanzielle Bedingungen für Familien – liegt in einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben. Bislang nehmen lediglich 1,5 Prozent der Väter Erziehungszeit in Anspruch. Anders formuliert: 98,5 Prozent der Mütter machen das (noch) mit.

Familienpolitik ist heute mehr als „Schutz von Ehe und Familie“. Eine Politik, die Verantwortungsgemeinschaften fördern will, wird künftig „Lebenspolitik“ als ihre neue Aufgabe sehen. Eine solche Politik hätte vor allem das Ressort- und Besitzstandsdenken der Verwaltung und Ministerien zu überwinden. Die klassische Unterteilung der Politikfelder Arbeitsmarkt, Wirtschafts-, Steuer- und Familienpolitik stößt hier an funktionale und politische Grenzen. Warum nicht Arbeits-, Wirtschafts- und Familienministerium zusammenlegen?

Familie ist in Zukunft auch dort, wo (noch) keine oder nicht mehr Kinder sind. Familie ist dort, wo andere Zeit für frei gewählte Beziehungen aufbringen und soziale Verantwortung übernehmen. Familienleben fördern, nicht nur um der sozialen Sicherung, sondern auch der besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Privatheit wegen. Firmen und Unternehmen werden daher ebenso ihren Beitrag leisten müssen wie Kommunen und der Bund. Eine Politik, die sich auch in Zeiten „knapper Kassen“ für eine neue Balance von Produktion und Reproduktion einsetzt, muss um ihre Zukunft nicht fürchten. ■



Splendid Isolation

Über unseren Umgang mit dem Balkan und seinen „Wirren“

ERNST KÖHLER

Die Politik bestimmt das Bewusstsein. Die Interpretation einer politischen Situation ist kaum je unabhängig von politischer Handlungsbereitschaft und Verantwortungsgefühl. Ein Extremfall ist der Stammtisch, an dem bei uns regelmäßig auch viele Gebildete sitzen: Am besten, man zöge einen Zaun, eine Mauer um den Balkan und wartete ab, bis er sich ausgebrannt hat. Man darf vielleicht sagen, dass das zynische Spießertum nach einem Jahrzehnt Jugoslawienkriege verstummt ist. Die Bilder aus diesen Kriegen haben es zum Schweigen gebracht. Die Flüchtlinge aus dem Kosovo hatten alle ein Gesicht. Die Gefangenen der serbischen Konzentrationslager in Nordwestbosnien waren unleugbar gefolterte Menschen. Die Toten in den geöffneten Massengräbern sind unleugbar ermordete Zivilisten. Die Beschämung des Stammtischs ist eine Leistung des Fernsehens, so reißerisch, atemlos und oberflächlich seine Berichterstattung oft auch sein mag. Es gibt eine „Ethik des Fernsehens“ (Michael Ignatieff). Aber die Entmutigung der Vorurteile über den Balkan und seine vermeintliche „Mentalität“ ist vor allem ein Ergebnis des politischen und militärischen Eingreifens des Westens. Nur wer das Risiko des Handelns auf sich nimmt, hat die Chance, seine Vorurteile loszuwerden. Er braucht sie eben nicht mehr, um seine Indifferenz und sein

Das letzte Jahr hat auf dem Balkan große Veränderungen gebracht. Politisch deformierte Gesellschaften konnten ihre Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen. Auch ist der südosteuropäische Nationalismus kein ideologischer Monolith, der undifferenziert über den Leisten geschlagen werden kann. Immer noch klafft ein Graben zwischen der Wahrnehmung im Westen und der Wirklichkeit, die den Autor irritiert und zu Fragen herausfordert. Auf seinen Reisen durch exjugoslawische Staaten ist er auf sehr unterschiedliche und variationsfähige nationale Motive gestoßen. In den hiesigen Politikerzählungen werden sie allzu oft mythologisiert beziehungsweise völlig unterschiedliche politische Triebkräfte unzulässig verallgemeinert und gleichgesetzt.

Nichtstun vor sich selber zu kaschieren. Er braucht sie nicht mehr für seine Selbstachtung. Entsetzlich spät, erst nach dem Massenmord von Srebrenica, haben die Mächte des Westens die mitterandsche Absurdität, man kann auch sagen: Schande des „peacekeeping“ inmitten einer Aggression, des humanitären Einsatzes inmitten eines Vernichtungskrieges, aufgegeben und den Krieg in Bosnien gewaltsam beendet. Und dann auch die serbische Gewaltpolitik im Kosovo. Der Durchbruch war Srebrenica – im Bombardement des serbischen Rings um Sarajevo hat die Öffentlichkeit des Westens ihr verzerrtes, apologetisches Balkanbild abgestreift. Sogar die deutsche Öffentlichkeit, die seit Jahrzehnten auf

Foto:
Christian Jungeblodt

eine eigennützige außenpolitische Selbstverkleinerung geeicht war (Andrei S. Markovits/Simon Reich). Selbst die liberale und linksliberale Öffentlichkeit in Deutschland war jetzt auf einmal bereit, hinter ihrem vergangenheitsbewältigenden Lieblingstopos von der unheiligen Allianz zwischen dem kroatischen und dem neo-deutschen Nationalismus das Milošević-Regime und sein großserbisches Projekt hervorzuziehen.

Irgendein Selbstlob ist dennoch nicht angemessen. Ich möchte im Folgenden zu zeigen versuchen, wie halbherzig und prekär der Lernprozess immer noch ist – in drei Anläufen sozusagen: in einer knappen Auseinandersetzung mit der aktuellen Kosovo-Problematik; in einigen persönlichen Beobachtungen vor Ort in Bosnien-Herzegowina; und schließlich in einer kritischen Anmerkung zum Begriff des „ethnischen Nationalismus“ oder „Ethnoradikalismus“, ohne den man in der Analyse südosteuropäischer Verhältnisse nicht auskommt. Um meine Argumente thesenhaft zugespitzt vorwegzunehmen: Den ethnischen Nationalismus stilisieren wir gern zu einer Art Religion hoch. Das wäre er wohl gern, ist er aber nicht. In Wahrheit ist er bloß eine politische Option unter politischen Optionen und verfügt nur über eine sehr bedingte Macht über seine Gefolgschaft. Bosnien leidet heute unter einem bewusst und gezielt gleichmacherischen Semiprotektorat, das die Erfahrung des Krieges zu verdrängen und die Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern aus pragmatischen Gründen auszulöschen sucht. Und was schließlich das Kosovo betrifft, so scheint sich da eine glatte

dest in Deutschland. Aus den Augen, aus dem Sinn: Die Vertriebenen von gestern verschwanden wieder in dem dunklen Bild des albanischen Nationalismus, aus dem sie erst kürzlich hervorgebrochen waren. Ich kann mich nicht entsinnen, Flüchtlinge jemals so schnell und spurlos untergehen gesehen zu haben wie diese – mitsamt ihrem Schicksal im Krieg von 1999, im Krieg von 1998 und unter dem menschenverachtenden serbischen Kolonialregime seit 1989. Die Flüchtlinge aus dem Kosovo waren ungeachtet unserer Betroffenheit und unserer nicht geringen Spendenbereitschaft nicht mehr eine flüchtige Episode unserer Aufmerksamkeit. Es kann nicht an unserem Entsetzen über die neuen Flüchtlingstrecks jetzt der serbischen Kosovaren, über die Mordanschläge gegen die restliche serbische Zivilbevölkerung und über die Massenvertreibung der Roma liegen. Das ist entschieden zu moralisch, um wahr zu sein. Das abrupte Umschalten von der Anteilnahme auf das altgewohnte Balkanbild hatte vielmehr etwas von einer Selbstentlastung. Sich in ein angenehm bitteres Déjà-vu zurückgleiten zu lassen, hat nicht allzu viel mit den Menschenrechten und ihrer Verteidigung zu tun. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf ein Zeugnis aus dem Kosovo hinweisen, das uns die Möglichkeit einer weniger gefälligen Selbstwahrnehmung bietet. Es handelt sich um die Essays des jungen kosovo-albanischen Schriftstellers Beqe Cufaj, die unter dem Titel *Rückkehr in ein verwüstetes Land* auch in einer deutschen Übersetzung erschienen sind (Paul Zsolnay Verlag, Wien 1999). Die Texte wenden sich ohne Pathos den

albanischen Volksmassen zu. Sie sprechen die Sprache der Erschütterung und der Trauer, des traurigen Humors gelegentlich auch. Und zugleich treten sie unbeirrbar, rückhaltlos auch und gerade gegen die eigenen Leute – für die Unantastbarkeit jedes einzelnen Menschen im Kosovo ein. Das ist etwas anderes als jene eilige, wohlfeile Hoffnungslosigkeit, die im Grunde genommen ein Fallenlassen ist und der der Autor selbst in seinem Band ein kleines 68er-Porträt widmet:

„Die Ballade von E.“ – ein hartes Stück über eine ebenso unwissende wie maßlos selbstgewisse Journalistin aus Deutschland, die denn auch schleunigst abreist. „Einen Tag vor ihrem kühlen ‚Auf Wiedersehen‘ hat sie mir gesagt, sie sehe keine Chance für die Entstehung eines neuen Geistes auf diesem Flecken Erde unter dem Himmel ...“

Aber nun mein erster Punkt: Ich möchte da von einer Art Ausfallserscheinung, einem Loch in der Vorstellungskraft sprechen, das unser Urteil über das Kosovo von innen her paralyisiert. Es scheint tatsächlich eine Frage der aussetzenden Imagination. Ich meine das Unverständnis nicht nur der westlichen Politik für die Tatsache, dass die Rückkehr des Kosovo in den serbischen Staatsverband undenkbar ist. Man kann diese Undenkbarkeit offenbar nur schwer denken. Der israelische Osteuropa-Experte Shlomo Avineri hat eine solche Lösung als „obszön“ bezeichnet: „Es wäre so, als verlangte man von jüdischen Überlebenden beispielsweise in Theresienstadt, nach ihrer Befreiung durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg unter deutschen Be-



Verkehrung des realen Zusammenhangs breit zu machen: Danach ist es nicht der allein vom Westen zu verantwortende politische Schwebezustand des Landes, der dem albanischen Extremismus Auftrieb gibt; in dieser Sicht ist es vielmehr umgekehrt der albanische Extremismus, der es den Großmächten so schwer macht, sich vom Ungedanken einer „substanziellen Autonomie“ des Kosovo im Rahmen des serbischen Staates definitiv zu verabschieden.

Ich beginne mit Letzterem: Es war schon kein gutes Zeichen, dass die Stimmung mit den ersten Nachrichten über albanische Gewaltakte gegen die serbische Minderheit im Kosovo schlagartig umkippte – zumin-

»NACHBARN«

Die Bilder zu diesem Artikel entstammen dem so benannten Fotoessay über Albanien von Ilja C. Hendel.



amten zu leben" („Nicht unter serbischer Herrschaft“, *FAZ*, 14.6.99). Vielleicht können wir einem Juden diese aufgeregte Sprache durchgehen lassen. Auch im Bosnienkrieg war sie ja schon zu vernehmen – etwa aus dem Munde von Marek Edelman, dem Überlebenden des Warschauer Gettos. Halten wir uns lieber an einen kühlen Kopf wie Skelzen Maliqi, Philosoph und Publizist in Prishtina: „Die Lösung der Kosovo-Frage führt auch zur Lösung der albanischen Frage auf dem Balkan. In strategischen Analysen stößt man häufig auf die falsche Annahme, dass ein albanischer Kontrolle überlassenes Kosovo die Voraussetzung für so genannte großalbanische Ambitionen bilde und zur Destabilisierung und Zerstörung Makedoniens führen werde. Ich behaupte das Gegenteil. Gerade die Lösung der albanischen Frage wird den großalbanischen Nationalismus beruhigen und Makedonien als zusammengesetzten Staat mit einer Lage erhalten, die derjenigen Belgiens ähnlich wäre. So wie Brüssel die Metropole Europas ist, so könnte Skopje perspektivisch gesehen zur formalen Metropole des Balkans werden, unabhängig davon, wem alles, besonders den Griechen, aber auch den Bulgaren, dies unannehmbar erscheint“ (Ein Gleichgewicht der Schwachen, in: Thomas Schmid, Hrsg., *Krieg im Kosovo*, Reinbek 1999). Ein Nationalismus, der sich über die Erfüllung seiner Forderungen „beruhigen“ ließe? Ließe sich überhaupt etwas ausdenken, das unserem gesunden Menschenverstand mehr widerspräche?

Und unserem nationalismuskritischen Leitgedanken, dass man dem Affen nicht auch noch Zucker geben sollte? Der praktischen Außenpolitik des Westens ist die Beruhigungsthese an sich nicht ganz fremd geblieben – wie man spätestens seit 1993 im Bosnienkrieg und dann in Dayton beobachten konnte. Umso entschiedener scheinen wir in unserem öffentlichen Rasonnement auf der beruhigend beunruhigenden Ein-

sicht bestehen zu wollen, dass ein Nationalismus unerträglich sei und gewiss eher durch die frontale Ablehnung als durch die Anerkennung seiner wuchernden Wünsche unter Kontrolle gebracht werden könne. Man könnte leicht auf den Gedanken kommen, die Kosovo-Albaner müssten heute mit der strikten Ablehnung ihres Verlangens nach staatlicher Unabhängigkeit dafür büßen, dass man den bosnischen Serben und ihrem Gangsterstaat seinerzeit so weit entgegengekommen ist. Ein Satz wie der, dass der albanische Nationalismus auch nicht besser sei als der serbische, fließt vielen von uns jedenfalls leichter aus der Feder als jemals ein Satz über den serbischen Nationalismus direkt – auch Jürgen Habermas, der sich meines Wissens bislang nicht durch besondere Balkanstudien ausgewiesen hat: „Die Kosovo-Albaner hätten kein Recht auf Sezession, wenn nur ihr Anspruch auf Autonomie innerhalb Serbiens erfüllt würde. Der großalbanische Nationalismus, der durch die Abspaltung Auftrieb erhielt, ist ja keinen Deut besser als der großserbische, den die Intervention eindämmen soll“ („Bestialität und Humanität“, *Die Zeit*, 29.4.99). Ist der Nationalstaatsgedanke der Kosovo-Albaner „großalbanisch“ orientiert? Denkt die große Mehrheit der makedonischen Albaner großalbanisch? Wer genau ist eigentlich großalbanisch ausgerichtet? Und welchen Stellenwert haben diese Kräfte im Kontext albanischer Politik auf dem Balkan? Und ist ein Nationalismus, der sich in einem Jahrzehnt der Verlassenheit, der Apartheid, des Scheiterns allen gewaltlosen Widerstands, der Massenvertreibung und des Massenmords formiert hat – unvermeidlich formieren musste –, dem imperialen Nationalismus des Verfolgerstaats und der Verfolgernation gleichzusetzen? Ist es unerlaubt, ist es schamlos, die Toten zu zählen und die Anzahl der Opfer miteinander zu vergleichen – die 200 000 Toten in Bosnien, die 10 000 ermordeten Albaner im Kosovo mit den inzwischen Hunderten von er-

Der Balkan als fliegende Untertasse

Charles Simic im Gespräch mit Petar Lukovic

Als Hans Magnus Enzensberger vor Jahren Charles Simic, den amerikanischen Dichter serbischer Herkunft, „entdeckte“ und kongenial übersetzte, gab es unter serbischen Intellektuellen kaum einen, dem Simics Name geläufig war. In letzter Zeit muss sich das geändert haben; denn Petar Lukovic, der das folgende Gespräch mit Simic geführt hat, nennt ihn einen „Kultautor“. Diesen Titel aber verdient Lukovic selbst, der als Autor so unübersetzbar ist wie der amerikanische Rapper Eminem. Vor kurzem sind Lukovics „verrückte“ Texte, die einem den Irrsinn von Belgrad besser begreifbar machten als ganze Haufen von politischen Expertisen, in einem Sammelband in Split (Godine raspada) erschienen, für den Charles Simic das Vorwort schrieb.

Woher stammt das Bedürfnis, ein solches Buch wie Ihr letztes *A Fly in the Soup* (2000) zu schreiben, das von Ihrer Kindheit und Erinnerungen an das Land, das Sie vor langer Zeit verließen, handelt?

Dieses Buch ist eine Collage aus kleinen Sachen, die ich im Laufe der Jahre aufschrieb, Sachen, die auf unterschiedlichen Weisen mit meiner Jugend verbunden sind. Vor vier Jahren schlug mir mein deutscher Verleger vor, diese Stückchen chronologisch zu ordnen und eine Art Autobiographie zu machen. Die deutsche Ausgabe erschien 1997¹ und ich kam endlich dazu, im vergangenen Herbst das Buch auch in Englisch zu veröffentlichen. Da meine Eltern und alle Verwandten ihrer Generation verstorben sind, wollte ich eine Aufzeichnung ihres Lebens aufheben. Das waren Menschen mit Sinn für Humor und Talent für gute Erzählung. Ohne sie wäre ich nicht

das, was ich geworden bin – und das ist der Erinnerung wert.

A Fly in the Soup ist – wie mir scheint – ein dramatisches Zeugnis über einen Staat, der nicht mehr existiert. Da Sie bereits seit Jahrzehnten in Amerika leben, wie stellt sich Ihnen dieser Balkanraum aus der Perspektive eines amerikanischen Schriftstellers dar?

Rätselhafter als kleine grüne fliegende Untertassen. Ich glaube, dass Menschen auf dem Balkan in folgender Manier denken: 1. Halte dich mit dem Abwägen der Folgen deines Handelns nicht auf. 2. Ist etwas dumm, und alle sagen dir, dass es dumm ist, dann nur zu! 3. Sage im gleichen Atemzug: „Wir werden sie alle fertig machen“ und „wir sind die größten Opfer auf der Welt“. Ich könnte dies noch fortsetzen, aber Sie verstehen schon, was ich meine.

Seit Jahren schreiben Sie über die verheerenden Folgen des Regimes Milošević. Wie haben Sie nun – als jemand, der aus dieser Region stammt – die Veränderungen in Serbien erlebt; sehen Sie an Serbien etwas, was wir unfähig sind zu erblicken? Gibt es Hoffnung für die Serben?

Milošević war leicht zu durchblicken. Wir Amerikaner kennen verdorbene Politiker, die sich als Superpatrioten ausgeben, gut genug. Die Idee, dass Milošević Serben Ruhm und Glück bringen würde, war empörend. Auch hier stimmen Menschen ihren Interessen zuwider ab. Sie verlieben sich in den Kandidaten, der offensichtlich alles unternehmen wird, um ihnen das Leben schwer zu machen, wenn sie ihn einmal gewählt haben. Serben sind ein zu kleines

Volk, um sich so dumme Fehler erlauben zu können. Sollte es in der Wirtschaft vorangehen – und das ist nicht unvorstellbar – könnten sich auch andere Dinge ändern. Außer im Falle natürlich, dass etwa Sumadija sich abtrennt und Babajic-Ljig zu seiner ewigen Kapitale erklärt.

Wie haben Sie sich als jemand mit dem Namen Charles Simic all die Zeit gefühlt; man hat Sie sicherlich als serbische Zielscheibe genommen und alle serbischen Schuldkheiten Ihnen aufgebürdet?

Nein, davon gab es kaum etwas. Die Menschen hier sind vernünftig. Viele von uns kommen oder kamen aus unglücklichen Ländern. Es gab einige Texte in *Times* und *The New Republic* die kollektive Schuld, jene Generalisierung, die im Keim jedes ethnischen und rassistischen Hasses liegt, für vollkommen anwendbar auf den serbischen Fall hielten. Es gab auch jene orwellischen Geschichten über das humanitäre Bombardieren sowie Aufsätze, die das Töten von Unschuldigen als annehmbar darstellten, wenn dahinter das höhere moralische Ziel steckt. Das hat mich gekränkt – nicht so sehr als Serben, sondern als Amerikaner. Idioten, die wie Goran Matić² sprechen, sind scheußlich – aus welchem Land sie auch kommen mögen.

Aus der amerikanischen Giant-Perspektive erscheinen die Kriege auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens wie primitive Stammesfehden. Wie schwierig war es, den Menschen zu erklären, was sich tatsächlich abspielte?

Wie kann man jemandem diese langen Jahre des Mordens, Vergewaltigens und Raubens eigener Nachbarn erklären? Alle

mordeten Serben im Kosovo? Und wie kommt es überhaupt, dass die gemäßigte albanische Politik im Kosovo, in Makedonien, in Albanien so wenig Aufmerksamkeit, so wenig Respekt, so wenig Vertrauen genießt im Westen? Die Aufgabe dort läge ja keineswegs so schön auf der Linie der Staatengemeinschaft wie die in Makedonien: Auflösung eines bereits zerfallenen Staates, nicht Erhaltung eines gefährdeten Staates.

Vorläufig sind die Albaner noch genau wie die Serben. Massenflucht ist Massenflucht – egal, ob da Menschen vor einer mörderischen, rassistisch gelenkten und rassistisch motivierten Soldateska flüchten oder ob da ein schwer kompromittiertes, geschlagenes Herrenvolk abzieht – im Schutz seiner Truppen und ohne auch nur das leiseste Zeichen von Schuldbewusstsein (Jan Stage, *Lettre International* 46, 1999). Gewalt ist Gewalt – egal, ob es sich um die Rache der Kolonialisierten handelt oder um eine staatliche Politik der „ethnischen Säuberung“. Kollektive Verantwortung ist kollektive Verantwortung – egal, ob die Mehrheit der Bevölkerung sich nahezu geschlossen hinter den Terror stellt

oder ob sie „zittert und schweigt“ (Beqe Cufaj, „Am Ende der Sackgasse wartet der Krieg“, *FAZ*, 3.3.01). Nach dem jüngsten OSZE-Bericht über die Verfolgung der Serben und Roma im Kosovo haben diese Unterscheidungen – bis auf die letzte (und bis auf den Norden!) – ihre Bedeutung inzwischen tatsächlich verloren: Der Bericht weist darauf hin, „dass die Anschläge in zunehmendem Maße orchestriert sind und keinesfalls als individuelle Abrechnungen bezeichnet werden können“. Über die Gründe erfährt man leider wenig (*NZZ*, 18.4.01). Es macht aber doch einen Unterschied, ob man diese Systematisierung der Verfolgung gewissermaßen bereits im „Wesen“ des albanischen Ethnonationalismus angelegt sieht oder sie aber, ganz profan, auf die unerwartete Niederlage der Radikalen bei den Kommunalwahlen vom Oktober letzten Jahres zurückführt. Auch in Bosnien begegnet man diesem Typus von Entdifferenzierung, von Verblendung, die keine ist, weil es eine Mystifikation ist. Nur ist sie hier bereits so nahtlos in die Textur des Alltagslebens und der Normalität eingelassen, dass sie von außen schon kaum mehr wahrnehmbar ist. Sie ist hier auch nicht wie im Fall Kosovo

verstanden, dass es sich um das pure Böse handelte. Ich versuchte zu erklären, dass die liberalen Werte in Serbien von Nationalisten, Intellektuellen, Priestern, Generälen, Rentnern, Bauern und so fort bekämpft wurden und dass all diese Leute überzeugt waren, dass es viel wichtiger sei, Patriot zu sein als elementare Menschenrechte jedes Menschen zu achten. Ich weiß nicht was für eine – wenn überhaupt welche – Wirkung das hatte.

Ein Großteil dieser Geschichte über Jugoslawien verlief freilich auf dem Niveau des Zeichentrickfilms, aber trotzdem hat die Mehrzahl meiner Freunde gut verstanden, was dort geschah. Wir haben zwei bis drei Millionen Zivilisten in Indochina während des Vietnamkrieges getötet, sodass wir uns gut im Töten von Unschuldigen auskennen.

Und nun die Poesie. Ist das, wenn man auf einmal statt eines „normalen“ Dichters ein Kultautor geworden ist, etwas, was einen Autor belastet? Hat die Tatsache, dass man Sie in Serbien, Bosnien und Kroatien als „unseren Autor“ ansieht, eine Bedeutung für Sie?

Wie meinen Sie das mit „Kult-Dichter“? Versuchen Sie mir zu sagen, dass Menschen *bootleg*-Aufnahmen, auf denen ich meine Gedichte lese, laufen lassen, Weirauch verbrennen und nackt vor meinem vergrößerten Foto tanzen? Es gibt einige Menschen in New Hampshire, wo ich seit fast dreißig Jahren lebe, die sagen, dass manche meiner Gedichte das Wesen des Lebens in New England ausdrücken. Das ist schön, sage ich, aber ich glaube ihnen kein Wort. Außerdem, ich quäle mich immer so mit jedem neuen Gedicht und mache mir Sorgen über alle schlechten Gedichte, die ich bereits geschrieben habe, sodass ich mir keine Gedanken noch darüber mache, welcher Literatur ich angehöre.

Verfolgen Sie die Literatur auf dem Balkan? Gibt es Dichter, Schriftsteller, die Sie gelesen haben, Bücher, die Sie mögen?

Seit 1963 habe ich zwischen 30 und 40 Gedichtbände von Dichtern aus allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien übersetzt. Auch kroatische Dichter habe ich übertragen, einschließlich Slavko Mihalčić, der einer der besten europäischen Dichter ist. Auch weiterhin bin ich aufmerksam und übersetze, obwohl ich nunmehr mit mehr Mühe die Bücher beschaffe als früher. Es gab immer reichlich gute Literatur auf dem Balkan.

Ernsthaft: Wie aktuell ist Poesie heute in der Zeit von Internet, Online-Journalismus und Hightech? Am eigenen Beispiel: Simic vor zehn Jahren und heute.

In den Vereinigten Staaten liest man heute viel mehr Poesie als in den Fünfzigerjahren, als ich anfang zu schreiben. Mehr Bücher und literarische Zeitschriften werden veröffentlicht, es gibt mehr Lesungen und viel Poesie im Internet. Wie Graffiti in Klos befriedigt die Poesie ein elementares Bedürfnis des Menschen. Die Poesie ist eine der seltenen Sphären, in denen der einsame Einzelne Ausdruck finden kann – nicht nur heute, sondern seit je her. Man braucht sich keine Sorgen um Dichtung zu machen. Es wird weiterhin gedichtet, auch wenn Menschen anfangen, auf dem Mars zu leben. Dann erst recht!

Da wir dieses Interview für die Feral Tribune machen, gehörte es sich, dass Sie zugeben, die Zeitung regelmäßig im Internet zu lesen. Was denken Sie über diese Zeitung?

Die *Feral* ist wahrscheinlich die freieste Publikation in der Welt. Solche Zeitungsmache (Journalismus) gab es auch bei uns in den Sechziger- und Siebzigerjahren, aber jetzt nicht mehr. Ich pflegte das Erscheinungsbild und den Inhalt der *Feral* meinen

amerikanischen Freunden, Journalisten, zu beschreiben, aber sie wollten mir einfach nicht glauben. Glücklicherweise hatte ich einige alte Ausgaben aufbewahrt und konnte ihnen so manche heiße Titelseite mit Tudjman zeigen. Sie waren geschockt und mussten zugeben, dass hier so etwas nicht erlaubt wäre. Im Vergleich mit euren Journalisten sind die unsrigen Feiglinge und Arschkriecher. Also Hut ab!

Schließlich noch eine rein private Frage. Sie sind ein Weinkenner; zufälligerweise weiß ich, dass Ihre Anhänger aus verschiedenen Ecken der Welt Ihnen Wein zuschicken – als Entlohnung für das, was Sie ihnen durch Ihre Poesie bieten. Stehen Wein und Dichtung in einer engen Beziehung?

Das ist mir nur zwei Mal passiert. Ein Winzer aus Kalifornien und vor kurzem einer aus Neuseeland schrieben mir, meine Dichtung gefiele ihnen und schickten jeweils eine Kiste Wein. Wenn man ein Glas edler Rebe in das Licht der untergehenden Sonne hält und hin zum Mund bringt, um jenen ersten befriedigenden Schluck zu trinken, wie könnte man dann nicht an Poesie denken? Wenn man in Frauengesellschaft ist, umso schöner. Jetzt, wo meine Gedichte auch in Italien veröffentlicht werden, träume ich davon, dass mir eines Tages die Post einen riesigen Parmaschinken bringt. Sehen Sie, was meine Lebensambitionen sind! Ich hoffe auf eine breite Leserschaft unter Wurst- und Käseerzeugern und Brandweinbrennern des vorzüglichen Armagnac.

Aus: Feral Tribune, 28. April 2001; Übersetzung von Dunja Melčić

1 *Eine Fliege in der Suppe*, München 1997 (Hanser)

2 Goran Matic war Pressesprecher Milošević; besonders „scheußlich“ waren seine Auslassungen während des Kosovo-Krieges (Anm. d. Üb.).

Ausdruck eines gefährlichen Eskapismus der maßgeblichen Nato-Staaten, die ihre Entscheidung über den endgültigen Status des besetzten Landes endlos vor sich herzuschieben liebten. In Bosnien-Herzegowina hat der Westen seine Politik bekanntlich längst gefunden, und die offizielle Sprachregelung hört sich hier ungefähr so an: Sie sind sich alle gleich. Keines der drei Völker hat den jeweils anderen etwas vorzuwerfen. Die Bosnjaken sind kein bisschen besser. Sie sind genau so korrupt und mafios wie die anderen. Und sie arbeiten alle auch ganz prima zusammen. Vielleicht sind die Bosnjaken etwas raffinierter in der öffentlichen Präsentation, in der politischen Vermarktung ihrer ethnozentrischen Politik. Aber das liegt nur daran, dass sie kein anderes Land haben als Bosnien. Sie müssen ja brav tun, sie müssen sich ja der internationalen Gemeinschaft anbieten. Aber die Haltung dahinter, die eigentliche Mentalität ist die gleiche. Wir sind hier eben auf dem Balkan. Ich habe auf zwei längeren Reisen während der letzten beiden Jahre keinen einzigen erfahrenen internationalen Funktionär in Bosnien getroffen, der nicht diese Auffassung vertreten hätte – gleichgültig

in welchem Apparat er arbeitete. Und der sie nicht mit Nachdruck bekräftigt hätte, wenn man ihm widersprach – mit einem mitleidigen Lächeln, wenn er Manieren hatte, und mit höhnischer Schärfe, wenn er keine hatte. Mein zweiter Punkt wäre, dass es sich bei diesem allgegenwärtigen Gerede um das Abfallprodukt einer Politik handelt, die nicht so sehr an der Demokratisierung des Landes interessiert ist wie sie unentwegt behauptet, als vielmehr an der Stabilität des Landes. Verhielte es sich andersherum, müssten die Verantwortlichen der internationalen Gemeinschaft zunächst einmal öffentlich und unmissverständlich zwischen nationalen und nationalistischen politischen Parteien unterscheiden – also zwischen SDA einerseits und SDS und HDZ andererseits. Das tut aber niemand – mit der einsamen Ausnahme von Haris Silajdžić (Interview in *Slobodna Bosna*, 30.11.00). Aber Silajdžić ist auch kein Mitglied der internationalen Gemeinschaft, sondern der herausragende Kopf der bosnjakischen Politik und ein kühner, unnachsichtiger Kritiker der westlichen Politik in seinem Land. Korruption hin oder her, man kann eine Partei, die ihren heutigen Masseneinfluss der Selbstverteidigung gegen

den Völkermord verdankt, keinesfalls in einen Topf werfen mit Parteien, die den Völkermord organisiert und sich bis zum heutigen Tag niemals davon distanzieren oder gar dafür entschuldigt haben. Manchmal – selten genug – fliegt die Lebenslüge des bosnischen Semiprotektorats auf, etwa als Richard Holbrooke unmittelbar vor den Novemberwahlen über Bosnien hereinbricht mit der brachialen Forderung, die SDS als krimi-



nelle Vereinigung endlich zu verbieten und aufzulösen. Oder als Ante Jelavic, der Führer der bosnischen HDZ, Anfang März dieses Jahres ausgerechnet die Verurteilung des bosnisch-kroatischen Kriegsverbrechers Dario Kordic durch das Haager Tribunal zum Anlass nimmt, den Austritt der Kroaten aus der Föderation zu erklären. „Seine Rede bedeutete einen doppelten Tabubruch: Nicht nur stellte er das Abkommen von Dayton in Frage, sondern er tat das zudem an einer Solidaritätsveranstaltung für den Kriegsverbrecher Kordic in dessen Heimatort“ (NZZ, 2.3.01). Inzwischen sieht sich selbst der diplomatische Wolfgang Petritsch, der Hohe Repräsentant der Staatengemeinschaft, genötigt, dem nationalistischen Demagogen „ziemlich unverblümt kriminelle Motive“ zu unterstellen (NZZ, 31.3./1.4.01). Typisch für den politischen Stil der Staatengemeinschaft in Bosnien ist aber etwas anderes: das ernste, mahnende Wort, gleichmäßig, ausgewogen nach allen Seiten. Selbst der jüngste Bosnien-Report der International Crisis Group in Brüssel (ICG), einem der wichtigsten Think-Tanks der EU, kennt nur nationalistische Parteien. Die fundamentalen Unterschiede zwischen ihnen schmuggelt er

nach und nach als subtilere Modifikationen in seinen Text. Und das, obwohl die Analyse der Staatengemeinschaft weit tragende Fehler in Bosnien vorwirft – darunter insbesondere die Grundsatzentscheidung, den serbischen und kroatischen politischen Parteien des Krieges und der verbrecherischen Gewalt zu gestatten, sich unmittelbar nach dem Krieg in von der OSZE überwachten Wahlen demokratisch zu legitimieren. („Bosnia’s November Elections: Dayton Stumbles“, 18 December 2000, ICG Balkans Report N° 104, Sarajevo/ Brussels)

Der israelische Philosoph Avishai Margalit hat einmal gesagt: „Es existiert eine Spannung, beinahe ein Widerspruch zwischen Gerechtigkeit und Frieden. In vielen Fällen erreicht man den Frieden nur, wenn man bei der Gerechtigkeit Kompromisse macht“ („Gibt es einen gerechten Frieden?“, *Die Zeit*, 10.6.99). *Peace Journey* (London 1998), der Bericht Carl Bildts über seine Tätigkeit als erster Hoher Repräsentant in Bosnien, liest sich wie eine einzige Illustration zu diesem Wort. Der fragwürdige Schnitt von Dayton ist für den Autor eine Zäsur von besonderer Tiefe und Radikalität. Danach ist alles anders. Nichts besitzt mehr die alte Bedeutung. Das Bosnien Carl Bildts ist wie verzaubert, wie verhext. Alles ist auf einmal gleich, homogen, eindimensional geworden. Es gibt in diesem Bosnien keine Opfer und keine Täter mehr. Die Täter und die Opfer des Krieges haben sich in ununterscheidbare Parteien verwandelt, und sie betreiben alle dieselbe Politik. Wir schreiben den 15. Januar 1997: „Am Abend bestellte Präsident Izetbegovic die Botschafter der Kontaktgruppe in Sarajevo ein, um ihnen einen Brief zu überreichen. Die Botschaft Izetbegovičs war sehr direkt. Falls das internationale Schiedsgericht entscheide, dass Brcko in serbischer Hand zu verbleiben habe, trete er sofort zurück. Es zeige ihm nämlich, dass die internationale Gemeinschaft sich dafür entschieden habe, die Opfer zu bestrafen und jene zu belohnen, die sich des Völkermords schuldig gemacht hätten ... Izetbegovičs Brief war offenkundig ein Erpressungsmanöver („blackmail“) und kaum vereinbar mit Geist und Buchstaben des Friedensabkommens ... Die Erpressung zielte auf die Amerikaner. Eine Situation, in der die politische Führung in Sarajevo geschlossen zurückträte – aus Protest dagegen, dass die US-amerikanische Außenpolitik sich auf die Seite von Massenmördern schlage, könnte tatsächlich leicht aus dem Ruder laufen („might be, a little hot to manage“).“ Das ist schon die Sicht oder Gedankenwelt des Beauftragten in Nuce. Es gibt darin keine Gerechtigkeit, keine Erinnerung und keinen Respekt vor Leuten, die nicht umhin können sich zu erinnern. Man mag über Alija Izetbegović denken, wie man will – aber nicht einmal in Erwägung zu ziehen, dass er meint, was er in seiner Rücktrittsdrohung sagt, ist einfach indiskutabel. Die „Erpressung“ ist eine glatte Unterstellung – und im Licht der Empörung oder Fassungslosigkeit, die das undurchsichtige Lavieren der Staatengemeinschaft in der Brcko-Frage etwa bei den bosnischen Flüchtlingen in Deutschland hervorgerufen hat: eine Denunziation. Es ist dem Hohen Repräsentanten selbstverständlich nicht vorzuwerfen, dass er eisern auf dem Abkommen von Dayton besteht. Aber als ein Kenner der Vertragsgeschichte weiß Carl Bildt auch, dass sich die konkurrierenden Ansprüche auf Brcko nach Gewicht und Legitimität überhaupt nicht miteinander vergleichen lassen. Einen „Anspruch“ der bosnischen Serben gibt es schließlich nur, weil es die serbischen

Eroberungen und Massenvertreibungen gegeben hat. Und weil der Westen diese Eroberungen und Vertreibungen spätestens in Dayton sanktioniert hat. Im Vance-Owen-Plan von 1993 gab es den serbischen Korridor durch die Posavina noch gar nicht.

Es gehört zum strategischen Konzept von Dayton, Karadžić und Mladić bis heute frei herumlaufen zu lassen. Und es gibt natürlich Leute, die daraus politisches Kapital zu schlagen versuchen – darunter vor allem Mustafa efendija Cerić, der höchste Geistliche der bosnischen Muslime, der seine Glaubensgenossen wohl am liebsten in ein giftiges und exklusives Opfertum hineinhetzen würde. Die Masse der bosnjakischen Bevölkerung nimmt diese inferiore Sorte von internationaler Friedenssicherung bislang schweigend hin. Es ist immerhin ein Frieden. Und es ist eine Machtfrage. Es ist schließlich die Besatzungsmacht, der es so gefällt. Man geht nicht zu einer Besatzungsmacht und hält ihr den Spiegel vor. Man spricht nicht mit einem Tauben über Musik. Der Besucher spürt die Distanziertheit, das Befremden der Leute. Er spürt die Gereiztheit. Aber in meiner Zeit hat sie sich nur ein einziges Mal in einem öffentlichen Zornesausbruch entladen. Im Herbst 1998 kommt es in Bosnien zu einer scharfen Auseinandersetzung über die anstehende Reform der Schulbücher. Es geht um die Sprache in den Lehrbüchern. Die zuständigen Vertreter der internationalen Gemeinschaft wollen sie versachlichen. Eine Strategie wider den Hass – was wäre dagegen einzuwenden? Die bosnjakische Öffentlichkeit reagiert geradezu allergisch auf gute Absichten dieser Art. In einem Grammatikbuch stand der Satz: „Seid ihr euch eurer Verbrechen bewusst?“ Man wollte das Wort Verbrechen durch das Wort Fehler ersetzen.

Aber ich komme zu meinem letzten Punkt. Es ist eher eine Frage oder ein Zweifel: Ich frage mich nämlich, ob wir unsere politischen Beobachtungen während des Zerfalls oder der Zerstörung Jugoslawiens angemessen auf unsere Begriffe, unsere Theoriebildung, unsere Historiographie haben durchschlagen lassen. Ich befürchte, wir haben unsere Konzepte und Kategorien gegen eine nahezu unbegreiflich wechselvolle Empirie nach besten Kräften abgeschirmt. Und wenn sie wirklich unbrauchbar geworden waren, ganz still und unauffällig im Fundus unserer Ladenhüter abgelegt. Wir hätten da zunächst einmal gegen die verführerische Attraktivität einer gewissen historisierenden Tiefgründigkeit anzukämpfen. Allzu häufig ist nicht einmal klar, worüber wir überhaupt reden wollen: über den spezifischen Typus des südosteuropäischen Nationalismus, so wie er sich historisch herausgebildet hat – nenne man ihn nun „ethnisch“ oder „kulturell“ oder „sprachlich“ –, oder über die Ursachen der Balkankriege der Neunzigerjahre. Das ist nämlich durchaus zweierlei. Obwohl sich inzwischen kaum jemand mehr ernstlich täuscht über die entscheidende Rolle des Belgrader Regimes in diesen Kriegen und obwohl wir inzwischen auch ziemlich genau wissen, was der Westen gegen die Politik Slobodan Milošević hätte unternehmen müssen – und wann –, erscheinen unentwegt und unbekümmert neue Ana-

lysen über die „katastrophalen Folgen des Konzepts der Kulturnation“ (NZZ, 6.4.01) oder ähnlich formulierte Themen. Gewollt oder ungewollt, suggeriert dieser Typ von Nationalismusforschung eine von weither kommende Einbahnstraße in Chaos und Untergang. In den weitgespannten Horizonten der Geschichte verschwindet oder verblasst doch die konkrete und aktuelle politische Verantwortung Belgrads und nicht minder die konkrete und aktuelle politische Verantwortung der westlichen Außenpolitik für Vukovar, für Sarajevo, für Srebrenica, für Rogovo. Einen überzeugenden Versuch, dieses missliche Durcheinander auseinander zu nehmen und die allerjüngste Zeitgeschichte aus ihrer vermeintlichen Umklammerung durch die epochale Geschichte des Balkan herauszulösen, findet man etwa in den einschlägigen Büchern von Matthias Rüb, dem Balkankorrespondenten der FAZ. Ich zitiere aus *Balkan Transit* (Wien 1998): „Zur Erklärung des Krieges auf dem Balkan wurde oft weit ausgeholt. Von jahrhundertealten Widersprüchen war die Rede, von Wasserscheiden der abendländischen Kulturlandschaft, vom immerwährenden Religionskrieg und so weiter. Das gilt für diejenigen, die aus historischem oder zeitgeschichtlichem Interesse nach Deutungen suchen. Noch mehr aber trifft es auf die handelnden Personen des jugoslawischen Dramas zu, die ihre folgenreichen, ja verhängnisvollen Entscheidungen an verantwortlicher Stelle zu rechtfertigen suchten.“ Und in *Kosovo* (München 1999) heißt es: „Die Ursachen von Kriegen sind immer jung, gleichviel ob es eine ‚Erbfeindschaft‘ zwischen Völkern oder Staaten gibt oder ob diese im Geschichtsverlauf in der



Regel friedlich mit- oder nebeneinander gelebt haben. Selbst wenn die geschichtlichen Wurzeln eines Konflikts weit in die Vergangenheit zurückreichen, fallen die Ursachen immer in den Zuständigkeitsbereich der jüngeren Geschichte, ja der Zeitgeschichte.“

Aber die Rigidität oder Unbelehrbarkeit des vorherrschenden Paradigmas von Nationalismustheorie und Nationalismuskritik reicht noch weiter. Wohl kein ernsthafter Beobachter bezweifelt inzwischen noch, dass es sich bei der Wende in Kroatien Anfang 2000 um mehr als einen bloßen Regierungswechsel gehandelt hat. Ich nenne hier nur einige Konsequenzen des Umbruchs: die Aufgabe der Tudjmanschen Bosnienpolitik – Stipe Mesić genießt heute im bosnjakischen Bosnien ein größeres Ansehen als die eigenen Politiker; dann die Auslieferung aller mutmaßlichen Kriegsverbrecher an das Tribunal in Den Haag; schließlich jetzt die Wiederaufnahme des Verfahrens im Mordfall Reihl-Kir, des im Juli 1991 ermordeten Polizeichefs von Osijek. (NZZ, 4.4.01) Aber eine Überprüfung unseres Kroatienbildes vor dem überraschenden Machtwechsel und im Lichte der neuen politischen Orientierung des Landes ist, soviel ich sehen kann, bislang vollständig ausgeblieben. Das Ereignis ist schließlich nicht vom Himmel gefallen. Man übertreibt wohl kaum, wenn man das gängige Kroatienbild von gestern als ein schon mit Liebe gepflegtes Zerrbild bezeichnet, das ebenso viel mit uns selber und unserem Unbehagen etwa an der genscherschen Anerkennungspolitik zu tun hatte wie mit dem antidemokratischen und skrupellosen Regime Franjo Tudjman. Auch der verquere Wunsch, dem großserbischen Projekt – wenn man es denn schon nicht mehr einfach leugnen oder ignorieren konnte – doch zumindest ein vermeintlich absolut gleich geartetes großkroatisches an die Seite zu stellen, mag dabei im Spiel gewesen sein. Bereits die Wahlerfolge der Oppositionsparteien nicht nur in Istrien und Zagreb, sondern in allen großen Städten Kroatiens, einschließlich der „Frontstadt“ Osijek, hatten nicht mehr ins Bild gepasst. Aber die Beobachtung einer politischen Landschaft im Wandel, im Fluss ist eben etwas grundsätzlich anderes als die laufende Illustration eines längst und endgültig auf den Begriff gebrachten Fallbeispiels von Ethnonationalismus. Wenn wir noch das vielleicht nicht ganz so überraschende Ende der Herrschaft Slobodan Miloševićs im Oktober des gleichen Jahres hinzunehmen, dann haben wir eigentlich Anlass genug, unser Verständnis des Nationalismus im ehemaligen Jugoslawien zu überdenken. Es handelt sich offenkundig um ein dynamisches, veränderliches, vielgestaltiges Phänomen, das sich nicht nur formieren, das nicht nur aufsteigen, sondern das auch zerfallen kann. Und der gesamte Konjunkturverlauf nimmt nicht zwei Jahrhunderte in Anspruch, sondern drängt sich auf zwei Jahrzehnte zusammen. Oder, wenn wir den „Kroatischen Frühling“ vom Anfang der Siebzigerjahre einbeziehen, auf drei. Innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums gewinnt der aggressive und schließlich auch mordbereite Nationalismus Gewalt über die Massen und verliert sie wieder. Auf eine Phase des zunehmenden Fanatismus folgt unweigerlich eine Phase der allgemeinen Ernüchterung oder Demoralisierung. Der politische Größenwahn fällt in sich zusammen, und breiteste Schichten der Gesellschaft erfassen die verheerende Isolierung des Landes. Das hat an sich nichts Tröstliches. Die kurze Frist der Entfesselung reicht für den Völkermord. Und der unter dem Druck der Alltagsmisere bald darauf einsetzende

Stimmungsumschwung hat nichts mit einer Katharsis zu tun.

Immerhin ist die um sich greifende Frustration oder Desillusionierung die elementare Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen der eigenen Nation. Es sind diese Kurzlebigkeit, Brüchigkeit, Hinfälligkeit des extremistischen Nationalismus und seiner Furcht erregenden Macht über ganze Gesellschaften, die sich dem modischen Geschichtsdiskurs mit seinen auf Dauer und Kontinuität versessenen Leitbegriffen wie Mentalität und Mythos geradezu systematisch zu entziehen scheinen. Mentalitäten, wenn es sie denn überhaupt gibt, entlassen ihre Träger in die universale Welt des individuellen Existenzkampfes, und Mythen verwandeln sich in Folklore zurück. Insofern droht sich dieses Forschungsprogramm oder historiographische Problembewusstsein selbst ins politische Abseits und in die Inaktualität zu manövrieren. Das letzte Jahr hat große Veränderungen auf dem Balkan gebracht. Es hat demonstriert, dass auch ideologisch und politisch tief deformierte Gesellschaften ihr politisches Urteilsvermögen und ihre politische Handlungsfähigkeit zurückgewinnen können. Nur eine reelle Perspektive brauchen sie, und das erkennt die EU im Prinzip ja auch an. Sogar die hercegovinischen Kroaten sind in Bewegung geraten – man wird die militanten Umtriebe der Nationalisten mit Wolfgang Petritsch als verbissenen „Abwehrkampf“ begreifen können (NZZ, 12.4.01). Selbst die spektakuläre Unterstützung durch Kardinal Vinko Puljić, Erzbischof von Sarajevo, im Vorfeld der Novemberwahlen hat ihnen nicht viel gebracht. Inzwischen scheinen sie schon selber nicht mehr so recht an ihren Erfolg zu glauben – die panische Wahllosigkeit der Mittel ist unübersehbar. Wieso sollten ausgerechnet wir noch daran glauben?

Ich fasse zusammen: Erstens: Es gibt meines Wissens keine unabhängige Analyse, die nicht das Kosovo als für Serbien endgültig verloren betrachtete. Die Frage ist nur, welche Chance diese Einsicht hat, die große Politik zu bestimmen. Aber dazu müsste sie sich erst einmal in der politischen Öffentlichkeit unserer Länder Geltung verschaffen. Gegenwärtig hat man den beklemmenden Eindruck, der Westen habe sich mit seiner voreiligen und starren Festlegung auf die bestehenden Staatsgrenzen in ein selbst fabriziertes Dilemma verstrickt. Zweitens: In Bosnien ist die Staatengemeinschaft mit ihrem Versuch gescheitert, die Nationalisten einzubinden und auf diese Weise schrittweise zu entmachten. Um noch einmal Avishai Margalit zu bemühen: Wenn schon nicht Gerechtigkeit, dann doch zumindest Anständigkeit (*Politik der Würde*, 1999) – die mit dieser Bosnienpolitik unvermeidlich verbundene Verletzung noch der elementarsten Anständigkeit gegenüber den Opfern des Krieges war auch noch sinnlos. Drittens schließlich: Auch der südosteuropäische Nationalismus ist keine tickende Bombe – kein politisch-ideologischer Monolith mit der einprogrammierten Tendenz zur Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Minderheiten –, sondern ein vielgesichtiger und wandlungsfähiger Faktor unter Faktoren, der von außen sehr wohl zu beeinflussen ist – durch Anerkennung seiner legitimen Anliegen und durch entschlossene Zurückweisung seiner illegitimen Machtansprüche. ■
Bei dem Text handelt es sich um einen Vortrag, den der Autor am 27. April 2001 an der Universität in Bielefeld gehalten hat.



Ökonomische Herausforderungen

Gespräch mit dem Vorsitzenden der serbischen Gewerkschaftskonföderation „Nezavisnost“ (Unabhängigkeit), Branislav Čanak

PETER SCHERRER

Die gewerkschaftliche Landschaft Serbiens ist ebenso wie die politische Szene durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet. Die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung ist gewerkschaftlich organisiert. Die größte Vereinigung der Arbeitnehmer (29 % der Arbeitnehmerschaft) bildet die in der Vergangenheit der Milošević-Regierung treue „Konföderation der Gewerkschaften Serbiens“. Im seit fast zehn Jahren existierenden Gewerkschaftsdachverband „Nezavisnost“ sind etwa 12 Prozent der Arbeitnehmer organisiert. „Nezavisnost“ hat sich von Anfang an konsequent gegen die serbische Kriegspolitik und damit gegen das Milošević-Regime gestellt. Der von „Nezavisnost“-Mitgliedern ausgerichtete Streik der Bergarbeiter im vergangenen Oktober war der entscheidende Beitrag zum Sturz von Milošević. Eine Abspaltung dieser Arbeitnehmerorganisation ist die „Assoziation Freier und Unabhängiger Gewerkschaften“. In dieser Vereinigung sind etwa zwei Prozent der Arbeitnehmer organisiert. Der ehemalige Vorsitzende dieses Verbandes Dragan Milovanović, wurde für seine Treue zur jetzigen Regierungspartei, der „Demokratischen Partei“ des Premierministers Zoran Djindjić, mit dem Posten des Arbeitsministers belohnt. Daneben gibt es etwa noch 7 Prozent der Erwerbstätigen, die sich in betrieblich oder lokal organisierten Gewerkschaften zusammengeschlossen haben.

Ganz oben auf der Tagesordnung der Gewerkschaften steht die Privatisierung der Betriebe, die als „Soziales Eigentum“ bezeichnet werden. Für Branislav Čanak, den Vorsitzenden der Gewerkschaftskonföderation „Nezavisnost“, mangelt es der jetzigen Regierung an der nötigen Kompetenz, den Privatisierungs-

Gute wirtschaftliche Beziehungen nützen den Unternehmen wie den Beschäftigten – deshalb ist die unabhängige Gewerkschaft „Nezavisnost“ an raschen Maßnahmen wie der Privatisierung interessiert. Ihr Vorsitzender Čanak kritisiert die zögerliche Haltung der Regierung und fordert energische Schritte; gesellschaftliche Fragen sollen dabei nicht ausgespart bleiben.

prozess verantwortungsvoll anzugehen. Bislang ist von einer Privatisierung in drei Stufen die Rede. Mit dem Verkauf der 200 attraktivsten Firmen, Unternehmen der Kategorie eins, soll bald begonnen werden. Dies sind die „strategischen Firmen“, für die „strategische Partner“ weltweit gesucht werden. Für diese Betriebe soll ein Tender¹ erstellt werden. Unklar ist aber noch, wie diese Tender veröffentlicht werden sollen. Eine Zementfabrik in der Nähe von Novi Sad (der Hauptstadt der Vojvodina) ist kürzlich an den französischen Multi Lafarge verkauft worden. Der Verkauf wurde allein durch die Belgrader Zentralregierung, die sich die Stärkung der Regionen auf die Fahnen geschrieben hat, abgewickelt. Die Kaufsumme betrug 135 Millionen DM. Die Firma machte aber vor dem Krieg im Kosovo einen jährlichen Umsatz von etwa 200 Millionen DM. Hätte man gewartet, bis die Donaubrücken wieder repariert sind (das soll noch in diesem Herbst der Fall sein), wäre der Kaufpreis mindestens um 20 Millionen gestiegen. Dann wären nämlich die immensen Kosten für den Transport durch LKW deutlich gesunken. Bei diesem „strategischen Betrieb“ gab es keinerlei öffentliche Information über den Ver-

¹ Englischer Fachausdruck für Kapitalmarktoperationen in der Form von Auktionen.

Makedonien: Miloševićs Schüler

Slobodan Milošević muss sich in seiner Belgrader Zelle grün und blau ärgern, dass so eine „günstige“ Kriegssituation wie in Makedonien jetzt, gute vier Jahre zu spät, sich auf tut. Vielleicht hätte alles eine andere Wendung genommen, wenn die Albanen schon damals vor fünf, sechs Jahren auf die Idee gekommen wären, für ihre „Gleichstellung“ mit Morden, Terror und durch Aushebelung des makedonischen Staates zu kämpfen. Hat er einen Fehler gemacht? Die Möglichkeiten verpasst, die ein albanischer Terrorismus in Makedonien mit sich gebracht hätte? Doch so einfach ist das nicht: Denn die eruptiven Potenziale in Makedonien sind ihm, der überall in Nachbarschaft nach solchen und überhaupt nach allem aus war, was Konflikte erzeugt und fordert, nicht entgangen, sondern es gab sie so nicht.

Es wäre auch sehr statisch gedacht, wenn man von einem Potenzial des ethnischen Konfliktstoffs wie von einer Konstante sprechen würde: Was sich im Verlauf einer komplexen Entwicklung der letzten zehn Jahre in Makedonien zutrug, ergibt eine ziemlich andere gesellschaftliche und

gruppendynamische Realität als zu Anfang. Stefan Troebst hat neulich sehr genau die politischen Bedingungen, Umstände und Voraussetzungen des Aufstiegs dieser albanischen bewaffneten Clique seit einem Jahr und des Sympathiewachstums für diese in der albanischen Bevölkerung beschrieben („Groß-Kosovo“ oder unabhängiges Kosovo“, FAZ, 19.6.01).

Argwohn, latenter Hass herrschten freilich seit langem. Noch zu sozialistischen Zeiten des Gesamtstaates hat man gerade in Makedonien die skandalösen diskriminierenden Maßnahmen gegenüber Albanern eingeführt, Maßnahmen zur Bekämpfung der Albaner-Vermehrung, sozusagen, indem Familien die damalige sozialistische (angeblich kostenlose) Krankenversicherung ab dem zweiten Kind verwehrt wurde. Deshalb war die gleichberechtigte Beteiligung der Albaner beim Prozess der staatlichen Verselbstständigung ein erfreulicher Fortschritt. Aber die Konzessionen an und die Kooperation der makedonischen Titularnation mit den Albanern in ihrem Lande und mit deren politischen Parteien und Vertretern ergab sich als nackte Notwendigkeit

im Moment der alternativlosen Verselbstständigung des Staates. Die Rechte, die Albanern zugestanden wurden, könnte man – etwas zynisch – als Ergebnisse einer Überlebensstrategie der Makedonier bezeichnen. Daraus definierte sich auch deren Bemessung: albanische Parteien – ja, aber warum eine albanische Universität? Koalitionspartner bei der Machtausübung – ja, aber warum Gleichberechtigung des Albanischen als offizielle Sprache?

Trotz der politischen Spannungen, einer gesellschaftlichen Realität des misstrauischen Nebeneinanderlebens und unterschiedlicher Diskriminierungsformen der Albaner im Alltag erwartete kaum jemand, dass diese mit bewaffneten Aktionen den Staat an den Rand eines Bürgerkriegs bringen könnten. Logisch, denn eine Lage, die nach bewaffnetem Widerstand verlangen würde, gab und gibt es nicht. Mag es jetzt in Verhandlungen unter dem Druck des drohenden Bürgerkriegs und des staatlichen Zerfalls zu Ergebnissen kommen, die eine Verbesserung der politischen Position der Albaner in Bezug auf das „Staatsvolk“ der Makedonier be-

kauf. Ebenso wie bei dem Verkauf der Baufirma „Rad“. Da wurden gleich nach dem Konkurs 1700 Beschäftigte entlassen. Mit wem Verhandlungen geführt werden, welcher Wert dem einstig florierenden Staatsbetrieb zugemessen wird, bleibt der Öffentlichkeit unzugänglich. Ein im Betrieb beschäftigter Gewerkschafter hatte auf eigene Faust versucht, an Daten und Zahlen zu kommen. Er wurde dann nachts überfallen und zusammengeschlagen. Vor einem halben Jahr wurde eine Gewerkschafterin, die sich ebenfalls um die Hintergründe des Verkaufs ihrer Firma bemühte, derartig brutal verprügelt, dass sie an ihren Verletzungen starb.

Völlig unklar ist, welche Firmen unter die Kategorie eins fallen. „Das Ministerium für Privatisierung ändert in diesem Punkt wöchentlich die Meinung. Mal soll der öffentliche Nahverkehr privatisiert werden, mal die Wasserwerke, mal die Eisenbahn“, klagt der Nezavisnost-Vorsitzende über die Konzeptionslosigkeit der Regierung.

Die Kategorie zwei der zu privatisierenden Firmen betrifft etwa 400 weniger lukrative Unternehmen, die durch Auktionen einen Käufer finden sollen. Auch hier ist noch völlig unklar, wie diese Auktionen organisiert werden.

Alle anderen Firmen, Betriebe und Unternehmen, die sich jetzt noch im Besitz der Belegschaften beziehungsweise der Regierung befinden, fallen unter die Kategorie drei. Dies sind etwa 42000 Betriebe, die technisch veraltet und finanziell am Ende sind. Sie sollen gegen einfache Angebote von möglichen Interessenten durch die staatliche Privatisierungsagentur ver-

kauft werden. Für Čanak ein aussichtsloses Unterfangen, denn dies sind Betriebe die nur überlebten, weil die Nomenklatura sie brauchte. Ein Gesetz zur Privatisierung soll im Juni verabschiedet werden. Für den Gewerkschaftsboss kommt diese Ankündigung zu früh, weil die Regierung nicht im Geringsten auf die unvermeidlichen negativen Konsequenzen der Privatisierung vorbereitet ist. „Es fehlt den Politikern an Vorstellungen und Ideen, was mit den Beschäftigten, die durch den Verkauf der Betriebe ihren Job verlieren werden, passieren soll. Wir wollen die Privatisierung nicht verhindern, aber ohne Perspektiven für die Entlassenen wird die Privatisierung zu einem Pulverfass für die Gesellschaft“ fasst Čanak die Risiken der Regierungspolitik zusammen.

Für den Gewerkschaftsführer ist eine der wichtigsten Bedingungen die völlige Transparenz des Privatisierungsprozesses. Bislang hat die Regierung die Sozialpartner nicht zu einem ernsthaften Dialog eingeladen. Die neu gegründete „Union der Arbeitgeber Jugoslawiens“ wird von der jetzigen Regierung nicht ernst genommen. Sie organisiert in Serbien und Montenegro klein- und mittelständische Unternehmer. Sie werden die Arbeitgeberseite aber in naher Zukunft auch international, etwa bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, vertreten. Die Regierung arbeitet vorwiegend mit der Wirtschaftskammer Serbiens zusammen. Die Wirtschaftskammer war in der Vergangenheit einer der verlängerten Arme des Milošević-Regimes; auch heute vereinigt sie Manager und Direktoren der großen staatlichen Betriebe, die eng mit der Regierung zusam-

wirken, was dann als ein „Erfolg“ des Waffengangs interpretiert werden könnte, so kann man sich dennoch des Eindrucks nicht erwehren, dass der hauptsächlich Antrieber der Führer dieser aberwitzigen Guerilla intern „albanisch“ ist: nämlich dass sie im Kampf um Anerkennung bei der albanischen Bevölkerung vergleichbar ist mit jener, die die alte UČK während des Kosovo-Krieges hatte, und somit eine Reaktion auf deren Marginalisierung in Friedenszeiten darstellt. Nur in einer Kriegssituation, im Chaos und Zerfall, können sie ihre demokratischen politischen Konkurrenten in den Schatten stellen. Das ist die gleiche Logik wie Milošević sie an den Tag legte. Sie heißt natürlich auch, der Bevölkerung vorzuführen, wie parlamentarische Demokratie ein bloß „formales Prinzip“ und überhaupt nur scheinbar ist, jeder Kompromiss nur ein fauler sein kann und keiner der dazugehörigen Mechanismen nationale Ziele wirklich erreichen kann.

Die westliche Politik in Kosovo ist erheblich am „Erfolg“ dieser terroristischen Splittergruppe beteiligt. In skandalöser Weise werden die legitimen demokratischen Kräfte der Kosovo-Albaner ignoriert, der Aufbau von Institutionen verschleppt und

verhindert, die demokratische Zukunft der Provinz verbaut. Mit über neunzigprozentiger Sicherheit kann man sagen, dass, wenn der Westen den legitimen demokratischen Kräften in Kosovo nicht verwehrt hätte, ihren gerechten Erfolg in erste spürbare Schritte in Richtung der Unabhängigkeit zu verwirklichen, es keine zweite UČK und auch keine makedonische Krise dieses Ausmaßes gegeben hätte. Denn diese angebliche „Befreiungsarmee“ baut geradezu darauf, dass der demokratische Weg, den fast alle Albaner gewählt haben, sich als erfolglos erweist. In feiger und hinterhältiger Manier nützen ihre Führer die Schwächen der makedonischen Gesellschaft und des Staates aus. Es ist vor allem die prekäre Konstellation der Volksgruppen, die nur mit äußerster Sensibilität in ein Gleichgewicht zu bringen ist, die durch gezielte ethnische Gewaltstrategie unwiederbringlich zerstörbar ist, gerade auch deshalb, weil die träge makedonische politische Klasse nichts in den zehn geschenkten Jahren der Unabhängigkeit und des Friedens unternommen hat, um die Gesellschaft auf einen stabilen Kurs zu bringen.

Dunja Melcic

menarbeiten. „Heute sind die Vertreter der Wirtschaftskammer eben Mitglieder der ‚Demokratischen Partei‘, vor einem Jahr waren sie noch aufrechte Sozialisten“, kommentiert der parteilose Gewerkschafter bitter die Wendigkeit der Vertreter der Wirtschaft. Für Nezavisnost ist die Union der Arbeitgeber der einzig respektable Sozialpartner. Für Čanak ist es wichtig, dass diesen neuen mittelständischen Unternehmern möglichst rasch durch Qualifizierung und Managementtraining geholfen wird. „Die großen ‚Dinosaurier-Betriebe‘ werden in der nächsten Zeit keine Arbeitsplätze schaffen, darum ist es im Interesse unserer Mitglieder, dass dieser neuen Schicht von privaten Unternehmern geholfen wird. Auch die ausländischen Partner wie etwa Industrie- und Handelskammern können da viel tun. Wir sind an guten industriellen Beziehungen interessiert, das nützt sowohl den Unternehmen wie auch den Beschäftigten“, so Čanak.

Die zahlreichen militärischen Konflikte Serbiens in der Zeit des Milošević -Regimes haben das Land nicht nur politisch isoliert. Der Führer der Sozialistischen Partei Serbiens, sein Clan und die ihm ergebene Nomenklatura haben das Land auch systematisch ausgeplündert und heruntergewirtschaftet. Heute sind ein Drittel aller Beschäftigten arbeitslos oder in so genanntem Zwangsurlaub. Die Löhne, wenn sie denn gezahlt werden, liegen bei 150 DM im Monat. Rentner müssen mit 80 DM zufrieden sein. „Natürlich haben die Menschen große Hoffnungen gehabt nach dem Sturz Miloševićs. Sie hofften, dass mit dem Ende seiner Herrschaft auch ein wirtschaftlicher Aufschwung verbunden sei. Dieser Aufschwung wird aber Zeit brau-

chen!“, so Čanak. Die Zurückhaltung der internationalen Gemeinschaft ist ein Ergebnis der Diskussion um die Auslieferung Miloševićs an das Den Haager Tribunal. „Leider beherrscht diese Diskussion die Beziehungen zu Serbien“, so Čanak. Die Regierung ist in dieser Frage nicht einig. „Unsere Politiker sagen, wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens in der Frage der Auslieferung von Milošević. Bei der Privatisierung, die letztendlich die ganze Gesellschaft massiv betrifft, wird auf diesen Konsens verzichtet“, beklagt sich der gelernte Journalist Čanak. Die zentralen Forderungen der Gewerkschaft Nezavisnost an die jetzige Regierung lassen sich in fünf Punkte zusammenfassen:

- Ein klares und öffentlich diskutiertes Programm zur wirtschaftlichen Wiederbelebung mit einer sozialen Dimension.
- Ein ernsthafter und langfristig angelegter sozialer Dialog.
- Eine radikale Aufarbeitung der Milošević-Ära, was seine Auslieferung (und eine Anklage wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit) nach Den Haag einschließt.
- Eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu den Nachbarstaaten, insbesondere Bosnien-Herzegowina und Kroatien, ebenso wie die rasche Regelung der „Kosovo-Frage“.

– Damit Serbien auf lange Sicht wieder in die europäische Staatengemeinschaft und auch in die EU aufgenommen werden kann, ist eine breit angelegte gesellschaftliche Diskussion über die wirtschaftliche, soziale, aber insbesondere politische und kulturelle Dimension Europas erforderlich. ■



Branislav Čanak, Vorsitzender der Gewerkschaftsföderation „Nezavisnost“



HARTMUT FÄHNDRICH

Seine Wüste als Heimat und Metapher

In der Welt des Ibrahim al-Koni

Die ersten beiden auf Deutsch erschienenen Bücher des Libyers Ibrahim al-Koni tragen die Bezeichnung „Roman aus Libyen“. Danach griff der Autor ein und erbat eine Änderung. Nicht Libyen als nationalstaatliche politische Einheit sei wesentlich als Herkunftsort seines literarischen Werks. Entscheidend und unverzichtbar und darum auf dem Buchumschlag zu vermerken sei die Wüste. Deshalb stand auf der dritten Übersetzung „Roman aus der Sahara“. In dieser mit rund 9 Millionen Quadratkilometern größten Wüste der Erde spielen praktisch alle Romane und Erzählungen von Ibrahim al-Koni, und auch seine Essays und Aphorismen sind größtenteils dort verwurzelt, beziehen ihre Gegenstände, ihre Weisheiten, ihre Einsichten von dort. „Der Himmel ist die Wüste dort oben. Die Wüste ist der Himmel hier unten“, heißt es einmal. Oder ein andermal: „Die Wüste ist die Heimat der Seele und dem Körper Exil.“ Und diese weite Wüste liegt vor jedem Menschen „kahl wie die Vergänglichkeit“.

Doch um diese Wüste, seine Herkunftswelt und seine Romanwelt, zu erreichen, muss der in der Schweiz lebende Ibrahim al-Koni den Weg über die Küstenstädte im Norden nehmen, im Allgemeinen Tripolis, wo längst auch ein Teil seiner Familie lebt. Dort deutet kaum etwas darauf hin, was sechs-, siebenhundert Kilometer weiter südlich Normalität ist. Die Küste entlang, da ist die Wüste weit weg. Nicht

nur weil dort, offenbar Erbe europäischen Ordnungseifers, die Palmen, Oliven- und Zitrusbäume vielfach straff in Reih und Glied stehen. Sondern weil es ein zwar immer noch verhältnismäßig gemütliches, aber dennoch betriebsames Groß- oder Kleinstadtleben gibt. Und auch weil durch die dichtere Besiedlung die Segnungen der globalen Zivilisation schon deutlich und sichtbar ihre Spuren hinterlassen haben. Der Küstenstreifen, das ist jene Mischung aus Mittelmeerfaszination – Oliven, Orangen, Eukalyptus, Feigenkakteen und Felsen – und Tristesse aus bescheidenen Verkaufsbuden, Bauruinen, Zementwerk und verstreuten Plastiktüten. Der Küstenstreifen, das ist auch Zeugnis römischer, osmanischer und natürlich italienischer Vergangenheit und panarabischer Gegenwart Ghaddafi'scher Prägung.

All das ist weit, sehr weit weg von Ibrahim al-Konis Welt. Es waren Wochen, die die Karawanen einst (und das ist noch nicht so lange her) brauchten, um Gold und anderes aus dem Inneren Afrikas zur Küste oder Waren zurück in die Wüste zu bringen. Einen Großteil dieser Distanz legt das Flugzeug Tripolis-Sebha in einer Stunde zurück. Ein Blick hinunter – besonders nach dem Verschwinden des schmalen Küstenstreifens und des Dschebel Nefussa – auf die Rote Hamada lässt ahnen, was einen erwartet: Hügel, Berge, manche rund, manche gezackt,

Taleinschnitte, teils mit, teils ohne Wasser (es ist Januar), glatte Hochebenen mit scharf eingebrochenen Tälern, die sich straßengleich von den Höhen in die Niederungen ziehen, um dann im Sande zu verlaufen, selten grüne Flecken, die Oasen, die Paradiese.

Doch Paradiese sind die Oasen nur dem konventionellen Nachdenken über die Wüste. Das Paradies des Ibrahim al-Koni sieht anders aus. Ihm ist die Wüste Paradies, „Oase der Ewigkeit“, „ein Haus mit Wänden aus Nichts“, „dem Körper ein verlorenes, der Seele ein lebendiges Paradies“, „ein Paradies aus Nichts“. So betritt man in Begleitung des Tuaregschriftstellers die Wüste nicht einfach als ein, nach Auskunft des Lexikons, vegetationsloses oder sehr vegetationsarmes Gebiet mit vielleicht da und dort etwas Wasser und sicher überall Geröll, Kies, Sand, Staub. Neben Ibrahim al-Koni betritt man mit der Wüste ein Reich der Symbole oder, noch weiter gefasst, einen Raum, in dem alles Symbol ist, in dem an jedem Ding ein Mythos hängt. Jedes Pflänzchen und jede Pflanze, jedes Tierchen und jedes Tier, jedes Sandkorn und jeder Fels weisen hier über sich hinaus. Selbst die Steine sind nicht bedeutungs-, denn das hieße mythoslos, auch die sich verschiebenden Sandhügel nicht, und natürlich auch nicht die Weite und die Leere.

Ibrahim al-Koni beschreibt in der Wüste, für die er allemal zehn verschiedene Wörter zur Verfügung hat, das Leben der

Tuareg, jenes ein bis eineinhalb Millionen Personen umfassenden Berbervolkes in der westlichen Zentralsahara und der daran im Süden angrenzenden Sahelzone, von Twat bis zum Tschadsee, von Timbuktu bis nach Gadames. Es ist ein Volk, aufgeteilt wie die Kurden durch Ziehung von Nationalstaatsgrenzen auf verschiedene Länder, dessen größter Teil, je etwa eine halbe Million, heute in Mali und in Niger wohnt.

Diesem Volk gehört Ibrahim al-Koni an. 1948 ist er in einer Oase in der Nähe von Gadames am Rande der Roten Hammada geboren. Das Umherziehen mit Tieren und das Leben im Zelt sind ihm Kindheitserinnerungen, die Region dort im Südwesten Libyens ist ihm Kindheitsraum. Erst mit elf Jahren begann er, die Sprache zu erlernen, die ihm heute Sprache des literarischen Ausdrucks ist und für deren Beherrschung ihm arabische Kritiker höchstes Lob zollen.

Gerade zwanzig Jahre alt, hat Ibrahim al-Koni der Region und dem Land den Rücken gekehrt und ist nach Russland, in die damalige Sowjetunion, gegangen, um am Gorki-Institut in Moskau Literatur zu studieren. So ist der Einfluss der russischen Literatur in seinem Schreiben unverkennbar, und im Salon seines Bruders in Tripolis hängt ein Ölbild: Ibrahim al-Koni mit Buch auf einem Lehnstuhl – Dostojewski stand Pate. Danach wirkte er zwei Jahrzehnte lang am libyschen

Kulturinstitut in Moskau und in Warschau, bis er 1993 in die Schweiz kam.

Doch die Wüste und ihre Bewohner, die Tuareg, haben ihn nicht losgelassen. In seinen Werken beschreibt er ihr Leben. Oder sollte man besser sagen, ihr Erbe? Wenn sein literarisches Werk einst abgeschlossen und durch Übersetzung bekannt geworden sei, davon gibt er sich überzeugt, werden die lebendige Kultur und die Lebensweise der Tuareg verschwunden sein. Und jemand müsse das festhalten, was hier als Teil der Menschheitsgeschichte ein Volk gelebt, gedacht, geträumt habe.

Er selbst ist, obwohl er den größten Teil seines Lebens anderswo verbracht hat, in vielfacher Weise noch immer dort im Fessan in Südlibyen zu Hause. Er kennt Personen. Unser Führer ist vor Jahrzehnten mit seinem Vater durch die Wüste gezogen. Verwandte wohnen in stattlicher Zahl in den kleinen Städten und Weilern, die entlang der sehr wenigen Asphaltstraßen liegen, von Sebha nach Westen Richtung Ubari und dann südwärts nach Ghat. Aber das Verschwinden der traditionellen Kultur kündigt sich an, ist schon weit fortgeschrit-

ten. Langsam hält der Tourismus Einzug, nicht zuletzt genährt von Wüstenhungrigen aus Deutschland und aus der Schweiz.

Das Nomadenzelt mit allem, was dazu gehört, ist für uns in der Kleinstadt Ubari im Hof eines Verwandten von Ibrahim al-Koni aufgestellt. Das meiste aus Leder, „verzert von den zarten Fingern der jungen Mädchen in Twat“, wie es so oft in den Romanen heißt. Die Kissen, „gestopft mit Stroh und gezettelter Wolle“. Am Zeltpfosten baumelnd die Schwerter, „in deren lederbezogenen Griff geheimnisvolle Zeichen eingeritzt sind“, auch Amulette und Talismane, überall die Dreiecke der Göttin Tanit und da und dort geheimnisvolle Zeichen in Tifinagh, der Schrift der Ahnen, die die alten Männer, wenn sie zusammensitzen, vor sich in den Sand kritzeln.

Die Tierwelt besichtigen wir in einem kleinen Gehege auf der Farm eines anderen Verwandten des Autors. Dort, in einer gemauerten Umfriedung, leben sie friedlich und still beieinander, die Gazelle und der Mufflon, beides Tiere, die einst die Weiten der Wüste bevölkerten, deren Zahl auf freier Wildbahn aber stark zurückgegangen ist, wie im Roman *Blutender Stein* drastisch blutig geschildert wird. Beides sind Tiere, die mit den Menschen ein ganz besonderes Verhältnis



»IN LIBYENS WÜSTEN«

Fotoreportage von Markus Kirchgäßner

Der Tuareg-Schriftsteller Ibrahim al-Koni (S. 56); Rast im Marratrat-Gebiet; frisch geerntete Trüffel (S. 57); Wadi Arramat: Felszeichnungen, Verwandte von al-Koni spielt auf der „Imsäd“ (S. 59); Ubari Sandwüste: al-Koni an einem Ahnengrab (S. 60); Djebel Idenan bei Ghat (S. 61); Tuareg Boscha kocht Tee (S. 63).

Wüste - Untergang und Dünenklang

Als Christoph Ransmayr 1982 sein Debüt vorlegte, stand die Kritik an einem Ressourcen vernichtenden Industrialismus noch vor ihrer Hochphase, aber das Thema des Ausstiegs aus einem verfehlten, selbstzerstörerischen westlichen Zivilisationsprojekt lag doch schon in der Luft. Wenn man nun, 18 Jahre später, *Strahlender Untergang. Ein Entwässerungsprojekt oder Die Entdeckung des Wesentlichen* in der vom Autor überarbeiteten und in den ursprünglichen Zeilenfall gebrachten Fassung liest, weht einen der Hauch dieser Zeit an.

Es ist die Geschichte eines finalen Versuchs, dem des Verschwinden des Menschen in der Wüste, als ein hypertrophes wissenschaftliches Projekt. Ransmayr vollzieht in wenigen Zeilen die Menschheitsgeschichte als die einer verhängnisvollen Naturunterwerfung nach, aus der konsequent die Selbstvernichtung folgt. Denn der „Herr der Welt“ hat schon immer an der finalen Entropie gearbeitet:

„Er will,
obwohl er Verwüstung betreibt,
sich in die Zukunft verlängern!
Und das ist ein Widerspruch.“

So wird ein Mensch in einem umzäunten Wüstenareal ausgesetzt – um zu verderben. Die Gedanken dieses „Probanden“ bilden den Schluss. Der gefügige Schlachter gedenkt schließlich auch alles Geschlechterten:

„Wie kalt
es in den Schlachträumen
immer gewesen ist.“

Über Ransmayrs Prosa (oder auch Poesie) liegt der kalte Hauch des Untergangs. Man kann ihn in allen seinen späteren Romanen wieder entdecken, hier aber ist er noch komprimiert, miniaturisiert.

Ein Kontrast dagegen Raoul Schrotts *Die Wüste Lop Nor*. Auch diese „Novelle“ kommt in jenem Zeilenfall daher, der eher der Poesie (ohne Reime) gleicht. Vor allem aber hat die Poesie dem Autor als Herausgeber einer Anthologie weltweiter Preziosen einen großen Ruf verschafft. Nun führt er uns verschiedene Wüsten in ihrer Grandiosität und Schönheit vor, flicht Legenden aus China und afrikanischen Wüstengebieten ein, erzählt von verlorenen Städten und verschollenen Ländern, Fragmenten gleich. Dazwischen erzählt er, ebenso fragmentarisch, die Geschichte eines Mannes und seiner dreier Frauen – also von der Liebe und ihrem Scheitern, von ihren Ansprüchen und Verletzungen. Es ist seltsam, wie da die Konturen der Frauen durch die Konturen der Wüste ins Verschwinden geraten. Der Gesang einer Düne oder die Gewalt eines Sandsturmes wirkt allemal stärker als die Gefühls- und Sprachverwirrungen zwischen den Geschlechtern. Das ist die Stimmung dieser „Novelle“, die selber eine irritierende Schönheit ausstrahlt. Im Vergleich mit Ransmayr – vielleicht ein ungerechter Vergleich – wirkt Schrott wie ein Archivar der Grandiosität der Natur und ihrer zweifelhaften menschlichen Geschichte. Aber ein gemeinsames Grundthema scheint doch auf: Der Mensch als Sandkorn der Zeit und der Naturgeschichte. Davor steht das moderne Individuum – einsam, fassungslos oder weiterstolpernd auf dem Pfad der Selbstvernichtung.

Michael Ackermann

Christoph Ransmayr, *Strahlender Untergang. Ein Entwässerungsprojekt oder Die Entdeckung des Wesentlichen*, Frankfurt/M. (S. Fischer Verlag) 2000 (63 S., 20,00 DM)

Raoul Schrott, *Die Wüste Lop Nor. Novelle*, München (Hanser Verlag) 2000 (127 S., 28,00 DM)

kurz vor Ghat, ganz im Südwesten von Libyen, lassen ihn langsam zurückfinden. Immer wieder zeigt er auf Markantes rechts und links der Straße, zunächst besonders auf die Gräber, die dem geübten Auge dort zu Hunderten sichtbar sind – kleine Steinhäufen an den unteren Berghängen, leicht erhöht, und damit den möglichen Wasserfluten entzogen. Die Weisheit der Ahnen, der Garamanten, die schon Herodot erwähnt habe und deren Name mit dem der Germanen verwandt sei, sagt Ibrahim al-Koni.

Dann weist er auf die mächtiger werdenden Bergformationen. Eine davon ist der eigentliche Ausgangspunkt unserer Wüstenfahrt. Es ist der Idenan, ein trutziges Massiv, das sich einst vom Akakus-Gebirge gelöst habe, durch die Wüste gerirrt sei und sich nun hoch aus der sandigsteinigen Ebene erhebt. Südlich davon, flacher, steht sein Gefährte, und in der Ebene zwischen den beiden spielt Ibrahim al-Konis Hauptwerk, *Die Magier*, das Epos der Tuareg. Der Idenan hat den Dschinnen Heimstatt gewährt, jenen im Koran erwähnten, von Gott zeitlich vor den Menschen geschaffenen Wesen aus rauchloser Flamme, die den Menschen unter wechselnder Gestalt erscheinen. Als Gegenleistung für die Gewährung einer Heimstätte beschützen die Dschinnen den Berg vor dem Südwind; denn ohne diesen Schutz würde es dem Idenan ergehen wie seinem südlichen Gefährten, dessen Felsaufbauten längst von Wind und Sand flachgerieben sind.

Die Nacht, klirrend kalte Wüstenwinternacht, am Feuer im Schatten dieses „Besessenen Berges“. Die Dschinnen lassen sich nicht vernehmen. Dafür ein älterer Mann, der, begleitet von einer Frau auf dem Imsad, alte Lieder singt. Ein anderer bietet dazu jenen Tee an, grün und süß, der, nach festen Ritualen durch dauerndes Hin- und Hergießen von einem Behälter in den anderen, mit einer kräftigen Schaumkrone in kleinen Gläsern serviert wird. Gastgeber- und abendliche Gemeinschaftsrituale, für die mehrere Personen mit Landrover aus umliegenden Orten herangefahren kommen.

Am nächsten Morgen taucht die Sonne den mythischen Berg in oranges Licht. Aber sie braucht lange, bis sie die Luft angenehm erwärmt hat. Die Kraft des „ewigen Henkers“, der von seinem Thron mit Feuerpeitschen auf die Wüste einschlägt, ist jetzt im Winter gebrochen. Die Wellen der Fata Morgana, die wie Fabelmähen vor dem Wüstenwanderer herziehen, werden nicht sichtbar. Und ihr Untergehen am Abend, in Ibrahim al-Konis Romanen immer wieder als Sturz in den Abgrund beschrieben, ist keine Erlösung.

Zweimal vierundzwanzig Stunden sehen wir danach keine andere Menschen-

hatten, haben konnten. Beides sind auch Symbole für eine je eigene Lebensweise. Die Gazelle, das Tier der Ebene, scheu und feingliedrig, in den oft tränenfeuchten Augen ein tieftrauriger Blick, mit dem sie die Menschen in ihren Bann zieht und sie mit Zeichen auf das Leid des Lebens verweist. Der Mufflon, das Tier der Berge, vorne breitschultrig und hinten schmaler werdend, mit mächtigen, geschwungenen Hörnern, ein Tier, in das nicht selten verschwundene Menschen eingehen, sichtbar auch hier im Blick, mit dem sie von ihrem Schicksal erzählen. Der Mufflon hat schon so manchem Menschen das Leben gerettet und so einen Schutzpakt erwirkt – und wehe dem, der den Pakt bricht und sich am Mufflon vergreift.

In einem separaten Kasten wird schließlich eine Schlange gehalten, jener jüdisch-christlich-islamische Urfeind des Menschen, immer bereit ihn zu verführen, zu betrügen und gar zu töten, die Schlange, die erst wirklich unschädlich

und ungefährlich ist, wenn ihr der Kopf vom Leib getrennt wurde.

Draußen, am Rande der Wüste, wird der Kameltanz, die Darbietung zum „Fest“, eigentlich etwas intim Familiäres, nichts für Fremde, extra für uns aufgeführt, von Personen, die irgendwo „in der Nähe“ wohnen und diese Zeremonie auf den grazilen Dromedaren sonst allemal nur zu Verlobungs- und ähnlichen Feiern durchführen: Eine Gruppe von Frauen hockt beisammen, singend und auf Trommeln und dem einsaitigen Imsad musizierend. Zu ihrem Rhythmus schreiten die fünf Kamele mit ihren Reitern ihre vorgeschriebenen Bahnen ab.

Dann nimmt uns die Wüste auf, die eigentliche Wüste, die Heimat des Ibrahim al-Koni, gleichzeitig als natürlicher, mythischer und symbolischer Raum, als Ort der Gegenwart und der Vergangenheit. Die mehreren hundert Kilometer auf asphaltierter Straße bis nach Serdlis,



seele als uns neun und kein anderes Gefährt als unsere beiden Landrover. Diese verschlungen Kilometer um Kilometer. Wüste wechselt mit Wüste, denn Wüste ist nicht gleich Wüste.

Die zehn verschiedenen Wörter dafür haben einen Sinn, einen je eigenen. Derjenige vom Leer- und Freisein, von der „losigkeit“ ist der häufigste: weglos, pflanzenlos, schattenlos, etwaslos. Steine sind immer da, oder Sand, als Ebene oder als Berg. Und solange Berge da sind, kann sich das Auge erholen. Es stößt an Grenzen, an Barrieren, wechselnde, kann etwas hinter der nächsten Bergnase erwarten. Einen Baum vielleicht, eine weitere Bergnase oder ein Wadi mit immensen, aufragenden Felswänden, die langsam von der Zeit zerbrochen werden, an ihr zerbrechen. Vorläufig umfassen sie noch einen Einschnitt, auf dessen Grund eine kämpferische Flora existiert, die den Bedingungen ein karges Leben abringt. Dazwischen dünnes Vogelpiepsen und ein paar Esel, die da gemeinsam umherstreifen, um die Nähe eines Brunnens wissend.

An einer Felswand, vor einer kleinen Grotte ein paar Zeichnungen, die Verewigung der Ahnen – Menschen mit Lanzen, Gazellen, Löwen, die Fauna von einst. Das eigentliche Gebiet mit den Felszeichnungen, den Tadrart am Akakus-Gebirge und östlich davon, besuchen wir nicht. Ein paar zusätzliche Tage wären nötig, um all das zu sehen, was die Ahnen den Nachgeborenen an Weisheit aus ihrem Leben zurückgelassen haben, dort in den Höhlen.

Und immer mehr Steine, Kies, Staub, Weite. Alles jungfräulich, sagt Ibrahim al-Koni, als ob der Mensch erst gerade geschaffen wäre. Als das Meer verschwand, sagt Ibrahim al-Koni, war das Leben in seinen Anfängen, die Wüste ist Zeuge dieses Vorgangs, und in ihrer vielfältigen Gestalt deutet sie die vielfältigen Möglichkeiten des kommenden Lebens an.

Der Fahrer, sicher und souverän in seinem Metier, führt eine digitale Videokamera mit, die er hin und wieder auch während der Fahrt einsetzt. Plötzlich eine rasante Beschleunigung. Der Motor heult auf. Der Fahrer hat ein paar Gazellen erblickt, denen er nachsetzt. Zeichen ursprünglicher Fauna, die Tiere der Ebene, das muss man aus der Nähe sehen. Doch schließlich zwingt ein anderes Terrain zum Herabsetzen der Geschwindigkeit, und die Gazellen jagen davon.

Aus der Stein- und Kieswüste wird Sandwüste. Die Dünen beginnen, aufregend glatt bis oben zum „Sandschwert“, wie Ibrahim al-Koni den scharfgezogenen Grat nennt, den der Wind unablässig verschiebt. Der Sand ist kühl jetzt im Januar, auch fest unter den Füßen, und wenn man flach über ihn hinwegschaut, liegt ein feiner grüner Schleier darüber. Das Wunder der Wüste, sagt Ibrahim al-Koni. Da ist nichts, und plötzlich brechen kleine Pflänzchen hervor. Und wenn es erst einmal regnet, dann blüht und grünt es hier aus dem Nichts.

Doch es regnet wenig. Das Wadi am Nordostrand der Roten Hammada, das für Ibrahim al-Koni und seine Brüder einst Kindheitsparadies war, mit Regen im Herbst und im Winter und üppiger Vegetation im Frühjahr – genug für viele Tiere, wilde und zahme –, dieses Wadi zeigt Spuren des Durstes. Struppig dürres Gebüsch, ein trister Brunnen und weit und breit weder Mensch noch Tier.

Ein paar Kilometer weiter die Oase, in der der Autor geboren ist. Sie existiert



noch. Wasser, Palmen, Enten. Neue Betonhäuser. Doch der alte Dorfkern ist verlassen und befindet sich im Zustand fortgeschrittenen Verfalls, die Lehmhäuser zerbröckelt, die Palmstämme geborsten. Das Ganze soll, als nationales Monument, restauriert werden, sagt eine Tafel.

Von hier ist es 600 Kilometer nach Tripolis. Asphaltstraße. ■

Von Ibrahim al-Koni sind folgende Romane auf Deutsch erschienen: *Blutender Stein* (1995), *Goldstaub* (1997), *Nachtkraut* (1999), *Die Magier* (2001) Alle im Lenos Verlag Basel, übersetzt von H. Fährdrich.



KLAUS-JÖRG SIEGFRIED

Reiselust

Historisch und aktuell

Sommer, hohe Zeit des Reisens – auf die subjektive Seite dieses Phänomens geht Klaus-Jörg Siegfried ein und beschreibt die Reiselust als Sehnsucht nach Freiheit, freilich fest im Griff der Tourismusbranche. Doch liegt nicht in der Organisation von Freizeit die Chance aktiver Lebensgestaltung? Können nicht auch Enttäuschungen zum Motor eines Lernprozesses werden? – Christel Burghoff und Edith Kresta hingegen sehen im Tourismus das ‚heimatföhlige Pendant der Globalisierung‘: Welt als Regenerationsraum für zahlungskräftige Gäste. Der Reisende ‚erfährt‘ nicht mehr; er wird ‚gefahren‘ und ‚goutiert‘ mehr oder weniger gelungene Inszenierungen von Parzellen einer weltweit verstreuten Heimatkultur des globalen Kapitalismus. Ist Reisen am Ende nur noch eine lustvolle Intensivierung des Alltags?

1854 erschien Garibaldi als Kapitän eines amerikanischen Schiffes in London, wo sich zu diesem Zeitpunkt fast alle Freigeister und Revolutionäre des Kontinents im Exil aufhielten. Er hatte die Idee: Alle Emigranten könnten auf drei, vier Schiffen unterkommen, als Steuerleute, Maschinisten, bereit an jedem Ufer anzulegen, von allem unabhängig und so in der Lage, eine schwimmende Revolution zu bilden. Reisen als Revolution zu verstehen, als eine Veränderung der Lebensverhältnisse und des Lebensentwurfs – diese Idee war nur die Zuspitzung aller Vorstellungen, die sich seit Jahrhunderten mit dem Reisen verbanden. Verlassen des heimischen Ortes, seiner sozialen Bindungen, Streben in die Ferne, der Wunsch, das ewig Gleiche, die Bindung an die Konvention, die Unterwerfung unter die gegebenen Herrschaftsverhältnisse zu überwinden, in der Ferne Freiheit, Glück und Erfüllung der Wünsche zu suchen.

In der Tat: Reisen ist Freizeit, freie Zeit – frei von Arbeit oder auch frei für ein

anderes Leben? Mit dem Auto durch die USA, auf dem Highway, bis zum Horizont kein Haus, kein Mensch; Flanieren in den Arkaden des Palais Royal; im Café auf der Piazza mit lusterfülltem Blick auf das städtische Publikum; auf dem Campingplatz in der Sonne sitzen, die Bierflasche kreist; Wandern im Schwarzwald; Kuren auf Norderney, fern vom stresserfüllten Büroalltag, Familientrott und Nieselregen in Norddeutschland. Urlaub – das ganz Andere, die reale Utopie der Freiheit – wenigstens zeitweise?

Möglich macht dies anscheinend die Tourismusbranche, aber sie entwertet zugleich auch die Reiselust als Sehnsucht nach Freiheit, als Lust am Außergewöhnlichen. Denn – wie jeder weiß – sind Einmaligkeit und Unvergesslichkeit des Reiseerlebnisses wohlfeile Waren, die jeder kaufen kann. Einmal aus dem Alltag heraus? Dem Leistungsdruck am Arbeitsplatz entrinne? Den ewigen Zirkel der Haushaltsverrichtungen und des Familienlebens durchbrechen? Das ganz Andere erleben? Frei-

heit probieren? *Nix wie weg hier* – so Name und Motto eines Last-Minute-Reisebüros. Die Kassen der Reisebüros klingeln, stets aber ruft am Ziel der Igel dem Hasen entgegen: *Ich bin schon hier*.

Gerade deswegen ist der Drang der Reisenden umso größer, die Besonderheit seines Reiseerlebnisses hervorzuheben. Schon seit der Entstehung des Tourismus im 19. Jahrhundert war es das Bestehen der Reisenden, kein „Tourist“ zu sein. Der Begriff war und ist heute noch pejorativ. Dieses Massentier, in T-Shirts, Shorts, ameisenhaft überall, ständig fotografierend, ohne Ehrfurcht und Anpassung, ungeniert, laut, primitiv, eine reale Karikatur. Sein Liebstes ist die Pauschalreise: Bequem mit dem Bus von morgens bis abends unterwegs, ganz Marokko zieht wie ein Film vorbei, Mohammed, der Reiseführer, leiert die offizielle Operettenversion des Landes herunter. Wer aufmuckt durch interessierte Nachfrage, dem fährt er über den Mund.

Nein, *authentisch* muss das Erlebnis sein. Nahe an Land und Leuten. Dörfer mit ihrer Ruhe, ihren engen Gassen, mit ihrem menschlichen Maß des Lebensrhythmus. Das Bauernhaus in der Bretagne, intensive Gespräche im Garten oder gar die Stille des Sees oder der lange Spaziergang auf dem Deich an der Nordsee, wo – wenn der Wind die flatternden Haare zerzaust – sich die Gedanken zu nie gekannter Weite entfalten. Man kommt zu sich selbst.

Oder die aktive, abenteuerliche Variante. Mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Wladiwostok, dann nach Japan und über China zurück oder mehr kulturell –

vierwöchige Kunstreise durch Oberitalien mit *Studiosus*. Oder Rom und Florenz, die Pyramiden Ägyptens oder die romanischen Kirchen in Burgund. Die Reise wird zum Buch, auch hat man Teil am Erhabenen, Schönen und Guten. Jeweils vor Ort oder davor oder danach wird der passende Roman gelesen oder in der Volkshochschule ein Sprachkurs belegt. So ist man gebildet, ja dünkt sich edel. Meilenweit der Abstand zum Touristen. Dieser aber ist nur das Zerrbild, die notwendige Folie zur sozialen Abgrenzung gegen andere Schichten – zum Beispiel gegen solche, die die österreichischen Berge, die Adria, die Balearen oder den Gardasee bevorzugen, wo man deutsch spricht und eine übersetzte Speisekarte mit Würstchen, Jägerschnitzel erwarten kann. Ganz zu schweigen von den älteren Damen und Herren, die jährlich immer wieder die gleiche Familienpension im Schwarzwald oder in Südtirol aufsuchen und sich an einem gemütlichen Beisammensein in abendlicher Runde, einem Besuch des Freibades oder an einem Heimatabend erfreuen. Ganz unten steht natürlich – wie furchtbar – die Proletenorgie in Ballermann-Sex auf Mallorca.

Zurückgekehrt bringen Alltag und Arbeit freilich oft genug nur Frust. Aufbruch und Freiheitssehnsucht waren tatsächlich nur Flucht und Illusion. Der Veränderungswille hat lediglich den Gang zum Reisebüro geschafft. Die Buchung der Karibik, die Busfahrt nach Dresden, das Komplettangebot USA oder Mexiko (Flug, Bus, 5-Sterne-Hotel, deutschsprachige Reisebegleitung), ganz zu schweigen das Arrangement an der Costa del Sol haben dem Reiseabenteurer Risiko, Ungewissheit und das Abenteuerliche genommen. Die Reise war nur Abwechslung, Amüsement, ein bunter Fleck im grauen Einerlei des Alltagslebens, auch Kompensation für den Psychostress einer instrumentalisierten Berufswelt.

Fazit: Freizeit ist nicht freie Zeit, sondern Spiegel der Alltags- und Arbeitswelt, fest im Griff der Kulturindustrie, Reisen ist Ware, hochprofitables Produkt der Tourismusbranche, ihre Form Ausdruck der etablierten sozialen Distinktionsskala.

Kritik an der touristischen Reiseform ist nicht neu. Sie beginnt bereits im 19. Jahrhundert – schon damals wollte die reisende Elite nichts mit dem plebejischen Touristen zu tun haben – und sie

wird heute noch mit dem gleichen Tenor vom Bildungsreisenden vorgebracht. Und schließlich schlägt sie leicht in die Fundamentalkritik des Tourismus um, indem sie die kapitalistische Verwertung der Reiselust zu ihrer Zielscheibe macht. Dies hat schon relativ früh Enzensberger mit seiner „Theorie des Tourismus“ getan. Für ihn war klar: Hinter der touristischen Reise steht ein tiefes Verlangen nach Glück und Freiheit, die die gegenwärtige Gesellschaftsverfassung den Menschen versagt. Reisen sind ökonomisch verwertete Fluchtversuche, betrügerische Antworten auf das tiefe Verlangen nach dem Glück der Freiheit. „Der Tourismus zeigt, dass wir uns daran gewöhnt haben, Freiheit als Massenbetrug hinzunehmen, dem wir uns anvertrauen, obschon wir ihn durchschauen.“ (205) Sind wir ehrlich, dann bleiben wir zu Hause oder aber wir ziehen die politische Konsequenz und verwirklichen die ersehnte Freiheit durch den Sturz des Kapitalismus – das wäre die *Ultima Ratio* dieser Tourismuskritik.



Affirmativ ist auch die Nörgelei des *Spiegel* an der Tourismusindustrie. Radikal wirft er ihr vor, sie arbeite wie ein Reisegerobot und produziere Individualreisen nach dem Baukastenprinzip. Alles sei möglich – von Sex und Suff in Mallorca bis zur Fahrradtour von Passau nach Wien. Goldwaschen in Alaska? Mit Schlittenhunden über grönländisches Packeis? Auf den Spuren der Romanik? Alles kein Problem, sofern nur das Geld stimme. Natürlich dokumentiert das Magazin auch, wie sich das tropische Tauchparadies der Philippinen als mörderisches Terrain eines Sozialbanditentums entpuppt und verwandelt doch nur

die menschlichen Tragödien in käuflichen Lesestoff, und eben deshalb bleibt die Tourismuskritik ohne Wirkung. Man liest den *Spiegel* und geht in das nächste Reisebüro. Dort kauft man ein Erlebnis ganz besonderer Art.

Zunächst gilt es, Freizeit zu organisieren. Sie verändert die Lebenssituation – kein Arbeitsstress, kein Alltagstrott, langes Schlafen, Mittagessen am Abend – ein Tag ganz nach Wunsch. Reisen intensiviert und konkretisiert diesen Drang nach Veränderung der gewohnten Lebensweisen. Denn Reisen erfasst die gesamte Lebenssituation. Ob jemand täglich von morgens bis abends am karibischen Strand döst, im Club Med das nächtliche Unterwassertauchen lernt oder Dome, Schlösser, Monumente anstaunt, er hat für einen begrenzten Zeitraum seine Lebensumstände insgesamt verändert – Umwelt, Essen, Trinken, soziale Kontakte, Tagesablauf. Die Reiseerfahrung ist kein kognitiver Lernprozess, sondern ein Erlebnis mit psychisch-sozialen Dimensionen. Er entspringt dem

Wunsch nach Veränderung des gesamten Lebens, der freilich nur für eine begrenzte Zeit erfüllt werden kann, als Exerzitium freier Lebensgestaltung außerhalb des wirklichen Lebens, in Form eines Spiels, als sorgloses Pendant zu Arbeitswelt und Alltagstrott. Reisen hat also eine starke Erlebnisqualität. Sehen wir uns an, welche Bedeutung ihr gegenwärtig zukommt.

Unser Gesellschaft ist eine „Erlebnisgesellschaft“. Unter aufwändigen Theorieerörterungen lehrt uns ein dickleibiges soziologisches Werk, das in aller Munde ist, es gäbe heute keine Sorge

mehr um die materielle Sicherung der Existenz. Es konstatiert einen sozialen Wandel von der Arbeits- und Klassengesellschaft zur Konsum- und Freizeitgesellschaft. Nicht mehr Außenziele wie die Sicherung der materiellen Existenz würden unser Denken und Fühlen prägen, vielmehr seien wir von innenorientierten Lebensauffassungen geleitet. Das Subjekt stelle sich selbst in das Zentrum seines Denkens und Handelns. Es prüfe die äußeren Umstände für sein Innenleben. Es sei bestrebt, sie für sein Fühlen und Denken als „schönes Leben“, als positiv bewertete Erlebnisse zu organisieren. „Lebe dein Leben“ – das sei die Devise des heutigen Denken und Handelns.

Aber *Erlebnis* – so fährt der Erlebnissoziologe fort – heißt nicht *Eindruck*. Der Mensch sei nicht Empfänger von passiven Eindrücken, einer plastischen Masse vergleichbar, sondern Gestalter seines Fühlens und Denkens. Er verarbeite die Eindrücke durch Reflexion. Reflexion sei die Selbstverarbeitung des Subjekts, sein Versuch, seiner selbst habhaft zu werden – und eben dies stürze den Menschen in Unsicherheit. Wer sich selbst befrage, sei mit ungleich größeren Ungewissheiten konfrontiert, als wer die umgebenden Dinge erforsche, und dies sei auch der Grund, warum sich der reflexive Erlebnismensch kollektiven Vorgaben öffne und sich leicht vorgegebener Handlungsmuster bediene.

Der trotz aller Tourismuskritik ungebrochene Boom der Reisebranche lässt sich nicht besser erklären – sie verheißt dem reflexiven Erlebnismenschen ein scheinbar freiheitlich, alternativ-selbstbestimmtes Leben (wenigstens für die Zeit des Urlaubs), zugleich aber auch die Entlastung von Ungewissheit und Zweifel durch eine Fülle vorgegebener käuflicher Reiseformen.

Das kulturhistorische Phänomen „Reisen“ sperrt sich freilich gegen seine Subsumierung unter die Kategorien der „Erlebnisgesellschaft“ und nährt im Übrigen auch Zweifel an der Gültigkeit dieses Konstrukts.

Reisen war fester Bestandteil aller historischer Gesellschaftsformationen und diente vor allem der Sicherung der sozialen Existenz als „Außenziel“, wie dies unser Erlebnissoziologe beschreibt. So war räumliche Mobilität die ökonomische Grundlage für den mittelalterlichen Handel. Der Kaufmann verdiente seinen Lebensunterhalt durch Reisen, indem er die räumliche Trennung von Produktion und Konsum überwand und dies in entsprechende Preise und Marktchancen ummünzte, der Fernhändler durchquerte dabei sogar Länder und Erdteile. Marco Polo war der Exponent dieser primär ökonomischen Mobilität, die sich freilich auch mit weit reichenden persönlichen Erfahrungen verband.

Andere Reisende folgten ausschließlich kulturellen, religiösen und sozialen Motiven. Die Pilgerreise war Ausdruck tiefer Frömmigkeit und zeugt von der gesellschaftlich prägenden Macht der Kirche über Jahrhunderte hinweg. Die Kavaliereise der Aristokraten gehörte zum Repertoire feudal-höfischer Herrschaft, sie vermittelte die Gepflogenheiten und Rituale höfischer Zeremonien und diente der Einführung der adligen Reisenden in die politisch-diplomatische Welt ihrer Zeit. Die Gelehrtenreise setzte sich mit dem sozialen Aufstiegs des Bürgertums durch und gehörte zum bürgerlichen Bildungskanon wie die Forscherreise der Entfaltung der Naturwissenschaften diente und die Abenteuerreise den kolonialen Expansionsdrang im 19. Jahrhundert begleitete. Selbst der Wandervogelzug in die Natur entsprach einem gesellschaftlich-politischen Trend, dem Protest gegen technisch-industrielle Hypertrophie und konventionelle Erstarrung des bürgerlichen Lebens.

Die historischen Reiseformen haben ein Verhaltensmuster gemeinsam – Verlassen der Heimat, Ankunft in der Fremde, Rückkehr in die vertraute Umgebung. Der Aufbruch des Reisenden ist nicht nur geographisch zu sehen. Er verlässt seine vertrauten Menschen, bricht seine gesellschaftlichen Bindungen ab, muss auf seiner Reise mit anderen, zum Teil widrigen Verhältnissen fertig werden und taucht mit der Ankunft in eine fremde Welt ein – andere Landschaft, andere Städte, andere Menschen, andere Sprachen, andere Gewohnheiten, andere Lebensweisen –, keine Trennung von Ich und Welt, Subjekt und Objekt. Im Gegenteil, Reisen verband beides, war der Weg zur Erreichung des „Außenziels“, setzte das Ich instand, sich gegen seine Umwelt durchzusetzen. Reisen war Toleranz des Fremden als Voraussetzung, sich in der Welt zu behaupten, Identität zu wahren, war wagemutiger Wille zur Lebensgestaltung.

Historie und Gegenwart des Reisens liegen so meilenweit nicht auseinander, wie dies erscheinen mag. Das raffinierteste Reiseangebot der Tourismusbranche kann die „Außenbeziehung“ des Ich nicht eliminieren – selbst das luxuriöseste Wohlleben in der Karibik nicht. Die Freizeitform Reisen besteht ja eben in der Gestaltung der gesamten Lebensumstände des Ich durch lokale Veränderung. Nur bringt die Touristik die Auseinandersetzung mit der Umwelt zum Konsum eines wohligen oder aufregenden Lebensumfeldes als Surrogat für den fremdbestimmten langweiligen Alltag herunter.

Der Frust nach der Rückkehr bestätigt dies.

Aber kann diese Enttäuschung nicht zum Motor eines Veränderungswillens werden? Man will ja – wenigstens für eine Zeit lang – anders leben. Also liegt die Überlegung nahe, seine Reisesucht zu durchdenken, bewusst zu handeln, selbst auszuwählen, selbst zu organisieren. Die Reflexion des Ich auf ein schönes Leben durch die Reise ist nicht ohne Auseinandersetzung mit der Umwelt des Reisewegs und -ziels, ohne Außenbezug, zu haben; insoweit bietet das moderne Reisen die Chance, aus dem subjektiven Käfig des auf sich selbst bezogenen Denkens auszubrechen. Die Vergegenwärtigung der Reiseformen früherer Zeiten kann da helfen und motivieren. Warum nicht selbst eine Kavaliereise organisieren statt bei *Studiosus* zu buchen? Oder zu Fuß durch Deutschland wie weiland die Handwerkergesellen statt Riverrafting und Bungeespringen zu ordern oder Freeclimbing als orgasmusähnlichen Erlebniskitzel des selbstverliebten Subjekts zu betreiben?

Die Rückkehr von der Reise kann nicht mehr zum Frust werden, wenn der Ausflug in die Welt als Auseinandersetzung mit dem Fremden, als Bewältigung des Anderen, kurz: als Lernprozess gewollt und selbst organisiert ist. Dann kehrt man wie der Kaufmann im Mittelalter heim – seine in Indien erworbenen Spezereien, die er erfolgreich auf dem heimischen Markt feilbietet – das ist die selbst organisierte und erworbene Erfahrung des Reisenden in der Fremde, die er in den heimischen Alltag einbringt – das psychische Potenzial, die Welt zu verändern, privat, beruflich oder gar politisch nach seinem Willen. Der Reisekatalog muss also nicht als Verführer oder Diktat verdammt werden, sondern kann Instrument sein. Die Tourismusbranche ist eh nicht abzuschaffen, schon gar nicht der Kapitalismus. Tourismuskritik ist leer, wenn sie nicht die Chancen der Reiselust aufzeigt. Wie man früher reiste, das kann uns manchen Hinweis geben. ■

- Bergmann, Klaus/Solveig Ockenfuß (Hrsg.): Neue Horizonte. Eine Reise durch die Reisen, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1984
- Enzensberger, Hans Magnus: „Eine Theorie des Tourismus“, in: ders.: Einzelheiten I – Bewusstseins-Industrie, Frankfurt/Main 1964, S. 179-205 (zuerst 1958)
- Hennig, Christoph: Reiselust. Touristen, Tourismus und Urlaubskultur, Frankfurt/Main, Leipzig 1997
- Leed Eric J.: Die Erfahrung der Ferne. Reisen von Gilgamesch bis zum Tourismus unserer Tage, Frankfurt/Main, New York 1993
- Opaschowski, Horst W.: Pädagogik der freien Lebenszeit, Opladen 1996 (3. Auflage)
- Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/Main, New York 1993



CHRISTEL BURGHOFF / EDITH KRESTA

Endlich daheim!

Die Verwandlung der Reisenden in Sesshafte durch Tourismus

Wir, die Reichen dieser Welt, haben uns die Erde untertan gemacht, als wollten wir den biblischen Auftrag geradezu vorbildlich erfüllen. Die Liga der über Meere und Kontinente operierenden Multis, insbesondere der Global Player Tourismus, hat uns die Welt heimisch gemacht. Von Timbuktu bis Palm Springs, von der Zugspitze bis zu den Quellen des Nils, von Idar-Oberstein bis zum Yellowstone-Nationalpark – Landnahme für uns! Im letzten Jahr ließen die reichen Reisenden um die 500 Milliarden US-Dollar zirkulieren. Durch Tourismus wird 11,7 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts erwirtschaftet. Er gibt jedem neunten Erwerbstätigen dieser Welt Brot und Lohn. Mitunter hängen ganze Volkswirtschaften vom Tourismus ab, beispielsweise die Malediven. Für viele Länder ist er die Zukunftsindustrie schlechthin. Durch den Tourismus werden so genannte rückständige Volkswirtschaften ins Weltwirtschaftssystem integriert. Noch die randständigsten Länder bindet er in den globalen Modernisierungsprozess ein, sofern sie touristisch interessant sind und politisch passend. Er hat das Monopol für sämtliche Zugänge zur Welt: Wer immer heute irgendwo hingelangen will, nimmt eine touristische Leistung in Anspruch, sei es das Reisebüro, den Flugverkehr oder die Verkehrsinfrastruktur vor Ort.

Fröhlich bastelt Tourismus an der einen Welt. Er hat Räume besetzt und diese in unser ökonomisches Profittenken, in unsere Konsummuster, unsere zivilisatorischen Standards eingebunden. Ein klassischer Prozess der Zivilisation, wie Norbert Elias ihn beschreibt: „Es ist nicht wenig bezeichnend für den Aufbau der abendländischen Gesellschaft, dass die Parole ihrer Kolonisationsbewegungen „Zivilisation“ heißt. Für Menschen einer Gesellschaft mit starker Funktionsteilung genügt es nicht, einfach mit der Waffe in der Hand, wie eine Kriegerkaste, über unterjochte Völker und Länder zu herrschen, obgleich das alte, einfache Ziel der meisten früheren Expansionsbewegungen, die Vertreibung anderer Völker von ihrem Boden, der Erwerb von neuem Acker und Siedlungsland, ganz gewiss auch bei der abendländischen Ausbreitungsbewegung keine geringe Rolle spielt. Aber man braucht nicht nur den Boden; man braucht auch die Menschen; man wünscht die Einbeziehung der anderen Völker in das arbeitsteilige Geflecht des eigenen, des Oberschichtlandes, sei es als Arbeitskräfte, sei es als Verbraucher; das aber zwingt sowohl zur gewissen Hebung des Lebensstandards wie zu einer Züchtung von Selbstzwang- oder Überichapparaturen bei den Unterlegenen nach dem Muster der abendländischen Menschen selbst; es erfordert wirklich eine Zivilisation der unterworfenen Völker.“ Elias erklärt

sehr schön die Mechanismen der Mentalitätsanpassung im interkulturellen Prozess. Denn auch die Anderen sollen funktionieren, fühlen und denken wie wir. Die Sieger haben die Macht, den „Kolonisierten“ ein Double-Bind zuzumuten: nämlich so zu werden wie wir und trotzdem ganz anders zu bleiben und exotisch zu wirken, damit wir ihre Andersartigkeit als bereicherndes Aperçu genießen und wie Gewürze goutieren können. Denn touristische Globalisierung heißt im Grunde nichts anderes als die Universalisierung der Dienstleistung – für unsere Bedürfnisse.

Wer unterwirft, der macht sich heimisch. Tourismus spielt dieses uralte Spiel von Besetzung und Vertrautmachen. Nur eines ist neu: Die Landnahme heute ist individualistisch und ökonomisch, sie ist Landnahme der entspannten Art, schon längst nicht mehr politisch aggressiver Imperialismus, sondern der Siegeszug des Geldes und der Geschmäcker.

Die kritische Zeitgeistbeobachterin Cora Stephan polemisiert im touristischen Jahrbuch *Voyage* gegen politische Angriffe: „Es ist ein ungerechtfertigtes, ja perfides Vorurteil, die saisonalen touristischen Massenbewegungen mit imperialistischen Feldzügen gleichzusetzen. Sie sind das Gegenteil davon, denn sie finden im strengen Sinne gar nicht statt. Massentourismus heißt: beim Reisen zu Hau-

se zu bleiben. Denn wo immer wir sind, stets muss uns ein Stück Heimat umgeben, seien das die Punica-Oase, Rei in der Tube, Revue-Weltbilder oder Schwarzbrot.“ Massentourismus, so Cora Stephan, sei „der friedlichste Ersatz für allerhand andere tradierte Weisen, in größeren Menschenverbänden die Welt kennen zu lernen.“ Früher, als das Dritte-Welt-Thema die westliche Jugend mit revolutionärem Impetus erfüllte und Waffen für die Unterdrückten dieser Erde sammeln ließ; früher, als die Armut vieler Länder die Herzen nicht nur bekennder Christen rührte und die weltweite Wut auf Multis anstachelte, wurde hart geurteilt: Tourismus sei eine zerstörerische Industrie, sie vernichte Lebensformen, Kultur, Natur, sie zementiere Unterentwicklung und Abhängigkeiten, statt Völkerverständigung fördere Tourismus lediglich den Rassismus. Vor dem Hintergrund des Umsatz-Machens sei das touristische Geschäft ein „Hurengeschäft“. Die drei Fs des Sales Managers: „Find him, fuck him, forget him“ träfen ebenso auf den Umgang mit den touristischen Destinationen zu, ist sogar noch im *ÖkoZid*-Sammelband von 1997 nachzulesen.

Trendwende. Solcherart strukturelle Kritik hat sich heute totgelaufen. In der öffentlichen und politischen Diskussion bis hin zu den Grünen im Bundestag wird die Landnahme schon längst als selbstverständlich hingenommen. Dass „unser Haus“ überall steht, stellt niemand mehr in

Frage – es geht allenfalls um ökologische Nachbesserung, um die attraktive Begrünung oder um ein paar Solarzellen auf dem Dach. Das Haus soll auf dem neuesten technologischen Stand sein, die Entsorgung umweltverträglich, die Putzmittel biologisch abbaubar, der Müll recycelbar, Rauchen in Räumen verboten, Wildblumen auf dem Grasdach. Das Haus Tourismus soll ein Rundum-Wohlfühl-Projekt sein. Heimeligkeit für den gestressten, modernen Menschen, keine Sorgen mehr um gar nichts, ganz entspannt im Hier und Jetzt, auch kein Gedanke mehr an ungeklärte Abwässer. Politische Anti-Haltung wie jüngst der Widerstand gegen Weltbank und IWF in Seattle oder Prag wirkt wie Nostalgie, wie Reminiszenzen an Zeiten großer sozialer Bewegungen. Tourismuskritiker von einst sprechen heutzutage lieber von „nachhaltiger“ Entwicklung, wenn sie „alternative“ Prozesse meinen. „Nachhaltigkeit“ in ihrer Diktion ist nur noch ein Abglanz klassischer Debatten von Verteilungsgerechtigkeit. In so genannten unterentwickelten Regionen sollen die ökonomischen Weichen so gestellt werden, dass eigenständige Potenziale erhalten bleiben. Im Zuge der Ökologiedebatte sind neue Inhalte dazugekommen: Schutz der Ressourcen vor dem Zugriff dominanter Multis, Erhaltung letzter naturnaher Räume, intelligente, sprich: nicht-zerstörerische Nutzung der Natur. Offenbar bleibt den KritikerInnen längst nichts anderes übrig, als die gegebenen Bedingungen positiv zu wenden: Wenn sich denn schon nichts än-

dern lässt, dann soll es wenigstens weniger drastisch zugehen. Ging man in den Siebzigerjahren noch von der Veränderbarkeit der Verhältnisse aus, so muss man heute feststellen: Es gibt keine Alternative mehr. Wir sind eine Welt.

Alle schönen Gestade der Welt hat der Tourismus in einen Regenerationsraum für zahlungskräftige Gäste verwandelt. Und nicht nur für diese – auch für wilde Tiere. Im *Spiegel* schreiben Ökooptimisten wie Michael Miersch dem Tourismus eine weltweit funktionierende Schutzfunktion zu: Tourismus schütze die Natur vor brandschatzenden Einheimischen, indem er ihnen neue Einnahmequellen erschließe. Statt Brandrodung Ranger im Nationalpark, statt Abschuss wilder Tiere Fremdenführer für Safaritouristen. Ohne Tourismus, so heißt es heute, keine Nationalparks mehr. Nur ihre ökonomische Nutzung durch den Tourismus mache den Schutz der Natur für Länder und Regionen noch attraktiv. Der Tourismus gilt heute unter umweltbewegten Menschen als der Naturschützer Nummer eins. Und selbst Traditionen soll der einst als Kulturzerstörer gebrandmarkte Tourismus erhalten. Der Tourismusfachmann Christoph Hennig meint: „In vielen Gesellschaften schafft erst der Tourismus ein Bewusstsein für Traditionen.“ Ohne ihn wäre der Feuertzang der Indianer längst in Vergessenheit geraten. Nun lebt der traditionelle Einheimische in glücklicher, aber vor allem gewinnträchtiger Symbiose von Mikrowelle, Tipi und Ford Transit.

Friedfertig hat sich das ökonomische Denken der Reichen überall auf der Welt niedergelassen – selbst in Wilderness-Areas. Dabei spielen kulturelle Unterschiede, andere gesellschaftliche Entwicklungsstufen, andere Produktionsweisen keine Rolle mehr. Die französische Ökonomin Viviane Forrester macht diesen Vorgang deutlich: „Der wirtschaftliche Diskurs (nach dem gehandelt und gelebt, der aber nicht in Worte gefasst wird) geht in diese Richtung: Die Massen sind nur vage Abstraktionen, und um die Unterschiede kümmert man sich nicht, außer dass man die wenigen Errungenschaften der empfindlichsten so weit wie möglich übergeht – all jener, die bald ausgeschlossen oder besser gesagt eingeschlossen sein werden: stärker eingeschlossen in den Prozess der Enteignung.“

Mehr Freizeit ist eine alte sozialpolitische Forderung der Arbeitnehmerbewegung. Das touristische Projekt hingegen ist historisch eher neu. Schon die Nazis wussten, dass es funktioniert: In Ansätzen – soweit ihnen die Zeit dafür im tausendjährigen Projekt blieb – realisierten sie das organisierte Massenvergnügen. Die nationalsozialistische Freizeitör-

Christoph Hennigs Buch *Reiselust* ist das wohl klügste Bekenntnis zum modernen Tourismus. Geschickt befreit ihn der Autor vom Odium seiner kommerziellen Form, sozialen Relativität und Wertigkeit. Als Konsumenten der Massenware Reisen erfahren wir erleichtert, dass dem Tourismus kulturhistorische Sozialformen des Festes, des Rituals und des Spiels zu Grunde liegen. Die Ballermann-Sex-Orgie wird durch den historischen Vergleich mit dem Fressen und Saufen, Geschrei und den obszönen Scherzen mittelalterlicher Volksfeste salviert, und die Studiosus-Reisenden dürfen sich zu Recht als säkularisierte Pilger auf dem Wege zu heilsbringenden Stätten betrachten, ja, selbst die kleinbürgerliche Hausidylle des Campings wird kulturanthropologisch als Fest, als rituelles Nachschaffen der Welt, hier des häuslichen Lebens im Urlaub, gedeutet. Gerne sehen wir unsere „Reiselust“ legitimiert, wenn wir erfahren: „Das Reisen stellt seit jeher einen der großen kollektiven Träume der Menschheit dar.“ Das Reisemotiv ziehe sich machtvoll durch die Kulturtraditionen aller Völker. Warum wir verreisen, sei in unserem geheimen Wunsch zu suchen, „die Ord-

nungsstruktur des Alltags zu verlassen und in andere Wirklichkeiten einzutreten“. Befriedigt erfahren wir auch noch, dass wir damit einen positiven Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft leisten, sei doch ihr Ordnungsgefüge auf die Ventulfunktion einer solchen zeitweisen Metamorphose in Form des Reisens angewiesen. Freilich, Wirklichkeitserfahrung als Triebfeder und Ziel des Reisens – das könnte zur touristischen Vermarktung der Realität konträr sein. Hennig korrigiert daher: Die gewünschte Wirklichkeitserfahrung sei eher von fiktiven Vorstellungen, Einbildungen und Träumen gesteuert. Der Reisende sei ja kein Sozialforscher, er wolle eigentlich nur wiederfinden, was er sich träumend vorstelle. Der Tourismus ist damit legitimiert. Was immer auch reisend unternommen wird, es handelt sich um eine kulturell bedeutsame Tat – von gleicher Wertigkeit wie Symbolproduktion in Kunst, Literatur, Theater und Film – so der Autor, der im Hauptberuf Reiseleiter ist.

Klaus-Jörg Siegfried

Christoph Hennig: *Reiselust. Touristen, Tourismus und Urlaubskultur*, Frankfurt/Main, Leipzig (Suhrkamp Taschenbuch 3001) 1991

Auf dem schmalen Grat zwischen Alltag und Propaganda

Im Begleitbuch zur Ausstellung *frauenobjektiv. Fotografinnen von 1940 bis 1950* im Haus der Geschichte Bonn (bis 29.7.) werden 65 Berufsfotografinnen in ausgezeichnet rechnerichten Biografien vorgestellt, die auch sonst vermisste Angaben über den Verbleib der Archive enthalten.

Zwangsorganisiert waren sie während der Nazizeit alle, sie hätten sonst ihren Beruf gar nicht ausüben können. Die Reporterinnen, im damaligen Jargon „Bildberichterstatteerinnen“, mussten nach dem Reichskulturkammergesetz vom 22.9.33 und dem am 4.10.33 folgenden Schriftleitergesetz wie die Journalisten in der Reichspressekammer Mitglied werden, nachdem Rasse, politische und künstlerische Gesinnung überprüft und die Antragsteller die Gewähr dafür zu bieten schienen, „die deutsche Kultur in Verantwortung für Volk und Reich zu fördern“. Die Reichskulturkammer unterstand dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, und das war Goebbels. Die übrigen Fotografen gehörten zur Handwerkskammer, und nur Meister konnten selbstständig arbeiten.

Man muss diesen engen Rahmen mitdenken, wenn man sich ihre Fotos betrachtet: meist saubere handwerkliche Arbeit, ohne irgendeinen experimentellen Impetus, ohne besonderen Pfiff, bis auf einige Aufnahmen von Regina Relang, einer nach dem Krieg sehr bekannten Modefotografin, von Hanna Seewald, der Leiterin der „Bayerischen Staatslehranstalt für Fotografie“ seit 1949, von Martha Hoepfner, die 1949 in Hofheim/Taunus eine private Fotoschule eröffnete. So ist es weniger die Ästhetik der Bilder, die den Band interessant macht, als die Be-

schreibung der Arbeitsfelder und der Bedingungen, unter denen die Frauen in den Kriegsjahren und den Jahren danach arbeiten konnten, manchmal arbeiten mussten oder am Arbeiten gehindert wurden.

Lieselotte Purpur etwa, die bei so bekannten Fotografinnen wie Yva und Hilde Brinckmann-Schröder und dem Fotografen Ewald Hoinkis gelernt hatte, nahm ab 1936 Bildserien für die Monatszeitschrift *Frauenkultur* des Deutschen Frauenwerks und für die *NS-Frauenwarte*, dem Organ der NS-Frauenschaft, auf, später dokumentierte sie den „Kriegseinsatz der deutschen Frau“. Nach dem Krieg fotografiert sie Kriegsschäden und ihre Beseitigung, wird als „Kulturschaffende“ in der sowjetischen Besatzungszone Mitglied im „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, alle Anzeigen wegen ihrer propagandistischen Tätigkeit in der NS-Zeit werden niedergeschlagen.

Die wahrscheinlich bekannteste Fotografin der NS-Zeit, Erna Lendvai-Dircksen, deren Fotobände über „Das deutsche Volksgesicht“, „Das germanische Volksgesicht“ eine Auflage von 280 000 erreichten,

konnte durch einen „Ehrensold der Fotoindustrie“ mit Leihgaben einer Fotoausrüstung der Firma Zeiss-Ikon ihre Arbeit fortsetzen und wurde von der Gesellschaft Deutscher Lichtbildner (GDL) anlässlich ihres 70. Geburtstages 1953 mit einer Sonderausstellung und der Verleihung der David-Octavius-Hill-Medaille geehrt. 1961 erschien ihr Buch *Ein deutsches Menschenbild. Antlitz des Volkes*.

Andere, wie Marianne Breslauer, Lotte Jacobi, Grete Stern und Ellen Auerbach, verließen Deutschland zwischen 1933 und 1935, Yva, die berühmteste deutsche Modefotografin, starb 1942 im Konzentrationslager Majdanek. Die überwiegende Mehrzahl konnte sich in politisch eher unverfänglichen Bereichen behaupten, arbeitete für die Bretter, die die Welt bedeuten, zog sich in die Heimat zurück, lebte für die kleine Freiheit der Mode, fotografierte für die Industrie oder tanzte auf dem schmalen Grat zwischen Alltag und Propaganda.

Nach dem Krieg versuchten einige, wie Martha Hoepfner, Regina Relang oder Urs Lang-Kurz, mit Fotokunst wieder an die internationale Entwicklung anzuknüpfen. Die meisten lichteten das ab, was der Krieg an Zerstörungen im Menschen und an Gebäuden übrig gelassen hatte oder sie schauten weg und suchten die heile Welt der idyllischen Landschaften und der Spitzwegmilieus. Der Wegfall des äußeren Drucks reichte noch nicht zur Befreiung von verinnerlichten Zwängen, und der allgemeine Mangel lud noch nicht ein zu hemmungslosem Experimentieren.

Helmut Veil

frauenobjektiv. Fotografinnen 1940 bis 1950, Köln (Wienand Verlag) 2001 (152 S., Duotone-Fotos, in der Ausstellung 39,80 DM; im Buchhandel 64,00 DM)



ganisation KdF (Kraft durch Freude) verschickte zwischen 1934 und 39 immerhin schon 43 Millionen Menschen. Den kriegerischen Eroberungszügen gingen das Gruppentraining und die Inspektion germanischer Rassestätten voraus: Legendar die Nordlandfahrten mit gemeinschaftlichem, völkischem Erschauern an den Grabstätten göttlicher Ahnen. Ein Projekt, das die Urlauber begeisterte. Die KdF-Anlage Prora kann man noch heute auf der Insel Rügen bewundern: Ein gigantischer, viereinhalb Kilometer langer Gebäudekomplex samt Arena für 20 000 Urlauber auf einmal. Hier sollte die Deutsche Seele im deutschen Körper genesen und sich erheben dürfen: als ein Teil eines

gigantischen, steingewordenen touristischen Programms.

Tourismus heute ist Mallorca: Allein viereinhalb Millionen deutsche Urlauber im Jahr (zahlenmäßig gefolgt von den Engländern) besuchen die Insel, mindestens hunderttausend Deutsche leben fest auf der Insel. Derzeit werden 70 000 deutsche Immobilienbesitzer gezählt, Tendenz rapide steigend. Mallorca: Der Superlativ touristischer Landnahme. Verwunderlich, dass 1994 der CSU-Bundestagsabgeordnete Dionys Jobst den „nahe liegenden“ Vorschlag machte, Mallorca als 17. Bundesland den Deutschen einzukaufen?

Als moderner Spaßbetrieb hat Tourismus eine Eigendynamik entfaltet und treibt die

Globalisierung eigenständig voran. Der ewig lächelnde Begleiter der hegemonialen Bestrebungen wurde zu einer gigantischen Industrie wie andere auch und ist gleichzeitig Ausdruck einer globalisierten Kultur. Auch wenn auf Mallorca noch die Angst vor einer „Germanisierung“ virulent ist – das Denken in Kategorien wie Überfremdung wirkt veraltet. „Der Ernstfall des neuen Europa“, so hat der mallorcaerprobte Pfarrer Heiner Süselbeck den aktuellen Stand auf Mallorca charakterisiert. In einigen Jahren wird dies „normal“ sein. Überall. Nationale Identitäten verlieren zunehmend an Bedeutung. Identitätsstiftend ist heute nur noch die Ökonomie. Wer Geld hat, der ist dabei, wer keines hat, muss

draußen bleiben, egal ob mallorquinisch oder nicht-mallorquinisch. Unter solchen Koordinaten noch von Kolonialismus oder dem Eindringen Fremder in gewachsene Strukturen zu reden, ist in der Tat Nostalgie.

„Zum ersten Mal existiert dank des Tourismus eine kosmische Gemütlichkeit“, so der Philosoph Jochen K. Schütze. Gestört wird diese „kosmische Gemütlichkeit“ allenfalls durch randalierende Kurden wie in der Türkei oder bigotte Fundamentalisten wie in Ägypten. Aber auch das ist nicht tragisch, denn im Tourismus sind die Destinationen austauschbar. Allenfalls wird über diesen ökonomischen Hebel der Druck auf die Länder erhöht, ihre Konfliktherde zu befrieden und sich uns anzupassen. Als Kultur des globalen Kapitalismus ist Tourismus Heimatkultur. Weltweit verstreut zwar, aber sie schafft „Erinnerungen an Territorialität inmitten eines entlokaliserten Lebens, Denkbild des Konkreten in einer universalisierten Kultur“. Heimat in dem Sinne, wie der Publizist Thomas E. Schmidt meint, ist weder der Ort der Geburt noch eine wertkonservativ besetzte Gefühlsdomäne. Heimat, die er meint, ist etwas Fiktives, eine „Denkfigur des Innehaltens“, die moderne Individuen für sich selbst leisten. Längst ist sie den individuellen Biografien, die mit der Herkunft verknüpft sind, entzogen. Heutzutage wird Heimat mehr und mehr zu einer Angelegenheit der persönlichen Wahl. Tourismus bietet dazu die Lebensstilenklaven an, wo sich jeder, wenn auch nur für eine gewisse Zeit, ganz heimisch fühlen kann. Das Erfolgsrezept der Tourismusunternehmen ist in wachsendem Maße die perfekte Verwaltung unserer simpelsten Bedürfnisse nach Wärme, Nähe, Aufgehobensein. Willig bewegen wir uns zwischen dem Biohof in Kärnten und den Palmenstränden Trinidads. Und das immer häufiger. Wir rotieren in kürzester Zeit von einem Urlaubsziel zum anderen, perfekt getimt, perfekt organisiert, Erfolgserlebnis inklusive. „Der Reisende wird zum ‚Körperbehindertenvoyeur‘, dessen wichtigstes Möbel der – möglichst

bequeme – Sitz ist. Für die Welterkundung ist nicht mehr seine Abenteuerlust die Voraussetzung, sondern sein Sitzfleisch. Vom Sitz aus hat er den kontrollierenden Zugriff auf die nahe und ferne Welt, wobei die Differenz zwischen Nähe und Ferne, zwischen Hier und Dort, zwischen Drin und Draußen absolut nivelliert ist“, schreibt die Theologin Marianne Gronemeyer.

Ein Zustand, in dem der Reisende die Welt im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr „er-fährt“, sondern gefahren wird: Er goutiert die gelungenen Weltinszenierungen und lässt sich von vorgeprägten Bildern animieren und von Einheimischen bedienen. Die touristischen Macher wollen eines dabei erreichen: möglichst viele Glückshormone zu aktivieren, sei es in der körperlichen Aktivität, im Urlaubsflirt, im kollektiven Besäufnis, in der künstlerischen Entfaltung, bei der meditativen Wüstendurchquerung oder dem adrenalineschwängerten Himalayatrip. Und weil sich die planmäßigen Kicks schnell erschöpfen, braucht es immer mehr davon, immer stärkere und die immer schneller. Die Angebotspalette vergrößert sich täglich. Homöopathische Dosen flaschenweise, um die Glückshormone zu aktivieren.

Wir reisen auf der „Folie einer zweiten Topographie“ (Schütze). Sie bedient uns nahezu perfekt, denn sie hat sich ihrerseits perfekt der ästhetischen Lebensentwürfe ihrer Klientel bedient. Sie profitiert von der ewigen Sehnsucht nach dem Süden. Die touristischen Macher lernten besonders gut von „Abtrünnigen“, beispielsweise der Hippie- und Popkultur, der es eigentlich um eine „Terrainausweitung der Freiheit gegen die Ordnungsmacht der Spießer“ ging, analysiert der Poptheoretiker Wolfgang Kos. Ihr gelang nämlich via Musik und assoziativer Entgrenzungslirik ein virtuelles Kunststück. Sie schaffte es beispielsweise, Amerika neu zu denken und geographisch neu zu verorten. Sie formte uns eine imaginäre Geographie im Kopf. Die

Reiseagentur *Popmusik* führte vor allem an neue symbolische Orte wie einsame Tankstellen in leerer Landschaft, merkwürdige Begegnungen an der Route 66, in eine bis dahin völlig unbekannte Straße in London, nämlich die Carneby-Street, sie brach auf zur Magical Mystery Tour, landete irgendwie in Indien, durchquerte den Kosmos „2000 Miles far from Home“ und fand sich schließlich an plätschernenden Bächen und den frugalen Mahlzeiten der Landkommune wieder. Sie durchquerte imaginäre Landschaften ohne Raumlogik und klare Abgrenzungen, die aber potenziell betretbar waren. Die „Grandtour der amerikanischen Bohemetouristen“ verlief über Songs, und die lösten stets Raumbilder aus. *Popmusik* vermittelte Stimmungsräume.

Im Tourismus werden diese Bilder funktionalisiert, denn im Grunde versucht sich die Reiseagentur „moderner Tourismus“ am selben Thema: Sie suggeriert pures Lebensgefühl. Sie hat die Gefühlsprache besetzt und verkitscht. Aus dem psychedelischen LSD-Trip wurde der Drei-Tage-Städte-Trip inklusive Eventkultur. Aus dem Tramper formte sie den Last-Minute-Käufer. Aus den Songs als „potenzielle Weltdurchquerung“ wurden Sehnsuchtsmotive destilliert. Aus zauberhaften Landschaftsklängen wurde Wellnesspoesie für makrobiotischen Urlaub. Wenn wir heutzutage unseren Urlaub planen und einen Prospekt zur Hand nehmen, dann wissen wir längst, dass die Chiffren funktionieren: Der Jumbo bringt uns „Blowing in the wind“, Freiheit und Entgrenzung. Die Verlockungen der Industrie bestehen aus jederzeit abrufbaren und kombinierbaren Reizen, sie sind ein Dauermix von Nähe und Ferne, ein konturloses Ineinanderfließen von Eigenem und Fremdem.

Wenn Reisen früher hieß: Die Fremde zu erfahren, zu suchen, zu fürchten, so fragt man sich heute: Wo ist sie geblieben? Hieß Reisen früher frei nach Goethe, den Horizont zu erweitern, sich zu bilden, so geht es heute meist nur noch um die Steigerung der eigenen Lebensqualität mit vorgefertigten Konsummustern. Reisen als aktiven individuellen Prozess bekommen wir heute vorgesetzt. Unser modernes Reisen hat weder mit Abgrenzung noch mit Hinwendung zu tun. Es ist weder Flucht aus unerträglichen Verhältnissen noch Einlassen auf anderes: Es dient der Steigerung der eigenen Lebensqualität. Eine lustvolle Intensivierung des Alltags. „Der Tourismus ist das Ende des Reisens“, sagt Schütze, „es beendet das Reisen völlig undramatisch ... der ewige Irrweg ist zu Ende, sobald man zu Hause ankommt. Ist das Zuhause die ganze Welt, wird man sich nie mehr verirren.“ Wir sind sesshaft geworden. ■

Christel Burghoff/Edith Kresta: *Schöne Ferien. Tourismus zwischen Biotop und künstlichen Paradiesen*, München 1995
 Norbert Elias: *Über den Prozess der Zivilisation*, Frankfurt/Main 1977, Bd. 2
 Viviane Forrester: *Der Terror der Ökonomie*, Wien 1997
 Marianne Gronemeyer: *Das Leben als letzte Gelegenheit*, Darmstadt 1993
 Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Endlich Urlaub! Die Deutschen reisen*, Köln 1996
 Christoph Hennig: *Reiselust. Touristen, Tourismus und Urlaubskultur*, Frankfurt/Main und Leipzig 1997
 Wolfgang Kos: „Die imaginären Landschaftsräume der Rockmusik“, in: *Voyage. Jahrbuch für Reise- & Tourismusforschung*, Köln 1998
 Michael Miersch: „Der tote Elefant ist nützlich“, in: *Der Spiegel*, 4.8.1997
Ökozeit 13. Jahrbuch für Ökologie und indigene Völker:

Gratwanderung Ökotourismus, Gießen 1997
 Thomas E. Schmidt: *Heimat. Leichtigkeit und Last des Ankommens*, Berlin 1999
 Jochen K. Schütze: *Gefährliche Geographie*, Wien 1995
 Jochen K. Schütze: „Es gibt keinen Grund das Reisen den Büchern vorzuziehen“, in: *Voyage*, Köln 1998
 Cora Stephan: „Lob des Massentourismus“, in: *Voyage*, Köln 1997
 Heiner Süselbeck in einem *taz*-Interview, 3.1.1998
 Zu Mallorca siehe: „Rückkehr der Vandalen“, in: *Der Spiegel* 31/99; „Reif für die Insel“, in: *Stern* 29/2000
 Zum internationalen Tourismus siehe die jährlichen Veröffentlichungen der World Tourism Organization (WTO), Madrid, und des World Travel & Tourism Council (WTTC)

Die Ostlichterkette

98. Kerze

Manchmal ist es auch in Berlin interessant: Flaniert man die Warschauer Straße in Richtung Kreuzberg entlang, vorbei am Warschauer Bahnhof, hinunter zur Oberbaumbrücke, und, bevor die sich über die Spree in den Westen wirft, links durchs Klinkertörchen in die „Oberbaumcity“, wo, jetzt am Mittag, vor den gelifteten Gebäuden alter Gewerke die Netzbankrotteure stehen und ganz schlechtes Essen in ihre Reizmägen zwingen, dann kommt man nach ein paar hundert Metern in ein beinahe naturbelassenes Friedrichshainer Quartier und an eine vernagelte Kirche, aus deren frontaler Nische Herr Zwingli bemoost auf die gegenüberliegende Brache startt. Nichts tut sich. Jetzt aber erscheint eilend vom Bahnhof her ein Herr von begnadeter Unauffälligkeit, die Aktentasche wie nichts beherrschend, mit jedem Schritt mehr Schulze oder Schultze ähnelnd, wie wir ihn aus „Tim und Struppi“ kennen. Er schließt eine Nebenpforte zur Zwingli-Kirche auf. Er ist's: Dr.-Ing. Liers. Der Orgelpapst von Ostberlin. Es kann losgehen.

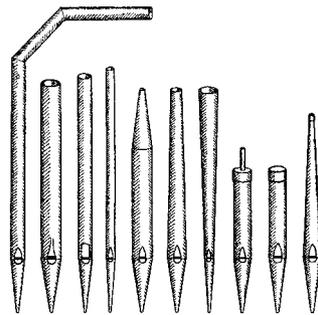
Eigentlich gibt es hier keinen Strom mehr. Aber Herr Liers hat die Leitungen selbst verlegt und findet noch ein bisschen, sodass wir unfallfrei die Stufen zum Balgraum der großen Kirchenorgel hinaufkommen. Bald finden wir im Dämmer unter Stapeln von Akten, Büchern, Zeichnungen, Werkzeugen, Knochen und Knöchelchen prähistorischer Orgeln zwei Stühle zum Zueinanderhocken. Dies ist nicht nur Balgraum, dies ist auch Büro des Instituts für Orgel- und Kantoreiforschung e. V., dessen Vorsitzender Herr Liers ist. Der Staub stellt das Stauben vor Ergriffenheit ein, als er aufseufzt: Das ist mein Leben, und ohne all das möchte ich nimmer sein.

Fast wäre die Zwingli-Kirche ihm und seinem Verein zugefallen. Zugesagt war sie. Zu DDR-Zeiten diente sie als Buch-Lager. Dann kehrten die Evangelischen zurück und konnten sie nicht halten, dann hatten sie die Katholischen und konnten sie nicht halten, dann sicherte sie sich die evangelische Stadtbau GmbH und weiß nun nicht, was sie damit soll. Seit fünf Jahren ist sie geschlossen. Nur der e. V. wehrt noch ihrem Verfall. Nicht nur die Orgel hat Liers restauriert. 15000 Mark hat er da reingesteckt. Rings auf den Emporen stehen Preziosen ostdeutschen Orgelschaffens. Was unten in den Gewölben links und rechts des Schiffes lagert und dem Laien wie Sperrmüll erscheint, sind zerlegte Orgeln. Ein Elefantengrab pro

Gewölbe. Hier hätte aufgebaut, ausgestellt, unterrichtet, restauriert, konzertiert werden können. Unterstützung gab es, auch vom Bezirksamt. Aber mit jedem Wechsel der Herrschaft Ungewissheit, letztlich Zerwürfnis, gar Wortbruch. In wenigen Wochen wird er aus dem Tempel vertrieben.

Seit 1959 rettet Herr Liers Orgeln. Über die Blockflöte kam er ans Gerät, und wenn auch einer seiner Lehrer mit dem vernichtenden Urteil: „Du spielst so beschissen wie Albert Schweitzer“ frühzeitig auf gewisse künstlerische Grenzen hinwies, so hatte den Naturwissenschaftler Liers die Maschine Orgel in unauf lölichen Bann geschlagen. Ein paar Gleichgesinnte gesellten sich dazu, und sie begannen Nachlässe aus Werkstätten, Musiker- und Sammlerhaushalten zu sichern. Als die VEBs kraft höherer Weisung die pneumatischen Orgeln nicht mehr zu reparieren gedachten, stattdessen durch „VEB-Spanplattenorgeln“ ersetzen, da ging Herr Liers mit den Seinen ans Restaurieren. Scheel die Blicke der Orgelbauer auf den Quereinsteiger bis heute, zumal der preisgünstige Strategien der Orgelerhaltung ersann, die das Primat bezahlbarer Beispielbarkeit mit der Möglichkeit sukzessiver Vervollkommnung verbinden. Seit 1982 existierte der heutige e. V. als Arbeitskreis Kirchenmusik im Kirchenkreis Berlin/Lichtenberg, war der Kirchengemeinde unterstellt und durfte für seine Arbeiten 10 Mark Stundenlohn kassieren. Nach der Wende der e. V. Weil der nun mal nichts verdienen darf, gründete Herr Liers den eigenen kleinen „Ingenieursbetrieb für Orgelservice“. Denn Herr Liers war mitsamt der Sektion Elektronik der Humboldt-Universität, wo er sein Ingenieurwissen hochschulpädagogisch veredelt unter den Nachwuchs gebracht hatte, abgewickelt worden. Gerade hat er die Restaurierung der beinahe vergessenen Kino-Orgel im frisch herausgeputzten Filmkunstkinos Babylon beendet. Eine Orgel aus den Zwanzigern, die einzige, die heute im Reich an ihrem angestammten Ort orgelt. Ach, wäre er, der auf die Sechzig zurast, nur nicht gesundheitlich so angeschlagen! Er kommt mit den Aufträgen ja nicht nach!

Heute stehen in ostdeutschen Scheunen und Ställen, leeren LPG- und VEB-Hallen 45 komplette Orgeln, 200 zerlegte, über 200 Harmoniums und Unmengen

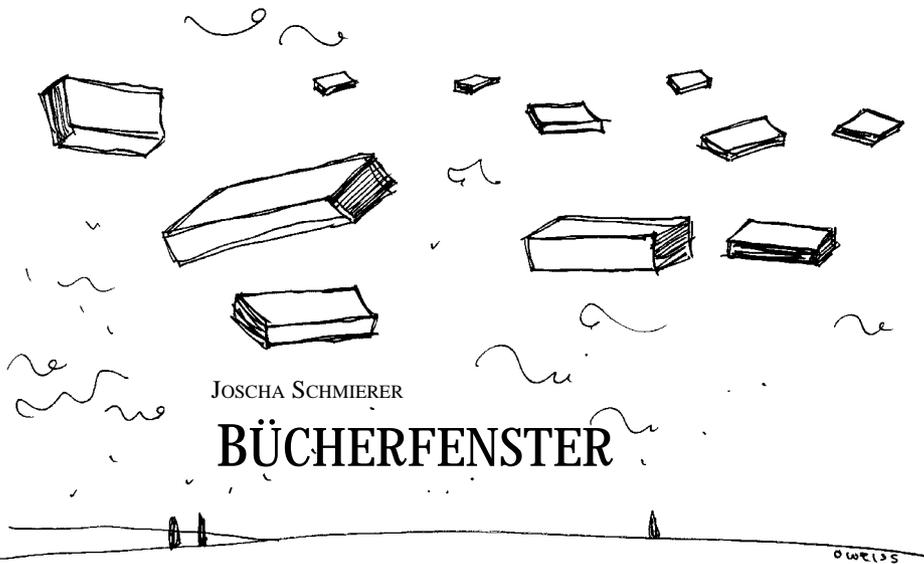


technischen Gerätes, allein 400 Mensurstäbe vom alten Schmeißer, die auf Verbringung in ein Museum, einen Ort der Aufarbeitung warten. „2000 Quadratmeter brauchen wir nur für deren Lagerung“, dazu Dokumente, Litera-

tur. Gut zehnmal größer ist der Fundus als da drüben im führenden westlichen Museum in Borgenteich.

Herr Liers will jetzt eine Schule für seine Orgeln. Und über den Berg des „historischen Kulturguts“ soll sich ein Lehrinstitut wölben, eine Fachhochschule für Restauration. Herr Liers, der Pädagoge. Der Massenuniversität mit ihrem verschossenen Aufwand und unspezifischen Lehrangebot will er eine passgenaue Ausbildung entgegensetzen. Mit Verstand und Verständnis und Vertiefung, statt Prüfungsstress und hirnloser Konkurrenz. Auch das Kulturgut Deutsche Wissenschaftssprache soll da gepflegt werden, damit es nicht gar zu üppig wird mit dem amerikanischen Englisch. Und er überlegt, ob er nicht seine alten Esperanto-Kenntnisse auffrischen und dort zur zweiten verbindenden Sprache erblühen lassen soll. Ruhig alt kann sie sein, die Schule, hat er dem Bezirksamt schmackhaft gemacht, und also zugleich Objekt für Restaurationen aller Art.

Wir steigen hinunter in die Kapelle, ab 1945 Kriegerhalle, die als Werkstatt dient. Liers arbeitet mit dem historischen Werkzeug am historischen Material. Draußen baut er seine Werkstatt um die Orgeln herum auf. Manchmal kommt einer, der hier arbeiten möchte und vergeblich nach der Fräse sucht. Dann öffnet Herr Liers ein Schränkchen voll Dutzender wundervoller, handgefertigter Profilhobel, und dann geht der Interessent wieder. „Wer repariert denn heute noch?“, fragt Liers: „Wer kann es noch. Auch das ist unsere Chance. Ich amüsier mich manchmal, wenn Leute kommen, die hier nur Schrott sehen und Gerümpel, aber wer so flachköpfig denkt, begreift nicht, dass Historie gelegentlich auch in der niederen Gestalt ihres Zerfalls auftritt, der soll sich raushalten.“



JOSCHA SCHMIERER

BÜCHERFENSTER

Virtualität und Realität

Paul Virilio erzählt, ein alter japanischer Freund habe ihm kürzlich anvertraut: „Ich verzeihe es den Amerikanern nicht, dass Hiroshima kein Kriegsakt, sondern ein Experiment war.“ Der Vorwurf ist plausibel, obwohl politische und militärische Entscheidungen sich selten auf ein Motiv, hier also auf einen experimentellen Erkenntnisgewinn über die Wirkung einer Waffe, zurückführen lassen. Außer der direkten Wirkung auf den Feind, einer durchaus militärischen Absicht also, war mit dem Bombenabwurf auf Hiroshima eine Demonstration gegenüber der Sowjetunion bezweckt, die mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges in Europa und Asien über ein gewaltiges Übergewicht an konventionellen militärischen Mitteln verfügte. Als solche Demonstrationen interpretiert Virilio die jüngsten Kriege mit US-amerikanischer Beteiligung: „Sowohl der Golfkrieg als auch der Kosovokrieg waren nichts anderes als eine amerikanische Waffenschau, eine neue Form der Waffenrepräsentation und die unheilvolle Wiederbelebung des militärischen Komplexes.“

Zugleich sieht Virilio im Kosovokrieg einen weit über den Golfkrieg hinausweisenden Test:

„Wenn während des Golfkrieges die Alarmsirenen heulten, bestand eine der passiven Verteidigungsmaßnahmen darin, dass man in Bagdad das Licht löschte. Im Kosovo-Krieg praktiziert man nun den passiven Angriff, bei dem der Angreifer selbst einen Stromausfall in Belgrad verursacht. Wenn man um die strategische Bedeutung dieser Energieform im Zeitalter der ‚Revolution der Information‘ weiß,

versteht man auch die Logik dieser Vorgehensweise besser, die jede Kommunikation unterbricht. Auf den Einsatz gegen die feindlichen Radio- und Fernsehanstalten folgt der Einsatz gegen die Energieversorgung. ... ‚Die NATO hat jetzt die Finger am Stromschalter von Jugoslawien‘, erklärte der Star-Moderator der Operation *Allied Force*, James Shea, in Brüssel. In Wahrheit ist die bei der Anti-Energie-Offensive in Serbien eingesetzte Bombe mit der Bezeichnung *BLU.114.B* nur scheinbar eine SOFT-BOMBE. Wird sie gegen ein Elektrizitätswerk eingesetzt, wo ein hoher Sättigungsgrad an statischer Elektrizität und Ozon herrscht, übernimmt das Graphit die Funktion eines Lichtbogens. Die Bombe verursacht eine wahre Feuersbrunst und eine furchtbare Explosion. Wenn man sich in Erinnerung ruft, dass im Falle eines Atomkrieges Atomkraftwerke wichtige Ziele sind, dann begreift man die Tragweite dieses von der NATO auf dem Balkan durchgeführten Tests sehr viel besser.“

Als Test verstanden interessiert Virilio am Kosovo-Krieg eine Zukunft, die durch die im gegenwärtigen Ereignis wirkende Logik angeblich determiniert ist. Sie erschließt sich aus symbolischen Ereignissen wie den Angriffen auf die Fernsehanstalt in Belgrad und die Kraftwerke in Serbien, wobei Virilio übersieht, dass solche Knotenpunkte, seit es sie gibt und nicht erst im Luftkrieg, im Zentrum militärischer Kampfhandlungen liegen. Indem Virilio den Krieg im Kosovo als Test eines „areo-orbitalen“ Krieges versteht, sieht er überall „Logik“ am Werk, wo nur politisches Zaudern und militärische Un-

entschlossenheit zu finden sind. Das hat durchaus mit der „ursprünglichen Verwechslung von ‚militärisch‘ und ‚humanitär‘“ zu tun, ohne die sich der „Ausbruch dieses ersten Krieges für die ‚Menschenrechte‘ auf dem Balkan nicht begreifen“ lasse. Der „saubere Krieg“, den die NATO unter Führung der USA im Kosovo angestrebt hätte, würde „mit den Prinzipien des *gerechten Krieges*“ brechen, „den die Soldaten der freien Welt führten“.

Einem ähnlichen Gedanken geht Michael Ignatieff in seiner Essaysammlung *Virtueller Krieg* nach. Er beschränkt sich nicht auf die triviale Beobachtung, dass Kriege heute (längst nicht alle!) in Echtzeit auf dem Bildschirm verfolgt werden können. Der Krieg werde nicht nur deshalb virtuell, „weil er auf einem Bildschirm stattzufinden scheint, sondern auch, weil er die Gesellschaft nur virtuell beteiligt. Auf Grund der nuklearen Waffen steht nicht mehr das Überleben der Nation auf dem Spiel; mit dem Ende der allgemeinen Wehrpflicht ist eine tatsächliche Beteiligung der Bürger nicht mehr erforderlich; durch das Umgehen der repräsentativen Institutionen ist kein demokratischer Konsens mehr nötig; und infolge des exponentiellen Wachstums der modernen Wirtschaft belastet ein Krieg nicht mehr das gesamte Wirtschaftssystem. Diese Voraussetzungen verwandeln den Krieg in eine Art Zuschauersport. Wie beim Sport geht es um nichts Grundsätzliches mehr: weder um das Überleben der Nation noch um die Zukunft der Wirtschaft. Der Krieg bietet das Vergnügen eines Schauspiels, mit dem zusätzlichen Kitzel, dass er zwar für die einen real ist – für die Zuschauer aber glücklicherweise nicht“. Die Ansicht, Demokratien scheuten vor kriegerischen Abenteuern zurück, werde fragwürdig: „Es mag durchaus sein, dass Demokratien so lange friedliebend sind, wie die Risiken eines Krieges ihren Bürgern auch wirklich vor Augen stehen. Wird Krieg hingegen virtuell, und damit risikofrei, könnten demokratische Wähler eher zum Krieg bereit sein, vor allem, wenn es um eine Sache geht, die in der Sprache der Menschenrechte oder sogar der Demokratie als solche eine gerechte Sache ist.“

Auch an die eigene Adresse gewandt, erinnert Ignatieff an „das Potenzial an selbstgerechter Irrationalität“, das „Abstraktionen wie das Konzept der Menschenrechte in sich bergen. Wer den Krieg im Kosovo unterstützte (wie Ignatieff selbst, *J. S.*), muss sich mit den unbeabsichtigten Nebenwirkungen einer moralischen Überhöhung der Gewalt auseinandersetzen. Denn hochfliegende Abstraktionen enthalten per se eine Rechtfertigung all dessen, was in ihrem Namen ge-

Nachzügler

tan wird. Wie lässt sich dann verhindern, dass moralische Abstraktionen wie die Menschenrechte ein moralistisches Denken erzeugen, das, indem es jeden, der gegen die Menschenrechte verstößt, als Barbaren definiert, Barbarei wiederum legitimiert?“

Im Kosovo sieht Ignatieff ein Beispiel für die „paradoxe Form einer Kriegsführung, in der risikofeindliche politische Kulturen über technologische Allmacht verfügen“. Wesley Clark hätte nie die „merkwürdige Tatsache aus den Augen“ verloren, „dass sein Krieg überhaupt kein Krieg war, sondern eine Übung in einer Diplomatie des Zwangs mit dem Ziel, die Meinung eines einzigen Mannes zu verändern“. Der Krieg im Kosovo enthielt in seiner Diskrepanz von hohen moralischen Ansprüchen und dem begrenzten Charakter des Krieges einen Eskalationsmechanismus für den Luftkrieg, der durch das überraschende Einlenken Miloševićs seinerseits begrenzt blieb.

Doch auch dieses Ende hatte seinen Preis. „Ein virtueller Krieg führt zum virtuellen Sieg. Da die eingesetzten Mittel begrenzt sind, sind auch die erreichten Ziele begrenzt. Keine bedingungslose Kapitulation, kein Regimewechsel und keine Zerstörung der Fähigkeit zur Kriegsführung auf der anderen Seite, sondern ein fragwürdiger ‚status quo‘.“ Was den Kosovo betrifft, hat an dieser Fragwürdigkeit auch der Regimewechsel in Serbien nichts geändert.

Nachdenken über den Krieg – heißt eine neue Übung unter friedensbewegten Intellektuellen. Das vierte *Philosophicum* Lech hatte seine Referenten vor diese Aufgabe gestellt. Konrad Paul Liessmann hat die Beiträge, unter denen die von Herfried Münkler, Herlinde Pauer-Studer und Richard Swartz herausragen, ediert und mit einem Vorwort versehen. Sybille Tönnies vermisst ein „Bedürfnis nach friedlicher Welteinigung“ und beklagt ein solches nach der „Beteiligung an militärischen Handlungen auf der Siegerseite“. Wo aber findet sich Letzteres auf dem Balkan? Angemessener ist die Kritik Michael Ignatieffs in *Virtueller Krieg*: „Wir führen Krieg, nicht weil wir Krieg führen wollen, sondern weil wir, was unsere Ernsthaftigkeit angeht, einen Zweifel gesät haben, den nur ein konzertierter Einsatz von Gewalt – den wir zu vermeiden suchten – aus der Welt schaffen kann.“ ■

Paul Virilio, *Information und Apokalypse. Die Strategie der Täuschung*. Aus dem Französischen von Bernd Wilczek, München (Carl Hanser Verlag) 2000 (198 S., 36,00 DM)

Michael Ignatieff, *Virtueller Krieg. Kosovo und die Folgen*. Aus dem Englischen von Angelika Hildebrandt, Hamburg (Rotbuch Verlag) 2001 (231 S., 34,00 DM)

Der Vater aller Dinge. *Nachdenken über den Krieg*. *Philosophicum* Lech, Bd. 4, herausgegeben von Konrad Paul Liessmann, Wien (Paul Zsolnay Verlag) 2001 (248 S., 35,00 DM)

In *Libidissi* war Georg Klein eine gute Mischung aus Verrätselung des Erzählten und Lakonie der Erzählung gelungen (*Kommune* 2/99). Es war klar, dass dieses Buch nicht aus dem Nichts kam, sondern Resultat vielfältiger Übungen war. Nun hat Georg Klein in seinen Übungsheften gestöbert und mit *Barbar Rosa* ein Stück daraus veröffentlicht. Georg Klein soll früher von mehreren Lektoren nach Hause geschickt worden sein. Müssen sie sich getäuscht haben? Ohne den berechtigten Erfolg von *Libidissi*, das jetzt als Taschenbuch vorliegt, hätte es keinen Grund gegeben, *Barbar Rosa* herauszubringen. In einem Gespräch mit der *NZZ* erzählt der Autor, dass er das Manuskript schon lange in der Schublade hatte: „Ich hab den Text in erster Fassung zwischen 1989 und 1991 geschrieben. Als die Anfrage wegen Klagenfurt 2000 kam, habe ich meine Frau gefragt, was ich lesen soll, und sie hat gesagt: ‚Du liest unbedingt Barbar Rosa. Das ist die Chance, den Text endlich rauszubringen.‘ Dann habe ich den Roman noch einmal gründlich überarbeitet, ohne je das Gefühl von Mottenpulver zu haben.“ Wie hätte sich ein solches Gefühl einschleichen können, wo doch der Text von Motten angefressen ist? Das heißt nicht, dass gar nichts übrig geblieben wäre, aber vieles ist zu weit hergeholt, um die Löcher stopfen zu können. Ist es notwendig, um von den Süchten einer Stadt zu erzählen, einen „Alkoholverstärker“ ins Spiel zu bringen? Da „Sucko“ verboten ist, lassen sich über ihn Polizeirazzien inszenieren und die Atmosphäre eines Chicagos in Zeiten der Prohibition herbeizitieren. Doch zerbröckelt das Gewebe, sobald man den Stoff in die Hand nimmt.

Ach ja, *Barbar Rosa* ist eine Detektivgeschichte, und der Detektiv ist der Erzähler. Man nehme Philip Marlowe als Klischee und verfähre nach der Umkehrmethode. „Ich bin natürlich erst mal für Klischees, denn da hat man etwas, womit man arbeiten kann. Ich denke aber, dass mein Detektiv die Klischees von Anfang an auf nicht ganz unoriginelle Weise bricht. Ein Beispiel: Philip Marlowe darf alles sein, nur nicht impotent. Das hätte Chandler einfach nicht gebracht. Marlowe ist auch nach dem zwanzigsten Whisky jemand, der nicht flachliegt, sondern die schönen Klischee habe ich nicht erfüllt, obwohl ich mit ihm operiere“, vertraute Klein der *NZZ* an. Aber am Ende ist Kleins Detektiv erfolgreich und löst „seinen“ Fall. Und damit bleibt Klein dem Klischee verhaftet. Die großen Detektive sind keine Lichtgestalten, denen alles leicht von der Hand geht und denen die Frauen zu Füßen fallen. Die tröstliche Botschaft ihrer gelösten Fälle ist, dass noch so kaputte Typen, wenn sie sich in eine Sache nur richtig reinhängen, durchaus ans Ziel gelangen können. *Barbar Rosa* ist durchgängig al-

berner als das Klischee, das persifliert wird.

Kritiker, auch die des Literarischen Quartetts, räumen ein, dass Klein, wenn sie sein Buch nicht gleich über den grünen Klee loben, jedenfalls eine eigene Sprache und einen eigenen Ton hätte. Es war aber nicht die Sprache allein, die *Libidissi* lesenswert machte, sondern das Spannungsverhältnis zwischen den merkwürdigen Begebenheiten und dem nüchternen Sprachduktus, das hier überall durchklang. In *Barbar Rosa* funktioniert das nicht. Mühler, der Detektiv, erzählt von einem Unfall beim Besuch eines Vergnügungsparks, der ihm fast das Leben gekostet hätte, und bei dem ein Freund, der ihm helfen wollte, tödlich verunglückte. Das hört sich dann so an: „Das Umkippen des Bootes, das Kentern meines Kahns im Liebestunnel, wurde in Ursache und Ablauf nie geklärt. Der Polizei und dem Gericht genügte, dass ich Sucko zu mir genommen hatte. Man unterstellte mir, dass ich zuvor schon unter Suckoeinfluss Auto gefahren sei, man hätte mir, wenn meine Anwältin weniger ausgefuchst gewesen wäre, vielleicht noch Schlimmeres unterstellt.“ Jedenfalls wissen die Leser jetzt, was Mühler „einst den Sucko schlagartig vergällte“ und ihn als Anlass seiner Therapie „erneut berufsfähig, für Hansis Verwaltung tauglich machte“. Wo soll der Charme oder die Ironie in dieser Beamtensprache zu finden sein?

Schon gibt es welche, die *Barbar Rosa* zum großen Berlinroman hochjubeln wollen. Berlin schimmert zwischen den Zeilen auch durch. Die Stadt sei ein Fantasierraum, den er von jedem Ort des Globus aus anpeilen könne, sagte Klein der *NZZ*: „Es ist erstaunlich, wie kaputt Berlin auch heute noch ist. Es hat immer noch den Charme einer Trümmerfrau mit geschminkten Lippen und zerrissenen Nylonstrümpfen. Auch viele der neuen Gebäude sehen schon wieder so aus, als wären sie bereits dreißig Jahre alt. Der Reiz von Berlin ist, dass es sich permanent selber dekonstruiert.“

Mit *Libidissi* hatte Klein gezeigt, dass er es kann. Ein Schnellschreiber scheint er nicht zu sein und so konnte er der Nachfrage nicht mit einem neuen Buch nachkommen. „Viele Autoren“, sagte er der *NZZ*, „setzen den Begriff der Erfahrung zu niedrig an. Die leben zwei Jahre, und dann ist das nächste Buch fällig. Das ist zu niedrig gezielt. Einfach bloß leben ist nicht Erfahrung.“ Man konnte und kann immer noch gespannt sein, was Georg Klein nach *Libidissi* zu Stande bringt. Sein Übungsbuch, mit dem ihn die Lektoren heimgeschickt hatten, hätte er in der Schublade lassen sollen. Lektoren täuschen sich nicht immer und Frauen haben nicht immer Recht.

Joshua Schmierer

Georg Klein, *Barbar Rosa. Eine Detektivgeschichte, Berlin* (Alexander Fest Verlag) 2001 (203 S., 39,80 DM)

Schon im Eingangssatz von Ketil Bjornstads Roman *Erlings Fall* (1999) erfährt der Leser, dass er von einem „Verhängnis“ hören wird. Dürfte er aus jeder Zeile nur ein oder zwei Worte sehen, würde sich ihm die Atmosphäre des Buchs trotzdem erschließen. Auf der ersten Seite würde er vielleicht auf „Alpträume“ und „Verbrecher“ stoßen, auf der zweiten oder dritten auf „grelles und unbarmherziges Licht“, „etwas Böses“, „Friedhof“, auf „gedemütigter Mann“, „geschiedener Mann“, „mehrere Gläser Whisky“ und „alles überschattende Wehmut“. In dieser Stimmung ist der 47-jährige norwegische Amtsrichter Erling Fall gefangen, den seine Frau Merete Bover verlassen hat. Sie hat ihn außerdem angezeigt, weil er sie, wenn er betrunken ist, nachts immer anruft.

Falls Depression wirkt derart stabil, dass man überrascht ist, als sich doch noch etwas ändert. Sein Schulfreund Gudmund Kværnland, ein sehr reicher Unternehmer, nimmt ihn auf eine Himalaya-Expedition mit. In den Bergen gewinnt der „Gehörnte“ Abstand von seinem ehelichen Desaster, gibt nach der Tour sein ungeliebtes Richteramt auf und tritt, für viel mehr Geld, in Kværnlands Investmentfirma ein. Auf Geschäftsreise lernt er die erfolgreiche taiwanische Schriftstellerin Sophie Lee kennen. Sie ist so gescheit, schön und gebildet, dass ihm seine Exfrau, der er gerade noch nachgeheult hat, nun als Trampel erscheint. Und kaum zu glauben: Lee zieht mit ihm nach Paris, heiratet ihn und hat sogar Lust, später mit ihm in Norwegen zu wohnen. Das scheint, plötzlich und unerwartet, das Glück zu sein. Aber der Nutzen des Heiratens wird, ähnlich wie der eines Umzugs, dadurch beschränkt, dass man sich selber mitbringt. Fall bildet sich Schritt für Schritt zu dem Schmerzensmann vom Anfang des Romans zurück. Wenn es ihm schlecht genug geht, kann er auch töten.

Erlings Fall spielt 1994 bis 1998. Man meint aber, ihn schon länger zu kennen. Der Amtsrichter, der eine Stütze der Gesellschaft sein will, obwohl er es absurd findet, über andere Menschen zu urteilen, würde in jedes Stück von Henrik Ibsen passen. Wie Falls Eltern sich in ihrer „herzlosen, wohl geordneten Gemeinschaft“ gegenseitig seckieren, hätte auch August Strindberg beschreiben können. Ingmar Bergman hätte es zu verfilmen vermocht, mit Musik von Jean Sibelius. Der Mensch ist dem Menschen eine Plage: Dieses Thema variiert der 1952 gebo-

■ UNTATEN ■

BARCELONA · BADEWANNE · VERGIFTET
KIEZ · L.A. · ERSCHOSSEN · KÜHLTRUHE
ZÜRICH · GEKOCHT · FAHRSTUHL · ULM
BETAUBT · CHEFETAGEN · FRANKFURT
KIRCHE · GEPFÄHLT · GRAZ · VERRATEN
GÄSTEZIMMER · HINTERTUPPINGEN · EIS
GEFESSELT · RIVIERA · ERSCHLAGEN
BONN · GEDOPT · BALKON · GESPALTEN
BOWLINGBAHN · ERTRÄNK · HAMBURG
HOTEL · ERHÄNGT · PARIS · BAGHWAN
GEMARTERT · FORELLENHOF · BREMEN
GESPRENGT · ZK · THEATER · NIZZA
GEWACHSHAUS · VERBRÄNNT · BUDAPEST
ZERQUETSCHT · PUFF · LUDWIGSHAFEN
REPRO · GESTOSSEN · ATHEN · GEBACKEN
BERGSPITZE · BERLIN · VERGRABEN · N.Y.
KLOSTER · VERGEWALTIGT · GEISTERBAHN
AMSTERDAM · GEVIERTEILT · KINO · PRAG
VERLADEN · PEKING · BETT · RÄUMSCHIFF
LEKTORAT · AUFGESPIESST · STUTTGART
00 · GEFOLTERT · LAGUNA BEACH · DACH
ROM · HANGEMÄTTE · ERWÜRGT · PRAXIS
GEGRILLT · ALM · MOSKAU · ZERSAGT
WG · KIDNAPPING · BETT · RÄUMSCHIFF
ZERSTÄUBT · KASEREI · URWALD · KNAST
SYDNEY · VERFOLGT · HL · VERSTRAHLT
KELLEREI · GETÄUSCHT · SCHLACHTHOF
HOF · ZWINGER · GELIFETET · MÜNCHEN

UND ORTE ■

Zwei Arten von Norden

rene Bjornstad, der als Schriftsteller, Pianist und Komponist in Oslo lebt und dessen Romanbiografien über Edvard Grieg und Edvard Munch ins Deutsche übersetzt wurden, aus skandinavischer Tradition.

Von seinen Meistern hat er Präzision gelernt. Viele Sätze möchte man zitieren, weil sie Falls Elend auf engsten Raum verdichten, weil man aus ihren zehn oder fünfzehn Wörtern den ganzen Roman ableiten könnte. Auch die Erzählperspektive ist klug gewählt: Fall redet wenig, wird aber als Einziger von innen gezeigt, man liest ausführlich, was er fühlt und denkt. So wird Bjornstad dem reichen Seelenleben eines Unglücklichen gerecht, der sich nur selten mitzuteilen wagt. Fall läuft ab wie ein Uhrwerk, jeder Satz ist ein unerbittliches Ticken. Man hätte sich, keinesfalls formal, aber inhaltlich, etwas weniger Zwangsläufigkeit gewünscht. Einen Ausweg.

Ketil Bjornstad neigt zur Apodiktik, Helene Tursten dagegen zur Diskussion. *Der zweite Mord* spielt in Göteborg; menschenbildlich und sozial führt die Autorin in ein anderes, als Klischee und Wirklichkeit heute präsenteres Skandinavien als das von Bjornstad: den Sozialstaat mit seinen, egal wer regiert, tief sozialdemokratischen Bewohnern. Gearbeitet wird in Teams, geredet über alles, für jedes Problem gibt es eine Beratungsstelle. Das hilft oft nichts – seit Sjöwall/Wahlöö rechnet man in skandinavischen Krimis

mit Elendsbildern. Aber solche Anklagen speisen sich aus der Zuversicht, das Leben wäre durch gerechten Ausgleich vernünftig zu regeln. Dass der Mensch auch dann alleine bliebe, ist für Tursten, anders als für Bjornstad, keine Hauptidee.

Wenn die Welt sich verändern lässt, wird die Frage wichtig, wer bisher was getan hat. Folgerichtig gönnt Helene Tursten ihren Lesern das Mitdenk-Vergnügen an einem Wer-wars-Krimi. Räumliches Zentrum der Handlung ist die private Löwander-Klinik. Dort fällt eines Nachts der Strom aus und mit ihm ein Beatmungsgerät. Der Patient, der daran hängt, stirbt, und die Krankenschwester Marianne Svärd liegt erschlagen im Keller. Ihre Kollegin Linda Svensson scheint spurlos verschwunden. Kriminalinspektorin Irene Huss und ihre Truppe müssen sich mit einer recht speziellen Zeugenaussage auseinander setzen: In der Mordnacht soll Schwester Tekla Olsson in

der Klinik gewesen sein. Sie hat sich dort allerdings schon vor fünfzig Jahren erhängt, wegen einer unseligen Liebschaft mit dem damaligen Chefarzt, dem Vater des jetzigen.

Der zweite Mord (1999) ist Helene Turstens zweites Buch. Das erste, *Der Novembermörder*, erschien 1998. Zuvor arbeitete die Autorin als Krankenschwester und dann als Ärztin. Sie hat also wohl später mit dem systematischen Schreiben angefangen als Bjornstad; literarisch lässt sich gegen *Der zweite Mord* jedenfalls eine Menge einwenden. Der Krimiplot ist streckenweise unplausibel. Ferner wimmelt es von Redundanzen: Tursten traut ihren Lesern nicht zu, dass sie etwas kapieren und sich merken. Sie erzählt, und dann lässt sie eine Figur das Erzählte erklären. Natürlich nicht ständig. Aber immer wieder.

Erlings Fall ist das bessere Buch. Trotzdem habe ich *Der zweite Mord* mit viel größerem Vergnügen gelesen. Da wird kein seelischer Prozess exekutiert wie in Bjornstads Roman, sondern man lernt Leute kennen, mit denen man gerne ein paar hundert Seiten zusammen ist. Jetzt freue ich mich auf den *Novembermörder*.

Michael Schweizer

Ketil Bjornstad, *Erlings Fall*. Roman. Aus dem Norwegischen von Lothar Schneider, Frankfurt a. M./Leipzig (Insel Verlag) 2001 (277 S., 39,80 DM)
Helene Tursten, *Der zweite Mord*. Roman. Aus dem Schwedischen von Holger Wolandt, München (btb) 2001 (382 S., 18,00 DM)

Eigentlich sollte der Tag der Hochzeit der Tag des Glücks sein. Aber die hochschwängere Braut gibt ebenso Anlass zu ätzenden Kommentaren wie ein Auftritt der Verflorenen des Ehemannes, und die sich anschließenden Aktionen seiner besoffenen Clique sind geschmacklos. Als die Großmutter der Familie am Abend einen Schlaganfall erleidet, ist der gute Stern des Horoskopes endgültig gesunken. Das mag der frisch verheiratete Schwager A-Di erst noch wortreich bestreiten, aber für ihn und für NJ, den Mittvierziger, seine Frau Min-Min, die Tochter Ting-Ting und den Sohn Yang-Yang ist die Oma als häuslicher Pflegefall ein Schock, den bald alle unterschiedlich verarbeiten müssen. Denn der Arzt hat ihnen empfohlen, der Komatösen so viel wie möglich zu erzählen. So wird die Großmutter zu einem Katalysator der Gefühle.

Die Struktur der Geschichte des taiwanesischen Drehbuchautors und Regisseurs Edward Yang besitzt Anteile für ein exzessives Melodram oder für eine penetrante Soap. Aber *Yi Yi* ist etwas ganz anderes: ein herausragender Film über Individuen, Beziehungen und Begegnungen.

Wenn Min-Min versucht, ihrer Mutter etwas zu erzählen, tritt die Fremdheit ihr gegenüber zu Tage, und sie wird mit einer Leere in ihrem Leben konfrontiert, die ihr auch die Arbeit nicht nehmen kann. Instinktiv fühlt Min-Min wohl auch, dass ihr Mann sie nicht liebt. Nun sucht sie Halt bei einer religiösen Sekte. Sie flüchtet vor der siechen Mutter in ein Seminar in die Berge – und ihr Mann zahlt.

NJ selbst steht zusammen mit seinem Schwager in einem Manager-Team vor den Folgen der Asienkrise und den Einbrüchen am Computermarkt. Mehr als die mögliche Pleite aber beschäftigt ihn die Wiederbegegnung mit seiner Jugendliebe, und dies löst die Frage aus, ob ihm das Leben jene Chance der großen Liebe noch einmal gewährt, die er vor zwei Jahrzehnten ausschlug, als er sich der Gängelung durch Braut und Schwiegereltern plötzlich entzog. Im Sinnen über diese Frage ist ihm überraschend ein japanischer Geschäftsmann behilflich. Der erkennt NJ ein bisschen und konfrontiert ihn mit Gedanken über das Leben im Allgemeinen und die Musik im Speziellen.

Die 16-jährige Ting-Ting quälen Schuldgefühle, weil die Oma beim Wegschaffen jenes Mülls zusammenbrach, den eigentlich sie hinunterbringen sollte. Darum spricht sie mit ihrer Großmutter nur nachts



DES LEBENS LAUF

und bittet sie, wieder aufzuwachen, sonst könne sie selbst nie mehr ruhig schlafen. Wir sehen Ting-Ting aber auch bei Begegnungen mit ihrer expressiven Freundin, die so gut Cello spielt, aber Probleme mit den wechselnden Liebhabern ihrer Mutter hat. Ting-Ting wird durch die Freundin in etwas hineingezogen, das sie nicht recht begreift, und schließlich steht sie ihrer ersten Liebe in einer Form gegenüber, die sie nicht nur kränkt, sondern die an anderer Stelle gewaltsame Folgen hat.

Der kleine Yang-Yang aber, der mit der Oma nicht sprechen kann, weil er Antworten vermisst, ist der Philosoph der Familie. Er konfrontiert den Vater mit der Frage, warum man nicht sehen kann, was der andere sieht, und entwickelt schließlich seine eigene Methode, eine Antwort zu finden. In Schnappschüssen hält er bald fest, was die anderen von sich nicht sehen können – ihre Hinterköpfe. Und in der etwas zerbröselnden Familienwelt zeigt er seinen Eigensinn auch darin, wie man Tauchen und Schwimmen lernt.

Der Figuren- und Handlungsreichtum dieses knapp dreistündigen, jedoch nie überlangen Films ist nur anzudeuten. Edward Yang knüpft etliche erzählerische Knoten und erzählt doch nur in Auszügen immer entlang von kleinen Details, deren Bedeutungen sich in einer Mischung aus Nebeneinander und Kreuzung der Geschichten zunehmend erschließen. Dabei rückt die Kamera (großartig Yan Weihan) den Personen nie zu nahe. Der Film hält prinzipiell Distanz durch Totale oder Halbtotale und durch einen langsamen Szenenaufbau, wie etwa bei einem Selbstmordversuch von Schwager A-Di. Wir sehen ihn nicht, stattdessen sehen wir lange die kalte Perfektion einer Designer-Wohnung; es folgt eine Überblendung auf Stunden später, wir hören das Wehklagen einer Frau, erst dann folgt eine Szene, in der der Mann auf dem Boden des Badezimmers liegt, während seine Frau immer

wieder verzweifelt ruft: „Warum hast du das Gas nicht abgestellt!“

Es gibt in *Yi Yi* nicht die ermüdende Folge von Schuss und Gegenschuss, es fehlen künstliche Emotionalisierungen und plakative Psychologisierungen. Auf Identifizierungsmuster wird verzichtet – und gerade deswegen interessieren die Personen mehr und mehr, auch weil wir Rückschlüsse ziehen (können). Sie sind so komplex wie wir selbst. Dabei bewegen sie sich im „Rahmen“ einer Kadrierung, die einer „Aufzeichnung“ gleichkommt. Was geschieht und wie etwas geschieht, es geschieht in alltäglichen Verhältnissen, in denen auch das Leben der gut situierten Mittelschicht Taiwans meist noch beengt wirkt. Erst durch die Zurückhaltung und eine gewisse ästhetische Strenge entsteht, was diesen Film auszeichnet: Teilnahme an des Lebens Lauf.

Mit sprichwörtlicher asiatischer Höflichkeit oder Zurückhaltung hat das alles wenig zu tun. Das Diskrete und Beiläufige ist Methode, um sehend zu machen und so etwas wie die „Würde des Lebens“ zu zeigen, die auch in Qualen und Enttäuschungen liegt und doch nicht gleich Resignation heißt. Taiwan wirkt dabei nicht so weit weg oder gar exotisch. *Yi Yi* macht deutlich, wie sich die Lebensverhältnisse unter dem Druck der Amalgamierung von Kulturen verändern, wie sich traditionelle Strukturen zersetzen. Aber eben nicht nur. Das Verhalten des kleinen Yang-Yang wäre ohne die Auflösung der alten Strukturen so wenig denkbar wie die wachsende Autonomie seiner Schwester. Edward Yang beklagt nicht einfach den Zusammenbruch von Werten, er zeichnet mit verschmitztem Witz und in mancher ironischer Brechung jene „Arbeit“ der Individualisierung auf, die die Einzelnen gerade nicht austauschbar macht.

Wer erleben möchte, wie „asiatische Tugenden“ – hinter denen die Aggressionen sich nur verstecken – in einem furiosen Sturmloch zertrümmert werden, der lasse sich von *Monday*, dem Film des japanischen Jungregisseurs Sabu faszinieren. Da kippt das Lächeln des zurückhaltenden japanischen Angestellten in das grelle Lachen eines alkoholisierten Amokläufers um. Und wenn sich schließlich für Minuten die Fantasie einer gewaltlosen und relaxteren japanischen Gesellschaft einstellt, dann knallt einem Sabu schlussendlich doch wieder die verkniffene Fratze der Gewalt ins Gesicht.

Michael Ackermann

shine on me

Alle Fans diskutieren: Warum hat der Fußball-Gott die Bayern so lieb?“, behauptete die Überschrift eines Artikels in *Bild* am Montag (21.5.01) nach dem letzten

Spieltag der vergangenen Bundesliga-Saison. Das stimmt so natürlich nicht; keineswegs diskutieren das alle Fans. Manche deshalb nicht, weil sie an keinen Fußball-Gott glauben, andere, weil sich ihnen die Frage nach dem Warum nicht stellt: „Gott ist ein Bayer!“, titelte die Münchner *Abendzeitung* am selben Datum. Dort ist Gott nicht mehr als „Fußball-Gott“ zu einer Partikular-Gottheit des Fußballwesens herabgestuft, jedoch – anders als in der überregionalen *Bild* – zu einer bayrischen Regional-Gottheit relativiert.

Abgesehen von solchen taktischen Differenzen in der Formulierung heißt es im besagten *Bild*-Artikel weiter: „Immer wieder ist vom Fußballgott die Rede“. Ist das so? Doch, es war schon einiges, was mir dazu in jüngster Zeit aufgefallen war: „Jesus lebt. Aber geht er auch ins Stadion?“, fragte auf dem Titelblatt seiner April-Ausgabe *Der tödliche Paß. Zeitschrift zur näheren Betrachtung des Fußballspiels*, in welcher acht Seiten der Frage gewidmet sind, „wie die Kirchen mit der Volksreligion Fußball umgehen“. Zufall, dass diese Zeitschrift in München erscheint? Ja, denn auch *Die Nordkurve* aus Mönchengladbach, deren Borussia in die erste Liga aufgestiegen ist, gestaltete gleichfalls das Titelblatt ihrer April-Ausgabe in (im Sinne besagter Volksreligion) ausgesprochen frommer Weise: Mit dem Vereins-Emblem in Form einer Raute (ähnlich dem bekannten „Auge Gottes“) am Nachthimmel strahlend und mit der Bitte unterschrieben: „Leuchte für uns, bitte leuchte für uns von ganz oben ...“ Ganz oben, das ist in diesem Kontext der Himmel der Tabellen-Spitze.

Religiöse Konjunktur Es ist wohl so, wie *Bild* behauptet, dass die Gottes-Frage im Fußball vermehrt thematisiert wird, aber sie ist nicht auf Fußball beschränkt. (Auch

die *taz* titelte jüngst, in Zusammenhang mit Kirchentag einerseits und Gentechnik andererseits: „Gott in Not“.) *Bild* entblödete sich vor Monaten nicht, nachdem die Leiche jenes entführten Mädchens im Brandenburgischen gefunden worden war, anklägerisch zu titeln: „Gott, wo warst du?“ So weit kommt es noch, dass Gott der *Bild*-Zeitung Rechenschaft ablegen muss darüber, wann er wo war.

Im Kontext jener Volksreligion Fußball allerdings wird Gott immer wieder zugemutet, dass er sich als Garant für irdische Gerechtigkeit auszuweisen habe, andern-

gesteht Mehmet Scholl“. Ja, das war knapp!

Da hat Gott ja noch mal Glück gehabt. Hat er? Natürlich nicht, denn wie er es auch anfängt – vorausgesetzt, dass er an der deutschen Fußball-Bundesliga überhaupt interessiert ist – er wird immer wieder ein partikularer, ein Regional-Gott sein. „Schalkes Stürmer-Legende Klaus Fischer: ‚Der Fußball-Gott ist ein Bayer. Das hat er hiermit bewiesen‘.“ Die Bayern (also die Spieler des FCB) glauben nun doch wieder an ihn, aber bei den Schalkern hat er vorerst verschissen.



Und das zu Recht Die Idee davon, was gerecht wäre, ist also unterschiedlich. Und doch ist Gerechtigkeit in diesem religiösen Verständnis zwar nicht der einzige, aber der zentrale Prüfstein für die Wirklichkeit Gottes, einschließlich interessanter Varianten und Details. So zitiert *Bild* den Münchner Torwart Oliver Kahn: „Der Fußball-Gott hat uns einmal [beim Champions-League-Finale zwei Jahre zuvor] so brutal bestraft, dass er jetzt auf unserer Seite ist. Und das zu Recht.“

Der Fußball-Gott ist also ein strafender Gott. Und wie es auch den meisten irdischen Richtern geht, wird sein Urteil von der ob-siegenden Prozesspartei gern als gerecht angenommen, von der unterliegenden hingegen als ungerecht. Jedenfalls enthält dieser Begriff von Gerechtigkeit auch die Idee eines Ausgleichs: Der Fußball-Gott hat uns damals so brutal bestraft, dass er dieses Mal auf unserer Seite ist. Kritisiert wird von Kahn ja nicht die Tatsache der Strafe – nur am rechten

Maß habe es gefehlt. Sie wird als „so brutal“ wahrgenommen, dass sie selbst wieder ausgeglichen werden muss.

Freilich bleibt im gegebenen Beispiel völlig offen, welches Fehlverhalten damals in Barcelona eigentlich bestraft worden wäre. Der strafende Gott könnte prinzipielle Gründe gehabt haben. Dass zu viel Glück und Erfolg Gottes Strafe provoziert, ist dem (magisch-)religiösen Denken grundsätzlich vertraut.

Maß habe es gefehlt. Sie wird als „so brutal“ wahrgenommen, dass sie selbst wieder ausgeglichen werden muss.

Freilich bleibt im gegebenen Beispiel völlig offen, welches Fehlverhalten damals in Barcelona eigentlich bestraft worden wäre. Der strafende Gott könnte prinzipielle Gründe gehabt haben. Dass zu viel Glück und Erfolg Gottes Strafe provoziert, ist dem (magisch-)religiösen Denken grundsätzlich vertraut.

Jayin Thomas Gehrman

Sie waren einst die Lieblingsband von Nelson Mandela. Von Ende der Dreißigerjahre bis Anfang der Sechzigerjahre stand die populäre Musik Südafrikas im Zeichen der Manhattan Brothers. Sie waren die ersten Superstars der afrikanischen Popszene mit Schallplattenverkäufen, die in die Millionen gingen. Die Gruppe bestand aus vier Sängern aus Soweto, die sich Anfang der Dreißiger in der Government School von Pimville/Soweto getroffen hatten. Dort erhielten sie erste Anleitungen zum Gruppensingen. „Die Lehrer sangen mit uns keine afrikanischen Songs, sondern Melodien aus Amerika wie Ragtime und Jazz, die damals groß in Mode waren“, erinnert sich Leadsänger Joe Mogotsi. „Diese Lieder wurden in Wettbewerben am Ende des Schuljahrs aufgeführt. So wurden wir schon in der Schule zu kleinen Gesangstern.“

Die Mitglieder der Band waren seit der frühesten Kindheit mit Musik in Berührung gekommen. Überall wurde gesungen. „Mein Vater arbeitete tagsüber, aber in seiner Freizeit leitete er eine Gruppe von Sängern, mit denen er häufig an Singwettbewerben teilnahm“, erzählt Joe Mogotsi. „Das Repertoire umfasste religiöse Gesänge, aber auch authentisch südafrikanische Volksmusik, darunter Hochzeitslieder. Mit dieser Musik wuchs ich auf und entwickelte ein gutes Ohr. Mit ungefähr sechs Jahren trat ich dem Chor bei. Ich versuchte, besser als alle anderen zu sein und übte daheim wie besessen.“

In der Freizeit traten die Jugendlichen als Straßenmusikanten in den weißen Vorstädten und im Stadtzentrum von Johannesburg auf. Eines Tages wurden sie vom Talent-Scout einer Plattenfirma „entdeckt“ und zu Aufnahmen ins Studio eingeladen. „Weiße Musiker begleiteten uns, und wir fühlten uns wie kleine Stars“, erinnert sich Mogotsi. „Wir bekamen ein kleines Handgeld und als ich damit nach Hause kam, war ich ungeheuer stolz. Nach dem Schulabschluss stiegen wir dann direkt ins Showgeschäft ein.“

Für Afrikaner war es nicht einfach, als Künstler unter der Diskriminierung des Apartheid-Regimes tätig zu sein. Nirgends war man vor Polizeiübergriffen sicher. Schikanen, Ausweiskontrollen und Razzien waren an der Tagesordnung. „Wenn wir proben wollten, mussten wir jemanden als Wache postieren, der uns vor der Polizei warnte. Wenn sie kamen, musstest du schnell verschwinden, sonst gab es Prügel“, erzählt Joe Mogotsi.

Das Erfolgsrezept der Manhattan Brothers bestand in der Orientierung an ame-



AUFGELESENETÖNE

rikanischen Vorbildern. Schwarze Doo-Wop-Gruppen aus den USA galten damals als letzter Schrei in Südafrika. „Wir versuchten anders zu sein als die übrigen Gesangsgruppen“, erläutert Mogotsi. „Wir vermischten amerikanische Songs mit afrikanischen Elementen. Die amerikanische Firma Decca zeigte Interesse und schlug uns Hits aus den USA vor, die wir mit afrikanischen Texten versahen. Das machte uns ungeheuer populär.“

Bald wurde die Band zum Anziehungspunkt für viele aufstrebende Talente. Fast jeder der heute weltberühmten Stars aus Südafrika, von Hugh Masekela bis Dollar Brand, hat irgendwann einmal mit den Manhattan Brothers gespielt. Miriam Makeba war gerade 21 Jahre, als sie als Begleitsängerin bei der Supergruppe einstieg.

Ende der Fünfziger waren die Manhattan Brothers und Miriam Makeba in die Produktion von „King Kong“ involviert, dem ersten Musical Südafrikas mit durchweg schwarzer Besetzung. 1961 kam die Produktion nach London. „Die meisten der siebzig Beteiligten waren noch nie mit einem Flugzeug geflogen, und noch unglaublicher war, dass wir von Weißen bedient wurden“, beschreibt Joe Mogotsi das Ereignis. „Die Leute verstanden die Welt nicht mehr. Was ist hier los? Wir waren vollkommen naiv und ungeheuer aufgeregt. Es war ein unvorstellbares Erlebnis. Schon allein das Wort ‚London‘ klang wie ‚Himmel‘ für uns. Wo ist das? Als meine Familie hörte, dass ich nach London ge-

hen würde, fingen meine Tanten zu beten an: Lieber Gott, steh' ihm bei! Lass' ihn sicher zurückkommen! Die ganze Nation zeigte Anteilnahme. Man hatte uns davor schon mehrere Male die Ausreise verweigert und nun sollte es tatsächlich klappen – fantastisch! Selbst Nelson Mandela und die politische Bewegung sahen in uns Leitfiguren. Endlich können sie der Welt zeigen, was wir Schwarzen in Südafrika zu Stande bringen, dass wir keine Menschen zweiter Klasse sind.“

Als die Gruppe nach acht Monaten nach Südafrika zurückkehren wollte, wurde ihr die Wiedereinreise verweigert. Das englische Innenministerium schaltete sich ein – ohne Erfolg. Auf einen Schlag waren die Manhattan Brothers heimatlos. Für mehr als drei Jahrzehnte wurde England zum Exil. In Südafrika wurden ihre Lieder aus dem Rundfunk verbannt, ihre Schallplatten aus den Katalogen genommen. Langsam geriet die Gruppe in Vergessenheit. Als Joe Mogotsi nach dem Ende der Apartheid sein Heimatland wieder besuchte, kostete es ihn viel Mühe,



Foto: Autor

ausstehende Tantiemen einzutreiben. Weil es nie Verträge gegeben hatte und alle Leute, mit denen die Manhattan Brothers damals zu tun hatten, nicht mehr lebten, konnte sich niemand an die Band erinnern. Es war, als hätte es die Gruppe nie gegeben. Allerlei Ausreden wurden ihm aufgetischt und erst nach neun Jahren wurden schließlich seine Ansprüche anerkannt. Und jetzt hat Mogotsi nur noch einen Lebenstraum: einmal wieder mit den Manhattan Brothers in Südafrika aufzutreten.

Christoph Wagner

Diskographie:
The Very Best of The Manhattan Brothers – Their Greatest Hits (1948-1959), Stern's Africa STCD 3013

Deterministisches Stochern

Zu M. Altmeyers „Die Wiedergeburt des Menschen ...“, in *Kommune 6/01*

Die Debatte um Gentechnik und – allgemeiner – Biotechnik konzentriert sich gegenwärtig auf das Problem der embryonalen Stammzellen und der Präimplantationsdiagnostik. Sie wirft vor allem die philosophisch-ethische Frage des Zeitpunktes auf, von dem an dem sich entwickelnden Individuum das individuelle Personsein und damit der Schutz der Menschenwürde zugesprochen wird. In dieser vor allem philosophischen und ethischen Frage wird stillschweigend unterstellt, dass es der Gentechnik auf kürzere Sicht gelingen könnte, durch molekularchirurgische Eingriffe in die genetische Ausstattung bestimmte Krankheiten bekämpfen oder ausrotten zu können. Dass diese Unterstellungen auf einem „*ungedeckten Wechsel auf die Zukunft*“, mit unabsehbaren Risiken, beruhen, darauf hat Martin Altmeyer in seinem brillanten Artikel hingewiesen. – Diese Versprechungen setzen eine deterministische Eins-zu-eins-Beziehung zwischen den Genen (was immer diese genau seien) und den sich entwickelnden sichtbaren Merkmalen des Phänotyps (des entwickelten Organismus) voraus.

Jean Pierre Changeux hat schon 1984 darauf hingewiesen, dass es diese eindeutige Beziehung nicht gibt. Ich nenne einige Gesichtspunkte aus seiner Argumentation:

Beim Menschen und bei einigen Tierarten gibt es die Variante des *Albinismus*, bei dem das Melanin, das wichtigste Pigment zur Bildung der Hautfarbe, nicht ausgebildet wird. Diese physiologische Eigenart hat auf den ersten Blick mit der Anatomie des Nervensystems nichts zu tun. Ein Vergleich über Tierarten hinweg zeigt aber, dass mit dem physiologischen Faktor des Albinismus bestimmte strukturelle Veränderungen des Nervensystems verbunden sind. Wird die erbliche Variante des Albinismus gelegentlich durch die Mutation eines einzigen (bestimmten) Gens ausgelöst, so ist er – unerwarteterweise – mit einer sehr speziellen

Veränderung der Anatomie der Sehbahn (der Nervenleitung vom Auge zum Großhirn) verbunden: Kreuzt sich bei den allermeisten Menschen die Hälfte der Sehbahn des rechten und des linken Auges, führt zur Sehrinde (dem hinteren Teil des Großhirns) und verbindet sich dort mit dem ungekreuzten Anteil der Sehbahn, wo sich die Informationen beider Augen zu einem visuellen Bild des gesehenen Objekts vereinigen, so gibt es bei Menschen mit dem Albino-Syndrom diese Kreuzung (Schiasma) nicht. Die Sehbahn des rechten Auges führt zur rechten Seite des Großhirns, die Sehbahn des linken Auges führt zur linken Seite des Großhirns. (J. P. Changeux, *Der neuronale Mensch*, Reinbek 1984, S 221 ff.)

Changeux vergleicht in mathematischen Berechnungen die informationelle Vielfalt der genetischen Ausstattung mit der informationellen Vielfalt des ausgewachsenen zentralen Nervensystems eines Organismus. So groß die informationelle Vielfalt der Ausstattung auch ist – verglichen mit der Komplexität des Nervensystems ist sie sehr gering, um viele Potenzen geringer. Das einzelne Gen hat nicht ein umschriebenes Merkmal zur Folge – und kann es aus Gründen nachrechenbarer Komplexität nicht zur Folge haben. Es wirkt im Kontext der übrigen Gene und im Kontext seiner eigenen Wirkungen; und das ihm zugeordnete „Merkmal“ ist ein Produkt der vielfältigen Wirkungen und Wirkungswirkungen der gesamten genetischen Ausstattung und der Umwelteinflüsse. Dabei ist „Umwelt“ auf unterschiedlicher Ebene der Betrachtung etwas Verschiedenes: Das Gen A ist die „Umwelt“ eines Gens B, das Chromosom (die zusammenhängende Struktur eines Gen-Satzes) ist die „Umwelt“ der zahlreichen Gene, die es umfasst; die Zelle ist die „Umwelt“ des Chromosomensatzes, der Mutterleib ist die „Umwelt“ des Embryos und des Fötus, die Objektwelt ist die „Umwelt“ des neugeborenen Kindes und so fort.

Die Gefahr einer entwickelten Gentechnik liegt nicht darin, dass sie ermöglichen würde, dass in der Retorte Menschen „nach Maß“ (mit angestrebten Merkmalen wie Geschlecht und Intelligenz und natürlich ohne erbliche Krankheiten oder Behinderungen) oder gar staatstragende „Alpha“- „Beta“- und „Gamma“-Typen

in der Retorte geschaffen werden könnten (wie häufig gefürchtet wird). Die Gefahr liegt darin, dass mit vereinfacht-deterministischen Hoffnungen in eine Entwicklungsdynamik eingegriffen – hineingestochert – wird, mit unabsehbaren menschlichen (– und auch finanziellen) Folgen, wie Martin Altmeyer ausführt.

Franz Dick, Frankfurt a. M.

BÜCHER BÜCHER

Jean Starobinski, *Aktion und ReAktion. Leben und Abenteuer eines Begriffspaares*. Aus dem Französischen von Horst Günther, München (Hanser Verlag) 2001 (438 S., 59,00 DM)

Michael Stürmer, *Die Kunst des Gleichgewichts. Europa in einer Welt ohne Mitte*, Berlin/München (Propyläen) 2001 (239 S., 42,00 DM)

Reiner Gross, *Geschichte Sachsens*, Leipzig (Edition Leipzig) 2001 (320 S., Abb., 68,00 DM)

Gewalt und Konflikt in der globalisierten Welt. Festschrift für Ulrich Albrecht. Herausgegeben von Ruth Stanley, Wiesbaden (Westdeutscher Verlag) 2001 (300 S., 68,00 DM)

Klaus von Beyme, *Russland zwischen Anarchie und Autokratie*, Wiesbaden (Westdeutscher Verlag) 2001 (162 S., 49,80 DM)

Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Herausgegeben von Maurizio Bach, Wiesbaden (Westdeutscher Verlag) 2001 (515 S., 98,00 DM)

Micha Brumlik, *Vernunft und Offenbarung. Religionsphilosophische Versuche*, Berlin (Philo Verlagsgesellschaft) 2001 (247 S., 44,50 DM)

Beate Milbrandt, *Die Finanzierung der Europäischen Union. Perspektiven für eine Osterweiterung*, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2001 (166 S., 55,00 DM)

Uta Stolle, *Der Aufstand der Bürger. Wie 1989 die Nachkriegszeit in Deutschland zu Ende ging*. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2001 (318 S., 69,00 DM)

Tanja Brühl/Tobias Debiel/Brigitte Hamm/Hartwig Hummel/Jens Martens (Hg.), *Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess*, Bonn (J. H. W. Dietz) 2001 (320 S., 24,80 DM)

AutorInnen

Michael Ackermann, geb. 1953, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Peter Bleses, geb. 1961, Politikwissenschaftler und Soziologe am Institut für Soziologie, Universität Leipzig

Christel Burghoff, geb. 1950, freie Journalistin, wohnt in Frankfurt/M.

Nora Damme, geb. 1978, Studium der Soziologie und Journalistik, Mitbegründerin des Genderforums der StipendiatInnen der FES

Daniel Dettling, geb. 1971, leitet den Think Tank BerlinPolis (www.berlinpolis.de)

Frank Eckardt, geb. 1967, Politikwissenschaftler, Publizist, wohnt in den Niederlanden und Weimar/Thür.

Uschi Eid, MdB Bündnis 90/Die Grünen, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ in Berlin

Hartmut Fähndrich, geb. 1944, Arabist, Dozent an der ETH Zürich, wohnt in Bern

Gerhard Fritz, geb. 1949, Angestellter, Gemeinderat für die Grün-Alternativen in Innsbruck

Jayin Thomas Gehrman, geb. 1952, Völkskundler, wohnt in Kassel

Harald Goldhahn, geb. 1955, Grafiker, Illustrator, wohnt in Marktleuthen

Uwe Günther, geb. 1947, Jurist, wohnt in Bielefeld

Ulrich Hüpke, geb. 1953, Raumplaner, wohnt in Castrop-Rauxel

Robert Heinrich, geb. 1976, Student der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und freier Journalist

Gerd Held, geb. 1951, tätig an der Fakultät Raumplanung, Uni Dortmund

Ilja C. Hendel, geb. 1971, Fotograf, zurzeit in der Bild-Redaktion der *taz*, Berlin

Eike Hennig, geb. 1943, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Gesamthochschule Kassel

Markus Hesse, geb. 1960, Geograph, Stadtforscher, zurzeit am UC Transporta-

tion Center, University of California at Berkeley

Markus Kirchgeßner, geb. 1961, Fotograf in Frankfurt/M.

Ernst Köhler, geb. 1939, freier Publizist, wohnt in Konstanz

Edith Kresta, geb. 1954, Ressortleiterin „Alltagskultur“ der *taz* in Berlin

Anna Leszczynska, geb. 1950, Psychoanalytikerin, wohnt in Frankfurt/M.

Albrecht von Lucke, geb. 1967, Politikologe und Jurist, wohnt in Berlin

Petar Lukovic, Journalist der *Feral Tribune* und Publizist in Split

Dunja Melcic, geb. 1950, Philosophin, Publizistin, wohnt in Frankfurt/M.

Annemarie Nikolaus, geb. 1952, Sozialwissenschaftlerin, wohnt in Calavino (I)

Wilhelm Pauli, geb. 1945, Publizist, wohnt in Berlin

Roger Peltzer, geb. 1953, Diplomvolkswirt, Projektmanager in einer Entwicklungsbank, wohnt in Kerpen

Lutz Rathenow, geb. 1952, Schriftsteller und Publizist, wohnt in Berlin

Peter Scherrer, arbeitete als Schlosser, forscht nun über internationale gewerkschaftliche Solidarität beim Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, Brüssel

Joscha Schmierer, geb. 1942, arbeitet im Planungsstab des Auswärtigen Amtes

Michael Schweizer, geb. 1960, Literaturwissenschaftler, wohnt in München

Klaus-Jörg Siegfried, geb. 1940, Leiter des Institutes für Museen und Stadtgeschichte der Stadt Wolfsburg, wohnt in Braunschweig

Albert Sterr, geb. 1960, Politikwissenschaftler, wohnt in Nürnberg

Volker Strebel, Religionspädagoge, wohnt in München

Helmut Veil, geb. 1943, praktischer Arzt in Frankfurt/M.

Brigitte Voykowitz, Journalistin und Publizistin in London

Christoph Wagner, geb. 1955, Musikjournalist in Hebden Bridge (GB)

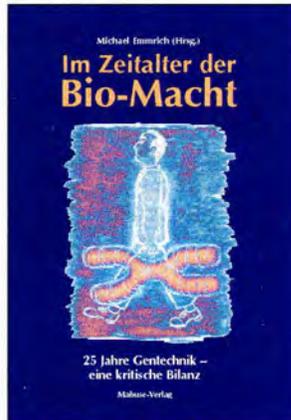
Baldwin Winter, geb. 1946, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Neuerscheinungen



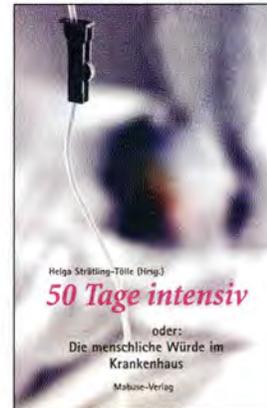
Birgit Panke-Kochinke
Die Geschichte der Krankenpflege (1679-2000)
 Ein Quellenbuch

Diese kommentierte Quellensammlung zur Geschichte und Aktualität der Krankenpflege versteht sich als ein Beitrag zur Entwicklung beruflicher Identität. Als Lese- und Lehrbuch ist es auch und gerade für den berufskundlichen Unterricht geeignet.
 334 Seiten, 48 DM
 ISBN 3-933050-73-1



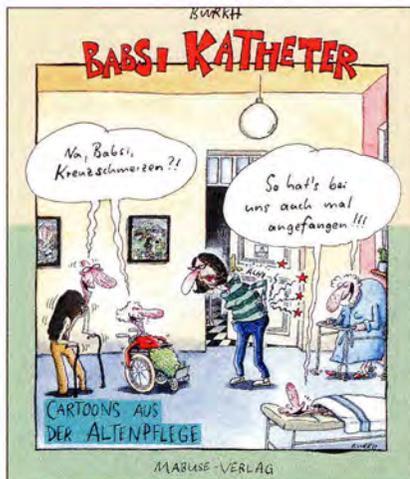
Michael Emmrich (Hrsg.)
Im Zeitalter der Bio-Macht
 25 Jahre Gentechnik – eine kritische Bilanz

Dieses Buch bietet Beiträge zu allen relevanten Anwendungs- und Diskussionsgebieten der modernen Biotechnologie. Mit Beiträgen von u.a.: Günter Altner, Hiltrud Breyer, Klaus Dörner, Ursel Fuchs, Linus S. Geisler, Manuel Kiper, Regine Kollek, Marina Steindor. „Sehr empfehlenswert!“ (Gen-ethischer Informationsdienst)
 2. Auflage, 474 Seiten, 58 DM
 ISBN 3-933050-09-X



Helga Strätling-Tölle (Hrsg.)
50 Tage intensiv
 oder: Die menschliche Würde im Krankenhaus

Wie erlebt man als Patient und Angehöriger die Intensivstation? – Ein eindrucksvoller Erfahrungsbericht über 50 Tage in der fremden Welt „Krankenhaus“.
 „Dies ist ein überaus eindrucksvolles Manuskript, ein menschlicher Erfahrungsbericht, von dem zu wünschen wäre, daß eine große Zahl von Menschen für sich daraus lernen könnte.“ (Prof. Horst-Eberhard Richter)
 192 Seiten, 29,80 DM
 ISBN 3-933050-53-7



BURKH
Babsi Katheter
 Cartoons aus der Altenpflege

In „Babsi Katheter“ hat der Kölner Karikaturist BURKH (Burkhard Fritsche) die besten Cartoons seiner ungewöhnlichen Serie aus der Zeitschrift „Altenpflege“ zusammengestellt.
 4-farbig, Hardcover,
 48 Seiten, 24,80 DM
 ISBN 3-933050-80-4

Holger Richter
Operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

Das Buch gibt einen guten Überblick über die Geschichte, die handelnden Personen und eine Inhaltsanalyse der wichtigsten Dokumente der Operativen Psychologie.
 357 Seiten, 58 DM
 ISBN 3-933050-72-3

Kirsten Tiedemann
Hebammen im Dritten Reich
 Über die Standesorganisation für Hebammen und ihre Berufspolitik
 244 Seiten, 39 DM
 ISBN 3-933050-69-3

Brigitte Leuchtweis-Gerlach
Das Waldkrankenhaus Köppern (1901-1945)
 Die Geschichte einer psychiatrischen Klinik

423 Seiten, 58 DM
 ISBN 3-933050-57-X

Sven Eppinger
Das Schicksal der jüdischen Dermatologen Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus
 364 Seiten, 58 DM
 ISBN 3-933050-75-8



Hilde Steppe (Hrsg.)
Krankenpflege im Nationalsozialismus

Dieses Buch gilt mittlerweile – auch in allen Krankenpflegeschulen – als Standardwerk.
 9. Aufl., 250 Seiten,
 zahlreiche Graphiken und Fotos,
 42,80 DM
 ISBN 3-925499-35-0

Verlagsprospekt anfordern!



Mabuse-Verlag GmbH

Kasseler Straße 1a • 60486 Frankfurt am Main
 Tel.: 069-97 07 40 72 • Fax: 069-70 41 52
 www.mabuse-verlag.de

Neue Impulse

für Arbeit

Eine Expertise
der Projektkommission
Arbeit und Soziales
der Heinrich-Böll-Stiftung

und Soziales

Inhalt

1. **Wo stehen die Bündnisgrünen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik?**
2. **Engagement in der Bürgergesellschaft**
3. **Einkommenssicherung**
4. **Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik**
5. **Alterssicherung**
6. **Gesundheitspolitik**
7. **Sozialpolitik für Kinder und Eltern**

Die Mitglieder der Projektkommission Arbeit und Soziales sind: Dr. Susanne Angerhausen, Wuppertal; Holger Backhaus-Maul, Martin-Luther-Universität, Halle; Dr. Peter Bleses, Universität Leipzig; Andreas Brandhorst, Bundesgesundheitsministerium, Berlin; Ute Brümmer, Heinrich-Böll-Stiftung; Herbert Düll, Referent für Arbeitsmarktpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Dr. Thomas Gebhardt, Universität Potsdam; Dr. Gisela Jakob, Berlin; Dr. Irene Kühnlein, Münchner Projektgruppe für Sozialforschung; Dr. Eva Mädje, Referentin für Sozialpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Prof. Dr. Frank Nullmeier, Universität Gesamthochschule Essen; Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität Halle; Prof. Dr. Michael Opielka, Fachhochschule Jena; Dr. Lothar Probst, Universität Bremen; Dr. Dita Vogel, Universität Oldenburg; Prof. Dr. Margherita Zander, Fachhochschule Münster

Im Auftrag und herausgegeben
von der Heinrich-Böll-Stiftung. Stand: 16. Mai 2001
Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe,
Rosenthalerstr. 40/41, 10178 Berlin, Tel.: 030 - 28 53 40,
Fax: 030 - 28 53 41 09, info@boell.de, www.boell.de

1

Wo stehen die Bündnisgrünen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik?

Die Bündnisgrünen stehen unseres Erachtens vor der Aufgabe, ihre bisherigen sozialpolitischen Vorstellungen angesichts drastischer sozialer Umbrüche einer gründlichen Revision zu unterziehen und Fragen der sozialen Gerechtigkeit wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sie brauchen aber keinesfalls alle Ideen der Vergangenheit über Bord zu werfen, sondern sie können selbstbewusst an sozialpolitische Reformimpulse anknüpfen, die sie bereits vor zwanzig Jahren in die politische Debatte eingebracht haben. In den Achtzigerjahren wurden unter anderem folgende innovative Vorschläge entwickelt: das Konzept einer sozialen Grundsicherung, die vor Armut schützt, die Abkehr von der männlich zentrierten Erwerbsarbeit in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, neue Modelle der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitszeiteilung sowie die politische Aufwertung von sozialen Bewegungen, Selbsthilfeprojekten und lokalen Netzwerken. Auch in den Neunzigerjahren haben die Bündnisgrünen eine Reihe neuer Impulse setzen können: finanz-, wirtschafts- und steuerpolitische Reformvorschläge, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit orientieren, Initiativen für ein neues Stiftungsrecht sowie die flankierende politische Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements.

Den positiven Traditionen (bündnis-)grüner Sozialpolitik stehen gleichwohl erhebliche Defizite gegenüber. Die neuen innovativen Ansätze der Achtzigerjahre wurden später durch illusionäre und egalitäre Vorstellungen von den Möglichkeiten einer staatlich regulierten Sozialpolitik überlagert. So ist der aus den Anfängen der grünen Bewegung entwickelte Gedanke der „Hilfe zur Selbsthilfe“ ausgerechnet zu einem Zeitpunkt in der Hintergrund getreten, als die gesellschaftliche und ökonomische Dynamik mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung erforderlich gemacht hat. Zum Teil verengten sich sozialpolitische Vorschläge der Grünen auf eine Klientelpolitik für das alternative Milieu, aus dem sie entstanden sind, während die Artikulation verallgemeinerungsfähiger und gemeinwohlorientierter sozialer Interessen vernachlässigt wurde. Auch die in den letzten Jahren gewachsene Einsicht in die Notwendigkeit, wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Instrumente stärker miteinander zu verknüpfen, um etwa wünschenswerte arbeitsmarktpolitische Effekte zu erzielen, wurde von den Bündnisgrünen wegen der Sorge un-

terschätzt, dass Sozialpolitik an rein ökonomischen Effizienzkriterien ausgerichtet werden könnte. Schließlich ist innerhalb der Bündnisgrünen ein zum Teil ideologisch motivierter Vorbehalt gegen die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die Sozialpolitik zu konstatieren. In der Summe haben diese Defizite und Versäumnisse dazu beigetragen, dass die Bündnisgrünen einen Teil ihres Innovationsvorsprungs in der öffentlichen Debatte über die Reform des Sozialstaates eingebüßt haben. Eine Reformulierung bündnisgrüner Sozialpolitik, die den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung trägt und wieder mehr auf die Dialogfähigkeit in der Gesellschaft abzielt, halten wir vor diesem Hintergrund für dringend erforderlich.

■ Soziale Gerechtigkeit: Alte und neue Probleme – veränderte Rahmenbedingungen – neue Chancen

Eine moderne Konzeption von sozialer Gerechtigkeit kann angesichts des tief greifenden sozialen Wandels und der Komplexität der Gesellschaft nicht mehr *allein* Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Stellung im Erwerbsleben in den Mittelpunkt stellen, sondern muss die Vielfalt gesellschaftlicher Beziehungen in den Blick nehmen, bei denen es um die angemessene Verteilung von Chancen, um paritätische gesellschaftliche Teilhabe und um die Eröffnung von Zukunftsoptionen geht. Gerechtigkeit zwischen den Generationen, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, Gerechtigkeit für Familien und Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung und zu den Möglichkeiten der Nutzung neuer Informationstechnologien soll-

ten aus bündnisgrüner Perspektive zentrale Anliegen einer Neuausrichtung der Sozialpolitik sein, weil

- die Zukunftschancen jüngerer Generationen durch die bisherige Architektur der sozialen Sicherungssysteme auf dem Spiel stehen,
- Frauen trotz erreichter Fortschritte immer noch der gleichberechtigte Zugang zum Erwerbsleben und zu gesellschaftlicher Teilhabe erschwert wird,
- Familien (vor allem solche mit mehreren Kindern sowie Alleinerziehende) überdurchschnittlich stark von sozialer Armut betroffen sind,
- Wissen und lebenslanges Lernen immer mehr über Berufs- und Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben entscheiden.

Gleichwohl haben sich in der modernen Wettbewerbsgesellschaft viele *klassische* Probleme sozialer Gerechtigkeit nicht erledigt. Der gerade erst vorgelegte Armutsbericht, den die Bundesregierung in Auftrag gegeben hatte, bestätigt auf erschreckende Weise, dass die Schere zwischen Arm und Reich nach wie vor weit auseinander klafft. So prägen trotz erreichter Fortschritte bei der Absicherung von Standardrisiken weiterhin elementare soziale Problemlagen und Ungerechtigkeiten die Realität in der Bundesrepublik:

- eine nur langsam zurückgehende Massenarbeitslosigkeit,
- eine alarmierende Kinder- und Familienarmut,
- die Ausgrenzung sozialer Problemgruppen,
- eine wachsende Kluft in der Vermögensverteilung und
- eine erhebliche soziale Schiefelage zwischen Ost- und Westdeutschland.

Die Hoffnung, dass sich diese Probleme im Zuge des rasanten technologischen und sozialen Wandels oder durch ökonomische Wachstumsschübe mehr oder weniger von selbst lösen, haben sich als Trugschluss und politisches Wunschdenken erwiesen. Wer auf dem Arbeitsmarkt mit den Anforderungen einer globalisierten Ökonomie nicht mehr mithalten kann oder wer durch Krankheit aus dem Arbeitsprozess herausfällt, droht ebenso an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden wie Familien mit mehreren Kindern, Jugendliche ohne Ausbildung, Drogenabhängige oder Behinderte.

Erschwerend kommt hinzu, dass eine Reihe von Instrumenten der traditionellen, standardisierten sozialen Sicherungssysteme, die auf Erwerbsarbeit und Ehegemeinschaft ausgerichtet sind, den neuen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Die Erosion der männlichen Normalerwerbsbiografie, die Entwicklung hin zu diskontinuierlichen und fragmentierten Beschäftigungsverhältnissen sowie gestiegene Scheidungsraten erfordern vielmehr neue Antworten.

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Schließlich muss eine Reform der Sozialpolitik auch veränderte Rahmenbedingungen in Rechnung stellen:

- globale Wirtschafts- und Finanzprozesse, die zu einer verstärkten internationalen und regionalen Standortkonkurrenz beitragen,
- demografische Entwicklungen moderner Industriegesellschaften, die einen starken Trend zur sozialstrukturellen Überalterung aufweisen (u.a. Erhöhung des Kostenfaktors bei Renten- und Krankheitsleistungen, Gefährdung beitragsfinanzierter sozialer Sicherungssysteme, die auf dem Generationenmodell basieren),
- die Verbesserung medizinischer Leistungen und deren intensive Inanspruchnahme, die Auswirkungen der Gentechnologie auf Kosten und Auswahlkriterien im Gesundheitssystem sowie
- die finanziellen Folgelasten einer hohen Staatsverschuldung.

Diese Rahmenbedingungen wirken auf die Gestaltungsmöglichkeiten sozialer Sicherheit zurück und erzwingen, nicht zuletzt auf Grund des Drucks finanzieller Folgekosten, Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme.

Der Mischung aus alten sozialen Problemen, veränderten Rahmenbedingungen und neuen Herausforderungen stehen infolge der sozialstrukturellen und soziokulturellen Veränderungen moderner Gesellschaften aber auch erhebliche Möglichkeiten gegenüber, soziale Sicherheit neu zu gestalten. So ermöglicht etwa der gewachsene Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten eine Neujustierung der Lasten- und Aufgabenverteilung sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch zwischen Staat und Individuen. Auch die Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen sowie die gewachsenen sozialen und politischen Kompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern erweitern die Spielräume für mehr Selbstbestimmung und Mitgestaltung im System der sozialen Sicherheit. Um dieses Potenzial zu nutzen, muss unseres Erachtens in Zukunft das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Individuen jedoch neu ausbalanciert werden.

■ Die Soziale Bürgergesellschaft und den Sozialstaat zusammen denken

Wir schlagen deshalb vor, den Begriff der „sozialen Bürgergesellschaft“ zu einem wichtigen Baustein der Weiterentwicklung bündnisgrüner Programmatik in der Sozialpolitik zu machen. Eine soziale Bürgergesellschaft stützt sich auf die Fähigkeit kompetenter Bürgerin-

nen und Bürger, Eigenverantwortung zu übernehmen und in einer Vielzahl sozialer und politischer Assoziationsformen aktiv an der Gestaltung des sozialen Lebens mitzuwirken. Angesichts der Erosion traditioneller Institutionen der Vergemeinschaftung und gesellschaftlicher Solidarität im Zuge von Individualisierungs- und sozialen Fragmentierungsprozessen kommt solchen Formen für den Zusammenhalt der Gesellschaft eine entscheidende Bedeutung zu – auch weil sie Orte schaffen, an denen ein auf das gesellschaftliche Ganze bezogener Solidaritätsbegriff wirksam werden kann.

Im Bewusstsein des Werts kollektiver Systeme der sozialen Sicherheit überlässt die soziale Bürgergesellschaft die Absicherung vor sozialen Risiken nicht dem privatwirtschaftlichen Wettbewerb, sondern verbindet bürgerschaftliche Eigeninitiative mit staatlich garantierter und gestalteter sozialer Sicherheit. Ge-

tes Verständnis vom Sozialstaat. Neben der Erbringung rechtlich verbürgter sozialer Leistungen und der Absicherung vor Standardrisiken fällt dem Staat zunehmend die Aufgabe zu, die Eigenkompetenz der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit sozialen Risiken durch Investitionen in Bildung, in Selbstorganisationsprozesse und in die soziale Infrastruktur der Gesellschaft zu stärken und zu fördern. Gut ausgebildete und befähigte Bürger entscheiden über die soziale, kulturelle und ökonomische Produktivität einer Gesellschaft. Insofern greift der Begriff der „sozialen Bürgergesellschaft“ einerseits die alte grüne Kritik an einer verstaatlichten Daseinsfürsorge, die auf dirigistische und expansive Weise den Gestaltungsspielraum der Bürgerinnen und Bürger einengt, wieder auf und versucht andererseits die Seiten des Sozialstaates besser zur Geltung zu bringen, die eine Erweiterung von individuellen Optionen und gesellschaftlicher



Foto: Ilja C. Hendel

ellschaftliche Gruppen und Personen, die auf kollektive Hilfe angewiesen sind, werden in der sozialen Bürgergesellschaft nicht allein gelassen. Der Sozialstaat ist eine wichtige historische Errungenschaft, die für uns nicht zur Disposition steht. Es wird in Zukunft vor allem um eine Neubestimmung des Spannungsverhältnisses zwischen Staat, Gesellschaft und Individuen gehen, um das ausgewogene Verhältnis von kollektiver Hilfe und Selbstverantwortung, von Rechten und Pflichten, von Geben und Nehmen. Unserem Verständnis von der Bedeutung aktiver Bürger und Bürgerinnen und ihren vielfältigen Assoziationsformen entspricht auch ein erweiter-

Mitwirkung ermöglichen. Diejenigen Strategien des „aktivierenden Staates“ jedoch, die auf eine Umwandlung des Sozialstaates in einen reinen Wettbewerbsstaat hinauslaufen, sind mit bündnisgrünen Positionen nicht vereinbar. Eine im neoliberalen Sinne vorangetriebene Privatisierung von sozialen Risiken und die Förderung einer Kultur von selbstbezogenen Individuen, die in erster Linie ihre private Nutzenmaximierung im Auge haben, lehnen wir ab.

Eine soziale Reformpolitik, die kollektive und flexible Systeme der sozialen Sicherheit mit den Möglichkeiten des Einzelnen zur Selbsthilfe sowie mit der Entfaltung gesell-

schaftlicher Solidaritätspotenziale verbindet, sollte sich unseres Erachtens von folgenden Prinzipien leiten lassen:

Investitionen in Sozialkapital tätigen – Bürger beteiligen

Je mehr Menschen an der Produktion öffentlicher sozialer Güter beteiligt sind, umso mehr steigt die soziale Produktivität der Gesellschaft insgesamt. Dieser Einsicht kann eine Reform der Sozialpolitik dadurch Rechnung tragen, dass sie rechtlich, organisatorisch und finanziell in den Aufbau und die Förderung einer sozialen Infrastruktur investiert, die Selbstorganisations- und Vergemeinschaftungsprozesse von Bürgerinnen und Bürgern erleichtert. Vielfältige Erfahrungen zeigen, dass Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt beleben, sondern sich zugleich auch demokratiefördernd auswirken. Darüber hinaus stärken sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Produktivität moderner Gesellschaften.

Bürger aktivieren und befähigen

Der Sinn staatlicher Sozialpolitik kann es nicht sein, den Einzelnen die Verantwortung für sich selbst abzunehmen, sondern – soweit sie dazu physisch und psychisch in der Lage sind – Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Eine entsprechende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik investiert nach dem Grundsatz: „Wer scheitert, bekommt durch gezielte Hilfen und Förderung eine neue Chance“ in die Eigenkompetenz von Bürgern, um sie zu befähigen, für sich selbst zu sorgen. Umgekehrt gilt: Wer neue Chancen bekommt, geht gleichzeitig Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft ein, etwa die Verpflichtung, verantwortungsbewusst mit öffentlicher Hilfe umzugehen. Bei der stärkeren Betonung von Pflichten und der Verknüpfung der Prinzipien von „Fördern“ und „Fordern“ sollten unseres Erachtens unterstützende und aktivierende Maßnahmen vor der Verhängung von Sanktionen stehen.

Wahloptionen erweitern

Angesichts der sozialen Komplexität der Gesellschaft, der Vielfalt von Lebensformen und der unterschiedlichen Risikolagen werden viele standardisierte Leistungen der jetzigen sozialen Sicherungssysteme der Wirklichkeit nicht mehr gerecht. Die Folge ist nicht nur eine Fehlsteuerung eingesetzter Ressourcen, sondern auch eine nachlassende Akzeptanz bei den Leistungszählern. Eine nachhaltige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik versucht vor diesem Hintergrund gezielte staatliche Investitionen in die Eigenkompetenz von Bürgerinnen und Bürger mit einer Ausweitung von Wahloptionen für individuelle Lösungen zu verbinden.



Elemente von Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik stärken

Ein großer Teil sozialpolitischer Aufwendungen fließt in die nachsorgende Betreuung und finanzielle Unterstützung von Menschen, die chronisch krank sind, in absehbare soziale Notlagen geraten sind, mangels Erwerbsarbeit von Transferleistungen leben müssen oder auf Grund einer bestimmten Lebenslage (etwa allein erziehend) vorübergehend oder dauerhaft kein Einkommen erzielen können. Eine nachhaltige Sozialpolitik verfolgt dagegen das Ziel, durch vorsorgende und präventive Angebote gesundheitliche und soziale Risiken so weit wie möglich zu vermeiden und zu minimieren und potenziellen Leistungsempfängern durch Beratung und gezielte Hilfen die Teilnahme an präventiven Maßnahmen zu ermöglichen. Dadurch können langfristig die Mittel effektiver und sparsamer als durch bürokratische Kontrollmaßnahmen eingesetzt werden. Allerdings stößt das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik auch an Grenzen, da wichtige sozialpolitische Aufgaben wie etwa die Betreuung älterer und behinder-

ter Menschen nicht ohne betreuende und nachsorgende Aufwendungen wahrgenommen werden können.

Mit öffentlichen und privaten Ressourcen verantwortungsbewusst umgehen

Eine nachhaltige Sozialpolitik muss sich von den falschen Versprechungen einer fortschrittsgläubigen Wachstumspolitik verabschieden. Der Glaube, dass durch expansives Wachstum ein ständig steigender materieller Wohlstand und umfassende soziale Sicherheit für alle garantiert werden können, verträgt sich weder mit der Erkenntnis von der Knappheit der natürlichen Ressourcen noch mit der Verpflichtung, künftigen Generationen keine untragbaren Hypotheken aufzubürden. Hier berühren sich die Grundsätze ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Die Bündnisgrünen sollten vor diesem Hintergrund ein originäres Interesse daran haben, dass öffentliche und private Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme sparsam und effektiv eingesetzt werden. Ständig wachsende staatliche Ausgaben, hohe Kosten und steigende individuelle Beiträge bei gleichzeitig sinkender Leistungsfähigkeit untergraben zudem die Akzeptanz des Systems der sozialen Sicherheit.

Im Folgenden werden fachpolitische Positionen zu relevanten sozialpolitischen Fragen skizziert. Sie beginnen jeweils mit einer knappen Problembeschreibung in der Perspektive einer sozialen Bürgergesellschaft. In einem zweiten Schritt werden kurz die grünen Diskussion der letzten zwanzig Jahre zum jeweiligen Thema aufgerufen und abschließend werden politikrelevante Empfehlungen präsentiert.

2

Engagement in der Bürgergesellschaft

■ Problemaufriss

Deutungsoffene Begriffe wie Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement erfreuen sich derzeit einer erhöhten politischen Aufmerksamkeit. Dabei geht es um nichts Geringeres als die Neuakzentuierung des Verhältnisses zwischen Bürgern und Staat sowie um die Öffnung und Reform des deutschen Institutionensystems für organisierte Formen bürgerschaftlichen Engagements. Für Bündnis 90/Die Grünen sind eigentlich günstige politische Ausgangsbedingungen gegeben, wenn man ihre historische Rolle als Protagonistin von neuen sozialen Bewegungen, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen in Betracht zieht.

Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements umreißt ein vielfältiges Spektrum von

Beteiligungs- und Mitwirkungsformen, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger über ihren unmittelbaren persönlichen Lebenskreis hinaus in das kulturelle, soziale und politische Geschehen einbringen. Bürgerschaftliches Engagement erschöpft sich dabei nicht in traditionellen ehrenamtlichen Tätigkeiten in sozialkaritativen Einrichtungen und Diensten, sondern beinhaltet die ganze Vielfalt gemeinwohlorientierten Engagements, das von Aktivitäten in Initiativgruppen über einfache Mitgliedschaften in Vereinigungen bis hin zu Vorstandstätigkeiten in gemeinnützigen Wirtschaftsbetrieben reicht. Dieses gemeinwohlorientierte, freiwillige und unentgeltliche Engagement umfasst sowohl die Beteiligung an politischen Entscheidungen, sei es in Bürgerinitiativen, Beiräten und „Runden Tischen“,

als auch konkrete Leistungsbeiträge bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben und Anliegen, so zum Beispiel in selbst organisierten Kindergruppen oder in Trägervereinen von Sportstätten.

In Deutschland hat gemeinwohlorientiertes Engagement eine lange Tradition, etwa in der Kultur, im Sport, im Rechtswesen, in der Kommunalpolitik, in der Stadtentwicklung und in der Wohlfahrtspflege. Dabei verfolgen die jeweiligen Akteure durchaus unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte, was sich nicht zuletzt auch in einer begrifflichen Vielfalt (Ehrenamt, Selbsthilfe, freiwilliges Engagement etc.) niederschlägt. Der neue Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ weist über diese spezifischen Engagementformen hinaus, in dem er das gemeinsame gesellschaftspolitische Anliegen der Engagierten herausstellt.

Die deutsche „Engagementlandschaft“ ist – anhand von Milieus und Sachgebieten – hochgradig fragmentiert, was wiederum eine auch im internationalen Vergleich stark ausgeprägte „Versäulung“ mit Fachverbänden – etwa im Sport, in der Kultur und in der Wohlfahrtspflege – zur Folge hat. Im Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung hat sich allerdings die Bedeutung tradiert Sozialmilieus abgeschwächt und es sind erhebliche Diskrepanzen zwischen den Motivlagen und Interessen der Engagierten einerseits und den organisatorischen Rahmenbedingungen etablierter Vereine und Verbände andererseits zu beobachten. So wird in der Diskussion über den „Strukturwandel des Engagements“ darauf hingewiesen, dass primär pflichtbezogene Engagementmotive gegenüber Ansprüchen auf persönliche Selbstentfaltung in den Hintergrund getreten sind. Dieses hat zur Folge, dass die überwiegende Mehrzahl solcher Vereinigungen und Verbände, die auf eine lange Tradition zurückblicken können, herkömmlichen Sozialmilieus entstammen und stark formalisierte Organisationsstrukturen entwickelt haben, einen Rückgang der Engagementbereitschaft beklagen, während neue, weniger formalisierte und weniger hierarchisch strukturierte Organisationen von einer hohen Engagementbereitschaft berichten. Alle Organisationen, die auf das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern angewiesen sind, müssen sich darauf einstellen, dass dieses Engagement immer weniger auf Kontinuität, sondern stärker themen- und projektbezogen ausgerichtet ist. Die skizzierte Scherenentwicklung zwischen

sozialem Wandel des Engagements und relativer Trägheit etablierter Institutionen und Organisationen erzeugt daher erheblichen politischen Handlungsbedarf.

In Ostdeutschland stellt sich die engagementpolitische Situation ungleich komplexer und bisweilen schwieriger dar. Einerseits finden sich auch dort – wenn auch in geringerem Umfang – die typischen milieuspezifischen Engagementstraditionen und -formen wieder,

wirtschaftliche, politische und kulturelle Erfolge von Gesellschaften. Darüber hinaus eröffnet soziales Engagement vielen Aktiven die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu machen und ihre Ideen und Vorhaben umzusetzen, für die es ansonsten kaum geeignete Gelegenheiten gibt.

Aber nicht jedes Engagement ist positiv zu bewerten, etwa wenn es sich um fremdenfeindliche und rechtsradikale Aktivitäten han-



Foto: Ilja C. Hendel

andererseits wirkt die DDR-Engagementpolitik mit ihren staatlichen Zwecksetzungen und Ritualen nach. Auf Grund fortwirkender sozialkultureller und politischen Traditionen ist es für neue Formen eines selbst bestimmten und selbst organisierten Engagements in Ostdeutschland nach wie vor nicht leicht, sich zu etablieren. Gleichwohl zeigen sich Politik, Verwaltung und Verbände angesichts des hohen gesellschaftlichen Bedarfs an bürgerschaftlichem Engagement vor allem in den Städten ausgesprochen kooperationsbereit und förderungswillig.

Für die aktuelle Renaissance des altherwürdigen „Ehrenamtsthemas“ gibt es folglich gute Gründe. Soziales Engagement gilt als „Kitt“ individualisierter und pluralisierter Gesellschaften. Moderne Gesellschaften stehen vor der Herausforderung, dass sie auf sozialmoralische Ressourcen angewiesen sind, die weder vom Staat noch vom Markt erzeugt werden können. Das Engagement für sich und andere bietet hier Lösungen an und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Sozialisation und Integration der Gesellschaftsmitglieder. Das dabei entstehende „Sozialkapital“, also soziale Netzwerke, Kompetenzen und Erfahrungen, bildet die Ressourcenbasis für

delt. Der Zusatz „bürgerschaftlich“ ermöglicht eine Präzisierung des ansonsten unbestimmten Engagementbegriffs: Von bürgerschaftlichem Engagement kann nur dann gesprochen werden, wenn das Engagement gemeinwohlorientiert ist und die Rechte anderer Bürgerinnen und Bürger respektiert. Angesichts der spezifischen deutschen Engagementstraditionen ist es zudem wichtig zu betonen, dass es hier nicht um die Einführung einer „ehernen Pflicht“ zum sozialen Engagement geht, sondern um den Abbau institutioneller Engagementhemmnisse und die Schaffung attraktiver – bisweilen sogar lustvoller – Engagementgelegenheiten. Wenn bürgerschaftliches Engagement in diesem Sinne auch in Deutschland zu einer kulturellen und politischen Selbstverständlichkeit werden soll, dann kommt dem Bildungssystem und der systematischen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen priorisierte Bedeutung zu.

■ Bisherige grüne Positionen

In ihrer Gründungsphase waren unkonventionelle Formen kollektiven Engagements für die Grünen eine kulturelle Selbstverständlichkeit

und zugleich eine erfolgreiche Strategie, um sich aus einer gesellschaftlichen Minderheitenposition heraus Gehör zu verschaffen und Aufmerksamkeit zu erregen. In den Siebziger- und Achtzigerjahren gehörten die Grünen zu den gesellschaftlichen Protagonisten zeitgemäßer Engagementformen. Gleichzeitig wurden aus dem Selbstverständnis heraus, eine „Bewegungspartei“ zu sein, konventionelle Engagementformen beziehungsweise ehrenamtliches Engagement weitgehend ignoriert und als traditionell und konservativ etikettiert. Die Grünen verstanden sich eben in erster Linie als parlamentarische Vertreter neuer Engagementformen in Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen. Das Bild vom „Standbein“ (neue soziale Bewegungen) und dem „Spielbein“ (Parlamente) prägte die Vorstellung vieler Grüner und erwies sich in seiner Schlichtheit bereits in den Achtzigerjahren als Mythos. Die Beziehungen zwischen Bürgergruppen und grüner Partei sind vielmehr komplex und schwierig; nicht selten stehen individuelle Befindlichkeiten und Überzeugungen im Mittelpunkt, während der Bezug zum Gemeinwohl aus dem Blick gerät.

Seit den Neunzigerjahren zeichnet sich in der Auffassung der Grünen hinsichtlich der Rolle bürgergesellschaftlicher Akteure eine Akzentverschiebung zugunsten einer konkreten und expliziten Gemeinwohlorientierung bei Wahrung individueller Freiheitsrechte und Wahloptionen ab. So lehnen die Grünen im Hinblick auf die Abschaffung der Wehrpflicht die Einführung eines sozialen Pflichtdienstes ab und propagieren stattdessen die Schaffung eines breiten Angebotes an Freiwilligen-



diensten für junge Menschen. Darüber hinaus waren die Grünen in der Debatte über die Reform des Stiftungsrechts und die Verbesserung der Möglichkeiten zur Gründung von Bürgerstiftungen federführend.

■ Perspektiven und Empfehlungen

Im Mittelpunkt grüner Engagementpolitik steht das Leitbild der Bürgergesellschaft, also einer Gesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger ein nachhaltiges Interesse für die Belange und Anliegen der politischen Gemeinschaft entwickeln, sich in politische Angelegenheiten einmischen und durch ihr konkretes Engagement das Wohl aller befördern. Im Unterschied zu Begriffen wie Ehrenamt oder freiwilliges Engagement hebt der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements diese gesellschaftspolitische Dimension des Engagements hervor. Das Leitbild der Bürgergesellschaft zielt letztlich auf eine Neuakzentuierung des Verhältnisses zwischen engagierten Bürgern und Staat ab.

Genau hier setzt das Konzept des „ermöglichenden Sozialstaates“ an, das darauf abzielt, die Eigenverantwortung des einzelnen

Bürgers und die Selbststeuerungspotenziale der Gesellschaft durch ein höheres Maß an „Verantwortungsabstufung“ und „Verantwortungsteilung“ zwischen Staat und Gesellschaft zu stärken. Diese Option ist keineswegs mit dem konservativ-liberalen Konzept eines „schlanken Staates“ zu verwechseln, bei dem es in erster Linie darum geht, staatliche Leistungen zu minimieren. Es geht auch nicht darum, durch die Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements ausschließlich Kosten zu sparen und bezahlte Erwerbsarbeit zu ersetzen. In einem republikanischen Sinne ist der Bürgerstatus nämlich nicht nur mit Pflichten, sondern auch mit Rechten verbunden. Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist Ausdruck eines neuen gesellschaftlichen Selbstbewusstseins, mit dem sie sich in die Definition staatlicher Aufgaben und Ziele sowie die öffentliche Aufgabenerledigung souverän „einmischen“. Bürgerschaftliches Engagement ist letztlich die manifeste politische Forderung nach Öffnung des bestehenden Institutionengefüges und geht einher mit politischen Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen Bürgergruppen, Parteien, Verbänden und Verwaltungen.

Da aber die Chancen und Voraussetzungen organisierten bürgerschaftlichen Engagements erfahrungsgemäß ungleich verteilt sind, wird es insbesondere darauf ankommen, günstige Engagementbedingungen für bisher benachteiligte Gruppen zu schaffen. Folglich steht die in den nachfolgenden Kapiteln skizzierte Einkommenssicherung breiter Bevölkerungskreise im Mittelpunkt einer auf Chancengleichheit abzielenden Engagementpolitik.

Das politische Projekt „Bürgergesellschaft“ erfordert günstige politische und administrative Rahmenbedingungen. Die Grünen sollten daher daran festhalten, dass die Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements eine genuin politische Aufgabe darstellt. Dabei gilt es allerdings zu vermeiden, dass sich diese Förderung und Unterstützung ausschließlich auf Formen des herkömmlichen Ehrenamts und auf die Verbesserung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen individuellen Engagements beschränkt. Vielmehr sollte es in Zukunft verstärkt darum gehen, nicht nur organisierte Formen des Engagements in Vereinen, Stiftungen und Verbänden, sondern auch in selbst organisierten Initiativen zu unterstützen. Im internationalen Vergleich zeigt sich darüber hinaus, dass Unternehmen als ressourcenstarke Akteure zukünftig in



Foto: Ilja C. Hendel

der Engagementpolitik mehr Bedeutung haben werden. Im Zuge ihrer Entlastung als Steuer- und Beitragszahler werden Unternehmen zunehmend stärker als allgemeinpolitische Akteure von Bürgern in die Verantwortung genommen werden.

Da bürgerschaftliches Engagement auch in Zukunft vor allem auf lokaler und kommunaler Ebene stattfinden wird, bedarf es angesichts der Fragmentierung der deutschen Engagementlandschaft einer organisations- und themenfeldübergreifenden Infrastruktur zur Vermittlung zwischen engagementbereiten Bürgern und Organisationen vor Ort. Einer wohlverstandenen staatlichen Engagementpolitik geht es letztlich darum, Risiken und Hemmnisse für engagierte und engagementbereite Bürger und Bürgerinnen zu begrenzen und handhabbar zu machen. Für eine derartige, auf Rahmenbedingungen begrenzte staat-

liche Förderpolitik gibt es gute Gründe. Erstens gebietet der Eigensinn bürgerschaftlichen Engagements staatliche Zurückhaltung und zweitens erwies sich staatliche Engagementförderung bisher immer auch als eine temperamentvolle und launische Angelegenheit mit entsprechenden Diskontinuitäten.

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg grüner Engagementpolitik wird es letztlich sein, inwiefern es gelingt, relevante gesellschaftliche Institutionen und Organisationen, insbesondere in den Bereichen Politik, Verwaltung, Bildung, Kultur und Soziales, für Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger zu öffnen. Wenn Partizipation und Mitgestaltung keine Worthülsen bleiben sollen, dann stehen etablierte gesellschaftliche Institutionen vor der politischen Herausforderung, sich von den Bürgerinnen und Bürgern grundlegend verändern zu lassen.

– Das Sozialhilfeeinkommen gilt in weiten Teilen der Gesellschaft nicht als reguläres Einkommen.

– Die Möglichkeiten im Rahmen der gesetzlich festgelegten „Hilfe zur Selbsthilfe“ werden nicht ausreichend genutzt, sondern es überwiegen in der Sozialhilfepraxis immer noch die Maßnahmen zur Kontrolle der Leistungsempfänger.

– Die Sozialhilfeeinkommen berücksichtigen zu wenig die spezifische Lage und Situation der Leistungsberechtigten, sei es etwa der Unterschied zwischen einer akuten Notsituation und einem dauerhaften Bedarf.

– Das Leistungsniveau ist in der Vergangenheit zu langsam gestiegen, um den Leistungsempfängern eine hinreichende gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

■ Bisherige grüne Positionen

Die Grünen haben vor allem in den Achtzigerjahren eine Vorreiterrolle in der Diskussion um neue Formen der Einkommenssicherung gespielt. Ausgangspunkte waren:

- die Ablehnung einer primär an wirtschaftlichem Wachstum und Erwerbsarbeit orientierten Gesellschaft einerseits sowie die positive Bewertung gesellschaftlich sinnvoller Tätigkeiten jenseits der Erwerbssphäre und das Plädoyer für ein ressourcenschonendes ökologisches Wirtschaften andererseits,
- die steigende Zahl der Sozialhilfebedürftigen bei zugleich verschlechtertem Leistungsniveau und restriktiver gefassten Leistungsbedingungen,
- die Entdeckung neuer Armutgruppen, wie etwa Alleinerziehender,
- die zunehmende Skepsis, ob Arbeitslosigkeit überhaupt und mit welchen sozialen und ökologischen Kosten wieder aufzuheben sein würde, und
- die Zukunftsvision, dass es möglich werden könnte, dauerhaft ohne Erwerbseinkommen leben und gesellschaftliche Integration mittels einer garantierten Einkommenssicherung *auch* jenseits der Erwerbsarbeit herstellen zu können.

Im Verlaufe der Debatte wurden verschiedene Konzepte entwickelt, um die skizzierten Entwicklungen und Probleme mittels sozialer Einkommenssicherung positiv gestalten zu können. Diese Debatte entwickelte sich vom garantierten Grundeinkommen über eine garantierte Grundrente bis zu Vorschlägen, in die Sozialversicherungen Sozialhilfeelemente einzubauen („integrierte“ soziale Grundversicherung), die das Leistungsniveau dieser Sicherungssysteme nach unten hin absichern sollten.

Diese Vorschläge der Grünen waren in einer Hinsicht sehr erfolgreich, in anderer Hinsicht blieben sie weitgehend wirkungslos; Erfolgreich waren sie wegen ihres Einflusses

3

Einkommenssicherung

■ Problemaufriss

Die Möglichkeiten, an der sozialen Bürgergesellschaft partizipieren zu können, setzen eine ökonomische Absicherung der Bürgerinnen und Bürger voraus. Die Einkommenssicherung erfolgt zunächst über Einkommen aus eigener Erwerbsarbeit, eigenem Vermögen und ganz oder teilweise über privaten Unterhalt. Daneben sind Sozialeinkommen zur gesellschaftlichen Einkommenssicherung unverzichtbar. Die größte Bedeutung haben die kollektiven Sicherungssysteme, und hier wiederum die Sozialversicherungen. Von zunehmender Relevanz sind aber auch weitere Sozialleistungen wie das Erziehungs- und Kindergeld sowie die Sozialhilfe. Sozialeinkommen besitzen allerdings im Lebensverlauf, in unterschiedlichen Lebenslagen und in Abhängigkeit von der Art des Sozialeinkommens eine unterschiedliche Bedeutung. Während etwa viele alte Menschen dauerhaft auf ausreichende Sozialeinkommen angewiesen sind, ist der Sozialleistungsbezug in anderen Fällen oft nur für die Ermöglichung und Absicherung von Übergängen (z. B. von einer Beschäftigung zur anderen) oder für begrenzte Zeiträume (z. B. Kindererziehung) erforderlich. Sozialleistungen sind auf diese unterschiedlichen Herausforderungen einzustellen.

Einige Institutionen sozialer Sicherung stehen vor Problemen, die ihre Aufgabenerfüllung in der sozialen Bürgergesellschaft behindern. Hier stehen zunächst die übergreifenden Probleme der Sozialversicherungen und

der Sozialhilfe im Mittelpunkt; in den folgenden Kapiteln wird dann näher auf das Erziehungs- und Kindergeld sowie die spezifischen Probleme der Renten- und Arbeitslosenversicherung eingegangen werden.

Welche Probleme stellen sich bei den Sozialversicherungen?

– Die Sozialversicherungen stellen noch immer auf Normalbiografien und -arbeitsverhältnisse ab, obwohl diskontinuierliche Erwerbsverläufe und Teilzeitarbeitsverhältnisse an Bedeutung zunehmen. Zudem sind immer mehr Menschen nicht in der Lage, die Leistungsvoraussetzungen der Sozialversicherungen überhaupt oder zumindest so weit zu erfüllen, dass sie einen rechtlichen Anspruch auf Sicherung des Lebensunterhalts haben.

– Die Sozialversicherungen gründen nach wie vor auf einem nach Status und Höhe beschränkten Ausschnitt des gesellschaftlichen Erwerbseinkommens, obwohl sie sehr viel weiter gehende gesellschaftliche Aufgaben übernehmen.

Die Sozialversicherungen sind deshalb durch eine zunehmende Selektivität gekennzeichnet. Die Idee der sozialen Bürgergesellschaft hingegen legt es nahe, die Sozialversicherungen in Richtung einer Volksversicherung weiterzuentwickeln, die auch andere – nicht erwerbsarbeitsbezogene – Vorleistungen gleichberechtigt mit einbezieht.

Probleme stellen sich – durch die Defizite der Sozialversicherungen mit verursacht – auch im Bereich der Grundeinkommenssicherung durch die Sozialhilfe:

auf die sozialpolitischen Vorstellungen von SPD und auch Gewerkschaften. Ungeachtet der zum Teil weit reichenden konzeptionellen Unterschiede zwischen den Modellen einer sozialen Grundsicherung haben die SPD seit 1988 und der DGB seit 1990 die Forderung nach einer bedarfsgeprüften Grundsicherung in den Sozialversicherungen programmatisch aufgenommen. Zudem wurde die Frage der unzureichenden sozialen Grundsicherung durch die Sozialhilfe in den Achtziger- und Neunzigerjahren politisch und wissenschaftlich breit diskutiert und mündete in den ersten Armutsbericht der Bundesregierung. Weitgehend erfolglos hingegen blieben die Grundsicherungskonzepte der Grünen in ihrer gesetzlichen Umsetzung. Lediglich im Rahmen der aktuellen Rentenreform wird über eine Grundsicherung im Kleinformat nachgedacht. Seit Beginn der Neunzigerjahre sind die Grünen von der wissenschaftlichen wie der politischen Diskussion um die Einkommenssicherung relativ abgekoppelt. Ein eigenständiges grünes Profil ist derzeit nicht deutlich.

■ Perspektiven und Empfehlungen

Statt die Grenzen der gegenwärtigen Form der Einkommenssicherung zu stark zu betonen, sollte an den vorhandenen Ressourcen zur Veränderung der sozialen Einkommenssicherung angeknüpft werden, um die Chancen einer politischen Durchsetzbarkeit zu erhöhen. Weiter gehende Perspektiven wie die Einführung einer Volksversicherung sollten von den Grünen offensiv in die Diskussion eingebracht werden. Damit dürften die Chancen politi-

scher Durchsetzbarkeit der eigenen Konzepte steigen und die finanziellen, bürokratischen und politisch-legitimatorischen Kosten eines Systemwechsels entfallen.

Auf Seiten der Sozialversicherungen sehen wir die Notwendigkeit einer raschen und flexiblen Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel und die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Nur dann sind sie in der Lage, weiterhin ihre Aufgabe als Institutionen vorsorgender Selbsthilfe zu erfüllen. Den Sozialversicherungen ist ein sozialer Ausgleich inhärent, der in der sozialen Bürgergesellschaft als Solidarität zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie als Anerkennung von gesellschaftlich wichtigen Leistungen außerhalb des Erwerbslebens erhalten werden soll. Im Einzelnen sind folgende systemimmanente Reformen angebracht:

- Die Sozialversicherungen beziehen bis auf die Ausnahmen Kindererziehung und Zeiten privater Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung bislang nur sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit in den Katalog der Leistungen ein, mittels derer Ansprüche er-

worben werden können. Weil sich die Zeiten in den individuellen Lebensverläufen mehren, in denen beispielsweise keiner Erwerbsarbeit nachgegangen werden kann, Erwerbsarbeit nur als Teilzeitarbeit geleistet wird oder Erwerbsarbeit nicht sozialversicherungspflichtig ist, sollten mehr Tatbestände (z. B. berufliche Qualifikationsphasen) als bislang zur Anspruchsberechtigung führen und/oder sich zumindest nicht negativ auf bestehende Ansprüche auswirken. Auch die Arbeitslosenversicherung sollte solche Zeiten weiter gehend tolerieren. Darüber hinaus müssen die geltenden Regeln der Äquivalenz von Beitrag und Leistung überdacht werden. Wenn es als gesellschaftlich wünschenswert angesehen wird, dass Menschen nicht mehr nur dauerhaft und vollzeitig arbeiten, sondern auch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse eingehen oder vorübergehend auf Erwerbsarbeit verzichten, so sollte dieses bei der Bewertung von Leistung und Gegenleistung berücksichtigt werden.

- Die Sozialversicherungen müssen ihre Finanzierungsbasis wie auch ihren Schutzzadius erweitern. In die Finanzierung sind mehr als nur sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten einzubeziehen. Hierzu gehören vor allem die Einkommen aus Vermögen, Beamten-tätigkeit und Selbstständigkeit. Der Tendenz nach könnten die Sozialversicherungen – wie bei der Pflegeversicherung bereits im Ansatz versucht – zu Volksversicherungen umgewandelt werden.

Die Reformen der Sozialversicherungen würden dazu führen, dass weniger Menschen Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssten. Ein weiteres Instrument zur Absicherung der Sozialversicherung „nach unten“ stellt die soziale Grundsicherung in den Sozialversicherungen dar. Die Kommission kann dieses Instrument jedoch nicht uneingeschränkt empfehlen, solange unklar ist, wie diejenigen abgesichert sein werden, die nach wie vor keine Rechtsansprüche auf Sozialversicherungsleistungen haben und somit weiterhin in der Sozialhilfe verbleiben beziehungsweise von der gesellschaftlich akzeptierten – regulären – Einkommenssicherung entkoppelt werden würden.

Die Sozialhilfe ist Ausdruck des bürgerschaftlichen Anliegens, Bürgern und Bürgerinnen, die sich zeitweise oder dauerhaft durch Mittel vorgelagerter Einkommenssicherungssysteme nicht selbst hel-



Foto: Markus Kirchgeßner

fen können, eine ökonomische Basis zu bieten, die ihnen unabhängig von der Dauer der Bedürftigkeit ein selbstbestimmtes Leben in der sozialen Bürgergesellschaft ermöglicht. Das kann vor allem dadurch erreicht werden, dass der Charakter der Sozialhilfe als *gesellschaftliche Hilfe zur Selbsthilfe* gegenüber den die Leistungsberechtigten kontrollierenden und deaktivierenden Elementen gestärkt wird. Mit Instrumenten der Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt die Gesellschaft nicht nur den Leistungsberechtigten, sie nützt auch sich selbst, indem sie Bürger und Bürgerinnen in die Lage versetzt, ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten zur Sicherung der eigenen Existenz produktiv einzubringen. Eine gesellschaftliche Legitimitätssteigerung der Sozialhilfe ist zwar im Kern ein gesellschaftspolitisches Projekt, sie kann jedoch durch konkrete Maßnahmen begleitet werden, die der Sozialhilfe den Charakter einer sozialen Außenseiterinstitution nehmen:

- Die Sozialhilfe besitzt verschiedene Elemente der Hilfe zur Selbsthilfe. Besonders hervorzuheben sind die Möglichkeiten der „Hilfe zur Arbeit“ (§§ 18–20 BSHG). Während die Varianten der Prüfung der Arbeitsbereitschaft vor allem auf eine soziale Kontrolle abstellen und für die Hilfeempfänger weder Perspektiven eröffnen noch ökonomische Vorteile erbringen, weist die Arbeitsvertragsvariante über die Sozialhilfe hinaus. Hierbei ist auch darüber nachzudenken, inwiefern veränderte Anrechnungsregelungen von Erwerbseinkommen zur Selbsthilfe anregen.

- Die Forschung zur Dynamik von Sozialhilfeverläufen hat gezeigt, dass die zeitliche Dauer des Sozialhilfebezugs sowie die Lebenslagen, in denen Sozialhilfe bezogen wird, stark ausdifferenziert sind. Sozialhilfebedürftigkeit besitzt sehr unterschiedliche Ausprägungen und Perspektiven. Sie ist in der Regel von wesentlich kürzerer Dauer, als vielfach vermutet wird; allerdings gibt es auch Personen, die über lange Zeiträume beziehungsweise mit Unterbrechungen immer wieder Sozialhilfe beziehen. Langfrist- und Kurzzeitbezieher benötigen unterschiedliche Unterstützungsangebote. Das BSHG bietet bereits Optionen, einzelfallgerechte Hilfeleistungen zu gewährleisten. Diese Elemente können durch Beratungsangebote über Möglichkeiten der Hilfe und Selbsthilfe und Ähnlichem ergänzt werden. Neben der einzelfallgerechten Hilfe könnten eine teilweise Pauschalisierung laufender Hilfeleistungen und die Einschränkung der Häufigkeit von Bedürftigkeitsprüfungen die gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialhilfe stärken. Perspektivisch müsste die Sozialhilfe im

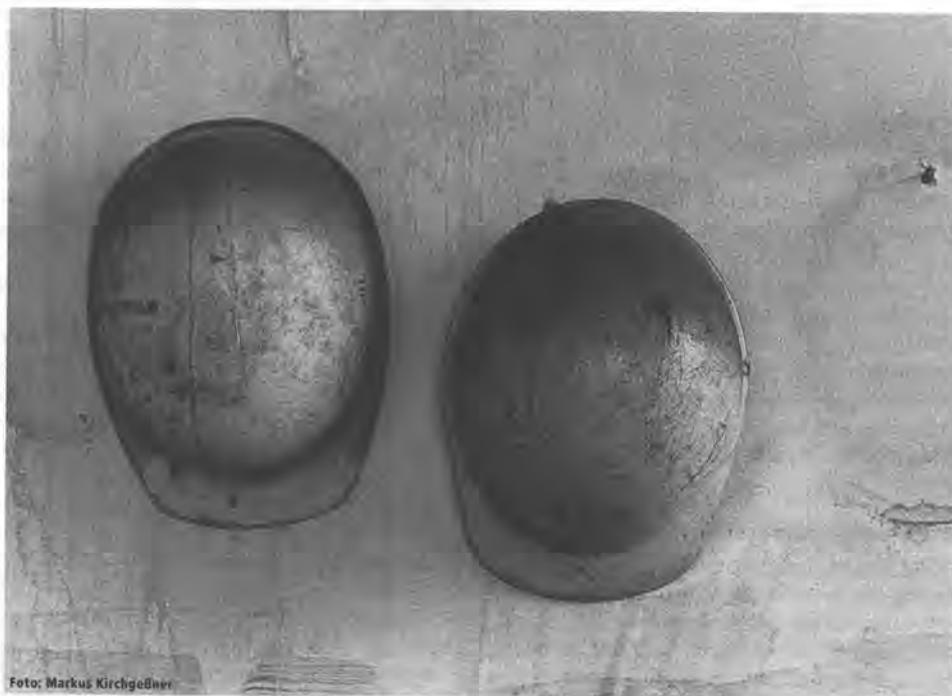


Foto: Markus Kirchgöbner

Sinne eines gesellschaftspolitischen Projektes zu einer sozialen Dienstleistungsinstitution umgebaut werden.

- Das Leistungsniveau der Sozialhilfe muss eine aktive Teilhabe an der sozialen Bürgergesellschaft ermöglichen. Dazu muss ein Modus (wieder) gefunden werden, mit dem ein solches Leistungsniveau wieder hergestellt und gesichert werden kann.

- Die Sozialhilfe im Bereich der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt besitzt zwar nur einen geringen Anteil am Sozialbudget, von So-

zialhilfeausgaben sind aber vor allem finanzschwache Kommunen in wirtschaftlichen Problemregionen betroffen, die aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit die geringsten sozialpolitischen und ökonomischen Gestaltungsmöglichkeiten haben. Deshalb ist unbedingt über eine Umgestaltung der Finanzierung der Sozialhilfe nachzudenken. Hier empfiehlt sich die teilweise Kostenverlagerung auf den Bundeshaushalt. Im Gegenzug wäre eine Veränderung des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Kommunen vonnöten.

4

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

■ Problemaufriss

Die Erwerbsarbeitsgesellschaft wandelt sich: Mit der Internationalisierung der Wirtschaft, dem demografischen Wandel, der Technologisierung der Produktion und neuen Unternehmenskonzepten vollzieht sich ein radikaler Wandel, dessen Folgen nicht vollständig abzusehen sind. Ehemals atypische Beschäftigungsverhältnisse, wie befristete oder Teilzeitstellen, werden normaler (auch für Männer) und für den Einzelnen wie für die Sozialversicherung wird eine eindeutige Trennung zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit immer schwieriger. Zeitgleich dauert die Massenarbeitslosigkeit an, Langzeitarbeitslosigkeit verstetigt sich für einzelne Gruppen, wie Geringqualifizierte und Ältere, während die Beschäftigungsdynamik in hoch qualifizierten Bereichen durch Neugründungen und den Aufstieg der *New Economy* zunimmt.

Aber auch jenseits des marktorientierten Erwerbssektors herrscht Bewegung in den

verschiedenen, der abhängigen Beschäftigung mal näher, mal ferner stehenden Feldern des zweiten Arbeitsmarktes und des dritten Sektors. All diese Tätigkeitsbereiche weisen verschiedene Erwerbs- und Einkommenschancen sowie Erwerbsrollen zu, doch sind sie heute schon individuell immer weniger voneinander zu trennen. Ungebrochene und inhaltlich geradlinige Erwerbsbiografien gehören für viele Gruppen in zunehmendem Maße der Vergangenheit an. Die „alte“ Arbeitsgesellschaft erodiert und mit ihr die sich auf Vollbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnis gründende erwerbsarbeitszentrierte deutsche Sozialpolitik.

Obwohl die Erwerbsarbeit, insbesondere in Form der abhängigen Beschäftigung, einen Teil ihrer zentralen Funktion für die persönliche Lebensplanung (vor allem der Männer) verliert, bleibt sie Voraussetzung für die zunehmend individualisierte Lebensführung einerseits und als ein notwendiges (wenn auch

nicht hinreichendes) Kriterium für gesellschaftliche Teilhabe in der sozialen Bürgergesellschaft andererseits. Die allgemeine Integrationsverantwortung einer erwerbsarbeitsorientierten Politik bleibt damit unbestritten. Für eine zeitgemäße Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik heißt dies konkret, neue Gestaltungsspielräume zu formulieren und Antworten auf die Fragen zu finden, die sich aus den Anforderungen einer zunehmend globalisierten und europäisierten Wirtschaft mit ihren Flexibilisierungszwängen und -chancen ergeben.

■ Bisherige grüne Positionen

In der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik war der unversöhnliche Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktionsweise und ökologischer Nachhaltigkeit das prägende Thema. Die grüne Sicht gründete sich vor allem auf vier Positionen:

- die Ablehnung von ungebremstem Wirtschaftswachstum als sozial und ökologisch unverträglich,
- die Einschätzung, dass technischer Fortschritt auf Dauer mehr Arbeitskraft freisetzt, als er an anderer Stelle wieder durch Wachstum integrieren kann,
- die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit, die eine umfassende Umverteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit notwendig macht,
- sowie das damit einhergehende Plädoyer für eine umfassende Erweiterung des Arbeitsbegriffs.

Angeichts anhaltender Arbeitslosigkeit schälten sich zwei Politikvarianten heraus: Dem Modell der ökologisch geläuterten Arbeitsgesellschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern ein eigenes Erwerbseinkommen zur selbstständigen Lebensführung ermöglicht, entspricht die politische Präferenz zur Arbeitsumverteilung und der allgemeinen Erwerbsbeteiligung. Arbeitsmarktpolitik wurde vor allem mit Arbeitszeitpolitik gleichgesetzt, aber in neuer und flexibler Gestalt. Strategien sind hier Arbeitszeitverkürzung („in all ihren Formen“) und ökologische Investitionsprogramme (Energie- und Verkehrswende) zur Erhöhung des Beschäftigungsniveaus. Angesichts lang anhaltender Unterbeschäftigung und dem langfristig sinkenden gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen wurde parallel ein Grundeinkommen gefordert. Ziel war es, auch die gesellschaftlich nützliche Arbeit jenseits der Erwerbstätigkeit zu sichern und zu fördern. Damit sollte die Abhängigkeit von Erwerbsarbeit verringert (Entkopplung von Arbeit und Einkommen) und der gesellschaftliche Konflikt „Arbeitsplätze versus Umweltschutz“ entschärft werden. Beide Politikmodelle gingen von der Notwendigkeit der Aufhebung geschlechtsspezifischer Arbeitstei-



lung aus. Erreicht werden sollte dies unter anderem über die Erweiterung des Arbeitsbegriffs, also die Anerkennung und Aufwertung aller gesellschaftlich notwendigen „Arbeit“ (Erziehung, Pflege etc.), und durch die allseitige Arbeitsmarktintegration, etwa durch gesellschaftlich organisierte Kinderbetreuung.

Grüne Parteiprogramme enthalten bis heute Schnittmengen beider Ansatzpunkte. In der aktuellen Debatte zum Thema Arbeit sind die Konzepte in den Vordergrund gerückt, die auf die Integration aller Bürgerinnen und Bürger in die Erwerbsarbeit setzen, ohne jedoch die Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit aus dem Auge zu verlieren. Vielmehr ist es gerade Aufgabe der Steuer- und Sozialpolitik sowie der öffentlichen Arbeitsförderung, dass die Übergänge und Parallelitäten zwischen Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit gestaltet und sozial abgesichert werden.

■ Perspektiven und Empfehlungen

Erwerbsarbeit ist ein zentrales Integrationsmoment in der sozialen Bürgergesellschaft. *Teilhabe* für alle Bürgerinnen und Bürger an der Erwerbsarbeit, die dies wollen, bleibt ein Ziel grüner Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Ein standardisiertes Modell dafür kann es nicht geben, da *Übergänge* im Erwerbsleben und zwischen verschiedenen Tätigkeiten zunehmen. Ihre Sicherung und Gestaltung erfordert eine moderne und flexible *Infrastruktur*. In der bisherigen Arbeitslosenversicherung ist die Weiterentwicklung zu einer Beratung und Unterstützung für Arbeitssuchende gefragt. Dabei müssen Elemente einer *Beschäftigungsversicherung* entwickelt werden.

Eine Politik der Teilhabesicherung muss zunächst die Übergänge zwischen verschiedenen Aktivitäten und Tätigkeiten besser gewährleisten. Besonders hervorzuheben ist hier die gerechte Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit. Zwar ist der bisherige Strukturwandel am Arbeitsmarkt mit der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit verbunden, doch immer noch bestehen spezielle Barrieren für Frauen. Für einen gerechten Geschlechtervertrag müssen die über den Markt erbrachten, gemeinnützig oder staatlich organisierten sozialen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen ausgebaut und besser aufeinander

abgestimmt werden. Hierfür sind sowohl in der Steuer- als auch in der Sozialabgabepolitik Anreize zu setzen. Die bessere Integration von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt ist neben der Zuwanderungsförderung die zentrale Strategie zum Gegensteuern bei Arbeitskräftemangel, der sich aus der demografischen Entwicklung ergibt.

Darüber hinaus muss eine Politik der Integration unproblematische Übergänge zwischen verschiedenen Aktivitäten und Tätigkeiten – Kinderbetreuung, soziales Jahr oder „Sabbatical“ – in den Sozialversicherungssystemen ermöglichen. Um hier Anstöße geben zu können, wird auch der Abbau von aktivitätshemmenden Bestimmungen im Arbeits- und Sozialrecht notwendig. Dies gilt beispielsweise für die Einschränkungen, die Arbeitslose daran hindern, ehrenamtlich tätig zu sein oder die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für Leistungsbezieher und Sozialhilfeempfänger.

Die klassische Arbeitsmarktpolitik muss den Anspruch behalten, die Integration in die Erwerbstätigkeit zu fördern und für alle Bürgerinnen und Bürger zu öffnen. Sie soll dazu beitragen, dass Langzeitarbeitslosigkeit erst gar nicht entsteht und die Beschäftigungschancen älterer Erwerbstätiger verbessert werden. Gerade deshalb ist es notwendig, mehr auf möglichst frühzeitige Intervention und betriebsnahe Qualifizierung umzusteuern. Den Erwerbslosen sind dabei stärkere individuelle Möglichkeiten bei der Wahl von Maßnahmetyp und -träger zu eröffnen. Höhere Optionalität bei Maßnahmen ist kein Widerspruch zur herkömmlichen Konzentration auf besondere Problemgruppen. Zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von geringer Qualifizierten, Berufsfernen und leistungseingeschränkten Arbeitnehmern sind auch die Modelle des Kombilohns und der Subventionierung von Sozialversicherungsbeiträgen weiter voranzutreiben.

Die (Selbst-)Verpflichtung zur Investition in die Beschäftigungsfähigkeit ist Aufgabe für jede/n Einzelne/n, wenn die institutionellen Arrangements dafür gegeben sind. Die im Versicherungs- und Rechtsanspruch enthaltene Befreiung vom unmittelbaren Zwang, die eigene Arbeitskraft unter allen Umständen anbieten zu müssen, darf aber nicht durch eine Verschärfung von Sanktionen in der Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe rückgängig gemacht werden. Es geht nicht um Repression, sondern um ein faires Verhältnis von Ansprüchen, Wahlmöglichkeiten und Mitwirkungspflichten.

Bei den öffentlichen Institutionen ist die bessere Kooperation zwischen Arbeits- und Sozialämtern sicherzustellen. Dies würde auch die Möglichkeiten einer lokalen Beschäftigungspolitik stärken, bei der neben der Er-

werbsintegration auch gemeinwesenorientierte Ziele besser verwirklicht werden können. Beschäftigungs- und strukturpolitische Effekte auf der kommunalen Ebene stellen sich nach der bisherigen Erfahrung mit lokalen Beschäftigungsvereinbarungen dann ein, wenn auf die Selbstorganisation gemeinnütziger und kommerzieller Träger gesetzt wird. Zu einer aktivierenden und befähigenden Arbeitsmarktpolitik gehört daher auch die stärkere Übernahme von Vermittlungs-, Beratungs- und Qualifizierungsaufgaben durch private Träger und Vereine (Arbeitsmarktdienstleister). Eine Verknüpfung sollte auch zwischen öffentlichen und nichtstaatlichen Institutionen wie Tauschringen, Selbsthilfegruppen und Freiwilligenagenturen et cetera hergestellt werden.

Bei den Finanzierungsgrundlagen der Arbeitsmarktpolitik sollten Aktivierungsanreize und Wahlfreiheiten eingebaut werden. Verschiedene Wege sind hier denkbar: Ein Anspruch auf Teilnahme an aktivierenden Maß-



Foto: Ijja C. Hendel

nahmen kann etwa durch die prinzipielle Deckungsfähigkeit der Ausgaben für passive Unterstützung und aktive Förderung unterstützt werden. Erwerbslose könnten Lohnersatzansprüche teilweise in Leistungen eigener Wahl umwidmen, Beschäftigte könnten einen Teil von „angesparten“ Beiträgen zur Verbesserung ihrer Arbeitsmarktlage einsetzen.

veranlasst hat, die Ehe als typisierte Bedarfsgemeinschaft anzuerkennen. Die Ehe verliert offenkundig ihre Funktion als rechtliche Basis für soziale Sicherheit.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird der Vielfalt von Lebensformen und Risikolagen nicht mehr gerecht. Dies führt zu einer Fehlsteuerung von Mitteln und mindert die Akzeptanz der Rentenversicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern, welche mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer sozialen Sicherheit nehmen möchten.

5

Alterssicherungspolitik

■ Problemaufriss

Die klassischen Sozialsysteme halten mit den Veränderungen der Arbeitsgesellschaft und dem Wandel der Lebensformen nicht mehr Schritt. Dies beeinträchtigt sowohl die Finanzierungsbasis des Sozialstaates als auch den sozialen Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Ein umlagefinanziertes Rentensystem wie die gesetzliche Rentenversicherung kann dauerhaft nur funktionieren, wenn die nachfolgenden Generationen in der Lage und gewillt sind, die Renten der heutigen Beitragszahler zu finanzieren. Seit Jahrzehnten vollziehen sich Entwicklungen, welche den Altersaufbau der Bevölkerung verändern: Die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate bleibt hinter dem zurück, was zur Stabilisierung der Bevölkerungszahl erforderlich wäre. Hinzu kommt die faktische Senkung des Renteneintrittsalters durch die verbreitete Praxis der frühen Verrentung. Der Anteil der Älteren und der Rentnerinnen und Rentner an der Gesamtbevölkerung hat sich fortlaufend erhöht. Die finanziellen Forderungen gegenüber den Beitragszahlern sind gestiegen und werden für die kommenden Generationen noch zunehmen.

Die nur langsam zurückgehende Massenarbeitslosigkeit und die Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe führen dazu, dass viele Versicherte keine ausreichenden Ansprüche auf Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung mehr aufbauen können. Die Diskussion um die Versicherung von sogenannten „Scheinselbstständigen“ hat zudem deutlich werden lassen, dass sich abhängige und selbstständige Beschäftigung nur schwer voneinander abgrenzen lassen, dass Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung üblich werden und dass die Regelungen zur Versicherungspflicht dieser Entwicklung nicht Rechnung tragen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung besteht ein Ungleichgewicht zwischen den Anrechten, die sich auf die Erziehung von Kindern gründen und den Anrechten, die aus einer Ehe oder der Erwerbsarbeit folgen. Im Zuge des wachsenden Anteils nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Alleinerziehender hat sich die Zahl der Eltern erhöht, die über die Ehe nicht mehr (ausreichend) gesichert sind. Mit der zunehmenden Anzahl von Ehegemeinschaften ohne Kinder schwindet das Kriterium, das den Gesetzgeber ursprünglich

■ Bisherige grüne Positionen

Die Ursprünge der grünen Rentenpolitik liegen in der Formulierung von Alternativen zur gesetzlichen Rentenversicherung. Die Grünen legten das Konzept einer Grundrente vor, die als ein Mindesteinkommen im Alter gedacht war, nicht von Erwerbsarbeit (bzw. Beitragszahlungen) abhängen sollte und darum für jeden Bürger und jede Bürgerin ein existenzsicherndes Einkommen im Alter hätte garantieren können. Die gesetzliche Rentenversicherung hätte nach diesen Vorstellungen den Charakter einer erwerbsarbeitsbezogenen Zusatzversicherung erhalten. Trotz der Aufmerksamkeit, welche dieses Projekt in der politischen Öffentlichkeit auf sich ziehen konnte, erwies es sich bis heute als unmöglich, Gleichheit und Leistung ohne vorhergehenden Beitrag als Prinzipien in der Alterssicherung zu verankern.

In der Folge konzentrierte sich die grüne Rentenpolitik weniger auf Alternativen zur gesetzlichen Rentenversicherung als auf deren Modernisierung. Drei zentrale Anliegen lassen sich ausmachen: Erstens sollte die Teilhabe derjenigen Bürgerinnen und Bürgern verbessert werden, welche nicht der Norm einer lebenslangen vollzeitigen Erwerbsarbeit entsprechen können. Zweitens ging es um die Begrenzung langfristiger Ausgaben in der Ren-

tenversicherung und damit auch um die Forderungen gegenüber zukünftigen Generationen. Drittens war es beabsichtigt, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer allgemeinen Bürgerversicherung auszubauen.

Im Zuge der jüngeren Debatten hat der Gedanke wieder an Bedeutung gewonnen, dass eine Reform der Alterssicherungssysteme erforderlich ist und die Herausforderungen allein mit einer Reform der gesetzlichen Rentenversicherung nicht bewältigt werden können. Im Zuge der Rentenreform 2001 wird die kapitalgedeckte Vorsorge gestärkt, um mittel- und langfristig einen Beitrag zur Sicherung des Lebensstandards im Alter leisten zu können. Damit die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge den Zielen einer sozialen Bürgergesellschaft nicht widerspricht, wird grüne Rentenpolitik die gesetzliche Rentenversicherung neu ausrichten müssen.

■ Perspektiven und Empfehlungen

Die kapitalgedeckte Vorsorge sollte integraler Bestandteil einer Alterssicherung werden, deren Aufgabe es vor allen Dingen wäre, den Lebensstandard teilweise zu sichern und einen Raum für individuelle Gestaltung und Wahl zu eröffnen, innerhalb dessen die Bürgerinnen und Bürger die soziale Sicherung ihrer Lebenssituation und ihren Bedürfnissen anpassen können. Die soziale Bürgergesellschaft setzt auf das Bedürfnis und die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, Verantwortung für ihre soziale Sicherung zu übernehmen.

Die Verbreitung kapitalgedeckter Alterssicherungssysteme in den Ländern Lateinamerikas und den Transformationsstaaten Osteuropas hat den Blick dafür geschärft, welche Folgen es haben kann, wenn die Altersvorsorge über den Markt organisiert wird. Es ist deutlich geworden, dass sich durch die Einführung oder Ausweitung von kapitalgedeckter Vorsorge die Anforderungen an staatliche Politik verändern: Rentenpolitik ist nicht mehr öffentlich-redistributive Sozialpolitik, zur Rentenpolitik werden zukünftig auch die Regulation des Marktes, der Verbraucherschutz und die effektive Versicherungsaufsicht gehören. Mit der Stärkung der

kapitalgedeckten Vorsorge wird sich entscheidend der politische Raum verändern, in dem Rentenpolitik betrieben wird.

Neben der Stärkung der ergänzenden Vorsorge bleiben Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung auf der Tagesordnung, wenn Gerechtigkeits- und Versorgungslücken vermieden werden sollen. Alle Formen sozialer Sicherheit, die vorwiegend an die Ehe gebunden sind, können keinen wirksamen Schutz entfalten, wenn davon ausgegangen werden muss, dass die Zahl und die Verläufe von Ehen auch in Zukunft unbeständig sein können. Sie bieten zudem jenen Frauen keine Perspektive, die – auch mit Kind – eine Ehe für sich abschließen. Es darf auch nicht übersehen wer-



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

den, dass Ehen zunehmend kinderlos bleiben: Die uneingeschränkte Versorgung von Hinterbliebenen kann in solchen Fällen schwerlich als Aufgabe der Solidargemeinschaft begriffen werden. Insofern hat sich die Hinterbliebenenrente als Form der Altersvorsorge im Grundsatz überlebt. Die Mittel, welche derzeit für die Versorgung von Hinterbliebenen verwendet werden, sollte konsequent in die Aufwertung von Zeiten der Kindererziehung und Pflege umgeschichtet werden. Auch Frauen (mit Kindern) müssen eine realistische Chance erhalten, mit beruflicher Arbeit und Kindererziehung Ansprüche auf eine angemessene Rente zu erwerben.

Die gesetzliche Rentenversicherung sollte zu einer allgemeinen Bürgerversicherung, etwa nach dem Vorbild der Schweiz, ausgebaut werden. In einer solcher Versicherung bestünde grundsätzlich die Pflicht zur Mitgliedschaft, unabhängig von der Beschäftigungsform und der Stellung im Erwerbsleben. Eine solche Versicherung könnte ein existenzsicherndes Einkommen ohne Prüfung der Bedürftigkeit garantieren. Dies könnte die Teilhabe jener Bürgerinnen und Bürger verbessern, welche der Norm einer lebenslangen vollzeitigen Erwerbsarbeit nicht genügen können, und würde zudem den Veränderungen auf den Arbeitsmärkten Rechnung tragen. Dem Recht auf Teilhabe stünde die Verpflichtung zur fortlaufenden Mitgliedschaft und Beitragszahlung gegenüber. Eine allgemeine Bürgerversicherung könnte zudem sicherstellen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landes nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in die Finanzierung der sozialen Sicherung einbezogen wären. Die Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung beruht heute vor allen Dingen darauf, dass Ansprüche in Abhängigkeit von Dauer und Höhe der Beiträge erworben werden. In Zukunft wird es verstärkt darauf ankommen, die Bereitschaft dafür zu erhöhen, dass zwischen hohen und niedrigen Renten ausgeglichen wird, wenn die Ausweitung des Kreises der Versicherten nicht zu einem Anstieg der Ausgaben der Rentenversicherung und der Forderungen gegenüber kommenden Generationen führen soll.

Nachhaltige Sozialpolitik wird zudem die Frage beantworten müssen, ob die Altersgrenzen für den Renteneintritt noch zeitgemäß sind. Die frühe Verrentung älterer Menschen, die produktiv tätig sein können und wollen, war und ist keine Perspektive. In Zukunft wird es stärker darauf ankommen, die Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente flexibel zu gestalten. Es kann keine optimale Lösung sein, die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung vornehmlich über das Niveau der Sicherung zu steuern, um eine Anhebung der Altersgrenzen zu vermeiden.

■ Problemaufriss

Anders als Systeme, die auf die private Absicherung von Krankheitsrisiken setzen, gewährleistet die gesetzliche Krankenversicherung, dass auch Personen ohne oder mit nur geringem Einkommen medizinisch notwendige Leistungen erhalten. Durch das Prinzip der Leistungsfähigkeit bei der Finanzierung und das Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit bei der Leistungserbringung bietet dieses System auch bei diskontinuierlichen Erwerbsverläufen eine hohe Versorgungssicherheit.

Allerdings weisen die gesetzliche Krankenversicherung und das deutsche Gesundheitswesen erhebliche Defizite auf. Die Regelungen zur Versicherungspflicht und die rein lohnbezogene Beitragshebung sind historisch überholt und verteilungspolitisch ungerecht. In der konkreten Versorgung bestehen erhebliche Unwirtschaftlichkeiten und Qualitätsdefizite. Diese Probleme spitzen sich mit den neuen Anforderungen, die mit dem demografischen Wandel und dem gentechnischen, informationellen und medizintechnischen Fortschritt verbunden sind, weiter zu.

Zentrales Problem des deutschen Gesundheitswesens ist aber seine völlig unzureichende Orientierung an Versicherten- und Patienteninteressen. Das System ist einseitig auf Leistungserbringer und Kostenträger ausgerichtet: Der Umgang mit den Patienten ist allzu oft paternalistisch, sodass Versicherte und Patienten nur geringe individuelle Wahlmöglichkeiten und keine kollektiven Beteiligungsrechte über das überholte Institut der Sozialwahlen hinaus haben.

Im deutschen Gesundheitswesen sind also jenseits eines grundlegenden Systemwechsels, der den Abschied von einer solidarischen Absicherung von Krankheitsrisiken markiert, erhebliche Strukturformen erforderlich. Durch Veränderungen im Steuerungsmodus der Krankenversicherung und den Ausbau der betriebswirtschaftlichen Komponente ist die Wirtschaftlichkeit, die Versicherten- und Patientenorientierung sowie die Qualität der Versorgung zu erhöhen. Durch den Ausbau der Angebotspalette, die Bereit-

stellung von Wahlchancen und mehr Informationsangeboten sind die unterschiedlichen Interessen, Bedürfnisse und Selbsthilfefähigkeiten der Versicherten und Patienten besser als bisher zu berücksichtigen.

■ Bisherige grüne Positionen

Angestoßen durch die Gesundheits- und Selbsthilfebewegung der Siebziger- und Achtzigerjahre hat die Auseinandersetzung mit gesundheitspolitischen Themen bei den Grünen eine lange Tradition. Die Grünen haben dabei in ihrer Rolle als „Verstärker“ außerparlamentarischer Debatten einige wichtige Ideen und Reformimpulse in die gesundheitspolitische Diskussion eingebracht. Dazu gehören etwa

der sozialen Sicherungssysteme, die negativen Auswirkungen zu hoher Beitragskosten auf den Arbeitsmarkt oder die Bedeutung wettbewerblicher Steuerungselemente auch für den Sozialstaat, die in der Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Neunzigerjahre in der Partei mehrheitsfähig wurden, ließen in der Gesundheitspolitik lange auf sich warten. Der Widerspruch, sich in der programmatischen Rhetorik stets positiv auf gewachsene Autonomieforderungen und Selbstbestimmungsansprüche der Bürger zu beziehen, gleichzeitig aber ein stark standardisierendes System zu verteidigen, das dem einzelnen Versicherten wenig Gelegenheit gibt, über die Art und den Umfang seiner Absicherung zu entscheiden, wurde nicht ausreichend thematisiert.

■ Perspektiven und Empfehlungen

Für eine an bürgergesellschaftlichen Ansprüchen ausgerichtete Gesundheitspolitik stehen die solidarische Absicherung und die indi-



Foto: Markus Kirchgellner

die Thematisierung von gesundheitlichen Gefahren durch Umweltbelastungen, ein erweiterter Gesundheitsbegriff, der nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern auch das seelische und soziale Wohlbefinden umfasst, sowie die Überlegungen zu mehr Bürgerbeteiligung im Gesundheitswesen. Trotz des zumindest zeitweise erheblichen Stellenwerts, den die gesundheitspolitische Diskussion bei den Grünen hatte, hat sich die Partei beim Thema gesetzliche Krankenversicherung über lange Zeit hinweg eher zurückhaltend und strukturkonservativ verhalten. Einsichten, etwa über die Grenzen der Finanzierbarkeit

viduelle Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger in keinem Widerspruch zueinander. Die Versicherten und Patienten werden sowohl als Träger sozialer Anrechte als auch als eigenverantwortlich handelnde Individuen wahrgenommen, die zu ihrer Gesundheit über die Beitragszahlungen an die Krankenversicherung hinaus einen eigenständigen Beitrag leisten. Dabei steht ihre Befähigung zu einem gesundheitsförderlichen Verhalten und zur Partizipation am Gesundheitswesen im Vordergrund. Die Gesundheitsförderung, die Gesundheitserziehung und die Förderung von Selbsthilfefuzammenschlüssen sind weitaus

eher dazu geeignet, die Verantwortung für das eigene Wohlergehen und einen „intelligenten“ Umgang mit den Versorgungsangeboten des Gesundheitswesens hervorzubringen als negative Sanktionen wie etwa hohe Zuzahlungen.

Ziel ist ein Paradigmenwechsel im deutschen Gesundheitswesen, weg von der einseitigen Ausrichtung auf Krankenkassen und Ärzteschaft, hin zu einem bürgergesellschaftlichen Gesundheitswesen, in dem die Versicherten und Patienten ernst genommen werden als:

- Co-Produzenten ihrer Gesundheit, die durch ihr Verhalten maßgeblich über ihr physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden mitbestimmen;
- informierte Kunden, die Wahlentscheidungen zwischen verschiedenen Kassen, Anbietern von Gesundheitsleistungen und Versorgungsformen treffen und damit wichtige Steuerungsimpulse für das System setzen;
- engagierte Bürger, die selbst oder über ihre Vertreter regional und national über die Ziele und Strukturen des Gesundheitssystems mitentscheiden.

Zur Erreichung dieses Ziels sollte grüne Gesundheitspolitik die folgenden Reformpfade einschlagen bzw. weiterverfolgen:

- Als Solidarsystem, das seine Leistungen nach Bedarfskriterien und nicht nach ökonomischer Leistungsfähigkeit vergibt, wird die gesetzliche Krankenversicherung stärker als die anderen Sozialversicherungssysteme dem Anspruch an eine umfassende „Bürgerversicherung“ gerecht. Allerdings bleiben Beamte und Selbstständige außerhalb des Solidarsystems und können Besserverdienende ihr Einkommen vollständig dem solidarischen Ausgleich entziehen. Durch eine allgemeine Versicherungspflicht würde diese verteilungspolitische Ungerechtigkeit beendet. In diesem Zusammenhang ist auch den Sozialhilfeempfängern und Zuwanderern der Zugang zur Bürgergemeinschaft zu ermöglichen. Die aus dem europäischen Ausland bekannte Kombination von einheitlicher Bürgerversicherung für alle und optionalen Zusatzversicherungen für diejenigen, die über die medizinisch notwendigen Leistungen hinaus ihren Versicherungs-

schutz erweitern wollen, ist auch für das deutsche Gesundheitswesen anzustreben.

- Da für eine nachhaltige Gesundheitspolitik neben der Behandlung von Krankheit die Erhaltung von Gesundheit im Zentrum der Gesundheitsversorgung steht, ist der Ausbau der Gesundheitsförderung und Prävention erforderlich. Dabei ist ein besonderer Schwerpunkt auf die Gesundheitsförderung in den Schulen sowie den Ausbau der Gesundheitsberatung und öffentlicher Gesundheitsinformationsdienste zu legen, um die Bürger zu befähigen, Krankheitsepisoden auch ohne die Inanspruchnahme des medizinischen Versorgungssystems selbstständig bewältigen und an notwendigen Behandlungsprozessen aktiv teilnehmen zu können. Der enge Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und gesteigertem Krankheitsrisiko und die Zugangsbar-



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

rieren für sozial Benachteiligte zu den Angeboten der Gesundheitsförderung lassen sich am besten durch die Integration präventiver und gesundheitsfördernder Angebote in die Institutionen und Aktivitäten des Alltags überwinden. Zusätzlich zur individuellen Verhaltensprävention ist eine wirksame soziale Prävention am Arbeitsplatz, bei der Stadtentwicklung sowie in der Verkehrs-, Ernährungs- und Bildungspolitik erforderlich.

- Zur Gewährleistung einer zukunftssicheren und sozial gerechten Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ist eine Reform der Finanzierung der GKV erforderlich, welche die Beitragsbemessungsbasis auf Erwerbseinkommen aus selbstständiger Tätigkeit und auf Vermögenseinkünfte erweitert.

– Im deutschen Gesundheitswesen gibt es erhebliche Wirtschaftlichkeitsreserven. Angefangen bei der Verordnung überflüssiger oder zu teurer Arzneimittel, über die Ungleichverteilung der Ressourcen zwischen Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation einerseits und akutmedizinischer Versorgung andererseits, bis hin zu den Überkapazitäten vor allem im Krankenhausbereich werden enorme Ressourcen vergeudet. Gleichzeitig gibt es erhebliche Defizite und Qualitätsmängel, etwa bei der Versorgung chronisch-degenerativer Erkrankungen. Zu den wichtigsten strukturellen Ursachen für Ressourcenverschwendung und Qualitätsdefizite zählt dabei die unzureichende Verzahnung der verschiedenen Versorgungsbereiche. Grüne Gesundheitspolitik hat deshalb insbesondere auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Zusammenarbeit im Gesundheitswesen abzuheben. Angefangen von der Formulierung verbindlicher Behandlungsleitlinien über die Positivliste für Arzneimittel bis hin zur kontinuierlichen Fortbildung und Weiterqualifikation der Ärzte und der anderen Berufsgruppen des Gesundheitswesens muss die Qualitätsorientierung zu einem integralen Bestandteil des Versorgungsgeschehens werden.

- Damit das Gesundheitswesen an Selbststeuerungsfähigkeit gewinnt und die Voraussetzungen für mehr Wirtschaftlichkeit, Qualität und Patientenorientierung geschaffen werden sowie innovative Versorgungsformen mehr Spielräume erhalten, ist eine stärkere Wettbewerbsorientierung erforderlich. Ansätze für solch eine solidarische Wettbewerbsordnung gibt es auf der Kassenseite bereits mit der Kombination aus freiem Kassenwahlrecht und Risikostrukturausgleich, der die Risikoselektion nach Einkommen, Alter, Geschlecht und künftig auch Morbidität verhindern soll. Die wettbewerbliche Öffnung der zunft- und kartellähnlichen Strukturen auf der Anbieterseite steht noch aus.

- Damit sie trotz zusätzlicher Anforderungen leistungsfähig bleibt, wird die gesetzliche

Krankenversicherung mittelfristig ihren Schutz stärker auf solche Erkrankungen konzentrieren müssen, die medizinisch notwendig sind und deren Behandlung die finanzielle Leistungskraft eines einzelnen Versicherten übersteigt. Da die gesetzliche Krankenversicherung bereits heute nur begrenzte Leistungen umfasst, wird der künftige Leistungsrahmen lediglich Randbereiche des Leistungskataloges betreffen und damit in ihren finanziellen Entlastungswirkungen notwendig begrenzt sein. – Zu einem Gesundheitssystem, das Wettbewerb ermöglichen und auf die Interessen und Bedürfnisse der Versicherten und Patienten ausgerichtet werden soll, gehört auch die Bereitstellung erweiterter Wahlmöglichkeiten. Dafür erforderlich sind allgemein zugängliche Informationen über unterschiedliche Behandlungsmöglichkeiten und Versorgungsformen sowie standardisierte Qualitätsvergleiche zwischen verschiedenen Anbietern und Gesundheitseinrichtungen. Durch einen enger definierten Leistungskatalog würde zudem Spielraum für Differenzierungen bei Tarifen und Leistungsangeboten entstehen. Dabei ist der Wettbewerb auf medizinisch verzichtbare Leistungen einzugrenzen, um sicherzustellen, dass dem Zugewinn an Wahlmöglichkeiten für viele Versicherte keine Anhebung des Risikos für sozial Benachteiligte und Kranke gegenübersteht.



Foto: Ilja C. Hendel

– Die Versicherten- und Patientenrechte sind durch den Ausbau von Beratungs- und Informationsangeboten sowie durch die Bereitstellung einer engagementfreundlichen Infrastruktur, die Selbsthilfeszusammenschlüsse und andere Formen der Selbstorganisation unterstützt, zu stärken. Durch die Zusammenführung und Weiterentwicklung der geltenden Schutzrechte in einer Patienten-Charta oder einem eigenständigen Patientenschutzgesetz könnte die Rechtsstellung der Patienten verbessert werden. An den zentralen Beratungsgremien des Gesundheitswesens müssen Versicherten- und Patientenvertreter beteiligt werden.

– Die Familien nicht mehr ohne weiteres als Umverteilung über Zeit begriffen werden und begriffen werden können, da – anders als noch vor 40 Jahren – immer weniger Frauen Kinder bekommen. Vielen Steuerzahlern ist bewusst, dass sie unter Umständen niemals zu den Empfängern zumindest kinderbezogener Leistungen zählen werden. Individuelle Kosten, die für Kindererziehung aufgebracht werden, können nicht mehr allein mit Hinweis auf den – zweifelsfrei existierenden – gesellschaftlichen Nutzen gerechtfertigt werden, da Teilen der Bevölkerung der Sinn, den die Generationenfolge für Bestand und Dynamik der Gesellschaft hat, verloren zu gehen scheint.

Die Familie ist die primäre Umwelt für Kinder. Es entspricht aber auch unseren Gewohnheiten, Kinder sozialpolitisch vorwiegend als Teil der Familie wahrzunehmen – wenn sie nicht ohnehin als Privatsache und damit als Teil der Familie betrachtet werden. Das verengt die sozialpolitische Diskussion auf einen Verteilungskonflikt zwischen Eltern und Kinderlosen oder zwischen wohlhabenden und weniger wohlhabenden Eltern. In der sozialpolitischen Diskussion fehlt ein Bewusstsein für die eigenständigen Rechte von Kindern auf Teilhabe und Ressourcen.

■ Bisherige grüne Positionen

Die bündnisgrüne Politik hat ihr Augenmerk bisher zu einem großen Teil auf die Unterschiede gelegt, die zwischen den Familien, die mehr oder weniger dem Modell der Alleinverdienerelche mit Kindern folgen, und solchen, welche jenseits dieser Norm leben, bestehen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei auch den Ungleichheiten zwischen wohlhabenden und einkommensschwachen Familien.

Auch die jüngsten Initiativen zur Aufwertung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften diskutieren die Privilegierung der Ehe gegenüber anderen Lebensgemein-

schaften, die in der sozialen Bürgergesellschaft gefördert werden sollen. Die soziale Bürgergesellschaft kann sich jedoch nicht darauf beschränken, allein die Eltern-Kind-Gemeinschaft zu fördern. Zwar bilden Eltern und Kinder enge Gemeinschaften, in denen das Wohl des einen eng mit dem Wohl des anderen verknüpft ist, dennoch haben Kinder wie Eltern Rechte, die sich nicht allein auf diese Gemeinschaft beziehen, sondern auf ihrem Status als Bürgerinnen und Bürger gründen.

benlsauf signifikante Veränderungen eingetreten sind. So hat sich infolge des wachsenden Anteils nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Alleinerziehender auch die Zahl der Kinder erhöht, die nicht mehr in Ehen geboren werden oder in Ehen aufwachsen. Neben die zunehmende Erwerbstätigkeit von (Ehe-)Frauen ist die Kinderlosigkeit vieler Ehen getreten. Mit der Ehe ohne Kinder ist der Tatbestand im Schwinden begriffen, den der Gesetzgeber ursprünglich zum Anlass genommen hat, die Ehe als typisierte Bedarfsgemeinschaft anzuerkennen. Die ehebezogene soziale Sicherung führt in diesen Fällen zu einer Fehlsteuerung von Mitteln.

Nicht zuletzt aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes werden in der öffentlichen Debatte Transfers für Familien immer vehementer eingefordert. An Schärfe gewinnt diese Debatte dadurch, dass Trans-

7

Sozialpolitik für Kinder und Eltern

Kinder bilden mit ihren Eltern Gemeinschaften, die in der sozialen Bürgergesellschaft gefördert werden sollen. Die soziale Bürgergesellschaft kann sich jedoch nicht darauf beschränken, allein die Eltern-Kind-Gemeinschaft zu fördern. Zwar bilden Eltern und Kinder enge Gemeinschaften, in denen das Wohl des einen eng mit dem Wohl des anderen verknüpft ist, dennoch haben Kinder wie Eltern Rechte, die sich nicht allein auf diese Gemeinschaft beziehen, sondern auf ihrem Status als Bürgerinnen und Bürger gründen.

■ Problemaufriss

Nach wie vor wächst in Deutschland der überwiegende Teil der Kinder in Ehen auf. Der Blick auf die Mehrzahl sollte jedoch nicht darüber hinwegsehen lassen, dass im Zuge der Pluralisierung der Lebensformen in der Gesellschaft ebenso wie im individuellen Le-

ten. Die politischen Bemühungen der Bundesregierung, einige Formen von Partnerschaften der Ehe wenigstens in einzelnen Rechtsbereichen gleichzustellen, sind unter sozialen Gesichtspunkten durchaus wichtig, da hierbei Unterhalts-, Erb- und Sorgerechte geklärt werden sollen. Dieses Liberalisierungs- und Gleichberechtigungsprojekt geht der drängenden Frage nach, mit welcher Berechtigung sich der Staat in einer zunehmend pluraler werdenden Gesellschaft auf die weitgehend exklusive Förderung einer bestimmten Form des partnerschaftlichen Zusammenlebens, der Ehe, beschränken kann. Auch verfassungsrechtliche Grundsätze dürften hier kein dauerhafter Garant politischer Legitimation sein.

Insofern die rechtliche Absicherung der Ehe oder der eingetragenen Partnerschaften als Unterhaltsgemeinschaften verstärkt zum Inhalt sozialstaatlicher Politik wird, besteht die Gefahr, dass die Sorge um Kinder zu wenig Berücksichtigung in der Sozialpolitik findet. Im Grunde wird mit einem solchen Ansatz eine Entwicklung eingeleitet, die sozialpolitisch wesentlich darauf abstellt, dauerhafte Beziehungen zu fördern. Dann lässt sich aber schwerlich legitimieren, weshalb wiederum gleichgeschlechtliche Liebesbeziehungen exklusive Rechte beanspruchen können sollten. Aus welchem Grund sollten nicht auch Geschwister, sonstige Verwandte oder Bekannte verbindliche Unterhaltsgemeinschaften eingehen dürfen, die rechtlichen Schutz genießen? Dies wäre eine mögliche Konsequenz aus den oben genannten Befunden. Das eigentliche Problem besteht jedoch nur zum Teil darin, dass sozialpolitisch die Ehe immer noch beachtliche Privilegien genießt. Vielmehr kann mit Hilfe dieser Typisierung das Leben von Kindern sozialpolitisch nicht mehr treffsicher beachtet werden. Aus diesem Grund möchten wir einen Wechsel der Perspektive vorschlagen: Bündnis 90/Die Grünen sollten ihr Augenmerk weniger auf die Unterschiede zwischen Familien richten, sondern mehr auf die Unterschiede zwischen Lebensformen *mit* Kindern und Lebensformen *ohne* Kinder.

Kinder sollten als Bürgerinnen und Bürger mit eigenständigen Rechten auf Teilhabe ausgestattet werden. In einem sozialen Sicherungssystem, das Elternschaft als Bedarfslage typisieren würde, könnten Transfers zielgenauer eingesetzt werden und tatsächlich Eltern zugute kommen. Eine solche Strategie griffe dennoch zu kurz, wenn sie ausschließlich als eine neue Verteilung zwischen Eltern und Kinderlosen begriffen würde. Die Unterstützung sollte auf Eltern konzentriert werden, weil sie Erziehungsleistungen erbringen. Unabhängig davon stehen aber auch Kindern aufgrund ihres eigenständigen Bürgerstatus Ressourcen der Gesellschaft zu.

■ Perspektiven und Empfehlungen

Es fragt sich, welche Rechte allein aus historischer Tradition noch an die Ehe gebunden sind und auf die Sicherung von Lebensformen mit Kindern zielen. Die Mittel, welche in der sozialen Sicherung in die Förderung der Ehe fließen, sollten konsequent in eine Förderung der Kindererziehung umgeschichtet werden. Elternschaft sollte als Bedarfslage typisiert werden, die zu Privilegien im Steuerrecht und auch im Sozialversicherungsrecht führt. Die Ehe hat in dieser Hinsicht ausgedient.

Eltern und Kinder bilden enge Gemeinschaften. Sie bedürfen der Unterstützung, damit die Generationen gute Bedingungen für ihr Zusammenleben finden. Eine völlige Verberuflichung der primären Sozialisation wird weder den Bedürfnissen von Eltern noch von Kindern gerecht.

Die individuellen Rechte sowie Interessen der Familienmitglieder, insbesondere der Kinder, müssen stärker beachtet werden. Bezogen auf die eigenständigen Rechte der Eltern, vor allen Dingen der Mütter, hat diese Perspektive Tradition. Eltern sind, auch wenn ihre



Kinder noch in ihrem Haushalt leben, nicht nur Eltern. Sie sollen insbesondere frei wählen dürfen, ob und in welchem Umfang sie erwerbstätig sein wollen. Deshalb ist ihnen eine bedürfnisgerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu sichern. Hier ist nicht allein die staatliche Politik gefragt. Es wird wesentlich auch darauf ankommen, die Betriebe zu Gunsten der Familien zu flexibilisieren. Ein existenzsicherndes Erziehungsgeld könnte darüber hinaus dazu beitragen, dass Eltern sich zeitweise der vorwiegend der Erziehung ihrer Kinder widmen. Es könnte einen Raum für individuelle Gestaltung und Wahl öffnen und sollte nicht allein aus frauenpolitischen Gründen und der Furcht, es könnte die berufliche Integration von Frauen erschweren, verworfen werden. Die Aufwertung der Erziehungsarbeit leistet vielmehr einen Beitrag zur gesellschaftlichen Anerkennung der noch immer überwiegend von Frauen geleisteten Arbeit in der Familie und kann aktive Vaterschaft fördern helfen.

Aber: Politik für die Familie darf sich nicht darin erschöpfen, die Erziehungsleistungen von Eltern zu honorieren oder die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen. Politik für Kinder schließt an *deren* Status als Bürgerinnen und Bürger an. Daraus ergeben sich Fragen, die Teil einer notwendigen gesellschaftlichen Kontroverse über die Verteilung von Ressourcen sind. Wenn Kindern aufgrund ihres Bürgerstatus ein Anspruch auf staatliche Sozialleistungen und auf Existenzsicherung direkt und nicht vermittelt über die Eltern zusteht, dann hätte dies Konsequenzen für unser gesamtes Sozialsystem. In jedem Fall schließt Politik für Kinder deren Recht auf eine angemessene und qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung in jeder Lebensphase ein. Ein ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen, auch für Kinder unter drei Jahren, sichert Eltern die Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsmarkt. Für die Kinder erschöpft sich dieses Recht aber nicht darin, in Abwesenheit der Eltern beaufsichtigt zu werden. Für Kinder könnte und sollte der Kindergarten auch ein Ort der vorschulischen Bildung und vielfältiger Möglichkeiten zum Lernen sein. Die Qualität von Kindergärten entscheidet über ihre Chancen in der Schule und im Leben mit. Dies dürfte insbesondere für die Kinder von Zuwanderern gelten. Nachhaltige Sozialpolitik investiert deshalb in die Bildung von Kindern und Jugendlichen. Der bedürfnisgerechte Zugang zu schulischer und außerschulischer Bildung sichert jedem Kind *seine* Chance. In einer sozialen Bürgergesellschaft haben Kinder ihrem Alter entsprechend auch das Recht, aktiv an der Gestaltung ihres Alltags beteiligt zu sein: an der Gestaltung ihres Stadtteiles und ihrer Stadt, ihres Kindergartens oder auch ihrer Schule.

